Kursbuch 2 1965

Frantz Fanon
Carlos Fuentes
Fidel Castro
Joan Robinson
Roland Barthes
Hans Magnus Enzensberger

Dossiers:
Der Iran und sein Wohltäter
Apartheid als Geschäft
Entwicklungshilfe oder Ausbeutung?

Suhrkamp Verlag

Kursbuch
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger

Kursbuch 2 August 1965

Frantz Fanon, Von der Gewalt *1*
Carlos Fuentes, Rede an die Bürger der USA *56*
Fidel Castro, Rede vor den Vereinten Nationen *72*
Joan Robinson, Von China aus gesehen *83*
Roland Barthes, Afrikanische Grammatik *103*

Dossier 1: Der Iran und sein Wohltäter *110*

Dossier 2: Apartheid als Geschäft *122*

Dossier 3: Entwicklungshilfe oder Ausbeutung?
Eine Debatte aus Schweden *139*

Dossier 4: Volkes Stimme
Deutsche Leserbriefe über die Dritte Welt *150*

Hans Magnus Enzensberger, Europäische Peripherie *154*

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 8. Abonnements sind mit Monatsfrist zum Jahresende kündbar. Anschrift der Redaktion und des Verlages: Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, Grüneburgweg 69, Postfach 2446, Telefon 72 08 81, Fernschreiber 4 13972. Postscheckkonto Frankfurt/Main 115761, Bankkonto Deutsche Bank Frankfurt/Main 95/7100. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Alle Briefe sind an ihre Frankfurter Adresse zu richten. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger. Redaktion: Karl Markus Michel. Copyright © Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1965. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Umschlagentwurf Willy Fleckhaus. Druck und Bindung: Georg Wagner, Nördlingen.

Goethe Institut e.V. Bibliothek
Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am: 05
Kur

Frantz Fanon
Von der Gewalt

Nationale Befreiung, nationale Wiedergeburt, Rückgabe der Nation an das Volk, Commonwealth, wie die verwendeten Rubriken und neu erfundenen Formeln auch heißen mögen – die Dekolonisation ist immer ein gewaltsames Phänomen. Wo man auch hinsieht: »gesellschaftliche Verpflichtungen«, Neubenennungen von Sportclubs, Zusammensetzung der Cocktail-Parties, der Polizei, der Aufsichtsräte staatlicher oder privater Banken – die Dekolonisation ersetzt ganz einfach eine bestimmte »Art« von Menschen durch eine andere »Art« von Menschen. Ohne Übergang findet ein totaler und vollständiger Austausch statt. Natürlich könnte man auch das Auftauchen einer neuen Nation, die Errichtung eines neuen Staates, seine diplomatischen Beziehungen, seine politische und wirtschaftliche Orientierung beschreiben. Wir haben uns jedoch entschlossen, gerade von jener *tabula rasa* zu reden, die zu Beginn jede Dekolonisation kennzeichnet. Sie stellt vom ersten Tage an die Minimalforderung des Kolonisierten dar. In der Tat ist der Beweis für ihren Erfolg ein von Grund aus verändertes soziales Panorama. Die außerordentliche Bedeutung dieser Veränderung besteht darin, daß sie gewollt, verlangt, gefordert wird. Die Notwendigkeit dieser Veränderung existiert im Rohzustand, übermächtig und zwingend, im Bewußtsein und im Leben der kolonisierten Männer und Frauen. Aber die Eventualität dieser Veränderung wird zugleich als schreckenerregende Zukunft im Bewußtsein einer anderen »Art« von Männern und Frauen erlebt: der Kolonialherren.

Die Dekolonisation, die sich vornimmt, die Ordnung der Welt zu verändern, ist, wie man sieht, ein Programm absoluter Unordnung. Sie kann nicht das Resultat einer magischen Operation, eines natürlichen Erdstoßes oder einer friedlichen Übereinkunft sein. Die Dekolonisation ist bekanntlich ein historischer Prozeß; das heißt, sie kann nur in dem Maße verstanden werden, ihre Intelligibilität finden, sich selbst durchschaubar sein, in

dem die geschichtsbildende Bewegung, die ihr Form und Inhalt gibt, erkannt wird. Die Dekolonisation ist das Zusammentreffen zweier von Geburt an antagonistischer Kräfte, die ihre Eigentümlichkeit gerade aus jener Verdinglichung gewinnen, welche die koloniale Situation absondert und speist. Ihre erste Konfrontation hat sich unter dem Zeichen der Gewalt abgespielt und ihr Zusammenleben – genauer: die Ausbeutung des Kolonisierten durch den Kolonialherrn – wurde mit Hilfe von Bajonetten und Kanonen erzwungen. Der Kolonialherr und der Kolonisierte sind alte Bekannte. Und der Kolonialherr kann tatsächlich mit Recht behaupten, »sie« zu kennen. Er ist es, der den Kolonisierten *geschaffen* hat und noch *fortfährt, ihn zu schaffen*. Der Kolonialherr gewinnt seine Wahrheit, das heißt seine Güter, aus dem Kolonialsystem.

Die Dekolonisation geschieht niemals unbemerkt, denn sie betrifft das Sein, sie modifiziert das Sein grundlegend, sie verwandelt die in Unwesentlichkeit abgesunkenen Zuschauer in privilegierte Akteure, die in gleichsam grandioser Gestalt vom Lichtkegel der Geschichte erfaßt werden. Sie führt in das Sein einen eigenen, von den neuen Menschen mitgebrachten Rhythmus ein, eine neue Sprache, eine neue Menschlichkeit. Die Dekolonisation ist wahrhaft eine Schöpfung neuer Menschen. Aber diese Schöpfung empfängt ihre Legitimität von keiner übernatürlichen Macht: das kolonisierte »Ding« wird Mensch gerade in dem Prozeß, durch den es sich befreit.
In der Dekolonisation steckt also die Forderung einer vollständigen Infragestellung der kolonialen Situation. Ihre Definition ist, wenn man sie genau beschreiben will, in dem altbekannten Satz enthalten: »Die letzten werden die ersten sein«. Die Dekolonisation macht diesen Satz wahr. Deshalb ist, wenigstens von außen gesehen, jede Dekolonisation ein Erfolg.

Die nackte Dekolonisation atmet durch alle ihre Poren brutale Aggressionen, sie läßt blutige Messer ahnen. Denn wenn die letzten die ersten sein sollen, so kann das nur als Folge eines entscheidenden und tödlichen Zusammenstoßes der beiden Protagonisten geschehen. Dieser ausdrückliche Wille, die letzten an die Spitze rücken zu lassen, sie in einem (wie gewisse Leute meinen: allzu schnellen) Tempo die berühmten Sprossen, die eine organisierte Gesellschaft kennzeichnen, hinaufklettern zu lassen, kann nur siegen, wenn man alle Mittel, die Gewalt natürlich eingeschlossen, in die Waagschale wirft.

Man desorganisiert keine, wenn auch noch so primitive Gesellschaft mit einem solchen Programm, wenn man nicht von Anfang an, das heißt schon von der Formulierung dieses Programms an, entschlossen ist, alle Hindernisse zu durchbrechen, die man auf dem Weg antreffen wird. Der Kolonisierte, der beschließt, dieses Programm zu realisieren, sich zu seinem Motor zu machen, ist von jeher auf die Gewalt vorbereitet. Seit seiner Geburt ist es für ihn klar, daß diese sperrige, mit Verboten gespickte Welt nur durch die absolute Gewalt in Frage gestellt werden kann.

Die koloniale Welt ist eine in Abteile getrennte Welt. Zweifellos ist es überflüssig, ihre Einteilung in Eingeborenen- und Europäerstädte, in Schulen für Eingeborene und Schulen für Europäer noch einmal zu beschreiben, wie es überflüssig ist, auf die *Apartheid* in Südafrika hinzuweisen. Trotzdem, wenn wir in das Innere dieser Abtrennung eindringen, so wird das zumindest den Vorteil haben, einige der Kraftlinien, die sie enthält, deutlich zu machen. Eine Analyse der kolonialen Welt, ihrer Einrichtung, ihrer geographischen Gestalt wird uns ermöglichen, das Gerüst zu bestimmen, von dem die dekolonialisierte Gesellschaft ausgeht, wenn sie sich neu organisiert.

Die kolonisierte Welt ist in zwei Teile geschnitten. Die Trennungslinie, die Grenze wird durch Kasernen und Polizeiposten markiert. Der rechtmäßige und institutionelle Gesprächspartner des Kolonisierten, der Wortführer des Kolonialherrn und des Unterdrückungsregimes ist der Gendarm oder der Soldat. In den kapitalistischen Gesellschaften hat der Respekt vor der etablierten Ordnung quasi ästhetische Formen gefunden: die Schule, gleichgültig ob weltlich oder religiös organisiert; die Ausbildung von moralischen Reflexen, die sich vom Vater auf den Sohn übertragen; die Loyalität des »ehrlichen Arbeiters«, der nach fünfzig Jahren guter Dienste mit einer Medaille bedacht wird; die wohlbelohnte Liebe zur Eintracht und zur bürgerlichen Bravheit – das alles sorgt für eine Atmosphäre der Unterwerfung und Entsagung, welche den »Kräften der Ordnung« ihre Arbeit leicht macht. Es schiebt sich also, in den kapitalistischen Ländern, zwischen die Ausgebeuteten und die Macht eine Schar von Predigern und Morallehrern, die für Desorientierung sorgen. Dagegen sind es in den kolonialen Gebieten der Gendarm und der Soldat, die, ohne jede Vermittlung, durch direktes und ständiges Eingreifen den Kontakt zum Kolonisierten aufrecht halten und ihm mit Gewehrkolbenschlägen und

Napalmbomben raten, sich nicht zu rühren. Man sieht, der Agent der Macht benutzt die Sprache der reinen Gewalt. Der Agent erleichtert nicht die Unterdrückung und verschleiert nicht die Herrschaft. Er stellt sie zur Schau, er manifestiert sie mit dem guten Gewissen der Ordnungskräfte. Der Agent trägt die Gewalt in die Häuser und in die Gehirne der Kolonisierten.

Die von den Kolonisierten bewohnte Zone ist der von den Kolonialherren bewohnten Zone nicht komplementär. Die beiden Zonen stehen im Gegensatz zueinander, aber nicht im Dienste einer höheren Einheit. Beherrscht von einer rein aristotelischen Logik, gehorchen sie dem Prinzip des gegenseitigen sich Ausschließens: es gibt keine mögliche Versöhnung, eines der beiden Glieder ist zuviel. Die Stadt des Kolonialherrn ist eine stabile Stadt, ganz aus Stein und Eisen. Es ist eine erleuchtete, asphaltierte Stadt, in der die Mülleimer immer von unbekannten, nie gesehenen, nicht einmal erträumten Resten überfließen. Die Füße des Kolonialherrn sind niemals sichtbar, außer vielleicht am Meer, aber man kommt niemals nah genug an sie heran. Von soliden Schuhen geschützte Füße, während die Straßen ihrer Städte sauber, glatt, ohne Löcher, ohne Steine sind. Die Stadt des Kolonialherrn ist eine satte, faule Stadt, ihr Bauch ist ständig voll von guten Dingen. Die Stadt des Kolonialherrn ist eine Stadt von Weißen, von Ausländern.
Die Stadt des Kolonisierten, oder zumindest die Eingeborenenstadt, das Negerdorf, die Medina, das Reservat, ist ein schlecht berufener Ort, von schlecht berufenen Menschen bevölkert. Man wird dort irgendwo, irgendwie geboren. Man stirbt dort irgendwo, an irgendwas. Es ist eine Welt ohne Zwischenräume, die Menschen sitzen hier einer auf dem andern, die Hütten eine auf der anderen. Die Stadt des Kolonisierten ist eine ausgehungerte Stadt, ausgehungert nach Brot, Fleisch, Schuhen, Kohle, Licht. Die Stadt des Kolonisierten ist eine niedergekauerte Stadt, eine Stadt auf Knien, eine hingelümmelte Stadt. Eine Stadt von Negern, eine Stadt von Bicots. (Schimpfwort für Araber [Anm. d. Ü.]) Der Blick, den der Kolonisierte auf die Stadt des Kolonialherrn wirft, ist ein Blick der Ausschweifung, ein Blick des Neides. Besitzträume. Aller Arten von Besitz: sich an den Tisch des Kolonialherrn setzen, im Bett des Kolonialherrn schlafen, wenn möglich mit seiner Frau. Der Kolonisierte ist ein Neider. Der Kolonialherr weiß das genau. Wenn er jenen Blick unversehens über-

rascht, stellt er mit Bitterkeit, aber immer wachsam fest: »Sie wollen unseren Platz einnehmen«. Das ist wahr, es gibt keinen Kolonisierten, der nicht mindestens einmal am Tag davon träumt, sich auf dem Platz des Kolonialherrn niederzulassen.
Diese in Abteile getrennte, diese zweigeteilte Welt wird von verschiedenen Menschenarten bewohnt. Die Eigenart des kolonialen Kontextes besteht darin, daß die ökonomischen Realitäten, die Ungleichheiten, der enorme Unterschied der Lebensweisen niemals die menschlichen Realitäten verschleiern können. Wenn man den kolonialen Kontext in seiner Unmittelbarkeit wahrnimmt, so wird offenbar, daß das, was diese Welt zerstückelt, zuerst die Tatsache der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Art, einer bestimmten Rasse ist. In den Kolonien ist der ökonomische Unterbau zugleich ein Überbau. Die Ursache ist Folge: man ist reich weil weiß, man ist weiß weil reich. Deshalb müssen die marxistischen Analysen immer etwas gedehnt werden, wenn man sich mit dem kolonialen Problem befaßt. Bis zum Konzept der von Marx genau untersuchten präkapitalistischen Gesellschaft hin müßte hier alles neu durchdacht werden. Der Leibeigene ist anderen Wesens als der Ritter, aber ein Bezug auf das göttliche Recht ist nötig, um diesen versteinerten Unterschied zu rechtfertigen. In den Kolonien hat sich der von weither gekommene Ausländer mit Hilfe seiner Kanonen und seiner Maschinen eingenistet. Trotz der gelungenen Domestizierung, trotz der Besitzergreifung bleibt der Kolonialherr immer ein Ausländer. Weder die Fabriken, noch der Besitz, noch das Bankkonto kennzeichnen die »herrschende Klasse«. Die herrschende Art ist zunächst die, die von woanders kommt, die nicht den Autochthonen ähnelt, die Art der »anderen«.

Die Gewalt, die der Einrichtung der kolonialen Welt vorsteht, die unermüdlich alle eingeborenen sozialen Lebensformen zerstört, das ökonomische Bezugssystem, das Erscheinungsbild von Orten und Personen ohne Einschränkung vernichtet hat, wird vom Kolonisierten in dem Moment für sich beansprucht und übernommen werden, da die kolonisierte Masse, entschlossen, zum Subjekt der Geschichte zu werden, sich auf die verbotenen Städte stürzen wird. Die koloniale Welt in die Luft zu sprengen, das ist von jetzt an eine sehr klare, sehr verständliche Zielvorstellung; sie kann von jedem einzelnen Kolonisierten übernommen werden. Die koloniale Welt auflösen heißt nicht, daß man nach dem Niederreißen der

Grenzen Übergänge zwischen den beiden Zonen einrichten wird. Die koloniale Welt zerstören heißt nicht mehr und nicht weniger, als eine der beiden Zonen vernichten, sie so tief wie möglich in den Boden einstampfen oder vom Territorium vertreiben.

Die Infragestellung der kolonialen Welt durch den Kolonisierten ist keine rationale Konfrontation von Gesichtspunkten. Sie ist kein Gespräch über das Universale, sondern die wilde Behauptung einer absolut gesetzten Eigenart. Die koloniale Welt ist eine manichäische Welt. Dem Kolonialherrn genügt es nicht, den Lebensraum des Kolonisierten physisch, das heißt mit Hilfe seiner Polizei und seiner Gendarmerie, einzuschränken. Wie um den totalitären Charakter der kolonialen Ausbeutung zu illustrieren, macht der Kolonialherr aus dem Kolonisierten eine Art Quintessenz des Bösen. Die kolonisierte Gesellschaft wird nicht nur als eine Gesellschaft ohne Werte beschrieben. Es genügt dem Kolonialherrn nicht, zu behaupten, die Werte hätten die kolonisierte Welt verlassen oder besser, es habe sie dort niemals gegeben. Der Eingeborene wird als ein Wesen hingestellt, das jenseits aller Ethik lebt, unerreichbar für alle Werte, immun gegen sie, also im eigentlichen Sinn als wert-los. Das macht ihn, wenn man offen spricht, zum Feind aller Wertvorstellungen. Insofern ist er das absolute Übel: ein zersetzendes Element, das alles, was mit ihm in Berührung kommt, zerstört, alles, was mit Ästhetik oder Moral zu tun hat, deformiert und verunstaltet, ein Hort unheilvoller Kräfte, ein unbewußtes und nicht faßbares Instrument blinder Gewalten. Und Herr Meyer konnte in der Französischen Nationalversammlung ernsthaft sagen, man dürfe die Republik nicht prostituieren, indem man das algerische Volk eindringen lasse. In der Tat, die Werte werden unwiderruflich vergiftet und infiziert, sobald man sie mit dem kolonisierten Volk in Kontakt bringt. Die Sitten des Kolonisierten, seine Traditionen, seine Mythen, vor allem seine Mythen, sind selbst das Zeichen dieser Armut, dieser konstitutionellen Verderbtheit. Deshalb muß man das DDT, das die Schädlinge, die Krankheitserreger vernichtet, auf dieselbe Stufe stellen wie die christliche Religion, die die Ketzereien, die Instinkte, das Übel an ihrer Wurzel bekämpft. Das Zurückweichen des gelben Fiebers und die Fortschritte der Heidenmission gehören zur selben Bilanz. Aber die triumphierenden Kommuniqués der Missionen geben in Wirklichkeit über die Stärke der Entfremdungsfermente Auskunft, die man in das kolonisierte Volk eingeführt hat. Ich spreche von der christlichen Religion, und kein Mensch

hat das Recht, sich darüber zu verwundern. Die Kirche in den Kolonien ist eine Kirche von Weißen, eine Kirche von Ausländern. Sie ruft den kolonisierten Menschen nicht auf den Weg Gottes, sondern auf den Weg des Weißen, auf den Weg des Herrn, auf den Weg des Unterdrückers. Und wie man weiß, gibt es in dieser Geschichte viele Berufene und wenige Auserwählte.

Manchmal geht dieser Manichäismus bis ans Ende seiner Logik und entmenschlicht den Kolonisierten. Genau genommen, er vertiert ihn. Tatsächlich ist die Sprache des Kolonialherrn, wenn er vom Kolonisierten spricht, eine zoologische Sprache. Man macht Anspielungen auf die kriecherischen Bewegungen des Gelben, auf die Ausdünstungen der Eingeborenenstadt, auf die Horden, auf den Gestank, auf das Gewucher und Gewimmel, auf das Gestikulieren. Wenn der Kolonialherr genau beschreiben und das richtige Wort finden will, bezieht er sich ständig auf das Tierreich. Der Europäer stößt sich selten an diesen »bildhaften« Ausdrücken. Aber der Kolonisierte spürt die Absicht des Kolonialherrn, den Prozeß, den man ihm macht, und weiß sofort, woran man denkt. Diese galloppierende Vermehrung, diese hysterischen Massen, diese Gesichter, aus denen jede Menschlichkeit gewichen ist, diese aufgetriebenen Körper, die an nichts mehr erinnern, diese Kohorte ohne Kopf noch Schwanz, diese Kinder, die niemand zu gehören scheinen, diese der Sonne preisgegebene Faulheit, dieser vegetative Rhythmus, all das gehört zum kolonialen Vokabular. General de Gaulle spricht von »gelben Massen«, Mauriac von schwarzen, braunen und gelben, die bald hereinbrechen werden. Der Kolonisierte weiß das alles und lacht, wenn er in den Worten des andern als Tier auftritt. Denn er weiß, daß er kein Tier ist. Und genau zur selben Zeit, da er seine Menschlichkeit entdeckt, beginnt er seine Waffen zu reinigen, um diese Menschlichkeit triumphieren zu lassen.

Sobald der Kolonisierte anfängt, an den Fesseln zu zerren, den Kolonialherrn zu beunruhigen, schickt man ihm gute Seelen, die ihm auf »Kulturkongressen« das Wesen und die Reichtümer der westlichen Werte darlegen. Aber jedesmal, wenn von westlichen Werten die Rede ist, zeigt sich beim Kolonisierten eine Art Anspannung, ein Starrkrampf der Negation. In der Dekolonisationsperiode wird plötzlich an die Vernunft der Kolonisierten appelliert. Man bietet ihnen sichere Werte an, man erklärt ihnen bis zum Überdruß, daß die Dekolonisation nicht Regression bedeuten

dürfe, daß man sich auf die erprobten, soliden, kanonisierten Werte stützen müsse. Es geschieht aber, daß der Kolonisierte, wenn er eine Rede über die westliche Kultur hört, seine Machete zieht oder sich doch versichert, daß sie in Reichweite seiner Hand ist. Die Gewalt, mit der sich die Überlegenheit der weißen Werte behauptet hat, die Agressivität, die die siegreiche Konfrontation dieser Werte mit den Lebens- oder Denkweisen der Kolonisierten gezeichnet hat, führt durch eine legitime Umkehr der Dinge dazu, daß der Kolonisierte grinst, wenn man diese Werte vor ihm heraufbeschwört. Im kolonialen Kontext hält der Kolonialherr erst dann in seiner Zermürbung des Kolonisierten inne, wenn dieser mit lauter und vernehmbarer Stimme die Überlegenheit der weißen Werte anerkannt hat. In der Dekolonisationsperiode aber macht sich die kolonisierte Masse über eben diese Werte lustig, beschimpft sie und spuckt auf sie aus vollem Halse.

Dieses Phänomen bleibt gewöhnlich verschleiert, weil während der Dekolonisationsperiode gewisse kolonisierte Intellektuelle in einen Dialog mit der Bourgeoisie des kolonialistischen Landes eintreten. Lange Zeit war die autochthone Bevölkerung nur als ununterschiedene Masse wahrgenommen worden. Die wenigen eingeborenen Individualitäten, die die kolonialistische Bourgeoisie hier und da hat kennenlernen können, bildeten kein ausreichendes Gegengewicht gegen diese unmittelbare Wahrnehmung. Nuancen kamen nicht auf. Während der Befreiungsperiode dagegen sucht die kolonialistische Bourgeoisie fieberhaft nach Kontakten zu den »Eliten«. Mit diesen Eliten wird dann der berühmte Dialog über die Werte geführt. Wenn die kolonialistische Bourgeoisie feststellt, daß es für sie unmöglich ist, ihre Herrschaft über die Kolonialländer aufrechtzuerhalten, beschließt sie, ein Rückzugsgefecht zu führen: auf dem Gebiet der Kultur, der Werte, der Techniken usw. Man darf jedoch niemals aus den Augen verlieren, daß die überwältigende Mehrheit der kolonisierten Völker für diese Probleme unerreichbar ist. Für das kolonisierte Volk ist der wichtigste, weil konkreteste Wert zuerst das Land: das Land, das das Brot und natürlich die Würde sichern muß. Aber diese Würde hat nichts mit der »Menschenwürde« zu tun. Von jenem idealen Menschen hat der Kolonisierte niemals gehört. Was er auf seinem Boden gesehen hat, ist, daß man ihn ungestraft festnehmen, schlagen, aushungern kann. Und niemals ist irgendein Morallehrer, niemals irgendein Pfarrer gekommen, um an seiner Stelle die Schläge zu empfangen oder sein Brot mit ihm

zu teilen. Moralist sein heißt für den Kolonisierten etwas Handfestes: es heißt, den Dünkel des Kolonialherrn zum Schweigen zu bringen, seine offene Gewalt zu brechen, mit einem Wort ihn rundweg von der Bildfläche zu vertreiben. Der berühmte Grundsatz, daß alle Menschen gleich seien, läßt in den Kolonien nur eine Anwendung zu: der Kolonisierte wird behaupten, daß er dem Kolonialherrn gleich sei. Ein Schritt weiter, und er wird kämpfen wollen, um mehr zu sein als der Kolonialherr. Tatsächlich hat er schon beschlossen, den Kolonialherrn abzulösen, seinen Platz einzunehmen. Wie man sieht, ist es eine ganze materielle und moralische Welt, die hier zusammenbricht. Der Intellektuelle, der für seinen Teil dem Kolonialisten auf die Ebene des abstrakten Universalen gefolgt ist, wird darum kämpfen, daß Kolonialherr und Kolonisierter in einer neuen Welt friedlich miteinander leben können. Aber was er nicht sieht, eben weil der Kolonialismus ihn mit allen seinen Denkweisen infiziert hat, ist die Tatsache, daß der Kolonialherr, sobald der koloniale Kontext verschwindet, kein Interesse mehr hat, zu bleiben, zu koexistieren. Es ist kein Zufall, wenn noch vor jeder Verhandlung zwischen der algerischen und der französischen Regierung die sogenannte »liberale« europäische Minderheit schon ihre Position bekannt gegeben hat: sie verlangt nicht mehr und nicht weniger als die doppelte Staatsangehörigkeit. Man will also, während man sich noch auf der abstrakten Ebene verschanzt, den Kolonialherrn dazu verdammen, einen ganz konkreten Sprung ins Unbekannte zu machen. Sagen wir es offen, der Kolonialherr weiß genau, daß keine Phraseologie die Realität ersetzen kann.

Der Kolonisierte entdeckt also, daß sein Leben, sein Atmen, seine Herzschläge die gleichen sind wie die des Kolonialherrn. Er entdeckt, daß die Haut eines Kolonialherrn nicht mehr wert ist als die Haut eines Eingeborenen. Diese Entdeckung teilt der Welt einen entscheidenden Stoß mit. Jede neue und revolutionäre Sicherheit des Kolonisierten rührt daher. Wenn nämlich mein Leben das gleiche Gewicht hat wie das des Kolonialherrn, dann schmettert mich sein Blick nicht mehr nieder, läßt mich nicht mehr erstarren, seine Stimme versteinert mich nicht mehr. Ich bin nicht mehr verwirrt in seiner Gegenwart. Ich pfeife auf ihn. Nicht nur, daß seine Gegenwart mich nicht mehr stört, sondern ich bin schon dabei, ihm eine Falle nach der andern zu stellen, so daß er bald keinen andern Ausweg mehr haben wird als die Flucht.

Der koloniale Kontext, haben wir gesagt, ist durch die Zweiteilung gekennzeichnet, die er der Welt aufzwingt. Die Dekolonisation vereinigt diese Welt, indem sie durch einen radikalen Beschluß ihre Heterogenität aufhebt und sie auf der Basis der Nation, manchmal der Rasse, zusammenschließt. Man kennt jenes grimmige Wort der senegalesischen Patrioten über die Manöver ihres Präsidenten Senghor: »Wir haben die Afrikanisierung der Kader verlangt, und siehe da, Senghor afrikanisiert die Europäer.« Das heißt, daß der Kolonisierte die Möglichkeit hat, sofort und auf Anhieb zu erkennen, ob die Dekolonisation stattgefunden hat oder nicht: das geforderte Minimum ist, daß die letzten die ersten werden. Aber der kolonisierte Intellektuelle fügt dieser Forderung Varianten hinzu, und tatsächlich scheint es ihm nicht an Motivierungen zu fehlen: man braucht Verwaltungskader, technische Kader, Spezialisten. Der Kolonisierte jedoch interpretiert jede Vergünstigung für solche Helfer von außen als ebenso viele Sabotagemanöver, und nicht selten kann man einen Kolonisierten hier oder da erklären hören: »Es hat sich nicht gelohnt, unabhängig zu werden . . .«

In den kolonisierten Gebieten, wo ein wirklicher Befreiungskampf geführt wurde, wo das Blut des Volkes geflossen ist und die Dauer der bewaffneten Phase die Rückkehr der Intellektuellen zur Massenbasis begünstigt hat, wird der ganze Überbau abgerissen, den diese Intellektuellen den kolonialistischen bürgerlichen Kreisen entlehnt hatten. In ihrem narzistischen Monolog hatte nämlich die kolonialistische Bourgeoisie mit Hilfe ihrer Universitätslehrer in die Köpfe des Kolonisierten die Vorstellung verankert, daß es »bleibende Werte« gebe, allen menschlichen Irrtümern zum Trotz. Die »bleibenden Werte« des Westens, versteht sich. Der Kolonisierte nahm die Berechtigung dieser Ideen hin, und man konnte in einem Winkel seines Gehirns einen wachsamen Posten entdecken, der sich für die Verteidigung des abendländischen Sockels verantwortlich fühlte. Während des Befreiungskampfes geschieht es jedoch, in einem Moment, da der Kolonisierte wieder Kontakt zu seinem Volk bekommt, daß dieser künstliche Wachtposten sich in Staub auflöst. Alle abendländischen Werte, Triumph der Menschenwürde, des Wahren und des Schönen, werden zu leb- und farblosen Nippsachen. Alle diese Reden erscheinen als eine Anhäufung leerer Wörter. Diese Werte, die die Seele zu adeln schienen, erweisen sich als unbrauchbar, weil sie nicht den konkreten Kampf betreffen, in den das Volk eingetreten ist.

Das gilt vor allem für den Individualismus. Der kolonisierte Intellektuelle hatte von seinen Lehrern gelernt, daß das Individuum sich behaupten müsse. Die kolonialistische Bourgeoisie hatte dem Kolonisierten die Idee einer Gesellschaft von Individuen eingehämmert, wo jeder sich in seine Subjektivität einschließt, wo der Reichtum ein Reichtum des Geistes ist. Der Kolonisierte, der das Glück hat, sich während des Befreiungskampfes unter das Volk zu mischen, wird die Falschheit dieser Theorie entdecken. Schon die Organisationsformen des Kampfes bieten ihm ein ungewohntes Vokabular. Der Bruder, die Schwester, der Genosse sind Wörter, die bei der kolonialistischen Bourgeoisie verpönt sind, weil für sie mein Bruder meine Brieftasche und mein Genosse mein Geschäftstrick ist. Der kolonisierte Intellektuelle erlebt, in einer Art Autodafé, die Zerstörung all seiner Idole: er büßt seinen Egoismus, die anklagende Arroganz und den kindischen Eigensinn dessen ein, der immer das letzte Wort haben will. Dieser durch die kolonialistische Kultur zermürbte Intellektuelle wird auch die Beständigkeit der Dorfversammlungen, die Festigkeit der Volksausschüsse, die außerordentliche Fruchtbarkeit der Bezirks- und Zellenversammlungen entdecken. Die Angelegenheit jedes einzelnen ist von nun an die Angelegenheit aller, weil faktisch *alle* von den Söldnern entdeckt, also massakriert, oder *alle* gerettet werden. Das »Abhauen«, diese atheistische Form des Heils, verbietet sich in diesem Kontext von selbst.

Seit einiger Zeit spricht man viel von Selbstkritik: Aber weiß man, daß das zuerst eine afrikanische Einrichtung war? In den Dschemaas, den Dorfversammlungen Nord- und Westafrikas, will es die Tradition, daß die Konflikte, die in einem Dorf ausbrechen, öffentlich verhandelt werden. Selbstkritik vor der Gemeinschaft also, jedoch mit etwas Humor, weil jedermann entspannt ist und weil wir letztlich alle dasselbe wollen. Seine Berechnung, sein Verstummen, seine Hintergedanken und seine Geheimniskrämerei, all das gibt der Intellektuelle auf, je mehr er ins Volk eintaucht. Und es ist wahr, daß man dann sagen kann, die Gemeinschaft siege schon auf dieser Stufe, sie erzeuge ihre eigene Aufklärung, ihre eigene Vernunft.

Aber es kommt vor, daß die Dekolonisation in Gebieten stattfindet, die nicht genügend vom Befreiungskampf aufgerüttelt worden sind, und man findet die gleichen Intellektuellen als geschäftstüchtige, gerissene und verschlagene Leute wieder. Sie haben die Verhaltensweisen und Denkformen bewahrt, die sie im Umgang mit der kolonialistischen Bourgeoisie ange-

nommen hatten. Als verwöhnte Kinder, gestern des Kolonialismus, heute der neuen Staatsmacht, organisieren sie die Plünderung der Reichtümer, die dem Land geblieben sind. Unerbittlich versuchen sie durch Schiebung oder legale Diebstähle, durch Import-Export, durch Aktiengesellschaften, Börsenspekulation, Schiebungen, sich herauszuziehen aus der Misere, die jetzt eine nationale ist. Sie verlangen nachdrücklich die Nationalisierung des Handels, das heißt die Reservierung der Märkte und guten Gelegenheiten einzig für die eigenen Leute. Doktrinär verkünden sie die Notwendigkeit, die Ausplünderung der Nation zu nationalisieren. In der Phase der *austerity* und der ökonomischen Dürre ruft der Erfolg ihrer Plünderungen schnell die Wut und die Gewalt des Volkes hervor. Dieses elende und unabhängige Volk kommt im gegenwärtigen afrikanischen und internationalen Kontext immer rascher zu einem sozialen Bewußtsein. Das werden die kleinen Individualitäten sehr bald begreifen.

Der Kolonisierte hat die Kultur des Unterdrückers angenommen und sich auf sie eingelassen; er hat dafür zahlen müssen. Unter anderem damit, daß er sich die Denkformen der kolonialen Bourgeoisie zu eigen machte. Das zeigt sich in der Unfähigkeit des kolonisierten Intellektuellen zum Dialog. Er kann sein Ich nicht hinter dem Gegenstand oder der Idee zurücktreten lassen. Wenn er dagegen mitten unter dem Volk kämpft, fällt er von einem Erstaunen ins andere. Er ist buchstäblich entwaffnet durch die Gutgläubigkeit und Anständigkeit des Volkes. Dann wiederum ist er ständig der Gefahr ausgesetzt, in eine Vergötterung des Volkes zu verfallen. Er sagt zu jedem Satz des Volkes ja und amen, nachdem er ihn zu einer Sentenz gemacht hat. Aber der Fellache, der Arbeitslose, der Ausgehungerte nimmt nicht die Wahrheit für sich in Anspruch. Er sagt nicht, er sei die Wahrheit: er verkörpert sie.
Der Intellektuelle verhält sich in dieser Periode objektiv wie ein gewöhnlicher Opportunist. Sein Taktieren hat nicht aufgehört. Das Volk denkt keineswegs daran, ihn zurückzustoßen oder an die Wand zu drücken. Das Volk verlangt nur, daß niemand seine eigene Suppe koche. Der kolonisierte Intellektuelle wird jedoch hinter der Bewegung des Volkes zurückbleiben, weil er einem merkwürdigen Kult des Details frönt. Nicht, daß das Volk rebellisch wäre gegen die Analyse. Es will sich aufklären lassen, es will die Zwischenglieder einer Argumentation verstehen, es will sehen, wie die Dinge laufen. Aber der kolonisierte Intellektuelle bevorzugt zu

Beginn seines Zusammenlebens mit dem Volk das Detail und vergißt schließlich die Niederlage des Kolonialismus, den eigentlichen Gegenstand des Kampfes. Mitgerissen von der vielfältigen Bewegung des Kampfes, neigt er dazu, sich in lokale Aufgaben zu verbeißen, die er mit Eifer verfolgt, aber fast immer verabsolutiert. Er sieht nicht jederzeit das Ganze. Er möchte seine Disziplinen, Spezialitäten, Bereiche unversehrt in jene furchtbare Zerkleinerungs- und Mischmaschine einführen, die eine Volksrevolution darstellt. An bestimmten Punkten der Front engagiert, passiert es ihm, daß er die Einheit der Bewegung aus dem Auge verliert und im Falle eines lokalen Scheiterns sich dem Zweifel, ja der Verzweiflung hingibt. Das Volk dagegen nimmt von Anfang an allgemeine Positionen ein. Das Land und das Brot: was tun, um das Land und das Brot zu bekommen? Und dieser eigensinnige, scheinbar beschränkte, enge Aspekt des Volkes ist letztlich das umfassendste und wirksamste Operationsmodell.
Auch das Problem der Wahrheit muß berücksichtigt werden. Innerhalb des Volkes ist die Wahrheit von jeher etwas Einheimisches. Keine absolute Wahrheit, keine Rede über die Transparenz der Seele kann diese Position zerbröckeln. Auf die Lüge der kolonialen Situation antwortet der Kolonisierte mit einer gleichen Lüge. Sein Verhalten ist offen gegenüber den eigenen Leuten, verkrampft und undurchsichtig gegenüber den Kolonialherren. Wahr ist, was die Auflösung des Kolonialregimes vorantreibt, was das Entstehen der Nation begünstigt. Wahr ist, was die Eingeborenen schützt und die Ausländer verdirbt. Im kolonialen Kontext gibt es keine unbedingte Wahrheitsregel. Und das Gute ist ganz einfach das, was *ihnen* schadet.

Man sieht also, daß der ursprüngliche Manichäismus, der die Kolonialgesellschaft beherrschte, in der Dekolonisationsperiode intakt geblieben ist. Und zwar deshalb , weil der Kolonialherr nie aufhört, der Feind, der Antagonist zu sein, mit einem Wort: der Mann, den es zu töten gilt. Der Unterdrücker ruft in seiner Zone die Bewegung hervor: eine Bewegung der Herrschaft, der Ausbeutung, der Plünderung. In der anderen Zone nährt das zusammengekauerte, geplünderte kolonisierte Ding nach Kräften diese selbe Bewegung, die von den Küsten des Landes aus unmittelbar bis in die Paläste und Docks des »Mutterlandes« reicht. In dieser erstarrten Zone ist die Oberfläche unbeweglich, die Palme wiegt sich vor den

Wolken, die Wellen des Meeres brechen sich an den Kieselsteinen, die Rohstoffe kommen und gehen und rechtfertigen die Anwesenheit des Kolonialherrn, während sich der Kolonisierte, hingekauert, mehr tot als lebendig, im immergleichen Traum verewigt. Der Kolonialherr macht die Geschichte. Sein Leben ist ein Epos, eine Odyssee. Er ist der absolute Beginn: »Dieses Land, wir haben es zu dem gemacht, was es ist.« Er ist die immerwährende Ursache: »Wenn wir weggehen, ist alles verloren, dieses Land wird ins Mittelalter zurückfallen.« Schwerfällige, durch Fieber und primitive Bräuche von innen gepeinigte Wesen stehen ihm gegenüber, ein gleichsam mineralischer Rahmen für die alles verändernde Dynamik des kolonialen Handelssystems.

Der Kolonialherr macht die Geschichte und weiß, daß er sie macht. Und weil er sich ständig auf die Geschichte seines Mutterlandes bezieht, gibt er deutlich zu verstehen, daß er hier der Vorposten dieses Mutterlandes ist. Die Geschichte, die er schreibt, ist also nicht die Geschichte des Landes, das er ausplündert, sondern die Geschichte seiner eigenen Nation, in deren Namen er raubt, vergewaltigt und aushungert. Die Unbeweglichkeit, zu welcher der Kolonisierte verdammt ist, kann nur dadurch in Frage gestellt werden, daß der Kolonisierte beschließt, der Geschichte der Kolonisation, der Geschichte der Ausplünderung ein Ende zu setzen, um die Geschichte seines Landes, die Geschichte der Dekolonisation beginnen zu lassen.

Eine in Abteile getrennte, manichäische, unbewegliche Welt, eine Welt von Statuen: die Statue des Generals, der das Land erobert, die Statue des Ingenieurs, der die Brücke gebaut hat. Eine selbstsichere Welt, die mit ihren Steinen die gepeitschten und zerschundenen Rücken erdrückt. Das ist die koloniale Welt. Der Eingeborene ist ein eingepferchtes Wesen, die *Apartheid* ist nur eine besondere Form der kolonialen Trennung überhaupt. Als erstes lernt der Eingeborene, auf seinem Platz zu bleiben, die Grenzen nicht zu überschreiten. Deshalb sind die Träume des Eingeborenen Muskelträume, Aktionsträume, agressive Träume. Ich träume, daß ich laufe, daß ich schwimme, daß ich renne, daß ich klettere. Ich träume, daß ich vor Lachen berste, daß ich den Fluß überspringe, daß ich von Autorudeln verfolgt werde, die mich niemals einholen. Während der Kolonisation hört der Kolonisierte nicht auf, sich zwischen neun Uhr abends und sechs Uhr früh zu befreien.

Diese in seinen Muskeln sitzende Agressivität wird der Kolonisierte zunächst gegen seinesgleichen äußern. Das ist die Periode, wo sich die Neger

gegenseitig auffressen und wo die Polizisten, die Untersuchungsrichter sich nicht mehr zu helfen wissen angesichts der erstaunlichen nordafrikanischen Kriminalität. Gegenüber der kolonialen Ordnung befindet sich der Kolonisierte in einem Zustand permanenter Spannung. Die Welt des Kolonialherrn ist eine feindliche Welt, die ihn zurückstößt, aber gleichzeitig ist sie eine Welt, die seinen Neid erregt. Wir haben gesehen, daß der Kolonisierte immer davon träumt, sich an der Stelle des Kolonialherrn niederzulassen. Nicht, ein Kolonialherr zu werden, sondern den Platz des Kolonialherrn einzunehmen. Dessen feindselige, drückende, aggressive Welt erscheint der kolonisierten Masse, die von ihr gewaltsam ausgeschlossen bleibt nicht als Hölle, der man so schnell wie möglich entkommen möchte, sondern als ein Paradies in greifbarer Nähe, bewacht von furchteinflößenden Bluthunden.

Der Kolonisierte ist immer auf der Hut, weil er die vielfältigen Zeichen der kolonialen Welt nur schwer entziffern kann; er weiß niemals, ob er die Grenze schon überschritten hat oder nicht. In der vom Kolonialisten eingerichteten Welt gilt der Kolonisierte von vornherein als der Schuldige. Die Schuld des Kolonisierten ist keine übernommene Schuld, eher eine Art Fluch, ein Damoklesschwert. In seinem Innern nämlich erkennt der Kolonisierte keine Instanz an. Er ist unterworfen, aber nicht gezähmt. Er ist erniedrigt, aber nicht von seiner Niedrigkeit überzeugt. Er wartet geduldig, daß der Kolonialherr in seiner Wachsamkeit nachlasse, um sich auf ihn zu stürzen. Die Muskeln des Kolonisierten liegen ständig auf der Lauer. Man kann nicht sagen, daß er beunruhigt, daß er terrorisiert sei. In Wirklichkeit ist er immer bereit, die Rolle des Freiwilds aufzugeben, um die des Jägers zu übernehmen. Der Kolonisierte ist ein Verfolgter, der ständig davon träumt, Verfolger zu werden. Die sozialen Symbole – Gendarmen, Zapfenstreiche in den Kasernen, militärische Paraden und Flaggenhissungen – dienen gleichzeitig als Verbots- und als Reizmittel. Für den Kolonisierten besagen sie nicht: »Aufruhr ist zwecklos«, sondern: »Bereite dich auf deinen Kampf gut vor«. Und wenn der Kolonisierte wirklich je dazu neigen sollte, einzuschlafen, zu vergessen, die Anmaßung des Kolonialherrn und sein Eifer, die Stabilität des Kolonialsystems zu beweisen, würden ihn immer von neuem daran erinnern, daß die große Konfrontation nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werden kann. Dieser Drang, den Platz des Kolonialherrn einzunehmen, bewirkt eine

ständige Anspannung der Muskulatur. Bekanntlich verstärkt unter gegebenen emotionalen Bedingungen die Anwesenheit eines Hindernisses die Tendenz zur Bewegung.

Die Beziehung zwischen dem Kolonialherrn und dem Kolonisierten ist eine Massenbeziehung. Der Zahl setzt der Kolonialherr seine Stärke entgegen. Der Kolonialherr ist ein Exhibitionist. Sein Sicherheitsbedürfnis führt ihn dazu, den Kolonisierten mit lauter Stimme daran zu erinnern: »Der Herr hier bin ich«. Der Kolonialherr hält beim Kolonisierten eine Wut aufrecht, die er am Ausbrechen hindert. Der Kolonisierte ist in die engen Maschen des Kolonialismus eingezwängt. Aber wir haben gesehen, daß der Kolonialherr nur eine Pseudo-Versteinerung erreicht. Die Muskelspannung des Kolonisierten befreit sich periodisch in blutigen Explosionen: Stammesfehden, Cof-Kämpfen, in denen sich ganze Gruppen von Einheimischen aufreiben, und Schlägereien zwischen Einzelnen.
Auf der individuellen Stufe findet man eine wahre Negation des gesunden Menschenverstandes. Während der Kolonialherr oder der Polizist den Kolonisierten den ganzen Tag lang ungestraft schlagen, beschimpfen, auf die Knie zwingen kann, wird derselbe Kolonisierte beim geringsten feindlichen oder agressiven Blick eines anderen Kolonisierten sein Messer ziehen. Denn die letzte Zuflucht des Kolonisierten besteht darin, daß er seine Würde gegenüber seinesgleichen verteidigt. In den Stammesfehden leben die alten, in das kollektive Gedächtnis eingegangenen Ressentiments wieder auf. Der Kolonisierte stürzt sich mit Haut und Haaren in derartige Racheakte und will sich dadurch einreden, daß der Kolonialismus nicht existiere, daß alles so geblieben sei wie früher, daß seine Geschichte einfach weitergehe. Wir haben es hier eindeutig mit einer kollektiven Form von Ersatzhandlungen zu tun. Brüder vergießen ihr Blut, als verhülfe ihnen ein solches Handeln dazu, das wahre Hindernis zu übersehen, die wahre Entscheidung zu vertagen, die auf nichts anderes hinauslaufen kann als auf den bewaffneten Kampf gegen den Kolonialismus. Die leibhaftige Selbstzerstörung eines Kollektivs ist also einer der Wege, auf denen sich die physische Anspannung des Kolonisierten entlädt. Alle diese Verhaltensweisen sind Todesreflexe gegenüber der Gefahr, Selbstmord-Handlungen, die das Leben und die Herrschaft des Kolonialherrn nur noch mehr konsolidieren und ihm zugleich bestätigen, daß diese Menschen nicht vernünftig sind. Auch mit Hilfe der Religion gelingt es dem

Kolonisierten, den Kolonialherrn zu vergessen. Der Fatalismus entlastet den Unterdrücker von jeder Initiative, weil er die Ursache der Übel, des Elends, des Schicksals auf Gott schiebt. So nimmt der einzelne die Zersetzung als von Gott beschlossen hin, er wirft sich vor dem Kolonialherrn und dem Schicksal auf den Bauch und gelangt durch eine Art innere Wiederherstellung des Gleichgewichts zu steinerner Gelassenheit.

Inzwischen geht das Leben jedoch weiter, und aus den schreckenerregenden Mythen, an denen die unterentwickelten Gesellschaften so reich sind, leitet der Kolonisierte Hemmungen und Verbote ab, die seine Agressivität eindämmen: unheilvolle Geister suchen ihn jedesmal heim, wenn er einen falschen Schritt tut, Leopardenmenschen, Schlangenmenschen, sechsbeinige Hunde, Zombies, eine ganze Menagerie von winzigen oder riesenhaften Tieren, baut um den Kolonisierten eine Welt von Verboten, Absperrungen, Hemmungen auf, weit schrecklicher als die kolonialistische Welt. Dieser magische Überbau, der die Eingeborenengesellschaft prägt, erfüllt in der Dynamik der Libidostruktur präzise Funktionen. Eines der Kennzeichen der unterentwickelten Gesellschaften ist nämlich, daß die Libido zunächst eine Gruppen-, eine Familienangelegenheit ist. Man kennt dieses von den Ethnologen genau beschriebene Phänomen: in manchen Gesellschaften muß der verheiratete Mann, der von sexuellen Beziehungen mit einer anderen Frau träumt, diesen Traum öffentlich eingestehen und dem Gatten oder der beleidigten Familie eine Steuer in Naturalien oder Arbeitstagen zahlen. Was übrigens beweist, daß die sogenannten prähistorischen Gesellschaften dem Unbewußten eine große Bedeutung beimessen.

Die Atmosphäre von Mythos und Magie verhält sich, indem sie mir Angst macht, wie eine unzweifelhafte Realität. Indem sie mir Schrecken einjagt, integriert sie mich in die Traditionen, in die Geschichte meines Landstriches oder meines Stammes, aber gleichzeitig beruhigt sie mich, sie gewährt mir einen Status, stellt mir einen Bürgerbrief aus. Das Geheimnis ist in den unterentwickelten Ländern immer eine Sache des Kollektivs: es gründet ausschließlich auf Magie. Wenn ich mich in dieses unentwirrbare Geflecht einspinne, wo die Handlungen sich mit kristallklarer Permanenz wiederholen, so finde ich die Fortdauer einer mir gehörigen Welt, einer uns gehörigen Welt bestätigt. Die Zombies, glauben Sie mir, sind viel schreckenerregender als die Kolonialherren. Und das Problem besteht dann nicht mehr darin, sich nach der eisenstrotzenden Welt des Kolonia-

lismus auszurichten, sondern dreimal nachzudenken, bevor man uriniert, ausspuckt oder in die Nacht hinausgeht.
Die übernatürlichen, magischen Kräfte erweisen sich als erstaunlich moïk, d. h. wirksam und real. Die Kräfte des Kolonialherrn sind unendlich beschnitten, von Fremdheit geschlagen. Wozu noch gegen sie kämpfen, wenn nichts anderes zählt als die erschreckende Feindlichkeit der mythischen Strukturen? So löst sich das koloniale Problem in einem dauernden Geisterkampf, einem Schattenboxen zwischen Phantasmen, von selber auf.

Dasselbe Volk, einst in unwirkliche Zirkel zerfallen und preisgegeben einem unfaßbaren Schrecken, und dabei noch glücklich in seinem Selbstverlust, seinen geträumten Qualen – es löst sich, kaum daß der Befreiungskampf begonnen hat, aus seinen Befangenheiten, organisiert sich neu und zeigt sich, in Blut und Tränen, ganz realer und direkter Auseinandersetzungen fähig. Den Mudschahidins (den algerischen Partisanen) zu essen geben, Wachen aufstellen, den notleidenden Familien zu Hilfe kommen, den erschlagenen oder eingesperrten Mann ersetzen: das sind die konkreten Aufgaben, denen das Volk im Befreiungskampf sich stellt.
In der kolonialen Welt konzentriert sich das affektive Vermögen des Kolonisierten auf der Oberfläche der Haut; sie ist empfindlich wie eine offene Wunde gegen ätzende Stoffe. Und die psychische Disposition schrumpft ein, verkrampft und entlädt sich in muskulären Reaktionen, die manche Gelehrte auf die Idee gebracht haben, der Kolonisierte sei ein Hysteriker. Sein Affekt, der sich gleichsam in einem Zustand dauernder Erektion befindet, und zugleich von einem inneren Zensor am Ausbruch gehindert wird, reagiert sich in motorischen Entladungen ab und findet in der Krise eine erotische Befriedigung.
Andererseits können wir das affektive Leben des Kolonisierten in mehr oder weniger ekstatischen Tänzen sich erschöpfen sehen. Deshalb muß eine Studie über die koloniale Welt unbedingt das Phänomen des Tanzes und der Besessenheit zu verstehen suchen. Der Kolonisierte entspannt sich in diesen Muskelorgien, die seine schärfste Aggressivität und seine unmittelbarste Gewalttätigkeit kanalisieren, verwandeln und ableiten. Im Kreis des Tanzes ist alles erlaubt. Er beschützt und ermächtigt. Zu festgesetzten Stunden, an festgesetzen Daten finden sich Männer und Frauen an einem gegebenen Ort zusammen und werfen sich unter dem strengen Auge des Stammes in eine scheinbar ungeordnete, in Wirklichkeit

aber streng geregelte Pantomime, wo sich auf vielfache Weise – Neigungen des Kopfes, Krümmen der Wirbelsäule, Zurückwerfen des ganzen Körpers – handgreiflich die grandiose Anstrengung eines Kollektivs äußert, sich durch Exorzismen zu befreien und auszudrücken. Der kleine Hügel, den man erstiegen hat, wie um dem Monde näher zu sein, das Ufer, das man herabgeglitten ist, wie um die Äquivalenz von Tanz und Waschung, Reinigung auszudrücken, das sind geheiligte Orte. Alles ist erlaubt, denn man versammelt sich nur, um die angestaute Libido, die verhinderte Aggressivität vulkanisch ausbrechen zu lassen. Symbolische Tötungen, bildliche Ritte, vielfältige eingebildete Morde, all das muß herauskommen. Die bösen Säfte ergießen sich wie Lavamassen.

Ein Schritt weiter, und wir verfallen in volle Besessenheit. In Wirklichkeit sind es Bessenheitsübungen zur Befreiung von Besessenheit, die hier organisiert werden: Vampirismus, Besessenheit durch Dschinns, durch Zombies, durch Legba, den berühmten Gott des Vodu. Diese Zerstörungen der Persönlichkeit, diese Verdoppelungen, diese Auflösungen erfüllen eine »ökonomische« Funktion, die für die Stabilität der kolonisierten Welt unentbehrlich ist. Auf dem Hinweg waren die Männer und Frauen ungeduldig, zapplig, nervös. Auf dem Rückweg kehrt die Ruhe ins Dorf zurück, der Frieden, die Unbeweglichkeit.

Man wird im Laufe des Befreiungskampfes eine eigenartige Abkühlung gegenüber diesen Praktiken erleben. Mit dem Rücken zur Wand, das Messer an der Kehle oder, um genauer zu sein, die Elektrode an den Genitalien, wird der Kolonisierte begreifen, daß die alten Geschichten ihre Macht verloren haben.

Nachdem er sich jahrelang dem Irrealen, den erstaunlichsten Phantasmen hingegeben hat, geht der Kolonisierte endlich, das Maschinengewehr in der Faust, gegen die einzigen Kräfte vor, die ihm sein Sein streitig gemacht haben: die des Kolonialismus. Und der junge Kolonisierte, der in einer Atmosphäre von Eisen und Feuer aufwächst, kann es sich leisten, über die Zombie-Ahnen, die zweiköpfigen Pferde, die wiedererwachenden Toten, die Dschinns Witze zu reißen, die ein Gähnen ausnutzen, um in den Körper zu fahren. Der Kolonisierte entdeckt die Realität und verändert sie in der Entfaltung seiner Praxis, in der Ausübung der Gewalt, in seinem Befreiungsplan.

Wir haben gesehen, daß diese Gewalt während der ganzen Kolonial-

periode, obwohl sie sich unter der Haut ansammelt, leerläuft. Wir haben gesehen, wie sie durch die emotionalen Entladungen des Tanzes oder der Besessenheit kanalisiert wird. Wir haben gesehen, wie sie sich in Bruderkämpfen erschöpft. Das Problem ist jetzt, zu begreifen, wie diese Gewalt sich reorientiert. Während sie sich zuvor in Mythen gefiel und Gelegenheiten für einen kollektiven Selbstmord suchte, werden ihr nun neue Bedingungen ermöglichen, die Richtung zu wechseln.
Durch die Befreiung der Kolonien ist der gegenwärtigen Epoche ein theoretisches Problem von entscheidender Bedeutung aufgegeben: Wann kann man sagen, daß die Situation für eine nationale Befreiungsbewegung reif sei? Wer soll ihre Avantgarde stellen? Da die Dekolonisation vielfältige Formen angenommen hat, zögert die Vernunft und verbietet sich zu sagen, was eine wirkliche Dekolonisation und was eine falsche sei. Wir werden sehen, daß es für den Betroffenen eine dringliche Aufgabe ist, über die Mittel, die Taktik, das heißt die Verfahrensweise und die Organisation zu entscheiden. Wird sie nicht gelöst, so liefert man sich einem Voluntarismus aus, der dem blinden Zufall und den schlimmsten Möglichkeiten der Reaktion Tür und Tor öffnet.

Welches sind die Kräfte, die in der Kolonialperiode der Gewalt des Kolonisierten neue Wege, neue Ansatzpunkte bieten? Das sind zunächst die politischen Parteien und die intellektuellen oder kaufmännischen Eliten. Für bestimmte politische Formationen ist es jedoch kennzeichnend, daß sie Prinzipien verkünden, aber keine Parolen ausgeben. Die Aktivität dieser nationalistischen politischen Parteien erschöpft sich solange die Kolonialmacht herrscht, im Wahlkampf-Betrieb und in einer Folge von philosophisch-politischen Abhandlungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker, über das Menschenrecht auf Würde und Brot und in der ununterbrochenen Beteuerung des Grundsatzes: »ein Mensch – eine Stimme«. Die nationalistischen politischen Parteien bestehen nie auf der Notwendigkeit der Kraftprobe, weil ihr Ziel eben nicht die radikale Umwälzung des Systems ist. Als Pazifisten und Legalisten im Grunde Parteigänger der Ordnung (der neuen), stellen diese politischen Kreise der kolonialistischen Bourgeoisie offen die Forderung, die ihnen wesentlich ist: »Gebt uns mehr Macht«. Gegenüber dem spezifischen Problem der Gewalt verhalten sich die Eliten zweideutig. Sie sind gewalttätig in ihren Worten und reformistisch in ihren Taten. Wenn die bürgerlich-nationali-

stischen Politiker etwas sagen, so geben sie ohne Umschweife zu verstehen, daß sie es nicht wörtlich meinen.
Dieser Charakter der nationalistischen politischen Parteien ist durch die Qualität ihrer Kader wie ihrer Anhängerschaft zu erklären. Diese Anhängerschaft ist städtisch: sie besteht aus Arbeitern, Lehrern, kleineren Handwerkern und Kaufleuten, die angefangen haben, von der kolonialen Situation zu profitieren – für ein Butterbrot, versteht sich –, und die nun ihre Sonderinteressen anmelden. Sie verlangen die Verbesserung ihrer Lage, die Erhöhung ihrer Löhne. Der Dialog zwischen diesen politischen Parteien und dem Kolonialismus ist niemals abgerissen. Man diskutiert über Verbesserungen, parlamentarische Vertretung, Pressefreiheit, Vereinsfreiheit. Man diskutiert über Reformen. So kann es auch nicht überraschen, daß eine große Zahl von Eingeborenen in den Lokalverbänden der politischen Formationen des »Mutterlandes« aktiv ist. Diese Eingeborenen kämpfen für das abstrakte Schlagwort »Die Macht dem Proletariat« und vergessen dabei, daß in ihrem Land zunächst um die Forderungen dieses Landes gekämpft werden muß. Der kolonisierte Intellektuelle läßt seine Agressivität dem kaum verhüllten Willen zugute kommen, sich der kolonialen Welt anzupassen. Er stellt seine Kraft in den Dienst seiner eigenen, seiner individuellen Interessen. So entsteht leicht eine Klasse von individuell befreiten Sklaven, von Freigelassenen. Was der Intellektuelle fordert, ist die Möglichkeit, die Freigelassenen zu vermehren, die Möglichkeit, eine authentische Klasse von Freigelassenen zu organisieren. Die Massen dagegen wollen nicht die Erfolgschancen von einzelnen sich vergrößern sehen. Nicht den Status des Kolonialherrn verlangen sie, sondern seinen Platz. Die Kolonisierten wollen in ihrer überwältigenden Mehrheit die Farm des Kolonialherrn. Sie haben nicht die Absicht, mit dem Kolonialherrn in einen Wettbewerb zu treten. Sie wollen seinen Platz.
Die Bauernschaft wird von der Propaganda der meisten nationalistischen Parteien systematisch vernachlässigt. Es ist jedoch offenkundig, daß in den Kolonialländern nur die Bauernschaft revolutionär ist. Sie hat nichts zu verlieren und alles zu gewinnen. Der Bauer, der Deklassierte, der Ausgehungerte ist der Ausgebeutete, der am schnellsten entdeckt, daß sich nur die Gewalt bezahlt macht. Für ihn gibt es keinen Kompromiß, keine Möglichkeit, sich zu arrangieren. Kolonisation oder Dekolonisation, das ist ganz einfach eine Frage der Stärke. Der Ausgebeutete entdeckt, daß

seine Befreiung alle Mittel voraussetzt, vor allem die Stärke. Als 1956, nach der Kapitulation Guy Mollets vor den Kolonialherren Algeriens, die Nationale Befreiungsfront in einem berühmten Flugblatt feststellte, daß der Kolonialismus nur nachgebe, wenn ihm das Messer an der Kehle sitze, hat tatsächlich kein Algerier diese Ausdrücke zu gewalttätig gefunden. Das Flugblatt drückte nur aus, was alle Algerier empfanden: der Kolonialismus ist keine Denkmaschine, kein vernunftbegabter Körper. Er ist die Gewalt im Naturzustand und kann sich nur einer noch größeren Gewalt beugen.

Im Moment der entscheidenden Auseinandersetzung tritt die kolonialistische Bourgeoisie, die bis dahin immer ruhig geblieben war, in Aktion. Sie führt einen neuen Begriff ein, der im Grunde nur ein Produkt der kolonialen Situation ist: Gewaltlosigkeit. In ihrer Rohform bedeutet diese Gewaltlosigkeit für die kolonisierten intellektuellen und wirtschaftlichen Eliten, daß die kolonialistische Bourgeoisie die gleichen Interessen hat wie sie, daß es also unvermeidlich und dringlich ist, zu einer Einigung über das gemeinsame Wohl zu gelangen. Die Gewaltlosigkeit ist ein Versuch, das koloniale Problem am grünen Tisch zu regeln, noch vor jeder unwiderruflichen Geste, jedem Blutvergießen, jeder bedauerlichen Handlung. Wenn aber die Massen, ohne darauf zu warten, bis am grünen Tisch Platz genommen wird, nur auf ihre eigene Stimme hören und mit Brandschatzungen und Attentaten beginnen, dann sieht man die »Eliten« und die Führer der nationalistischen bürgerlichen Parteien zu den Kolonialisten stürzen und ihnen sagen: »Es ist sehr ernst! Niemand weiß, wie das enden wird, es muß eine Lösung, ein Kompromiß gefunden werden«.
Dieser Begriff des Kompromisses ist sehr wichtig für das Phänomen der Dekolonisation, denn er ist keineswegs einfach. Der Kompromiß betrifft nämlich gleichermaßen das Kolonialsystem wie die junge nationale Bourgeoisie. Die Vertreter des Kolonialsystems entdecken, daß die Massen alles zu zerstören drohen. Die Sabotage der Brücken, die Zerstörung der Farmen, die Strafexpeditionen, der Krieg treffen die Wirtschaft hart. Auch die nationale Bourgeoisie kann die möglichen Folgen dieses Taifuns nicht absehen. Sie muß befürchten, daß dieser gewaltige Sturm sie hinweggefegt, und deshalb beschwört sie die Kolonialherren immer wieder: »Noch können wir das Blutbad aufhalten, noch haben die Massen Vertrauen zu uns, macht schnell, wenn ihr nicht alles verderben wollt.«

Ein Schritt weiter, und der Führer der nationalistischen Partei distanziert sich von aller Gewaltanwendung. Er versichert nachdrücklich, daß er nichts mit diesen Mau-Mau, diesen Terroristen, diesen Mördern zu tun habe. Bestenfalls verschanzt er sich in einem Niemandsland zwischen Terroristen und Kolonialherren und bietet sich als »Unterhändler« an: Da die Kolonialherren nicht mit den Mau-Mau verhandeln können, ist *er* gern bereit, Verhandlungen anzubahnen. Auf diese Weise macht sich die Nachhut des nationalen Kampfes, jener Teil des Volkes, der niemals aufgehört hat, auf der anderen Seite zu stehen, durch einen schier akrobatischen Trick zum Vortrupp der Verhandlungen und des Kompromisses – und das gelingt ihr, weil sie sich wohl gehütet hat, den Kontakt mit dem Kolonialismus jemals abzubrechen.

Vor der Verhandlung begnügen sich die meisten nationalistischen Parteien damit, jene »Wildheit« zu erklären, zu entschuldigen. Sie identifizieren sich nicht mit dem Kampf des Volkes, und nicht selten lassen sie sich allesamt dazu hinreißen, solche Aufsehen erregenden Aktionen, die der Presse und der Öffentlichkeit des »Mutterlandes« als abscheulich gelten, auch ihrerseits zu verurteilen. Das Bemühen, die Dinge objektiv zu sehen, dient dieser Politik des Immobilismus als Rechtfertigung. Aber die klassische Haltung des kolonisierten Intellektuellen und der Führer der nationalistischen Parteien ist in Wirklichkeit nicht objektiv. Im Grunde bezweifeln diese Leute, daß die ungeduldige Gewalt der Massen das wirksamste Mittel zur Verteidigung ihrer eigenen Interessen ist. Oft sind sie auch von der Unwirksamkeit der gewaltsamen Methoden überzeugt. Für sie ist ohne Frage jeder Versuch, die koloniale Unterdrückung mit Gewalt zu brechen, ein verzweifeltes, ein selbstmörderisches Verhalten, weil in ihren Gehirnen die Panzer und die Jagdflugzeuge der Kolonialherren einen enormen Platz einnehmen. Wenn man ihnen sagt: »Es gilt zu handeln«, sehen sie schon Bomben auf ihren Kopf fallen, Panzer auf den Straßen heranrücken, das Maschinengewehr, die Polizei ... und bleiben sitzen. Sie brechen erst auf als Verlierer. Ihre Unfähigkeit, durch die Gewalt zu siegen, braucht nicht bewiesen zu werden, sie zeigen sie in ihrem täglichen Leben und in ihrer Taktik. Sie stehen immer noch auf jenem puerilen Standpunkt, den Engels in seiner berühmten Polemik gegen Dühring, jenes Monstrum an Knabenhaftigkeit, eingenommen hat: »Ebensogut wie Robinson sich einen Degen verschaffen konnte, ebensogut dürfen wir annehmen, daß Freitag eines schönen Morgens erscheint mit

einem geladnen Revolver in der Hand, und dann kehrt sich das ganze ›Gewalt‹-Verhältnis um: Freitag kommandiert, und Robinson muß schanzen ... Also der Revolver siegt über den Degen, und damit wird es doch wohl auch dem kindlichsten Axiomatiker begreiflich sein, daß die Gewalt kein bloßer Willensakt ist, sondern sehr reale Vorbedingungen zu ihrer Betätigung erfordert, namentlich *Werkzeuge,* von denen das vollkommnere das unvollkommnere überwindet; daß ferner diese Werkzeuge produziert sein müssen, womit zugleich gesagt ist, daß der Produzent vollkommnerer Gewaltwerkzeuge, vulgo Waffen, den Produzenten der unvollkommneren besiegt, und daß, mit einem Wort, der Sieg der Gewalt beruht auf der Produktion von Waffen, und diese wieder auf der Produktion überhaupt, also – auf der ›ökonomischen Macht‹, auf der ›Wirtschaftslage‹, auf den der Gewalt zur Verfügung stehenden *materiellen* Mitteln.« Die reformistischen Führer sagen tatsächlich nichts anderes: »Womit wollt ihr euch gegen die Kolonialherren schlagen? Mit euren Messern? Mit euren Jagdgewehren?«
Es ist wahr, die Instrumente sind im Bereich der Gewalt wichtig, weil letztlich alles auf die Verteilung dieser Instrumente ankommt. Aber gerade in diesem Bereich kann die Befreiung der kolonialen Territorien zu einer neuen Erkenntnis führen. Man hat zum Beispiel gesehen, daß Napoleon im Spanienfeldzug, einem typischen Kolonialkrieg, trotz seiner Truppenstärke, die während der Frühjahrsoffensiven von 1810 die ungeheure Zahl von 400 000 Mann erreicht hatte, zum Rückzug gezwungen worden ist. Dabei ließ die französische Armee durch ihre Kriegsinstrumente, die Tapferkeit ihrer Soldaten und das militärische Genie ihrer Offiziere ganz Europa erzittern. Angesichts der riesigen Mittel der napoleonischen Truppen haben die Spanier, getragen von einem unerschütterlichen Patriotismus, ihre berühmte Guerilla-Taktik entwickelt, die übrigens schon die amerikanischen Milizen, 25 Jahre früher, gegen die englischen Truppen erprobt hatten. Aber die Guerilla der Kolonisierten wäre als Instrument der Gewalt gegenüber anderen Gewaltinstrumenten nichts, wenn sie nicht zugleich ein neues Element im globalen Konkurrenzkampf der Trusts und der Monopole wäre.

Zu Beginn der Kolonisation konnte eine einzige Marschkolonne riesige Territorien besetzen: Kongo, Nigeria, die Elfenbeinküste usw.... Heute aber fügt sich der nationale Kampf des Kolonisierten in eine absolut neue

Situation ein. Der Kapitalismus sah in seiner Blütezeit in den Kolonien eine Quelle von Rohstoffen, die nach ihrer Verarbeitung auf den europäischen Markt geworfen werden konnten. Nach einer Phase der Akkumulation des Kapitals kommt er heute dazu, seine Auffassung von der Rentabilität eines Geschäfts zu modifizieren. Die Kolonien sind ein Markt geworden. Die Kolonialbevölkerung ist eine kaufende Kundschaft. Wenn jetzt aber die Garnison ewig verstärkt werden muß, wenn der Handel nachläßt, das heißt, wenn die Fertigwaren nicht mehr exportiert werden können, so beweist das, daß die militärische Lösung keine Lösung mehr ist. Eine blinde Herrschaft nach Sklavenhaltergeschmack ist für das »Mutterland« wirtschaftlich nicht rentabel. Die monopolistische Fraktion der Bourgeoisie im »Mutterland« unterstützt keine Regierung mehr, deren Politik einzig und allein die des Schwertes ist. Die Industriellen und Finanzleute des »Mutterlandes« erwarten von ihrer Regierung nicht die Dezimierung der Bevölkerung; sie erwarten, daß diese Regierung ihre »legitimen Interessen« durch Handelsabkommen und Wirtschaftsverträge wahrt.

Es besteht also eine objektive Komplizenschaft zwischen dem Kapitalismus und den gewaltsamen Kräften, die im kolonialen Territorium losbrechen. Außerdem steht der Kolonisierte dem Unterdrücker nicht allein gegenüber. Er kann mit der politischen und diplomatischen Hilfe fortschrittlicher Länder und Völker rechnen. Vor allem aber kann er sich auf die Konkurrenz, den unbarmherzigen Kampf verlassen, den sich die Finanzgruppen liefern. Die Berliner Konferenz hat das zerstückelte Afrika unter drei oder vier Flaggen aufteilen können. Heute dagegen ist es unwichtig, ob irgendein afrikanisches Gebiet unter französischer oder unter belgischer Oberhoheit steht: worauf es ankommt, das ist der Schutz der wirtschaftlichen Einflußzonen. Artilleriefeuer und Politik der verbrannten Erde sind der wirtschaftlichen Unterwerfung gewichen. Man führt jetzt keine Unterdrückungskriege gegen irgendwelche rebellischen Sultane. Man geht eleganter und weniger blutig vor. Man beschließt die friedliche Liquidierung des Castro-Regimes, man versucht Guinea zugrunde zu richten, man schaltet Mossadegh aus. Der nationale Führer, der vor der Gewalt Angst hat, irrt also, wenn er sich einbildet, der Kolonialismus werde »uns alle massakrieren«. Die Militärs fahren zwar fort, mit den Puppen aus der Eroberungszeit zu spielen, aber die Finanzkreise beeilen sich, sie in die Wirklichkeit zurückzuholen.

Deshalb wird von den vernünftigen nationalistischen Parteien erwartet, daß sie so klar wie möglich ihre Forderungen vortragen und mit dem kolonialistischen Partner in Ruhe und ohne Leidenschaft eine Lösung suchen, die die Interessen beider Seiten respektiert. Und wenn dieser nationalistische Reformismus, der sich oft als eine Karikatur der Gewerkschaftsbewegung erweist, dann zu handeln beschließt, wird er es auf ganz friedlichen Wegen tun: Arbeitsniederlegungen in den wenigen städtischen Industrien, Massendemonstrationen mit Akklamationen für die Parteiführer, Boykott der Autobusse und der importierten Lebensmittel. Alle diese Aktionen dienen gleichzeitig dazu, den Kolonialismus unter Druck zu setzen und dem Volk zu erlauben, sich auszutoben. Eine solche Schlafkur für das Volk kann zuweilen zum Erfolg führen. In solchen Fällen geht aus der Diskussion am grünen Tisch immer dieselbe politische Lösung hervor. M'ba, der Präsident der Republik Gabun, hat sie beim Antritt seines Staatsbesuches in Paris feierlich zu Ende formuliert: »Gabun ist unabhängig, aber zwischen Gabun und Frankreich hat sich nichts geändert. Alles bleibt wie es war.« In der Tat, die einzige Änderung besteht darin, daß M'ba Präsident der Republik Gabun ist, und daß er vom Präsidenten der französischen Republik empfangen wird.

Die kolonialistische Bourgeoisie wird in ihrem Beruhigungswerk an den Kolonisierten von der stets dienstbereiten Religion unterstützt. Alle Heiligen, die die zweite Wange hingehalten, Beleidigungen vergeben, sich nicht gerührt haben, als sie angespuckt und beschimpft wurden, werden zu Vorbildern erklärt und ausgeboten. Wenn die Eliten der kolonisierten Länder, diese freigelassenen Sklaven, endlich an der Spitze der Bewegung stehen, bringen sie unweigerlich einen Ersatz für den Kampf hervor, dem sie ausgewichen sind. Sie benutzen *die Versklavung ihrer Brüder,* um die Sklavenhalter zu beschämen und den konkurrierenden Finanzgruppen ihrer Unterdrücker ein humanitäres Alibi zu verschaffen. Niemals appellieren sie wirklich an die Sklaven, niemals mobilisieren sie diese konkret. Ganz im Gegenteil, im Moment der Wahrheit, das heißt für sie: der Lüge, drohen sie mit einer *Mobilisierung der Massen,* als sei diese Drohung die entscheidende Waffe, die wie durch ein Wunder das »Ende des Kolonialregimes« herbeiführen werde. Natürlich gibt es innerhalb dieser politischen Parteien und ihrer Kader auch Revolutionäre, die sich von der Farce der nationalen Unabhängigkeit entschieden abwenden. Aber es dauert nicht lange, bis die Interventionen, die Initiativen, die Wutausbrüche

dieser Minderheit dem Parteiapparat lästig werden. Dann isoliert man diese Elemente Schritt für Schritt und schaltet sie schließlich kurzerhand aus. Zur gleichen Zeit, als gäbe es hier ein dialektisches Zusammenwirken, stürzt sich die kolonialistische Polizei auf sie. Ohne sicheren Unterschlupf in den Städten, von den alten Revolutionären gemieden, von den neuen Parteihäuptern verstoßen, werden diese unerwünschten Personen mit dem aufrührerischen Blick auf dem Lande stranden. Dann bemerken sie in einer Art Taumel, daß die bäuerlichen Massen ihre Ansichten auf eine Andeutung hin verstehen und ihnen unvermittelt jene Frage stellen, auf die sie keine Antwort parat haben: »Wann geht es los?«
Diese Begegnung der städtischen Revolutionäre mit den Bauern wird noch genauer zu erörtern sein. Kehren wir zu den politischen Parteien zurück, um zu zeigen, daß ihre Handlungen trotz allem auch fortschrittliche Züge aufweisen. In ihren Reden »nennen« die politischen Führer das eigene Land. Dadurch geben sie den Forderungen des Kolonisierten zwar keinen Inhalt, kein politisches und soziales Programm, aber doch eine einheimische Form, einen Rahmen, also das, was wir die Minimalforderung nennen können. Die Politiker, die das Wort ergreifen, die in den nationalistischen Zeitungen schreiben, lassen das Volk träumen. Sie umgehen den Umsturz, führen jedoch gefährliche Umsturzfermente in das Bewußtsein der Hörer oder Leser ein. Oft wird die National- oder Stammessprache benutzt. Auch das heißt, den Traum nähren, der Phantasie erlauben, sich außerhalb der kolonialen Ordnung zu tummeln. Manchmal sagen diese Politiker noch: »Wir Neger, wir Araber«, und diese während der Kolonialperiode sehr ambivalente Anrede erhält eine Art Weihe. Die nationalistischen Politiker spielen mit dem Feuer. Ein afrikanischer Parteiführer machte neulich einer Gruppe von jungen Intellektuellen das folgende Geständnis: »Denkt nach, bevor ihr zu den Massen sprecht, sie entzünden sich schnell.« Das heißt, daß es eine List der Geschichte gibt; sie spielt in den Kolonien eine grausame und eine große Rolle.

Wenn ein politischer Führer das Volk zu einer Versammlung zusammenruft, liegt sozusagen Blut in der Luft. Trotzdem beschäftigt sich der Redner oft vor allem damit, seine Macht zu zeigen. Er zeigt sie, damit er sie nicht benutzen muß. Aber die derart geschürte Unruhe – gehen, kommen, Reden anhören, das Volk versammelt sehen, die Polizisten drumherum, dazu die militärischen Demonstrationen, die Verhaftungen, die

Deportationen politischer Führer – dieses ganze Durcheinander gibt dem Volk den Eindruck, daß seine Stunde gekommen ist, die Stunde der Tat. In solchen Momenten der Instabilität vermahnen die politischen Parteien die Linke zur Ruhe, während sie auf der Rechten den Horizont absuchen, um die liberalen Absichten des Kolonialismus zu enträtseln.

Auch bestimmte Episoden aus dem Leben des Kollektivs dienen dem Volk dazu, sich in Form zu halten, sich seine revolutionäre Leistungsfähigkeit zu bewahren. Der Bandit zum Beispiel, der sich tagelang gegen die auf seine Spur gesetzten Gendarmen behauptet, derjenige, der in einem Einzelkampf unterliegt, nachdem er vier oder fünf Polizisten niedergeschlagen hat, derjenige, der sich das Leben nimmt, um seine Komplizen nicht »dranzugeben«, sie dienen dem Volk als Leitsterne, Aktionsmodelle, »Helden«. Da nutzt es gar nichts zu sagen, dieser Held sei ein Dieb, ein Schurke oder ein Verbrecher. Wenn die Tat, deretwegen er von den Behörden verfolgt wird, ausschließlich gegen eine kolonialistische Person oder Sache gerichtet war, dann ist die Demarkation deutlich, flagrant. Der Identifikationsprozeß vollzieht sich von selbst.

Man muß auch auf die Rolle hinweisen, die die Geschichte des einheimischen Widerstandes gegen die Eroberung in diesem Reifungsprozeß spielt. Die großen Figuren des kolonisierten Volkes sind immer die, die den Widerstand gegen die Invasion geleitet haben. Behanzin, Soundiata, Samory, Abdel Kader erwachen in der Zeit, die der Aktion vorausgeht, mit besonderer Intensität zu neuem Leben. Das ist ein Zeichen dafür, daß das Volk dabei ist, wieder aufzubrechen, die vom Kolonialismus eingeführte tote Zeit hinter sich zu lassen, Geschichte zu machen. Neue Nationen sind nur dort aufgetaucht, alte Kolonialstrukturen nur dort zerstört worden, wo das Volk selbst sich seine Unabhängigkeit gewaltsam erkämpft hat, oder wo ein solcher gewaltsamer Umsturz in der unmittelbaren Nachbarschaft die Kolonialmacht zum Rückzug gezwungen hat.

Das kolonisierte Volk ist nicht allein. Trotz der Bemühungen des Kolonialismus bleiben seine Grenzen durchlässig für Nachrichten und Echos. Es entdeckt, daß die Atmosphäre geladen ist mit Gewalt, die hier und dort ausbricht, hier und dort das Kolonialregime wegfegt. Jede gewaltsame Aktion, die Erfolg hatte, spielt eine nicht nur informative, sondern auch operative Rolle für den Kolonisierten. Der große Sieg des vietnamesischen Volkes in Dien-Bien-Phu ist keineswegs nur ein Sieg für Vietnam. Vom Juli 1954 an hieß die Frage, welche die Kolonialvölker sich stellten: »Was ist

zu tun, um ein Dien-Bien-Phu zu verwirklichen? Wie muß man es anfangen?« An der Möglichkeit dieses Dien-Bien-Phu konnte kein Kolonisierter mehr zweifeln. Die Frage war nur noch, wie die Kräfte einzuteilen und zu organisieren, und wann sie einzusetzen waren. Die in der Luft liegende Gewalt verändert aber nicht nur die Kolonisierten, sondern auch die Kolonialisten, die ein vielfaches Dien-Bien-Phu auf sich zukommen sehen. Deshalb bemächtigt sich der kolonialistischen Regierungen eine regelrechte Panik. Sie versuchen, der Befreiungsbewegung zuvorzukommen, sie nach rechts zu drücken, das Volk zu entwaffnen: Schnell, dekolonisieren wir! Dekolonisieren wir den Kongo, bevor er sich in ein Algerien verwandelt! Verabschieden wir das Rahmengesetz für Afrika, schaffen wir die Communauté, reformieren wir diese Communauté, aber, ich beschwöre Sie, dekolonisieren wir, ehe es zu spät ist! Dieser Eifer geht so weit, daß man einem Mann wie Houphouet-Boigny die Unabhängigkeit förmlich aufzwingt. Auf die Strategie von Dien-Bien-Phu antwortet der Kolonialist mit der Strategie der Eindämmung ... bei allem Respekt vor der Souveränität der neuen Staaten!

Aber kommen wir auf die Gewalt zurück, die überall in der Luft liegt. Wir haben gesehen, wie sie reift, wie sie sich mitteilt und überträgt, und wie sie schließlich zum Ausbruch kommt. Das koloniale Regime versucht sie abzulenken auf lokale Stammesfehden. Sie aber macht sich dennoch auf ihren Weg; der Kolonisierte identifiziert seinen Feind, gibt allen seinen Mißgeschicken einen Namen und wirft die ganze, bis zum Äußersten gereizte Kraft seines Hasses und seiner Wut in die Waagschale. Aber wie kommen wir von der atmosphärischen Gewalt zur aktiven Gewalt? Was läßt das Wasser überkochen? Da ist zunächst zu bedenken, daß die Entwicklung den Kolonialherrn nicht ungeschoren läßt. Er, der die Eingeborenen »kennt«, bemerkt allerlei Anzeichen dafür, daß sich etwas tut, daß etwas in der Luft liegt. Die »guten« Eingeborenen machen sich rar, das Schweigen nimmt zu, wenn der Unterdrücker sich nähert. Manchmal sind die Blicke eisig, die Haltungen und Äußerungen rundweg aggressiv. Die nationalistischen Parteien regen sich, vermehren ihre Versammlungen, und gleichzeitig werden die Polizeikräfte vergrößert, es treffen Truppenverstärkungen ein. Die Kolonialherren, besonders die auf ihren Farmen isolierten Landwirte, schlagen als erste Alarm. Sie fordern energische Maßnahmen.

Die Behörden ergreifen tatsächlich aufsehenerregende Maßnahmen, verhaften ein oder zwei Parteiführer, organisieren militärische Aufmärsche, Manöver, Flugübungen. Die Machtdemonstrationen, die militärischen Übungen, dieser Pulvergeruch, der die Atmosphäre jetzt erfüllt, lassen das Volk nicht zurückweichen. Die Bajonette und Kanonaden verstärken seine Aggressivität. Eine dramatische Atmosphäre entsteht, in der jeder beweisen will, daß er zu allem bereit ist. In dieser Situation geht der Schuß von alleine los, denn die Nerven sind überreizt, die Furcht hat sich eingestellt, man hat den Finger am Abzug. Ein banaler Vorfall und das Maschinengewehrfeuer beginnt: das ist Sétif in Algerien, das sind die Carrières Centrales in Marokko, das ist Moramanga auf Madagaskar.
Die Unterdrückungsaktionen, weit davon entfernt, den Elan zu brechen, beschleunigen noch den Fortschritt des nationalen Bewußtseins. Von einem bestimmten Stadium der Bewußtseinsentwicklung an verstärken die Blutbäder in den Kolonien dieses Bewußtsein; sie machen deutlich, daß zwischen Unterdrückern und Unterdrückten keine Frage gelöst wird, es sei denn durch Gewalt. Man muß hier daran erinnern, daß die politischen Parteien die Parole zum bewaffneten Aufstand nicht ausgegeben, diesen Aufstand nicht vorbereitet haben. All diese Unterdrückungsaktionen, all diese von der Angst hervorgerufenen Handlungen kommen den politischen Führern eher ungelegen. Die Ereignisse überraschen sie. Derweil kann der Kolonialismus beschließen, die nationalistischen Führer zu verhaften. Inzwischen haben die Regierungen der kolonialistischen Länder jedoch begriffen, daß es sehr gefährlich ist, den Massen ihre Führer zu nehmen. Denn dann stürzt sich das nicht mehr gezügelte Volk in den Aufstand, den Aufruhr, die »bestialischen Morde«. Die Massen geben ihren »blutrünstigen Instinkten« freien Lauf und erzwingen vom Kolonialismus die Befreiung der politischen Führer, denen nun die schwierige Aufgabe zufällt, die Ruhe wiederherzustellen. Das kolonisierte Volk, das seine Gewalt spontan in die kolossale Aufgabe der Zerstörung des Kolonialsystems investiert hatte, sieht sich in kurzer Zeit auf die passive unfruchtbare Losung: »Befreit X oder Y« zurückgeworfen. Dann wird der Kolonialismus diese Personen befreien und mit ihnen verhandeln. Die Stunde der Volksfeste hat begonnen. (Es kann allerdings vorkommen, daß der verhaftete Führer der authentische Ausdruck der kolonisierten Massen ist. In diesem Fall wird der Kolonialismus von seiner Verhaftung profitieren; er wird versuchen, neue Führer zu lancieren.)

In anderen Fällen bleibt der Apparat der politischen Parteien vielleicht intakt. Aber im Zuge der kolonialistischen Unterdrückung und der spontanen Reaktion des Volkes werden die Parteien von ihren Mitgliedern überrannt. Die Gewalt der Massen leistet den militärischen Kräften des Okkupanten heftigen Widerstand, die Situation verschlimmert sich und wird vollkommen verfahren. Die befreiten politischen Führer bleiben dann zurück. Mit ihrer Bürokratie und ihrem vernünftigen Programm plötzlich überflüssig geworden, sieht man sie, weitab von den Ereignissen, ihren letzten Trick ausspielen. Jetzt sprechen sie plötzlich »im Namen der geknebelten Nation«. Der Kolonialismus wirft sich begierig auf diesen unverhofften Fund, macht diese Überflüssigen zu seinen Gesprächspartnern und gibt ihnen im Handumdrehen die Unabhängigkeit, unter der Voraussetzung, daß sie die Ordnung wiederherstellen.
Man sieht, daß sich jedermann dieser Gewalt bewußt ist und daß sie nicht in jedem Fall mit noch größerer Gewalt beantwortet wird. Für die Kolonialmächte geht es vielmehr darum, die Krise zu entschärfen.

Die Intuition der kolonisierten Massen begreift also plötzlich, daß ihre Befreiung durch Gewalt geschehen muß und nur durch sie geschehen kann. Aber wie können diese ausgehungerten und geschwächten Menschen, ohne Technik, ohne Erfahrung mit den Organisationsmethoden, angesichts der wirtschaftlichen und militärischen Macht des Okkupanten sich zu dem Gedanken versteigen, daß nur die Gewalt sie befreien kann? Wie können sie auf einen Sieg hoffen?
Denn die Gewalt, und das ist der Skandal, kann als Methode sehr wohl die Losung einer politischen Partei bilden. Kader können das Volk zum bewaffneten Kampf aufrufen. Diese Problematik der Gewalt gilt es zu reflektieren. Daß der deutsche Militarismus beschließt, seine Grenzprobleme mit Gewalt zu regeln, überrascht uns keineswegs. Wenn aber, beispielsweise, das angolesische Volk beschließt, zu den Waffen zu greifen, wenn das algerische Volk jede Methode verwirft, die nicht gewaltsam ist, so handelt es sich um etwas ganz anderes: Hier hat die Gewalt ein neues Gesicht. Die kolonisierten Menschen, diese Sklaven der Moderne, sind ungeduldig. Sie wissen, daß allein diese Tollwut sie der kolonialen Unterdrückung entziehen kann. Eine neue Art von Beziehungen ist in der Welt entstanden. Die unterentwickelten Völker sprengen ihre Ketten, und das Erstaunliche ist, daß es ihnen gelingt. Man darf behaupten, daß es lächerlich

Goethe Institut e.V. Bibliothek

ist, in der Zeit des Sputnik zu verhungern, aber für die kolonisierten Massen betrifft die Erklärung weniger den Mond. Die Wahrheit ist, daß heute kein kolonialistisches Land in der Lage ist, die einzige Kampfform zu wählen, die eine Erfolgschance hätte: die fortgesetzte Stationierung einer starken Besatzungmacht.

Im Innern stehen die kolonialistischen Länder Widersprüchen und Forderungen der Arbeiter gegenüber, die den Einsatz ihrer Polizeikräfte nötig machen. Und ihre Truppen benötigen diese Länder bei der gegenwärtigen internationalen Lage, um ihr Regime zu schützen. Schließlich kennt man den Mythos der von Moskau gesteuerten Befreiungsbewegungen, der in der panikmachenden Argumentation des Regimes bedeutet: »Wenn das so weitergeht, werden die Kommunisten von diesen Unruhen profitieren, sie werden diese Gebiete unterwandern.«

Die Tatsache, daß der Kolonisierte in seiner Ungeduld nach Kräften mit der Gewalt droht, beweist, daß er sich des außergewöhnlichen Charakters der gegenwärtigen Situation bewußt ist und sie zu nutzen gedenkt. Aber auch durch seine unmittelbare Erfahrung gewinnt der Kolonisierte, der die moderne Welt bis in die entlegensten Winkel des Busches vordringen sieht, ein scharfes Bewußtsein davon, was er nicht besitzt. Eine Art von kindlicher Logik überzeugt die Massen davon, daß man ihnen alle diese Dinge gestohlen hat. Unter diesen Umständen schreiten sie in manchen unterentwickelten Ländern sehr schnell voran und begreifen nach zwei oder drei Jahren der Unabhängigkeit, daß sie frustriert sind, daß »es sich nicht gelohnt hat«, zu kämpfen, wenn in Wirklichkeit alles beim Alten bleibt. Nach der bürgerlichen Revolution von 1789 haben die kleinsten französischen Bauern substantiell von dieser Umwälzung profitiert. Aber es ist allgemein bekannt, daß in der Mehrheit der Fälle, für 95% der Bevölkerung der unterentwickelten Länder, die Unabhängigkeit keine unmittelbare Veränderung bringt. Ein scharfer Beobachter stellt die Existenz einer verhohlenen Unzufriedenheit fest, vergleichbar jener Glut, die nach dem Löschen einer Feuersbrunst immer wieder aufzuflackern droht.

Man sagt dann, die Kolonisierten wollten zu schnell vorwärts kommen. Vergessen wir jedoch niemals, daß man vor nicht allzu langer Zeit von ihrer Langsamkeit, ihrer Faulheit, ihrem Fatalismus überzeugt war. Man kann schon beobachten, daß die Gewalt, die zur Zeit des Befreiungskampfes in ganz bestimmten Kanälen verlief, durch den Zauber einer

neuen Nationalflagge nicht zum Erlöschen gebracht wird. Sie erlischt umso weniger, als der nationale Aufbau mehr und mehr in den Rahmen des entscheidenden Wettstreits zwischen Kapitalismus und Sozialismus tritt.

Dieser Wettstreit gibt den lokalsten Forderungen eine quasi universale Dimension. Jede Versammlung, jeder Unterdrückungsakt hallt in der internationalen Arena wieder. Die Morde von Sharpeville haben die öffentliche Meinung monatelang mobilisiert. Durch Presse und Funk und im privaten Gespräch ist Sharpeville zu einem Symbol geworden. Am Beispiel Sharpevilles haben Männer und Frauen das Problem der *Apartheid* in Südafrika kennengelernt. Und man kann nicht behaupten, Demagogie allein erkläre das plötzliche Interesse der Großen für die kleinen Angelegenheiten der unterentwickelten Gebiete. Jeder Aufstand, jede Erhebung in der Dritten Welt gewinnt im Rahmen des Kalten Krieges Bedeutung. In Salisbury werden zwei Menschen niedergeknüppelt, und schon gerät ein ganzer Block in Bewegung, spricht von diesen beiden Menschen und wirft, von diesem Fall veranlaßt, das besondere Problem Rhodesiens auf – um es mit dem ganzen Afrikakomplex und mit der Gesamtheit der kolonisierten Menschen in Verbindung zu bringen. Doch auch der andere Block ermißt am Ausmaß dieser Kampagne die schwachen Stellen seines Systems. Die kolonisierten Völker machen die Erfahrung, daß keine Mächtegruppe es sich leisten kann, ihre lokalen Zwischenfälle zu ignorieren. Von dieser Atmosphäre weltweiter Erschütterungen ergriffen, hören sie auf, sich auf ihren regionalen Horizont zu beschränken.
Wenn man alle drei Monate erfährt, daß sich die 6. oder 7. Flotte einer bestimmten Küste nähert, wenn Chruschtschow droht, Castro mit Raketen zu retten, wenn Kennedy anläßlich des Laos-Problems beschließt, äußerste Maßnahmen zu ergreifen, gewinnt der Kolonisierte oder der neue Unabhängige den Eindruck, daß er, ob er will oder nicht, in einen entfesselten Aufbruch hineingeraten ist. Tatsächlich marschiert er schon. Nehmen wir zum Beispiel die Regierungen der eben erst unabhängig gewordenen Länder. Die Männer, die dort an der Macht sind, verbringen zwei Drittel ihrer Zeit damit, die Umgebung zu überwachen, um der Gefahr zuvorzukommen, die sie bedroht: ein Drittel bleibt für ihre Arbeit übrig. Gleichzeitig suchen sie nach Unterstützung. Derselben Dialektik gehorchend wendet sich die nationale Opposition verächtlich von den parlamentarischen Wegen ab. Sie sucht Verbündete, die bereit sind,

sie in ihrem brutalen Aufstandsunternehmen zu unterstützen. Die Atmosphäre der Gewalt, die einst die koloniale Phase geprägt hatte, beherrscht auch das Leben der neuen Staaten. Die Dritte Welt steht nicht abseits: sie ist das Sturmzentrum. Deswegen behalten die Staatsmänner der unterentwickelten Länder in ihren Reden unentwegt die alten aggressiven, grollenden Töne bei, die normalerweise hätten verschwinden müssen. Man begreift auch die oft vermerkte Unhöflichkeit der neuen Führer. Was man jedoch weniger sieht, ist die äußerste Höflichkeit derselben Führer in ihren Kontakten zu den Brüdern oder den Genossen. Die Unhöflichkeit ist zunächst ein Verhalten gegenüber den anderen, gegenüber den ehemaligen Kolonialisten, die angereist kommen, um Reportagen zu machen. Der Ex-Kolonisierte hat allzu oft den Eindruck, daß das Fazit aus diesen Reportagen schon gezogen ist. Die Reisen des Journalisten sind nur eine Rechtfertigung. Die Photographien, die den Artikel illustrieren, erbringen den Beweis, daß man kennt, worüber man spricht, daß man dagewesen ist. Die Reportage soll bestätigen, was evident ist: alles läuft schlecht da unten, seit wir nicht mehr da sind. Die Journalisten beklagen sich oft, schlecht empfangen zu werden, unter schlechten Bedingungen arbeiten zu müssen, auf eine Wand von Gleichgültigkeit und Feindschaft zu stoßen. All das ist ganz normal. Die einheimischen Führer wissen, daß die internationale Meinung ausschließlich von der Westpresse gemacht wird. Wenn uns nun ein westlicher Journalist interviewt, so geschieht es selten, um uns einen Dienst zu erweisen. Im Algerienkrieg zum Beispiel haben selbst die liberalsten französischen Reporter es nicht unterlassen, zweideutige Begriffe zur Charakterisierung unseres Kampfes zu verwenden. Wenn man ihnen das vorwirft, antworten sie ganz gutgläubig, sie seien objektiv. Für den Kolonisierten ist Objektivität immer etwas, das sich gegen ihn richtet. Man begreift auch diesen neuen Ton, der im September 1960 in der Vollversammlung der Vereinten Nationen die internationale Diplomatie über den Haufen geworfen hat. Die Vertreter der Kolonialländer waren aggressiv, ungestüm, maßlos, aber die Kolonialvölker waren nicht der Meinung, daß sie übertrieben. Der Radikalismus der afrikanischen Wortführer hat das Geschwür zum Reifen gebracht und hat jedenfalls deutlich werden lassen, wie unannehmbar die Vetos und die Zwiegespräche der Großmächte sind. Sie haben klar gemacht, daß die Dritte Welt sich mit der winzigen Rolle, die man ihr zubilligt, nicht abfinden wird.

Die Diplomatie, wie sie von den seit kurzem unabhängigen Völkern ein-

geführt wurde, bewegt sich nicht mehr in Nuancen, in geheimen Vorbehalten, hinter den Kulissen. Das liegt daran, daß diese Wortführer von ihren Völkern beauftragt sind, gleichzeitig die Einheit der Nation, den Fortschritt der Massen zum Wohlstand und das Recht der Völker auf Freiheit und Brot zu verteidigen.

Es ist eine Diplomatie in Bewegung, im Fieber, die einen merkwürdigen Kontrast zu der unbeweglichen, versteinerten Welt der Kolonisation bildet. Und wenn Chruschtschow in der UNO mit seinem Schuh auf den Tisch haut, findet das kein Kolonisierter, kein Vertreter der unterentwickelten Länder lächerlich. Denn Chruschtschow zeigt den kolonisierten Ländern, die auf ihn sehen, daß er, der Mushik, der übrigens Raketen besitzt, diese erbärmlichen Kapitalisten so behandelt, wie sie es verdienen. Ebensowenig macht Castro, wenn er in Militäruniform in der UNO sitzt, bei den unterentwickelten Ländern Skandal. Castro zeigt nichts anderes, als daß er sich der fortdauernden Herrschaft der Gewalt bewußt ist. Erstaunlich ist nur, daß er nicht mit seinem Maschinengewehr in die UNO kam; aber wahrscheinlich hätte man dagegen protestiert. Die Aufständischen, die Desperados, die mit Messern und Äxten bewaffneten Gruppen finden ihre nationale Identität im unerbittlichen Kampf, den der Kapitalismus und der Sozialismus gegeneinander führen: in diesem Kampf sind sie zuhause.

Noch im Jahre 1945 konnten die 45 000 Toten von Sétif unbemerkt bleiben; 1947 gaben die 90 000 Toten von Madagaskar eine kleine Meldung in den Zeitungen ab; 1952 nahm die Welt ziemlich gleichgültig von den 200 000 Opfern der Unterdrückung in Kenia Notiz. Die internationalen Widersprüche waren noch nicht genügend zugespitzt. Schon der Korea- und der Indochinakrieg hatten eine neue Phase eingeleitet. Doch sind es vor allem Budapest und Suez, die die entscheidenden Momente dieser Konfrontation bilden.

Der bedingungslosen Unterstützung der sozialistischen Länder sicher, stürzen sich die Kolonisierten mit den Waffen, die sie haben, auf die Festung des Kolonialismus. Mag diese Festung auch für die Messer und die bloßen Fäuste uneinnehmbar sein – sie ist es nicht mehr, wenn man sich entschließt, den Kontext des Kalten Krieges zu berücksichtigen.

In dieser neuen Lage nehmen die Amerikaner ihre Führungsrolle im internationalen Kapitalismus sehr ernst. In einer ersten Phase raten sie den europäischen Ländern zur friedlichen Dekolonisation. In einer zweiten

Phase zögern sie nicht, zunächst die Respektierung, dann die Durchsetzung des Grundsatzes »Afrika den Afrikanern« zu proklamieren. Heute scheuen sich die Amerikaner nicht einmal, offiziell zu erklären, sie seien die Verteidiger des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung. Die letzte Reise von Mennen-Williams war nur die Illustration ihrer Überzeugung, daß die Dritte Welt nicht preisgegeben werden dürfe. Man versteht jetzt, warum die Gewalt des Kolonisierten nur dann verzweifelt wirkt, wenn man sie *in abstracto* mit der Militärmaschinerie der Unterdrücker vergleicht. Sieht man sie jedoch innerhalb der internationalen Dynamik, so merkt man, daß sie eine furchtbare Bedrohung für den Unterdrücker darstellt. Die Hartnäckigkeit der Aufstände und der Mau-Mau-Bewegung bringt das Wirtschaftsleben der Kolonie aus dem Gleichgewicht, aber sie gefährdet das »Mutterland« nicht unmittelbar. Entscheidender ist in den Augen des Imperialismus, daß die Chancen der sozialistischen Propaganda, die Massen zu infiltrieren, sie anzustecken, dabei wachsen. Das ist schon in der kalten Periode des Konfliktes eine ernste Gefahr; aber was würde erst im Falle eines heißen Krieges aus dieser durch mörderische Guerillas verpesteten Kolonie werden?

Der Kapitalismus sieht also ein, daß seine militärische Strategie ausgespielt hat, wenn sich die nationalen Befreiungskriege ausbreiten. Deshalb müssen im Rahmen der friedlichen Koexistenz alle Kolonien verschwinden, und der Kapitalismus muß im äußersten Fall auch den Neutralismus respektieren. Zu verhindern gilt es vor allem die strategische Unsicherheit, die Aufgeschlossenheit der Massen gegenüber einer feindlichen Doktrin, den radikalen Haß von einigen zehn Millionen Menschen. Die kolonisierten Völker sind sich dieser Notwendigkeiten, die die internationale Politik beherrschen, vollkommen bewußt. Deshalb entscheiden und handeln selbst die, die gegen die Gewalt wettern, im Sinne dieser globalen Gewalt. Heute unterhält und provoziert die friedliche Koexistenz zwischen den beiden Blöcken die Gewalt in den Kolonialländern. Morgen, nach der vollständigen Befreiung der kolonialen Territorien, wird sich vielleicht die Domäne der Gewalt verlagern, wird sich vielleicht das Minderheitsproblem stellen. Schon zögern einige dieser Minderheiten nicht, gewaltsame Methoden zur Lösung ihrer Probleme zu predigen, und es ist kein Zufall, sagt man uns, wenn schwarze Extremisten in den Vereinigten Staaten Milizen bilden, sich folglich bewaffnen. Es ist ebensowenig Zufall, wenn es in der sogenannten Freien Welt Komitees zum

Schutz der jüdischen Minderheiten in der Sowjetunion gibt, und wenn General de Gaulle in einer seiner Reden ein paar Tränen für die Millionen Muselmanen unter dem kommunistischen Joch vergießt. Der Kapitalismus und der Imperialismus sind überzeugt, daß die nationalen Befreiungsbewegungen und der Kampf gegen den Rassismus nichts weiter als ferngesteuerte, »von außen« geschürte Unruhen sind. Deshalb bedienen auch sie sich dieser vermeintlich so wirksamen Taktik und gründen Komitees zum Schutz unterdrückter Minderheiten... Sie »machen in« Anti-Kolonialismus, so wie die französischen Obersten in Algerien versucht haben mit dem Service de l'Armée Secrète und den psychologischen Abteilungen den subversiven Krieg gleichsam umzudrehen. Sie »benutzten das Volk gegen das Volk«. Man weiß, wohin das führt.

Diese Atmosphäre von Gewalt und Drohung, dieses Drohen mit Raketen erschreckt und verwirrt die Kolonisierten nicht. Wir haben gesehen, daß ihre ganze neuere Geschichte sie dazu prädestiniert, diese Situation zu »verstehen«. Zwischen der kolonialen Gewalt und der friedlichen Gewalt, in der die gegenwärtige Welt schwimmt, gibt es eine Komplizenschaft, eine Homogenität. Die Kolonisierten haben sich dieser Atmosphäre angepaßt. Sie sind zum ersten Male auf der Höhe ihrer Zeit. Man wundert sich manchmal, daß die Kolonisierten, anstatt ihrer Frau ein Kleid zu schenken, lieber einen Transistor kaufen. Das ist gar nicht verwunderlich. Die Kolonisierten sind überzeugt, daß es jetzt um ihr Schicksal geht. Sie leben in einer Weltuntergangsatmosphäre und glauben, daß ihnen nichts entgehen darf. Deshalb verstehen sie Phouma und Phoumi, Lumumba und Tschombé, Ahidjo und Moumié, Kenyatta und diejenigen, die man periodisch an die Spitze stellt, um ihn zu ersetzen. Sie verstehen alle diese Männer sehr gut, denn sie entlarven die Kräfte, die hinter ihnen stehen. Der Kolonisierte, der unterentwickelte Mensch ist heute ein »Zoon politikon« im umfassendsten Sinn des Wortes.
Gewiß hat die Unabhängigkeit den kolonisierten Menschen die moralische Rehabilitierung gebracht und ihre Würde bekräftigt. Aber sie haben noch nicht Zeit genug gehabt, um eine neue Gesellschaft zu entwerfen, neue Werte zu setzen und zu behaupten. Ein eigener sozialer Raum, in dem der Staatsbürger und der Mensch sich immer weiter entfalten und neues Terrain für sich gewinnen könnte, existiert noch nicht. In eine Art Unbestimmtheit geworfen, sind diese Menschen sehr leicht davon zu über-

zeugen, daß sich alles woanders und für alle Welt zugleich entscheiden wird. Die politischen Führer aber, die sich vor dieser Lage sehen, zögern und wählen den Neutralismus.

Es gäbe viel zu sagen über den Neutralismus. Für gewisse Leute ist er weiter nichts als ein schäbiger Kuhhandel, der darin besteht, von rechts und von links zu nehmen. Der Neutralismus, diese Schöpfung des Kalten Krieges, erlaubt den unterentwickelten Ländern zwar, Wirtschaftshilfe von beiden Seiten zu empfangen, aber dafür erlaubt er keiner der beiden Seiten, den unterentwickelten Gebieten so zu helfen, wie es nötig wäre. Jene buchstäblich astronomischen Summen, die in die militärischen Forschungen investiert werden, jene Ingenieure, die sich in Techniker des Atomkrieges verwandelt haben, könnten in 15 Jahren das Lebensniveau der unterentwickelten Länder um 60% erhöhen. Man sieht, daß das wohlverstandene Interesse der unterentwickelten Länder weder in der Verschärfung noch in der Verlängerung des Kalten Krieges liegt. Sie werden jedoch nicht um ihre Meinung gefragt. Wenn sie die Möglichkeit dazu haben, entscheiden sie sich für das Disenagement. Aber können sie es denn? Frankreich zum Beispiel macht in Afrika seine Atomversuche. Sieht man von Resolutionen, Versammlungen und diplomatischen Krächen ab, so kann man nicht behaupten, daß die afrikanischen Völker in dieser Frage gegen die Haltung Frankreichs viel ausgerichtet hätten.
Der Neutralismus bringt beim Bürger der Dritten Welt eine merkwürdige Geisteshaltung hervor. Er ist in seinem Verhalten unerschrocken und zeigt einen hieratischen Stolz, der etwas herausforderndes hat. Seine bewußte Ablehnung des Kompromisses, sein fester Wille, sich nicht zu binden, erinnert an das Verhalten eines stolzen und unbemittelten Jünglings, der immer bereit ist, sich für ein Wort zu opfern. All das bringt die westlichen Beobachter aus der Fassung. Was sie empört, ist das Mißverhältnis zwischen dem, was diese Menschen zu sein beanspruchen, und dem, was ihnen tatsächlich zur Verfügung steht. Diese Länder ohne Straßenbahnen, ohne Truppen, ohne Geld rechtfertigen keineswegs den Hochmut, den sie zur Schau stellen. Hat man es am Ende mit lauter Hochstaplern zu tun? Die Dritte Welt macht oft den Eindruck, als gefiele sie sich in theatralischen Auftritten, als brauche sie ihre wöchentliche Dosis an Krisen. Die politischen Führer dieser leeren Länder, die das große Wort führen, erregen Unwillen. Man möchte sie zum Schweigen bringen. Dennoch hofiert man

sie. Man schenkt ihnen Blumen. Man lädt sie ein. Ja, man reißt sich um sie. Das ist Neutralismus. Obwohl sie zu 98% Analphabeten sind, gibt es eine riesige Literatur über sie. Sie reisen maßlos viel. Die Anführer der unterentwickelten Länder und ihre Studenten sind Stammkunden der Fluggesellschaften. Die afrikanischen und asiatischen Verantwortlichen haben die Möglichkeit, in ein und demselben Monat an einem Kursus über die sozialistische Planung in Moskau und an einem Kursus über die Vorzüge der liberalen Wirtschaft in London oder an der Columbia-University teilzunehmen. Auch die afrikanischen Gewerkschaftler schreiten rasch voran. Kaum hat man ihnen Posten in den Führungsorganisationen anvertraut, so beschließen sie schon, sich als autonome Zentralen zu konstituieren. Sie haben nicht ihre fünfzig Jahre Gewerkschaftspraxis im Rahmen eines industrialisierten Landes hinter sich, aber sie wissen bereits, daß eine apolitische Gewerkschaft ein Nonsens ist. Sie haben sich nicht an der bürgerlichen Maschinerie gerieben, sie haben ihr Bewußtsein nicht im Klassenkampf geschärft, aber vielleicht ist das nicht notwendig. Vielleicht. Wir werden sehen, daß dieser Wille, der keine Grenzen kennt, und der sich oft zu weltweiten Machtträumen übersteigert, zu den grundlegenden Merkmalen der unterentwickelten Länder zählt.

Der einzigartige Kampf des Kolonisierten mit dem Kolonialherrn ist, wie gesagt, ein offener, bewaffneter Kampf. Die historischen Beispiele sind: Indochina, Indonesien und natürlich Nordafrika. Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß er überall, in Guinea so gut wie in Somalia, hätte ausbrechen können und auch heute noch überall ausbrechen kann, wo der Kolonialismus sich behaupten will, in Angola zum Beispiel. Dieser bewaffnete Kampf beweist, daß das Volk entschlossen ist, sich nur noch auf gewaltsame Mittel zu verlassen. Dieses Volk, dem man immer gesagt hat, daß es nur die Sprache der Gewalt verstehe, beschließt, sich durch die Gewalt auszudrücken. Im Grunde hat der Kolonialherr ihm seit jeher den Weg gezeigt, den es wählen muß, wenn es sich befreien will. Das Argument, das der Kolonisierte wählt, hat ihm der Kolonialherr geliefert, und durch eine ironische Umkehrung ist es jetzt der Kolonisierte, der behauptet, daß der Kolonialist nur die Gewalt verstehe. Das Kolonialregime gewinnt seine Legitimität aus der Gewalt und versucht keinen Augenblick lang, über diese Natur der Dinge hinwegzutäuschen. Alle Denkmäler, von Faidherbe oder Lyautey, von Bugeaud oder dem Sergeanten Blandan,

alle diese auf dem kolonialen Boden aufgebauten Conquistadoren bedeuten immer nur ein und dieselbe Sache: »Wir stehen hier durch die Gewalt der Bajonette ...« Die Fortsetzung ist leicht zu finden. Während der Aufstandsphase argumentiert jeder Kolonialherr von der ihm eigenen präzisen Arithmetik her. Diese Logik überrascht die anderen Kolonialherren nicht, aber wichtiger ist, daß sie ebenso wenig die Kolonisierten überrascht. Das Beharren auf dem Grundsatz »Ihr oder wir« bildet zunächst kein Paradox, weil ja der Kolonialismus, wie wir gesehen haben, die Organisation einer manichäischen, in Abteile getrennten Welt ist. Und wenn der Kolonialherr, eindeutige Mittel anpreisend, jeden Vertreter der unterdrückenden Minderheit auffordert, 30 oder 100 oder 200 Eingeborene umzulegen, stellt er fest, daß niemand entrüstet ist und daß das Problem höchstens darin besteht, ob man das auf einen Schlag oder in Etappen erledigen soll.

Es ist evident, daß solche Ausrottungsaktionen die Sache, die man retten wollte, zerstören. Genau das meint Sartre, wenn er schreibt: »Kurz, durch die Tatsache allein, daß man sie wiederholt (gemeint sind die rassistischen Ideen, d. Verf.), entdeckt man, daß die gleichzeitige Vereinigung aller gegen die Eingeborenen nicht realisierbar ist, daß sie nur zirkulierende Rückläufigkeit ist, und daß im übrigen diese Vereinigung als aktive Gruppierung nur den Zweck haben könnte, die Kolonisierten zu erschlagen, eine ständige und absurde Versuchung des Kolonialherrn, die, wenn sie überhaupt realisierbar wäre, darauf hinausliefe, die Kolonisierung schlagartig aufzuheben.« (*Critique de la Raison dialectique*, Paris 1960, S. 346).

Eine Argumentation, die das zahlenmäßige Verschwinden des kolonisierten Volkes vorsieht, stürzt den Kolonisierten nicht in moralische Entrüstung. Er hat schon immer gewußt, daß sich seine Begegnungen mit dem Kolonialherrn in einer geschlossenen Arena abspielen würden. Deshalb verschwendet er seine Zeit nicht mit Lamentieren und bemüht sich fast niemals darum, im kolonialen Rahmen Recht zu bekommen. Die Argumentation des Kolonialherrn kann den Kolonisierten nicht erschüttern, denn diesem stellt sich das Problem seiner Befreiung praktisch in identischen Begriffen: »Bilden wir Gruppen von 200 oder 500, und jede Gruppe nimmt sich einen Kolonialherrn vor.« In dieser wechselseitigen Geistesverfassung beginnt jeder der beiden Protagonisten den Kampf.

Für den Kolonisierten bedeutet diese Gewalt die absolute Praxis. Deshalb versteht sich der Kämpfer als Arbeiter. Die Fragen, die dem Kämpfer von

der Organisation gestellt werden, sind von dieser Sicht der Dinge geprägt: »Wo hast du gearbeitet? Mit wem? Was hast du gemacht?« Die Gruppe verlangt, daß jeder eine unwiderrufliche Handlung vollbringe. In Algerien zum Beispiel, wo fast alle Menschen, die das Volk zum nationalen Kampf aufgerufen haben, zum Tode verurteilt waren oder von der französischen Polizei gesucht wurden, entsprach das Vertrauen dem Grad der Hoffnungslosigkeit jedes Falles. Ein neuer Kämpfer war zuverlässig, wenn er nicht mehr ins Kolonialsystem zurückkehren konnte. Diesen Mechanismus gab es offenbar auch in Kenia bei den Mau-Mau; sie verlangten, daß alle Mitglieder der Gruppe ein Opfer erschlügen. Jeder war also für den Tod dieses Opfers persönlich verantwortlich. Arbeiten heißt, am Tod des Kolonialherrn arbeiten. Die Gewalt, die sie ausgeübt haben, erlaubt sowohl den Verirrten als auch den Geächteten der Gruppe, zurückzukehren, ihren Platz wiederzufinden, sich zu reintegrieren. Die Gewalt, heißt das, wird als die ideale Vermittlung verstanden. Der kolonisierte Mensch befreit sich in der Gewalt und durch sie. Diese Praxis klärt den Handelnden auf, weil sie ihm Mittel und Zweck zeigt. Die Dichtung von Césaire nimmt in dieser Perspektive der Gewalt eine prophetische Bedeutung an. Man tut gut, sich an eine entscheidende Stelle seiner Tragödie zu erinnern, wo sich der Rebell vorstellt:

DER REBELL *(hart)* Mein Name: Beleidigt; mein Vorname: Gedemütigt; mein Beruf: Aufständischer; mein Alter: das Alter des Steins.
DIE MUTTER Meine Rasse: die menschliche Rasse; meine Religion: die Brüderlichkeit...
DER REBELL Meine Rasse: die gefallene Rasse. Meine Religion... aber nicht ihr werdet sie vorbereiten mit eurer Entwaffnung... sondern ich mit meiner Revolte und meinen armen geballten Fäusten und meinem struppigen Kopf.
(Sehr ruhig) Ich erinnere mich eines Novembertages; er war noch nicht sechs Monate alt, und der Herr ist in die rußige Hütte getreten wie ein roter Mond. Er betastete seine kleinen muskulösen Glieder. Es war ein sehr guter Herr, zärtlich streichelte er mit seinen dicken Fingern über das kleine Gesicht voller Grübchen. Seine blauen Augen lachten und sein Mund neckte ihn mit Kosenamen: das wird ein gutes Stück sein, sagte er und sah mich an, und er sagte andere liebenswürdige Dinge, der Herr, daß man rechtzeitig anfangen müsse, daß zwanzig Jahre nicht zuviel seien, um

einen guten Christen und einen guten Sklaven, untertänig und wohlergeben, einen guten Aufseher mit schnellem Auge und festem Griff aus ihm zu machen. Und dieser Mann sah in die Wiege meines Sohnes wie in die Wiege eines Aufsehers . . .
Wir sind gekrochen, die Messer in der Faust . . .
DIE MUTTER Ach, du wirst sterben.
DER REBELL Getötet . . . ich habe ihn getötet mit meinen eigenen Händen . . . Ja: das war ein fruchtbarer und üppiger Tod. Es war Nacht. Wir krochen zwischen dem Zuckerrohr. Die Messer glitzerten in den Sternen, aber die Sterne waren uns egal.
Das Zuckerrohr zerschnitt uns das Gesicht mit Büscheln grüner Klingen.
DIE MUTTER Ich hatte einen Sohn erträumt, der seiner Mutter die Augen schließt.
DER REBELL Ich habe mich entschlossen, meinem Sohn die Augen auf eine andere Sonne zu öffnen.
DIE MUTTER . . . O mein Sohn . . . Sohn eines bösen und verderblichen Todes
DER REBELL Nein Mutter, eines lebenskräftigen und prächtigen Todes
DIE MUTTER weil du zuviel gehaßt hast
DER REBELL weil ich zuviel geliebt habe
DIE MUTTER Schone mich, ich ersticke in deinen Banden.
Ich blute aus deinen Wunden.
DER REBELL Und die Welt schont mich nicht . . . Es gibt in der Welt keinen armen Gelynchten, keinen armen Gefolterten, in dem ich nicht ermordet und gedemütigt werde.
DIE MUTTER Gott im Himmel, befreie ihn.
DER REBELL Mein Herz, du befreist mich nicht von meinen Erinnerungen...
Es war an einem Novemberabend . . .
Und plötzlich durchfuhr Lärm die Stille,
Wir waren aufgesprungen, wir, die Sklaven; wir, der Mist; wir, die Tiere mit den geduldigen Hufen.
Wir rannten wie Wahnsinnige; Schüsse ertönten . . . Wir schlugen zu. Der Schweiß und das Blut erfrischten uns. Wir schlugen zu zwischen den Schreien und die Schreie wurden schriller und ein großer Lärm erhob sich gegen Osten, das waren die Wirtschaftsgebäude, die brannten, und die Flamme berührte zart unsere Backen. Dann kam der Sturm auf das Herrenhaus.

Man schoß aus den Fenstern.
Wir traten die Türen ein.
Das Zimmer des Herrn war weit offen. Das Zimmer des Herrn war hell erleuchtet, und der Herr saß da, ganz ruhig ... und die unsrigen blieben stehen ... es war der Herr ... Ich trat ein. Du bist es, sagte er ganz ruhig zu mir ... Ich war es, gerade ich, sagte ich ihm, der gute Sklave, der treue Sklave, der sklavische Sklave, und plötzlich waren seine Augen zwei verängstigte Schaben zur Regenzeit ... Ich schlug zu, das Blut spritzte: das ist die einzige Taufe, an die ich mich heute erinnern kann.
(Aimé Césaire, *Et les chiens se taisaient.)*

Man begreift, daß in dieser Atmosphäre alles Alltägliche verschwindet. Man kann nicht mehr Fellache, Zuhälter oder Alkoholiker sein wie früher. Die Gewalt des Kolonialregimes und die Gegengewalt des Kolonisierten halten sich die Waage und entsprechen einander in einer außerordentlichen Homogenität. Diese Herrschaft der Gewalt wird umso furchtbarer sein, je dichter die Besiedlung durch das »Mutterland« ist. Die Entfaltung der Gewalt innerhalb des kolonisierten Volkes wird der Gewalt, die das bekämpfte Kolonialregime ausübt, proportional sein. Die Regierungen des »Mutterlandes« sind in der ersten Phase der Aufstandsperiode Sklaven der Kolonialherren. Diese Kolonialherren drohen gleichzeitig den Kolonisierten und ihrer eigenen Regierung. Sie werden gegen die einen wie gegen die anderen die gleichen Methoden anwenden. Die Ermordung des Bürgermeisters von Evian gleicht in ihrem Mechanismus und ihren Motivierungen der Ermordung von Ali Boumendjel. Für die Kolonialherren gibt es nicht die Alternative algerisches Algerien oder französisches Algerien, sondern: unabhängiges Algerien oder koloniales Algerien. Alles andere ist Literatur oder Verrat. Die Logik des Kolonialherrn ist unerbittlich, und man ist nur dann über die im Verhalten des Kolonisierten erkennbare Gegenlogik entsetzt, wenn man nicht vorher die Denkmechanismen des Kolonialherrn durchschaut hat. Sobald der Kolonisierte die Gegengewalt wählt, ziehen die Repressalien der Polizei automatisch die Repressalien der nationalen Kräfte nach sich. Doch gibt es keine Äquivalenz der Resultate, denn Maschinengewehrfeuer aus dem Flugzeug oder Beschuß durch die Flotte übersteigen an Grauen und Ausmaß die Antworten des Kolonisierten. Dieses Hin-und-Her des Terrors klärt endgültig auch die Entfremdetsten der Kolonisierten über ihre Lage auf. Sie stellen auf dem

Kampfplatz fest, daß alle angehäuften Reden über die Gleichheit der Menschen nicht die Binsenwahrheit verschleiern können, daß die im Sakamody-Paß getöteten oder verletzten sieben Franzosen die Entrüstung der zivilisierten Welt heraufbeschwören, während die Plünderung der Guergour-Dörfer, der Dechra Djerah, das Blutbad unter der Bevölkerung, wodurch jener Überfall aus dem Hinterhalt erst veranlaßt worden war, nicht zählen. Terror, Gegen-Terror, Gewalt, Gegen-Gewalt... Das ist es, was die Beobachter voll Bitterkeit feststellen, wenn sie den Zirkel des Hasses beschreiben, der in Algerien so offenkundig und so hartnäckig ist.

In den bewaffneten Kämpfen gibt es einen Punkt, von dem aus kein Zurück mehr möglich ist. Er wird fast immer durch die riesige, alle Bereiche des kolonisierten Volkes einbeziehende Unterdrückung bestimmt. Algerien erreichte diesen Punkt 1955 mit den 12 000 Opfern von Philippeville und 1956 mit der Aufstellung städtischer und ländlicher Milizen durch Lacoste. Damals wurde für jedermann und selbst für die Kolonialherren deutlich »daß man nicht wieder von vorn anfangen konnte« wie früher. Trotzdem führt das kolonisierte Volk nicht Buch. Es vermerkt die riesigen Lücken in seinen Reihen als ein notwendiges Übel. Da es nun einmal beschlossen hat, durch die Gewalt zu antworten, ist es auf alles gefaßt. Es verlangt nur, daß man auch von ihm nicht erwartet, für die anderen buchzuführen. Auf die Formel »Alle Eingeborenen sind gleich« antwortet der Kolonisierte: »Alle Kolonialherren sind gleich.« (Deshalb werden zu Beginn der Feindseligkeiten keine Gefangenen gemacht. Erst durch die Politisierung der Kader gelingt es den politischen Führern, den Massen klar zu machen: 1. daß die Leute, die aus dem »Mutterland« kommen, nicht immer Freiwillige und manchmal sogar von diesem Krieg angeekelt sind; 2. daß es im augenblicklichen Interesse des Kampfes liegt, wenn die Bewegung in ihrer Aktion gewisse internationale Konventionen respektiert; 3. daß eine Armee, die Kriegsgefangene macht, eine Armee ist und nicht länger als eine Bande von Wegelagerern angesehen wird; 4. daß der Besitz von Kriegsgefangenen auf jeden Fall ein nicht zu vernachlässigendes Druckmittel zum Schutz unserer vom Feind gefangenen Kämpfer darstellt.) Wenn man den Kolonisierten foltert, wenn man seine Frau tötet oder vergewaltigt, so wird er sich bei niemandem beklagen. Die unterdrückende Regierung mag Untersuchungskommissionen ernennen, soviel sie will: in den Augen des Kolonisierten existieren diese Kommissionen

nicht. Und tatsächlich ist nach beinahe sieben Jahren Verbrechen in Algerien noch kein einziger Franzose wegen eines Mordes an einem Algerier vor ein französisches Gericht zitiert worden.
In Indochina, in Madagaskar, in den Kolonien hat der Eingeborene immer gewußt, daß er von der anderen Seite nichts zu erwarten hat. Die Arbeit des Kolonialherrn ist es, selbst die Freiheitsträume des Kolonisierten unmöglich zu machen. Die Arbeit des Kolonisierten ist es, sich alle nur möglichen Kombinationen zur Vernichtung des Kolonialherrn auszudenken. Der Manichäismus des Kolonialherrn erzeugt einen Manichäismus des Kolonisierten. Der Theorie vom »Eingeborenen als absolutem Übel« antwortet die Theorie vom »Kolonialherrn als absolutem Übel«.
Das Auftreten des Kolonialherrn hatte die synkretistische Bedeutung: Tod der autochthonen Gesellschaft, kulturelle Lethargie, Versteinerung der Individuen. Das Leben kann für den Kolonisierten nur aus der verwesenden Leiche des Kolonialherrn entstehen. Dergestalt entsprechen sich also, Begriff für Begriff, die beiden Argumentationsweisen.

Aber das kolonisierte Volk erlebt es, daß diese Gewalt, weil sie seine einzige Arbeit darstellt, positive und aufbauende Züge annimmt. Die gewalttätige Praxis wirkt integrierend, weil sich jeder zum gewalttätigen Glied der großen Kette, der großen gewalttätigen Organisation macht, die als Reaktion auf die primäre Gewalt des Kolonialisten aufgestanden ist. Die Gruppen erkennen sich gegenseitig, und die zukünftige Nation ist von Anfang an ein ungeteiltes Ganzes. Der bewaffnete Kampf mobilisiert das Volk, er wirft es in eine einzige Richtung ohne Gegenströmung.
Wenn sich die Mobilisierung der Massen anläßlich des Befreiungskrieges vollzieht, führt sie in jedes Bewußtsein den Begriff der gemeinsamen Sache, des nationalen Schicksals, der kollektiven Geschichte ein. Dadurch wird die zweite Phase, die der Bildung einer Nation, erleichtert: es existiert ein in Blut und Zorn geschaffenes Bindemittel. Man begreift nunmehr, daß diese Schlagworte, wenn sie in den unterentwickelten Ländern verwendet werden, einen neuartigen Sinn annehmen. Während der Kolonialperiode wurde das Volk aufgefordert, gegen die Unterdrückung zu kämpfen. Nach der nationalen Befreiung wird es aufgefordert, gegen das Elend, das Analphabetentum, die Unterentwicklung zu kämpfen. Der Kampf geht weiter, versichert man. Das Volk stellt fest, daß das Leben ein unaufhörlicher Kampf ist.

Die Gewalt des Kolonisierten, haben wir gesagt, vereinigt das Volk. Der Kolonialismus ist, seiner Struktur nach, separatistisch und regionalistisch. Er begnügt sich nicht damit, die Existenz von Stämmen festzustellen, er verstärkt ihre Zwietracht, er entzweit sie. Das Kolonialsystem nährt das Häuptlingswesen und läßt die alten marabutischen Brüderschaften wieder aufleben. Die Gewalt dagegen wirkt totalisierend und national. Deshalb schließt sie die Auflösung des Regionalismus und der Stammesverbände ein. Deshalb verfahren die nationalistischen Parteien besonders schonungslos mit den Kaids und den herkömmlichen Häuptlingen. Die Beseitigung der Kaids und Häuptlinge ist eine Vorbedingung für die Vereinigung des Volkes.

Auf der individuellen Ebene wirkt die Gewalt entgiftend. Sie befreit den Kolonisierten von seinem Minderwertigkeitskomplex, von seinen kontemplativen und verzweifelten Haltungen. Sie macht ihn furchtlos, rehabilitiert ihn in seinen eigenen Augen. Selbst wenn der bewaffnete Kampf symbolisch gewesen ist, selbst wenn das Volk durch eine schnelle Dekolonisation demobilisiert wird, hat es Zeit, sich davon zu überzeugen, daß die Befreiung die Sache aller und jedes einzelnen war und daß ihr Anführer kein besonderes Verdienst hat. Die Gewalt hebt das Volk auf die Höhe seiner Anführer. Daher jenes aggressive Mißtrauen gegenüber dem protokollarischen Apparat, den die jungen Regierungen aufzubauen sich beeilen. Wenn die Massen durch Gewalt an der nationalen Befreiung teilgenommen haben, erlauben sie niemandem, sich als »Befreier« auszugeben. Sie wachen eifersüchtig über dem Resultat ihrer Aktion und hüten sich, ihre Zukunft, ihr Schicksal, das Los des Vaterlandes einem lebendigen Gott auszuliefern. Gestern noch ohne jede Verantwortung, wollen sie heute alles verstehen und über alles entscheiden. Von der Gewalt erleuchtet, rebelliert das Bewußtsein des Volkes gegen jede Pazifizierung. Die Demagogen, die Opportunisten, die Magier haben dann einen schweren Stand. Auf lange Sicht sind alle Verschleierungsversuche hinfällig geworden. Die Praxis, die die Massen in ein verzweifeltes Handgemenge geworfen hat, verleiht ihnen einen gierigen Hunger nach dem Konkreten.

Wir haben auf den vorhergehenden Seiten oft genug darauf hingewiesen, daß in den unterentwickelten Gebieten der politisch Verantwortliche immer dabei ist, sein Volk zum Kampf aufzurufen, zum Kampf gegen den Kolonialismus, zum Kampf gegen das Elend und die Unterentwicklung, zum Kampf gegen die sterilisierenden Traditionen. Das Vokabular, das er in seinen Aufrufen benutzt, ist ein Generalstabsvokabular: »Mobilisierung der Massen«, »Landwirtschaftsfront«, »Front des Analphabetismus«, »erlittene Niederlagen«, »errungene Siege«. Die junge, unabhängige Nation entwickelt sich während der ersten Jahre in einer Schlachtfeldatmosphäre. Das liegt daran, daß der politische Führer eines unterentwickelten Landes mit Schrecken den immensen Weg ermißt, der vor diesem Lande liegt. Deshalb appelliert er ans Volk und sagt ihm: »Krempeln wir die Ärmel auf und machen wir uns an die Arbeit!« Von einer Art Schaffenswut ergriffen, stürzt sich das Land hartnäckig in eine gigantische und übermäßige Anstrengung. Das Programm besteht nicht nur darin, aus dem Schlimmsten herauszukommen, sondern es geht darum, die anderen Nationen mit den vorhandenen Mitteln einzuholen. Die europäischen Völker haben, wie es heißt, diese Entwicklungsstufe dank ihrer eigenen Anstrengungen erreicht. Beweisen wir also der Welt und uns selbst, daß wir zu den gleichen Leistungen imstande sind. Uns jedoch scheint diese Art, das Problem der unterentwickelten Länder zu stellen, weder gerecht noch vernünftig.

Die europäischen Staaten haben ihre nationale Einheit in einem Moment geschaffen, da die nationalen Bourgeoisien die meisten Reichtümer in ihren Händen konzentriert hatten. Kaufleute und Handwerker, Gelehrte und Bankiers monopolisierten im nationalen Rahmen die Finanzen, den Handel und die Wissenschaften. Die Bourgeoisie stellte die dynamischste, die wohlhabendste Klasse dar. Ihr Aufstieg zur Macht machte ihr die entscheidenden Operationen möglich: die Industrialisierung, die Entwick-

lung der Verkehrsmittel und kurz darauf auch die Suche nach »überseeischen« Absatzmärkten.
Abgesehen von einigen Nuancen (England hatte zum Beispiel einen gewissen Vorsprung) befanden sich in Europa die verschiedenen Staaten, als sie ihre nationale Einheit fanden in einer ziemlich ähnlichen ökonomischen Situation. Alle diese Nationen haben sich entwickelt und ihre Macht entfaltet, ohne daß eine die andern geradezu herausgefordert und beleidigt hätte.

Heute bietet die nationale Unabhängigkeit, die Bildung neuer Nationen in den unterentwickelten Gebieten total neue Aspekte. Den einzelnen Ländern fehlt dort überall, abgesehen von einigen Schau- und Prunkstücken, die nötige Infrastruktur: Sie haben zuwenig Schulen, Straßen, Bahnen und Krankenhäuser. Die Massen kämpfen gegen das gleiche Elend, mühen sich mit den gleichen Bewegungen ab und lehren mit ihren geschrumpften Mägen, was man die Geographie des Hungers genannt hat. Eine unterentwickelte Welt, eine elende und unmenschliche Welt. Aber auch eine Welt ohne Ärzte, ohne Ingenieure, ohne Administration. Angesichts dieser Welt wälzen sich die europäischen Nationen ostentativ im Überfluß. Dieser europäische Überfluß ist buchstäblich skandalös, denn er ist auf dem Rücken der Sklaven errichtet worden, er hat sich vom Blut der Sklaven ernährt, er stammt in direkter Linie vom Boden und aus der Erde dieser unterentwickelten Welt. Der Wohlstand und der Fortschritt Europas sind mit dem Schweiß und den Leichen der Neger, der Araber, der Inder und der Gelben errichtet worden. Das haben wir beschlossen nicht mehr zu vergessen. Wenn ein kolonialistisches Land, das von den Forderungen nach Unabhängigkeit einer Kolonie belästigt wird, sich an die Adresse der nationalistischen Führer mit der Erklärung wendet: »Wenn ihr die Unabhängigkeit wollt, so nehmt sie euch und kehrt ins Mittelalter zurück«, so neigt das unabhängig gewordene Volk dazu, einzuwilligen und die Herausforderung anzunehmen. Und man wird sehen, wie der Kolonialismus tatsächlich seine Kapitalien und seine Techniker zurückzieht und den jungen Staat ökonomischen Pressionen aussetzt.

Im gegenwärtigen internationalen Kontext übt der Kapitalismus eine ökonomische Blokkade nicht nur gegen die afrikanischen und asiatischen Kolonien aus. Mit der Anti-Castro-Operation eröffnen die Vereinigten Staaten in der amerikanischen Hemisphäre ein neues Kapitel der Geschichte der mühsamen Befreiung des Menschen. Lateinamerika,

das aus unabhängigen Ländern besteht, die in der UNO sitzen und eine eigene Währung haben, sollte eine Lehre für Afrika sein. Seit ihrer Befreiung sehen sich diese ehemaligen Kolonien dem ehernen Gesetz des westlichen Kapitalismus ausgesetzt, der sie einschüchtert und ausplündert.
Die Befreiung Afrikas und die Entwicklung des menschlichen Bewußtseins haben es den latein-amerikanischen Völkern ermöglicht, aus dem ewigen Reigen der Diktaturen auszubrechen. Castro hat in Cuba die Macht übernommen und sie dem Volk gegeben. Die Amerikaner empfanden diese Ketzerei als eine nationale Katastrophe; die Vereinigten Staaten organisierten konter-revolutionäre Brigaden, bildeten eine provisorische Regierung, steckten die Zuckerrohrernten in Brand und beschlossen endlich, das kubanische Volk unerbittlich zu erdrosseln. Aber das wird nicht leicht sein. Das kubanische Volk wird leiden, aber es wird siegen. Der brasilianische Präsident Janos Quadros hat in einer Erklärung von historischer Bedeutung versichert, daß sein Land die kubanische Revolution mit allen Mitteln verteidigen wird. Auch die Vereinigten Staaten werden vielleicht vor dem Willen des Volkes zurückweichen. An diesem Tag werden wir flaggen, denn er wird für die Männer und Frauen der ganzen Welt entscheidend sein. Der Dollar, der im Grunde nur von den Sklaven gedeckt wird, die auf dem Erdball verteilt sind, an den Bohrtürmen des Nahen Ostens, in den Bergwerken Perus oder des Kongos, auf den Plantagen der *United Fruit* oder der *Firestone,* wird dann aufhören, diese Sklaven zu beherrschen, die ihn geschaffen haben und die immer noch mit leerem Kopf und leerem Magen fortfahren, ihn mit ihrer Substanz zu speisen.

Die Unabhängigkeit kann sich aus einem Triumph in einen Fluch verwandeln, wenn die Kolonialmacht die junge Nation durch gewaltige Zwangsmittel zur Regression verurteilt. Die Kolonialmacht sagt ganz klar: »Da ihr die Unabhängigkeit wollt, nehmt sie und krepiert«. Die nationalistischen Führer haben dann keine andere Möglichkeit, als sich an das Volk zu wenden und ihm eine ungeheure Anstrengung abzufordern. Von diesen ausgehungerten Menschen verlangt man Enthaltsamkeit, von diesen verkümmerten Muskeln verlangt man eine unmäßige Arbeit. Ein autarkes Regime wird errichtet, und jeder Staat versucht mit den armseligen Mitteln, die er hat, mit seinem großen Hunger, seinem großen Elend fertigzuwerden. Man erlebt die Mobilisierung eines Volkes, das sich nun im Angesicht eines vollgestopften und arroganten Europa abmüht und abschindet.
Andere Länder der Dritten Welt weisen diese Kraftprobe zurück und sind bereit, auf die Bedingungen der ehemaligen Schutzmacht einzugehen. Unter Ausnutzung ihrer strategischen Lage, die sie im Kampf der Machtblöcke bevorzugt, schließen diese Länder Abkommen und engagieren sich. Die frühere Kolonie verwandelt sich in ein ökonomisch abhängiges Land. Die Ex-Kolonialmacht, die ihre alten Handelsverbindungen aufrechter-

halten und manchmal sogar verstärkt hat, ist bereit, durch kleine Spritzen den Haushalt der neuen Nation zu speisen. Man sieht also, daß der Aufstieg der Kolonialländer zur Unabhängigkeit die Welt vor ein entscheidendes Problem stellt: die nationale Befreiung der kolonisierten Länder enthüllt ihren wirklichen Zustand und macht ihn noch unerträglicher. Die scheinbar grundlegende Konfrontation, zwischen Kolonialismus und Anti-Kolonialismus, ja sogar diejenige zwischen Kapitalismus und Sozialismus, verliert bereits an Bedeutung. Was heute zählt, das Problem, das den Horizont versperrt, ist die Notwendigkeit einer Neuverteilung der Reichtümer. Die Menschheit muß, unter dem Risiko, aus den Fugen zu geraten, dieser Frage Herr werden.
Man hat allgemein angenommen, daß die Stunde für die Welt gekommen sei, und besonders für die Dritte Welt, zwischen dem kapitalistischen und dem sozialistischen System zu wählen. Die unterentwickelten Länder, die den verbissenen Wettkampf zwischen den beiden Systemen ausgenutzt haben, um den Sieg ihres nationalen Befreiungskampfes zu sichern, müssen es jedoch ablehnen, sich auf diesen Wettstreit einzulassen. Für die Dritte Welt ist es nicht damit getan, daß sie sich den Werten gegenüber definiert, die sie vorgefunden hat. Die unterentwickelten Länder müssen vielmehr alles daran setzen, Werte zu schaffen, die ihnen eigentümlich, Methoden und Lebensformen, die für sie spezifisch sind. Das konkrete Problem, vor das wir uns gestellt sehen, ist nicht unbedingt die Wahl zwischen Sozialismus und Kapitalismus, wie sie von Menschen anderer Kontinente und Epochen definiert worden sind. Wir wissen zwar, daß das kapitalistische Regime und die Lebensform die ihm entspricht, mit unserer nationalen und universalen Aufgabe unvereinbar ist. Die kapitalistische Ausbeutung, die Trusts und die Monopole sind die Feinde der unterentwickelten Länder. Die Wahl eines sozialistischen Regimes, das sich an die Gesamtheit des Volkes wendet und das auf dem Prinzip beruht, nach dem der Mensch das kostbarste Gut ist, wird es uns ermöglichen, schneller und einträchtiger voranzuschreiten. Dadurch bleibt uns das Zerrbild einer Gesellschaft erspart, in der einige wenige zum Schaden des Ganzen, die wirtschaftliche und politische Macht in der Hand haben.

Aber wenn ein solches Regime wirklich funktionieren soll, wenn wir an den Prinzipien, die uns leiten, in jedem Augenblick festhalten wollen, brauchen wir mehr als nur unsere eigene Arbeitskraft. Manche unterent-

wickelte Länder entwickeln, was die menschliche Arbeit angeht, kolossale Anstrengungen. Männer und Frauen, Junge und Alte nehmen in ihrem Enthusiasmus eine wahre Zwangsarbeit auf sich und machen sich zu Sklaven der Nation. Die Selbstaufopferung, die Verachtung jeder Beschäftigung, die nicht dem Ganzen zugute kommt, bringt eine nationale Moral hervor, die den Menschen Kraft verleiht und ein neues Vertrauen auf die Zukunft der Welt einflößt, und die auch einen mißtrauischen Beobachter entwaffnen wird. Wir glauben jedoch, daß eine solche Anstrengung nicht lange in diesem höllischen Rhythmus fortgesetzt werden kann. Diese jungen Länder haben nach dem bedingungslosen Rückzug des Ex-Kolonialiandes die Herausforderung angenommen. Das Land befindet sich nun in den Händen einer neuen Mannschaft. Buchstäblich alles muß von vorne begonnen und neu durchdacht werden. Das Kolonialsystem hat sich immer nur für ganz bestimmte Reichtümer interessiert, für bestimmte Rohstoffe, diejenigen nämlich, die seine eigenen Industrien brauchen konnten. Eine ernsthafte Bilanz der Anbaumöglichkeiten und der Bodenschätze war nie gezogen worden. Aus diesen Gründen sieht sich die junge, unabhängige Nation gezwungen, die vom Kolonialregime errichteten Handelsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Sie kann zwar nach anderen Ländern, anderen Währungsbereichen exportieren, aber ihre Exportbasis hat sich nicht grundlegend verändert. Das Kolonialregime hat gewisse Handelsverbindungen auskristallisiert, und man ist bei Gefahr einer Katastrophe gezwungen, sie beizubehalten. Man müßte womöglich ganz von vorne anfangen: die Art der Exporte und nicht nur ihre Bestimmungsländer ändern, den Boden und die Bodenschätze, die Flüsse und am Ende auch noch die Sonnenstrahlung nach neuen Möglichkeiten durchforschen. Arbeitskräfte allein genügen dazu nicht. Man braucht Kapital, man braucht Techniker, Ingenieure, Mechaniker usw... Sagen wir es offen, wir glauben, daß die kolossale Anstrengung, zu der die unterentwickelten Völker von ihren Führern aufgerufen werden, nicht die erhofften Resultate haben wird. Wenn die Arbeitsbedingungen nicht verändert werden, wird man Jahrhunderte brauchen, um diese Welt zu vermenschlichen, die der Imperialismus auf die Stufe des Animalischen herabgedrückt hat.

Die Wahrheit ist, daß wir diese Bedingungen nicht annehmen dürfen. Wir müssen die Lage, zu der uns die westlichen Länder verurteilen wollen, rundweg ablehnen. Der Kolonialismus und der Imperialismus sind mit

uns nicht quitt, wenn sie ihre Fahnen und ihre Polizeikräfte von unseren Territorien zurückgezogen haben. Jahrhundertelang haben sich die Kapitalisten in der unterentwickelten Welt wie wahre Kriegsverbrecher aufgeführt. Deportationen, Blutbäder, Zwangsarbeit, Versklavung sind die Hauptmittel der Kapitalisten zur Vermehrung ihrer Gold- und Diamantenreserven, ihrer Reichtümer und Machtpositionen gewesen. Vor kurzem hat der Nazismus ganz Europa in eine Kolonie verwandelt. Die Regierungen der europäischen Nationen haben Reparationen und die Rückerstattung der gestohlenen Reichtümer in Geld und natura verlangt: Kunstwerke, Bilder, Skulpturen, Glasfenster sind ihren Eigentümern zurückgegeben worden. Alle Europäer waren sich nach dem Sieg von 1945 darüber einig: »Deutschland muß zahlen!« Zu Beginn des Eichmann-Prozesses hat Adenauer selbst das jüdische Volk im Namen der Deutschen noch einmal um Verzeihung gebeten. Adenauer hat die Verpflichtung seines Landes erneuert, dem israelischen Staat weiterhin enorme Summen zu zahlen, die zur Wiedergutmachung für die Naziverbrechen dienen sollen.

Mit dem gleichen Recht sagen wir, daß die imperialistischen Staaten einen schwerwiegenden Fehler und eine unerhörte Ungerechtigkeit begingen, wenn sie es beim Abzug ihrer militärischen Kohorten von unserem Boden und bei der Abberufung ihrer Verwaltungsbeamten und Behörden bewenden ließen, deren Aufgabe es war, unsere Reichtümer zu entdecken, sie auszubeuten und nach den Mutterländern zu befördern. Die moralische Wiedergutmachung, die uns mit der nationalen Unabhängigkeit zuteil wurde, blendet uns nicht; sie kann uns nicht ernähren. Der Reichtum der imperialistischen Länder ist auch unser Reichtum. Europa hat sich an dem Gold und den Rohstoffen der Kolonialländer unmäßig bereichert: Aus Latein-Amerika, China und Afrika, aus all diesen Kontinenten, denen Europa heute seinen Überfluß vor die Nase setzt, werden seit Jahrhunderten Gold und Erdöl, Seide und Baumwolle, Holz und exotische Produkte nach eben diesem Europa verfrachtet. Dieses Europa ist buchstäblich das Werk der Dritten Welt. Die Reichtümer, an denen es erstickt, sind den unterentwickelten Völkern gestohlen worden. Die Häfen von Holland, die Docks von Bordeaux und Liverpool, die sich auf den Sklavenhandel spezialisiert hatten, verdanken ihren Ruf Millionen deportierter Neger. Und wenn wir ein europäisches Staatsoberhaupt mit der Hand auf dem Herzen erklären hören, daß man den unglücklichen unterent-

wickelten Völkern zu Hilfe kommen müsse, so erzittern wir nicht vor Dankbarkeit. Ganz im Gegenteil, wir sagen uns: Das ist eine gerechte Reparation, die man uns schuldig ist. Deshalb werden wir nicht zugeben, daß die Hilfe an die unterentwickelten Länder als ein Werk der Barmherzigkeit verstanden wird. Vielmehr hat diese Hilfe eine doppelte Bedeutung: sie bestärkt die Kolonisierten in dem Bewußtsein, daß man ihnen etwas *schuldig ist*, und die kapitalistischen Mächte in der Erkenntnis, daß sie *zahlen müssen*. Daß die unerbittliche Dialektik ihres eigenen Systems sie ersticken würde, wenn es die kapitalistischen Länder aus Unverstand (um von Undank gar nicht erst zu reden) ablehnen sollten, zu zahlen. Allerdings, für das private Finanzkapital haben die jungen Nationen wenig Anziehungskraft. Diese Zurückhaltung der Monopole versteht sich von selbst. Sobald die Kapitalisten erfahren (und sie erfahren es natürlich als erste), daß ihre Regierung die Preisgabe einer Kolonie vorbereitet, beeilen sie sich, ihre Kapitalien aus dem fraglichen Gebiet abzuziehen. Die galoppierende Kapitalflucht ist eine ständige Begleiterscheinung der Dekolonisation.

Die privaten Firmen, die in unterentwickelten Ländern investieren wollen, stellen dafür Bedingungen, die erfahrungsgemäß unannehmbar oder irreal sind. Sie bestehen darauf, daß sich ihr Kapital sofort verzinst und wollen von langfristigen Investitionen nichts wissen. Dies ist ein traditionelles Prinzip bei allen »Übersee«-Geschäften. Den Wirtschaftsplänen der neuen Regierungsmannschaften stehen diese Kapitalisten ablehnend, oft mit unverhohlener Feindschaft gegenüber. Allenfalls wären sie bereit, den jungen Staaten Geld zu leihen unter der Bedingung, daß mit diesem Geld Fertigwaren und Maschinen aus dem »Mutterland« gekauft werden. Auf diese Weise wollen sie ihre eigene Hochkonjunktur fördern.

Die westlichen Finanzgruppen gehen mit äußerster Vorsicht zu Werke. Sie wollen keinerlei Risiko eingehen. Daher fordern sie eine politische Stabilität und ein ruhiges soziales Klima, Bedingungen, wie sie angesichts des Elends der Bevölkerung, unmittelbar nach dem die Unabhängigkeit erreicht ist, unmöglich zu erfüllen sind.

Auf der Suche nach solchen Garantien, die eine ehemalige Kolonie nicht geben kann, verlangen sie die Aufrechterhaltung gewisser Garnisonen oder den Eintritt des jungen Staates in ökonomische oder militärische Pakte. Die Privatgesellschaften setzen ihre eigne Regierung unter Druck, damit sie in eben diesen Ländern militärische Stützpunkte errichtet, die

den Auftrag haben, ihre Interessen zu schützen. Schließlich verlangen diese Gesellschaften von ihrer Regierung Bürgschaften für alle Investitionen, die sie in unterentwickelten Ländern vornehmen wollen.
Nur wenige Länder erfüllen jedoch die von den Trusts und Monopolen geforderten Bedingungen. Deshalb bleiben die Kapitalien mangels sicherer Absatzmärkte in Europa blockiert. Sie liegen fest, und zwar umso mehr, da sich die Kapitalisten weigern, im eigenen Lande zu investieren. Die Gewinnmengen sind dort tatsächlich sehr gering, und die steuerlichen Belastungen entmutigen auch die kühnsten Unternehmer.
Die Situation ist auf lange Sicht katastrophal. Das Kapital zirkuliert nicht mehr; zumindest aber verlangsamt sich sein Umschlag beträchtlich. Die Schweizer Banken weisen das »heiße Geld« zurück. Europa erstickt an seinem Überfluß. Trotz der enormen Summen, welche die Rüstung verschlingt, befindet sich der internationale Kapitalismus in einer Sackgasse.

Aber noch eine andere Gefahr bedroht ihn. In dem Maße nämlich, wie die Dritte Welt durch den Egoismus und die Unmoral der westlichen Nationen sich ihrem Schicksal überlassen oder zur Regression, jedenfalls aber zur Stagnation verurteilt sieht, werden die unterentwickelten Völker beschließen, eine autarke Kollektivwirtschaft zu entwickeln. Die westlichen Industrien werden dann bald ihrer überseeischen Absatzmärkte beraubt sein. Die Maschinen werden sich in den Lagerhäusern stapeln, und auf dem europäischen Markt wird ein unerbittlicher Kampf zwischen den konkurrierenden Finanzgruppen und Trusts beginnen. Die Schließung von Fabriken, Aussperrung und Arbeitslosigkeit werden das europäische Proletariat dahin bringen, in einen offenen Kampf gegen das kapitalistische Regime einzutreten. Dann werden die Monopole einsehen, daß es in ihrem wohlverstandenen Interesse liegt, den unterentwickelten Ländern zu helfen, und zwar massiv und ohne allzuviele Bedingungen. Man sieht, daß die jungen Nationen der Dritten Welt keinen Grund haben, den kapitalistischen Ländern zu schmeicheln. Wir sind mächtig durch unser gutes Recht und die Richtigkeit unserer Positionen. Wir müssen den kapitalistischen Ländern sagen, daß das grundlegende Problem der gegenwärtigen Epoche nicht der Kampf zwischen den sozialistischen Regimes und ihnen ist. Dieser Kalte Krieg, der zu nichts führt, muß beendet, die Vorbereitungen zum atomaren Weltkrieg müssen gestoppt, die unterent-

wickelten Länder mit großzügigen Investitionen und technischer Hilfe unterstützt werden. Das Schicksal der Welt hängt von der Antwort ab, die auf diese Frage gegeben werden wird.
Schließlich sollten die kapitalistischen Länder den Versuch aufgeben, ihre sozialistischen Nachbarn für ein »europäisches Schicksal« zu gewinnen, um sie von den farbigen und unterernährten Massen zu trennen. Was auch der General de Gaulle sagen mag: die Leistung Gagarins ist kein Erfolg, der »Europa Ehre macht«. Seit einiger Zeit nehmen die Staatsmänner und die Intellektuellen des kapitalistischen Westens der Sowjetunion gegenüber eine ambivalente Haltung ein. Einst haben sie mit vereinten Kräften versucht, den Sozialismus zu vernichten; heute begreifen sie, daß man mit ihm rechnen muß. Sie zeigen sich infolgedessen liebenswürdig, eröffnen eine Charme-Offensive nach der anderen und erinnern das sowjetische Volk fortwährend daran, daß es »zu Europa gehört«.
Wer von der Dritten Welt wie von einer Sturmflut spricht, die ganz Europa zu verschlingen droht, wer durch eine solche Agitation die fortschrittlichen Kräfte in der Welt, die der Menschheit ein künftiges Glück verheißen, zu spalten hofft, der wird sich täuschen. Natürlich hat die Dritte Welt keineswegs vor, einen Kreuzzug des Hungers gegen Europa zu führen. Sie erwartet von denen, die sie jahrhundertelang versklavt haben, nur eines: Der Mensch muß wieder in seine Rechte eingesetzt werden, der Mensch muß endlich und ein für alle Mal überall auf der Welt triumphieren. Dazu verlangen wir die Hilfe Europas.
Aber es ist klar, daß wir die Naivität nicht bis zu dem Glauben treiben, die europäischen Regierungen würden uns dabei helfen. Wir rechnen nicht mit ihrer Zusammenarbeit und ihrem guten Willen. Das kolossale Werk, den Menschen, den ganzen Menschen zur Welt zu bringen, wird nur mit der Hilfe der europäischen Massen gelingen. Die Massen Europas müssen sich darüber klar werden, daß sie sich in den kolonialen Fragen oft, allzuoft mit unsern gemeinsamen Herren verbündet haben. Heute müssen sie sich entscheiden, sie müssen aufwachen, zu einem neuen Bewußtsein kommen und ihren verantwortungslosen Dornröschenschlaf ein für allemal aufgeben.

Aus dem Französischen von Traugott König

Carlos Fuentes
Rede an die Bürger der USA

Südlich eurer Grenze, meine Freunde in den Vereinigten Staaten, erstreckt sich ein Kontinent, der sich in voller revolutionärer Gärung befindet – ein Kontinent, der unermeßliche Reichtümer birgt und der dennoch in einem solchen Elend und einer solchen Trostlosigkeit lebt, wie ihr sie nie gekannt habt und euch kaum vorstellen könnt. Zweihundert Millionen Menschen leben in Lateinamerika. Davon arbeiten hundertvierzig Millionen praktisch als Sklaven. Siebzig Millionen stehen außerhalb der Geldwirtschaft. Hundert Millionen sind Analphabeten. Hundert Millionen werden von Seuchen heimgesucht. Hundertvierzig Millionen sind unterernährt.

Heute nun haben diese elenden Massen beschlossen, dem ein Ende zu machen. Lateinamerika, das jahrhundertelang nur ein Objekt der Ausbeutung gewesen ist, hat beschlossen, sich zu verwandeln – in ein handelndes Subjekt.

Ihr werdet euch fragen, was diese Rückständigkeit verursacht haben mag. Warum, da wir doch unsere politische Unabhängigkeit ungefähr zur gleichen Zeit erlangt haben, warum leben die Nordamerikaner in Wohlstand, Freiheit, Demokratie – und Lateinamerika in Armut und Unterdrückung, unfähig, sich selbst zu regieren? Und ihr werdet euch beruhigen: dank der amerikanischen Großherzigkeit wird sich jetzt ja alles ändern. Die Allianz für den Fortschritt wird alle Probleme lösen, an denen Lateinamerika leidet. Angesichts dieser zwanzig Milliarden Dollar werden die Lateinamerikaner das Schreckbild einer blutigen Revolution vergessen, die die Demokratie und die Menschenrechte zerstört; sie werden sich friedlich entwickeln und bald, als Geschwister der Vereinigten Staaten, demokratische Gesellschaften errichten.

Ihr gebt euch gern euren frommen Wünschen, euren schönen Gefühlen hin. Ihr glaubt von alters her, was für euch gut ist, müsse für alle Menschen gut sein, jederzeit und überall. Ihr vergeßt, daß es besondere historische Faktoren gibt. Ihr könnt nicht verstehen, daß es in Wirklichkeit zwei

Welten gibt, die der reichen Länder und die der armen. Ihr könnt nicht begreifen, daß notgedrungen die armen Länder nach anderen Lösungen verlangen als den euren. Ihr hattet vierhundert Jahre ununterbrochener Entwicklung im Rahmen der kapitalistischen Strukturen. Wir hatten vierhundert Jahre Unterentwicklung in einer Feudalstruktur.

Ihr müßt diesen Schlüsselbegriff verstehen: *Struktur.* Ihr habt das Licht erblickt dank der protestantischen, liberalen und kapitalistischen Revolution. Ihr seid ohne anachronistische Fessel zur Welt gekommen. Ihr habt eine Gesellschaft begründet, die sich von Anfang an mit der historischen Vernunft der Epoche identifizierte. Ihr habt eine Wirtschaft begründet, die darauf ausgerichtet war, in dem sozialen Vakuum des angelsächsischen Amerika Reichtümer zu schaffen. Ihr mußtet nicht den Widerstand eingeborener Kulturen überwinden, mußtet sie nicht assimilieren. Ihr habt am Nullpunkt begonnen, als jungfräuliche Gesellschaft, die vollkommen der modernen Zeit angepaßt war, unbelastet vom Feudalismus. Wir dagegen sind als ein Anhängsel der verfallenden Feudalordnung des Mittelalters entstanden; wir haben seine hinfälligen Strukturen geerbt, haben uns seine Laster angeeignet und sie, abseits der Revolution der modernen Welt, in feste Einrichtungen verwandelt. Während ihr von der Reformation her kommt, kommen wir von der Gegenreformation her: Sklaverei der Arbeit, des religiösen Dogmatismus, der Latifundien, Verneinung der politischen, ökonomischen und kulturellen Rechte der Massen, verschlossene Grenzen gegenüber den modernen Ideen. Statt unsere eigenen Reichtümer zu schaffen, haben wir sie in das spanische oder portugiesische Mutterland exportiert. Als wir die politische Unabhängigkeit erlangten, haben wir nicht zugleich die wirtschaftliche Unabhängigkeit erreicht: die Strukturen haben sich nicht geändert.
Ihr müßt verstehen, daß die Bedrängnis, in der Lateinamerika lebt, begründet ist in dem Überdauern dieser Feudalstrukturen über vier Jahrhunderte des Elends und der Unbeweglichkeit hinweg, während derer ihr eine volle industrielle Revolution durchgemacht und eine liberale Demokratie eingeführt habt. Ihr müßt begreifen, daß es nur einen einzigen Ausweg für die Lateinamerikaner gibt – diese Strukturen auf einen Schlag zu zerstören.
Aber ihr fragt: ist eine Revolution notwendig? Kann man diese Strukturen nicht auf evolutionärem Wege beseitigen? Die Antwort ist einfach:

die Formen des Kapitalismus, des freien Unternehmertums haben ihre historische Rolle in Lateinamerika bereits verspielt, und es hat sich gezeigt, daß sie zur Beseitigung des Feudalismus nicht taugen.
Während des 19. Jahrhunderts hat sich der wirtschaftliche Liberalismus – das laissez-faire – in Lateinamerika den Feudalstrukturen überlagert. Neben die Klasse der Grundbesitzer aus der Kolonialzeit trat eine neue Klasse von Unternehmern, die sich dem Geschäft der Ausbeutung hingaben. Die Kapitalisten haben unsere Länder in Monokulturen verwandelt, in Ausbeutungsgebiete für die Rohstoffausfuhr nach den westlichen Märkten. Es war ein utopisches Vorhaben: mittels einer internationalen Arbeitsteilung sollten einige Länder die Rohstoffe erzeugen und andere sie verarbeiten; ein solcher Austausch werde hier und dort den Wohlstand herbeiführen. Wir wissen heute, daß das nicht stimmt; wir wissen heute, daß der Preis der verarbeiteten Waren letztlich immer über dem der Rohstoffe liegt. Wir wissen heute, daß im Falle einer Depression der dominierenden Wirtschaft am stärksten die abhängigen Wirtschaftsgebiete betroffen werden, die die Rohstoffe erzeugen. Zwischen 1929 und 1938 sind die Exporte Lateinamerikas um 70% gesunken. Zu dieser Zeit litt Kuba Hunger: die Hälfte seiner erwerbstätigen Bevölkerung war arbeitslos, die Nationalbanken machten bankrott, die Zuckerrohrplantagen wurden von den Amerikanern zu Spottpreisen aufgekauft. Der Mythos brach zusammen. Wenn unsere Wirtschaftsgebiete sich ergänzt hätten, wie es die klassische Theorie behauptete, hätte unser Lebensstandard dem euren gleichkommen müssen.
Um den Auswirkungen des Wirtschaftsliberalismus zu begegnen, haben einige Länder Lateinamerikas nach 1930 einen neuen Weg beschritten, den des protektionistischen Kapitalismus, mit dem Ziel, die innere Industrialisierung Lateinamerikas zu betreiben und es von der Rohstoffausfuhr weniger abhängig zu machen. Aber auch dieser naive liberale Kapitalismus hat sich den Feudalstrukturen überlagert, anstatt sie zu zerstören. Er hat die breiten Massen der Bauern und Arbeiter ihrem Schicksal überlassen und den Fortschritt einer Minderheit in den Städten vorbehalten. Er hat schließlich in Lateinamerika eine zwiegesichtige Gesellschaft herausgebildet: die moderne kapitalistische Gesellschaft in den Städten und die feudale Gesellschaft auf dem Lande. Die Minderheit ist immer reicher geworden, die Mehrheit immer weiter verelendet. Während der letzten Jahre hat der Abgrund, der zwischen beiden liegt, sich nur vertieft. Des-

halb hat der Kapitalismus die Probleme Lateinamerikas nicht zu lösen vermocht. Er hat es nicht verstanden, das Erbe des Feudalismus zu zerstören und eine wirklich kollektive Entwicklung in Lateinamerika voranzutreiben.
So sieht Lateinamerika aus: die Ruine eines feudalen Schlosses mit einer kapitalistischen Fassade aus Pappkarton.

Hier ein Abriß des historischen Versagens des Kapitalismus in Lateinamerika:
Fortdauernde Abhängigkeit aufgrund der Mono-Produktion. Der Kaffee macht in Brasilien 74% der Exporte aus; das Zinn in Bolivien 60%; das Kupfer in Chile 63 %; die Bananen in Costa Rica 60 %; der Kaffee in Haiti 63%; das Erdöl in Venezuela 95%; der Kaffee in Nicaragua 51%; der Zucker in der Dominikanischen Republik 60%.
Ein fortdauerndes Latifundiensystem. In Chile und in Brasilien besitzen 2% der Bevölkerung 50% des anbaufähigen Bodens. In Venezuela besitzen 3% der Bevölkerung 90% des Bodens. In ganz Lateinamerika außer Mexiko und Kuba besitzen 5% der Bevölkerung die Hälfte des Bodens. Mehr als die Hälfte aller Lateinamerikaner arbeiten als Bauern unter Bedingungen, die der Sklaverei nahekommen. Jedoch sind nur 24% des Bodens in Lateinamerika bestellbar, und davon liegen weite Flächen brach, sei es, um die Gewinne ihrer Besitzer abzusichern, sei es aus reiner Absurdität. Die meisten Länder Lateinamerikas müssen einen Großteil ihrer Nahrungsmittel einführen; nur Uruguay und Argentinien sind relativ selbständig. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist die Produktivität, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, äußerst niedrig. Und die Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse sind Schwankungen unterworfen, doch stets mit fallender Tendenz.
Fortdauernde Unterentwicklung. Die jetzt bestehenden Systeme sind unfähig, die Produktion zu steigern und die natürlichen Quellen des Reichtums in dem Maße auszuschöpfen, wie es das Anwachsen unserer Bevölkerung erfordert. Deshalb ist die jährliche Produktionssteigerung pro Kopf, die 1955 in Lateinamerika durchschnittlich 2% betrug, 1959 auf 1% und 1960 auf 0,0% gefallen. Mit anderen Worten: es gibt augenblicklich in Lateinamerika, mit seinem feudalistisch-kapitalistischen Doppel-System, keinen Fortschritt.
Fortdauernde politische Stagnation. Das Überleben der Feudalstrukturen

versagt den Massen den Zugang zur Bildung und begünstigt die Konzentration der politischen Macht in den Händen weniger Großgrundbesitzer und städtischer Kapitalisten. Die von den Vereinigten Staaten finanzierten und ausgerüsteten Armeen Lateinamerikas stützen dieses System, wie wir es gerade in Argentinien, in Ecuador und Guatemala erlebt haben.
Fortdauernde Ungerechtigkeit. Zur Zeit entfallen auf 4% der lateinamerikanischen Bevölkerung 50% des Volkseinkommens. Die wohlhabenden Klassen haben mehr als 14 Milliarden Dollar auf ausländischen Banken angesammelt. Ein beträchtlicher Teil ihrer Kapitalanlagen im Inland ist unproduktiv: Versicherungen, Renten, Immobilien, Luxusartikel.
Fortdauernde Abhängigkeit gegenüber dem ausländischen Kapital. Ein Großteil der lateinamerikanischen Wirtschaft tut nichts für seine Entwicklung und ist nichts weiter als ein Anhängsel ausländischer Wirtschaftszentren, insbesondere der Vereinigten Staaten. Das Eisen und Erdöl Venezuelas, das Kupfer Chiles, die Bodenschätze von Peru bleiben nicht im Lande, um dort eine wirtschaftliche Entwicklung in Gang zu bringen: sie sind das Eigentum der amerikanischen Wirtschaft, die ihr einziger Nutznießer ist. Aber da es sich hier um etwas handelt, das euch näher angeht, werden wir später noch davon zu sprechen haben.
Im Mittelpunkt steht folgende Frage: wie können die Ursachen der Unterentwicklung in Lateinamerika beseitigt werden ? Die Antwort steht außer Zweifel: Stabilisierung der Rohstoffpreise als unmittelbar nächster Schritt, und Entwicklung einer vielseitigen Produktion, das heißt Industrialisierung auf lange Sicht. Aber ihr wünscht, daß das auf friedlichem Wege geschieht, durch Evolution und die Allianz für den Fortschritt. Wir hingegen meinen: durch die Revolution. Wir wollen beide Wege untersuchen.

Die einzige von der Allianz für den Fortschritt vorgesehene Strukturreform ist die Agrarreform. Gut. Nun erinnert euch, daß in Lateinamerika die politische Macht in den Händen der Großgrundbesitzer liegt. Glaubt ihr wirklich, daß eine herrschende Klasse, deren Macht auf dem Bodenbesitz fußt, mir nichts dir nichts die Grundlage ihres Daseins aufgibt? Im Agrarfeudalismus gründen der Reichtum und der politische Einfluß der herrschenden Klassen von Zentralamerika, von Chile, Peru, Argentinien, Brasilien, Venezuela, Kolumbien und Ecuador; glaubt ihr, daß diese Klassen aus freien Stücken Selbstmord begehen werden? Ein reicher Peruaner sagte mir neulich: »Wenn die *Gringos* uns dazu zwingen, den

Boden zu verteilen, werden wir ihnen damit antworten, daß wir ihre Grubengesellschaften enteignen.« Nein, meine Freunde: eine Agrarreform in Lateinamerika, das haben Mexiko und Kuba gezeigt, kann man nur durch Revolution machen; mit der Waffe in der Hand. Gerade das versuchen jetzt die Landarbeiter von Peru, die Bauern im Nordosten Brasiliens, die Parias von Chile, Ecuador und Kolumbien. Sie lassen sich dabei von einer »falschen« Agrarreform nicht beeindrucken: der Verteilung unfruchtbaren Landes, ohne Kredite, ohne Maschinen, ohne Schulen und Krankenhäuser. Die herrschenden Klassen mögen euch ausnützen, aber sie werden nicht die Bauernmassen nasführen noch ihre revolutionäre Kraft brechen können.

Die Allianz wird von Regierungen in Anspruch genommen werden, die ihre Völker nicht wirklich vertreten, von Regierungen, die die alte Feudalordnung repräsentieren und einzig daran interessiert sind, deren Privilegien zu erhalten. Seht doch, wo eure Dollars hingehen: wie in Südvietnam, wie in Südkorea, wie im Iran und in Spanien – auf die Bankkonten einer Handvoll Individuen, zum Import von Luxuslimousinen, zur Errichtung von Prachtbauten.

Eine der Hauptursachen für den Rückstand Lateinamerikas hat die Allianz nicht einmal erwähnt: die Mißbildung unserer Wirtschaft, die ihr die Beherrschung durch das Ausland aufzwingt. Da sträubt ihr euch. Ihr weigert euch, das zuzugeben. Ihr habt die Entwicklung (welche Entwicklung?) Lateinamerikas unterstützt. Ihr gebt uns großzügig Dollars und technische Hilfe.

Wir haben schon von der Herrschaft über die Rohstoffquellen gesprochen: Eisen, Kupfer, Zinn, Kohle, Blei, Zink, Erdöl. Diese Rohstoffe, die in eurer Hand sind, gehen in eurer Wirtschaft auf: sie werden nicht zur inneren Entwicklung unserer Länder verwendet. Die Allianz spricht nicht einmal davon. Sie sieht nicht vor, daß das Eisen und das Erdöl Venezuelas zum Aufbau von Schwerindustrien beitragen, daß das Kupfer Chiles oder das Blei von Peru die Industrialisierung dieses Landes antreiben könnte. Jedenfalls hat unsere Industrie eine leichte, weiterverarbeitende Industrie zu sein, mehr nicht.

Ihr seid auch die Herren des Außenhandels von Lateinamerika. 60% unseres Außenhandels werden mit euch getätigt, nach von euch festgesetzten Preisen. Die amerikanischen Gesellschaften steuern 75% unserer kommerziellen Einfuhr. Ihr diktiert die Bedingungen und die Preise.

Goethe Institut e.V. Bibliothek

Letztes Jahr hat die Allianz Kolumbien 150 Millionen Dollar geschenkt; im selben Jahr hat Kolumbien infolge des Fallens der Kaffeepreise 450 Millionen Dollar verloren.
Fragt einmal die großen Baumwollunternehmen, wie hoch sie einen Ballen mexikanischer Baumwolle bezahlen, zu welchem Preis sie ihn dem englischen Monopol in Hongkong weiterverkaufen und wieviel letzteres das von euch so verabscheute kommunistische China dafür zahlen läßt. Die Anderson Clayton verdient an dieser Operation fünfmal so viel wie der mexikanische Pflanzer. Und fragt das State Department, warum es Mexiko untersagt, seinen Überschuß an Orangen der Tschechoslowakei zu verkaufen, im Austausch gegen Maschinen, die wir dringend benötigen und die ihr uns gar nicht oder jedenfalls zu teuer verkauft; fragt das State Department, warum die ganze Ernte auf den Kais von Tampico verfault ist, während ihr fröhlich mit den kommunistischen Ländern Handel triebt und das Deutschland Adenauers zum wichtigsten westlichen Handelspartner eben dieser Tschechoslowakei werden ließet?
Investitionen? Ja, ihr habt 10 Milliarden Dollar in Lateinamerika investiert. Merkwürdig ist nur, daß wir von alters her eure Investitionen bekommen und noch immer so arm sind wie zuvor. Ihr sprecht von *eurem* Besitz in Lateinamerika und scheltet uns Diebe, wenn wir ihn enteignen. Aber warum fragt ihr nicht die, die für euch investieren, wieviel sie investieren und wieviel sie an Gewinnen in die Vereinigten Staaten zurückbringen? Wollt ihr es wissen? Zwischen 1950 und 1955 habt ihr 2 Milliarden Dollar investiert, 3½ Milliarden Gewinn gemacht und 1½ Milliarden in die Vereinigten Staaten zurückgeholt. In einem einzigen Jahr, 1959, habt ihr 775 Millionen verdient, aber nur 200 Millionen reinvestiert, 575 Millionen sind in die Vereinigten Staaten gewandert. Während der letzten sieben Jahre hat Lateinamerika aufgrund dieses Aderlasses 2 679 000 000 Dollar verloren. Ihr nehmt zuviel mit, ihr laßt zuwenig da, und selbst das wenige wird ungerecht verteilt: wo ist da der wirkliche Gewinn für unsere Wirtschaft? Ist es richtig so, daß diese Gewinne nichts, absolut nichts dafür tun, das schreckliche Elend, die Unwissenheit und die Krankheiten bei der überwiegenden Mehrheit der Lateinamerikaner zu erleichtern, die durch ihre Sklavenarbeit jene Gewinne überhaupt erst möglich gemacht haben? Ihr in Amerika, sagt mir, ob das so richtig ist.
Und sagt mir auch, ob es nicht richtig wäre, wenn ihr nicht mehr zurückbekämt als eure Investitionen, sodaß wir die vergeudeten Reichtümer

eintreiben und zur Besserung der Lage aller verwenden könnten, da sie ja aus der Arbeit aller entspringen, obwohl sie nur einem Dutzend Gesellschaften zugute kommen.
Schließlich trat die Allianz für den Fortschritt, schon im ersten Jahr ihres Bestehens, mit Agressionshandlungen an, in denen sie sich völlig prostituiert hat. Das waren die Invasion in Kuba im April 1961 und die Verletzung des interamerikanischen Rechts in Punta del Este im Januar 1962.

Über die amerikanische Verantwortlichkeit für die Invasion in der Schweinebucht braucht man nicht mehr zu streiten: Präsident Kennedy hat sie voll und ganz anerkannt, und er wußte genau, daß er nicht nur die interamerikanischen Verträge, sondern auch die Gesetze der Vereinigten Staaten selbst verletzt hatte: die Neutralitätsakte und das Gesetzbuch der Vereinigten Staaten. Ihr rühmt euch, in einem Rechtsstaat zu leben. Warum habt ihr eurer Regierung erlaubt, das Recht zu verletzen? Habt ihr denn keine Volksvertreter, es zu verteidigen? Gibt es kein Mittel, von einem Präsidenten Rechenschaft zu verlangen, wenn er es verletzt? ihn anzuklagen? Warum erlaubt ihr, daß eure Regierung, eure C. I. A. und eine aus den Mördern und Sadisten der Regierung Batista rekrutierte Söldnerbande sich einem offenkundig unsinnigen Unternehmen hingeben? Oder seid ihr euch vielleicht mit eurer Regierung darin einig, daß das Recht angesichts politischer Notwendigkeiten ein Fetzen Papier ist? Dann allerdings rechtfertigt ihr selbst Goldwater, die John Birch Society und all die faschistischen Kräfte, die mit McCarthy hochgekommen sind und sich seitdem in den Vereinigten Staaten entfalten.
Ihr habt Kinder und Frauen in Playa Girón getötet. Ihr habt die ersten angängigen Häuser, die ersten Schulen, die ersten Krankenhäuser der Kubaner bombardiert, die unter der langen amerikanischen Protektoratszeit weder ein Dach, noch Unterricht, noch Gesundheitsdienst gehabt hatten. Und ihr habt es getan im Namen der Freiheit, der Demokratie und des freien Unternehmertums. Was, meint ihr, sollen wir von diesen großen Worten denken, wenn man in ihrem Namen ein Volk ermordet und die ersten konkreten Zeichen des Wohlstandes zerstört? Wir glauben, wie Simon Bolivar vor 150 Jahren, daß »die USA von der Vorsehung dazu ausersehen scheinen, uns mit allen erdenklichen Übeln heimzusuchen im Namen der Freiheit.«
Punta del Este: der zweite Agressionsakt im Namen der Allianz. Viel-

leicht haltet ihr die Garantien des interamerikanischen Rechts für nicht so wichtig, aber für uns stellen sie das Ergebnis eines langen Kampfes dar. Wir brauchten ein ganzes Jahrhundert, um sie zu erreichen. Wir haben sie erreicht um den Preis der Invasion in Mexiko und der Annexion der Hälfte unseres Territoriums, der Verstümmelung Kolumbiens, des Platt Amendment Act, der Ermordung Maderos, der Besetzung von Vera Cruz und der Strafexpedition Pershings, um den Preis der Interventionen in Haiti, in Nicaragua und in Santo Domingo, um den Preis des Todes von Sandino, des Feldzuges und der Pressionen gegen die mexikanische Revolution, der Vergewaltigung Guatemalas. Wir haben viel Blut vergießen müssen für diese Statuten: Selbstbestimmung, Nichteinmischung, Unverletzlichkeit des Territoriums, gleiche Rechte für die Einheimischen und die Ausländer, friedliche Beilegung von Streitigkeiten, das Recht für jeden amerikanischen Staat, sich zu organisieren, wie es ihm beliebt. In Punta del Este sind all diese Statuten von eurer Regierung verletzt worden. Ein während eines ganzen Jahrhunderts ausgearbeitetes Rechtssystem stürzte zusammen. Macht nichts, sagte Minister Rusk: »Es ist nicht die Aufgabe der Außenminister, juristische Fragen zu diskutieren, sondern auf politischem Gebiet Entscheidungen zu fällen.« Die Organisation Amerikanischer Staaten hat aufgehört, eine legale Organisation zu sein, denn man hat sie jetzt offen in eine politische Waffe der Vereinigten Staaten verwandelt. Und die Allianz für den Fortschritt ist zum zarten Schleier geworden, der die Blöße von Interventionen zugunsten der konkreten politischen und wirtschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten zu verdecken bestimmt ist.

Jahrelang haben viele Lateinamerikaner an eine allmähliche Änderung der Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Lateinamerika geglaubt; sie haben auch an die Fähigkeit der interamerikanischen Organisation geglaubt, den Mindestgrundsatz unserer Souveränität aufrechtzuerhalten. Man muß Präsident Kennedy dankbar sein, daß er nur ein Jahr brauchte, diese Illusionen zu zerstören. Die Neue Welle entpuppte sich als absolut identisch mit der Alten Republikanischen Garde. Nunmehr wissen die Lateinamerikaner, daß sie nicht mehr auf die Möglichkeit einer Entwicklung der amerikanischen Regierung oder der OAS bauen dürfen: sie dürfen nur noch sich selbst vertrauen, ihrer eigenen Fähigkeit, die alten Feudalstrukturen zu zerstören und sie durch eine radikal neue

Gesellschaftsordnung zu ersetzen, um endlich für sich selbst schaffen zu können.
Die Revolution? Ja, denn nur die bewaffnete Revolution, das haben Kuba und Mexiko bewiesen, kann für immer die Militärkaste, den Hüter der alten Ordnung zerschlagen. Glaubt ihr etwa, die Armee, die in Argentinien gerade den Volkswillen ausgelöscht und den verfassungsgemäß gewählten Präsidenten abgesetzt hat, werde freiwillig von der politischen Szene abtreten? Findet ihr es richtig, daß diese argentinische Armee, die mehr Offiziere hat als die amerikanische, 50% des Nationalbudgets verschlingt? Und findet ihr es richtig, ihr, die ihr die Steuern zahlt, daß euer Geld dafür gebraucht wird, diese Militärkaste auszurüsten? Mit eurem Geld bereiten diese Armeen Revolten vor, ermorden sie Arbeiter, foltern sie Studenten und sabotieren sie die Wahlen.
Die Revolution? Ja, denn nur die Revolution kann die Strukturreformen bringen, die notwendig sind, damit unsere Länder sich modernisieren, damit unsere brachliegenden Hilfsquellen verwertet statt verkauft und verschleudert werden, damit die Agrarreform durchgeführt, ein innerer Markt geschaffen, die Produktion vielfältiger gestaltet wird, damit die Volksbildung und die Industrialisierung neuen Antrieb bekommen.
Die Revolution! Ihr ruft den Himmel zum Zeugen an, ringt die Hände und vergießt Tränen ob der Gewalt und dem Blutvergießen. Ja, leider hat man noch nie die herrschenden Klassen eines Feudallandes davon überzeugen können, daß ihre letzte Stunde gekommen ist. Im 18. Jahrhundert hat der Graf von Arana sie nicht davon überzeugen können, und Präsident Kennedy im 20. Jahrhundert kann es auch nicht. Porfirio Diaz und Fulgencio Batista sind nur durch die Gewehrmündung überzeugt worden. Das ist die einzige Art und Weise, wie man die peruanischen Großgrundbesitzer, die argentinischen Militaristen und die kolumbianischen Unternehmer überzeugen kann. Blut? Geschichtliche Verspätung wird mit Blut bezahlt. Ungerechtigkeit wird mit Blut bezahlt. Erinnert euch an Jefferson. Von Spartacus bis Fidel Castro, über die protestantische, englische, französische, amerikanische, mexikanische und russische Revolution, haben sich Revolutionen durch die Gewalt vollzogen. Mickey Mouse macht keine Revolutionen. Die Revolutionen werden von Menschen gemacht, die Hunger haben, mutigen Menschen, zornigen, verbissenen Menschen.
Ihr beklagt euch: aber die Demokratie und die Freiheit? Warum – statt

eine repräsentative Demokratie, die Menschenrechte, Wahlen und eine freie Presse einzuführen – warum errichten die lateinamerikanischen Revolutionen eine linke Diktatur anstelle der rechten, die sie gestürzt haben? Warum setzen sie Einheitsparteien ein, lösen sie Emigrationsbewegungen aus, warum schaffen sie die Pressefreiheit und die Wahlen ab? Warum suchen sie den Schutz von Mächten jenseits des Kontinents?

Das also beunruhigt euch. Das versteht ihr nicht. Ihr solltet euch jedoch erinnern. Ihr habt ein schlechtes Gedächtnis. Ihr tätet gut daran, euch eurer eigenen Revolution im 18. Jahrhundert zu erinnern. Auch ihr hattet eure Verräter, eure Deserteure, eure Erschießungskommandos. Wie alle Revolutionen hat auch die eure eine Konterrevolution erzeugt. Damals gab es bei euch 3 500 000 Einwohner; 70 000 sind nach Kanada geflohen und haben dort um Asyl gebeten. Ihr habt die Güter der ins Exil gegangenen ohne Entschädigung enteignet. Ihr habt die englandfreundliche Presse unterdrückt. Ihr habt die Revolution gewonnen mit Hilfe einer ausländischen Macht, Frankreichs. Ohne die französischen Truppen Rochambeaus und die Flotte von de Grasse hättet ihr die Engländer nicht besiegen können. Ihr wart verleumderischen Pressekampagnen ausgesetzt; man beschimpfte euch in der royalistischen europäischen Presse als »Banditen und Wilde«. Ihr habt euch auf »ausländische Doktrinen« gestützt – auf die der französischen Enzyklopädisten – um eine republikanische Regierung zu bilden, eine Ketzerei, die gegen den status quo verstieß, den die Heilige Allianz aufrechterhielt und verteidigte. Ihr wart die Dämonen, die Ketzer, die Nonkonformisten des 18. Jahrhunderts. Ihr mußtet der konterrevolutionären Invasion von 1812, eurem Playa Girón, mit der improvisierten Miliz Andrew Jacksons Widerstand leisten. Aber ihr hattet schon während der Kolonialzeit die repräsentative Demokratie eingeführt. Ihr habt nicht unter Feudalherrschaft gelebt; ihr wart bereits Protestanten und Kapitalisten; ihr kämpftet nicht als eine analphabetische, ausgehungerte, ausgebeutete Masse.

Heutzutage entspricht eine wirkliche Revolution in Lateinamerika einem Unabhängigkeitskrieg. Das heißt bei Null beginnen und die Bedingungen schaffen, die dann wenigstens die Ausübung der Demokratie ermöglichen werden. Demokratie, müßt ihr wissen, ist nicht möglich bei leerem Magen, leerem Kopf, leeren Häusern. Die Demokratie ist keine Grundlage, sie ist ein Ergebnis.

Die Demokratie der Revolution opfern? Dann müßte erst einmal die

Demokratie in Lateinamerika existiert haben. Demokratie hat es nur auf dem Papier gegeben und in schönen Reden. Die Wahlen opfern? Wie denn, wenn die Wahlen nur eine Posse und ein Betrug gewesen sind. Die Menschenrechte opfern? Welche? Die von Menschen, die nichts zu essen haben, nicht lesen können, nicht schreiben können, unter Angst und Erniedrigung leben? Die Pressefreiheit opfern? Nein, denn so etwas existiert in Lateinamerika nicht; es existiert eine korrupte, antinationale Presse, die im Dienst des Feudalismus und der heute mächtigsten Nation steht.
Nein, das Problem liegt anderswo. Die Revolution würde die Mehrheit des Volkes an die Macht bringen, diejenigen, die seit Jahrhunderten nicht haben reden und wählen dürfen. In den Augen dieser Mehrheit sind die korrupte Presse, der Wahlbetrug, die Unterwerfung unter das Ausland, sind freies Unternehmertum und die Menschenrechte einer Minderheit, die die Mehrheit unterdrückt, gleichbedeutend mit den Jahrhunderten der Ausbeutung, der Versagung, des Nichtseins. Nicht darum geht es dem Volk. Worum es ihm geht, ist die *konkrete* Demokratie, als Ausgangspunkt seiner wirklichen Bedürfnisse. Es geht ihm darum, die alte Struktur der Ausbeutung zu zerstören; seine eigenen, neuen Strukturen zu schaffen, nationale und volkstümliche, die dem gemeinschaftlichen Wohl dienen, wobei es sich darüber im klaren ist, daß es zahlreiche Fehler begehen und manchesmal scheitern wird, aber bestärkt ist durch die Hoffnung, daß es diesmal für sich selbst eintritt, für die eigene Zukunft, und nicht mehr für eine Gruppe von Großgrundbesitzern und ausländischen Gesellschaften. Diese Umwandlung erfordert naturgemäß große Opfer, und sie ist nicht leicht herbeizuführen: vier Jahrhunderte des Wahns stehen ihr entgegen. Aber es ist das einzige, was zu tun ist. Sonst bleibt uns nur, die alte Ungerechtigkeit für immer zu ertragen.
Könnt ihr das nicht verstehen? Warum gebt ihr euch so hysterisch, so eifersüchtig, so ungehalten, wenn eine Revolution die befreiten Energien des Volkes in Aktion bringt? Und warum zeigt ihr euch so gleichgültig, so gelassen, so nachdenklich, wenn die gleichen Völker ausgebeutet, tyrannisiert und erniedrigt werden durch eine feudale Oligarchie? Warum wurde keine Pressekampagne geführt gegen Somoza? Warum gab es keine Invasion in Venezuela, als Pérez Jiménez an der Macht war? Warum wurde Trujillo 30 Jahre lang unterstützt? Warum habt ihr euch nicht gegen Stroessner erklärt? Was meint ihr, sollen wir denken, wenn ihr heute wie eh und je Regime des Verbrechens und der Korruption unter-

stützt und zu Felde zieht gegen die Regime der Anständigkeit und der Arbeit: gegen Kuba?
Ehrlich gesagt, es liegt nur noch wenig daran, was ihr tut oder laßt. Wir kennen jetzt unseren Weg. Öffnet die Augen. Heute ist es Kuba. Morgen ... Haltet die Augen weit offen. Die Armeen der Privilegierten werden geschlagen werden. Die alten Strukturen werden zusammenstürzen. Das Land, die Bergwerke, die Geschäfte werden zu ihrem natürlichen Besitzer zurückkehren und für das Wohl aller produzieren. Wir werden Umstellungs- und Organisationsschwierigkeiten kennenlernen. Aber allmählich wird sich die Produktion vielseitiger gestalten, das brachliegende Land bebaut werden, der Analphabetismus verschwinden; der befreite Bauer wird mehr verbrauchen können, die nationalen Reichtümer werden der Industrialisierung des Landes dienen; die Kultur wird auch den Arbeitern und Bauern gehören, und wir werden Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen und Straßen bauen, die diesen Namen verdienen.
Ist das ein Traum? Keineswegs. Es ist unsere Herausforderung. Der Feudalismus und der diesem aufgepflanzte Kapitalismus sind gescheitert: in vier Jahrhunderten haben sie nichts von alledem geleistet. Ihr sagtet, daß die Nationalisierung des Erdöls in Mexiko eine Utopie sei; daß binnen eines Jahres die ausländischen Gesellschaften wieder zurückkämen, weil die Mexikaner unfähig seien, eine so komplizierte Industrie zu verwalten. Ihr hattet recht: wir *waren* in der Tat dazu unfähig, wir haben viele schwierige Augenblicke erlebt, ebenso schwierige, wie sie jetzt Kuba durchmacht. Aber mit der Zeit haben wir, wie in Kuba, unsere Techniker, unsere Facharbeiter ausgebildet, und wir haben es geschafft; wir haben in der Produktivität die alten Gesellschaften übertroffen, und jetzt gebrauchen wir unser Erdöl zu unserem persönlichen Nutzen, rationell. Wir werden diese Erfahrung nicht vergessen: wenn der Bewohner Lateinamerikas Besitzer seines Bodens, seiner Industrie, seiner Arbeit wird, befreit er sich von der Absurdität der vergangenen Jahrhunderte und zeigt, was zu schaffen er fähig ist. In einigen Jahren wird das in Lateinamerika geschehen, zweifelt nicht daran. Niemand lernt schwimmen, der nicht ins Wasser springt.
Ja, die Revolution! Amerikaner, laßt euch nicht täuschen. Öffnet die Augen. Fragt den peruanischen Bauern, der Coca kaut und Mäuse ißt, was er vorzieht, gefälschte Wahlen oder die Revolution. Fragt den chilenischen Kumpel, der durch die Schächte von Lota kriecht, ob er ans freie

Unternehmertum glaubt oder an die Revolution. Fragt den Bauern im Nordosten Brasiliens, ob er den Kapitalismus will oder die Revolution. Fragt den vom paraguayanischen Diktator kastrierten Studenten, ob er die freie Presse Stroessners will oder die Revolution. Fragt den durch Castillo Armas »befreiten« Bauern Guatemalas, ob er die Allianz für den Fortschritt will oder die Revolution. Fragt die Lateinamerikaner, wer für die Korruption der Presse und der Gewerkschaften verantwortlich ist, wer die Armeen und die Oligarchien unterstützt, wer Hungerlöhne zahlt, wer die Bergwerke und Erdölquellen besitzt. Fragt sie, wer aus den Fonds der Allianz für den Fortschritt schöpft und wem sie zugute kommen. Fragt sie, ob wir an die freie Welt Francos, Salazars, Tschiang Kai-cheks und Ngo Dinh Diems glauben. Fragt sie, und sie werden euch erklären, warum man auf Nixon gespuckt hat.

Fragt die Leute, die im Elendsviertel von Buenos Aires, den *favelas* von Rio, den *cayampas* von Santiago leben, ob sie Angst vor dem Kommunismus haben. Diese Bettler, diese Parias werden euch antworten, daß sie nur Angst haben vor ihren jetzigen Unterdrückern, jenen, die sie im Namen des Kapitalismus und der repräsentativen Demokratie ausbeuten, und daß sie diesem Zustand alles vorziehen, was eine Änderung bedeutet.

Fragt diese Leute, ob sie gegen Kuba sind, ob sie an die Lügen glauben, die sie in der »freien Presse« unserer Länder lesen, ob sie bezweifeln, daß die ehemalige amerikanische Kolonie in der Karibischen See unsere Hoffnung ist, weil dort die Militärkaste, die Latifundien, die administrative Korruption, der öffentliche Betrug ihre Zeit gesehen haben und weil dort alle zusammenarbeiten, die Waffen griffbereit, Amerikaner, um die Revolution zu verteidigen« sagt Ydigoras oder Somoza, sie sollen ihr Volk doch einmal bewaffnen mit den Waffen, die ihr ihnen liefert, und mit ihm zusammen voranschreiten, trotz Agression und Boykott.

Fragt diese Leute, ob sie Angst haben, sich von der Sowjetunion helfen zu lassen. Fragt sie, ob es auch nur eine sowjetische Gesellschaft gibt auf Kuba, die einzig zu ihrem Vorteil die kubanische Wirtschaft ausbeutet.

Seht ihr, Amerikaner, die Welt hat sich geändert. Lateinamerika ist nicht mehr euer Jagdrevier. Die Welt schreitet voran. Und ihr steht beiseite. Werdet ihr diese unvermeidlichen Revolutionen unterstützen oder werdet ihr sie behindern durch Invasionen, Pressekampagnen und wirtschaftliche Agressionen? Gleichgültig. Die Revolutionen werden voranschreiten. Die

Welt hat sich gewandelt. Ihr werdet nicht alle Brände Lateinamerikas, Afrikas und Asiens löschen können.
Aber versucht doch zu verstehen. Versucht zu verstehen, daß eine Revolution in Lateinamerika nur ein Dutzend von Yankee-Unternehmen betreffen kann, aber niemals den Wohlstand, dessen ihr euch erfreut. Versucht zu verstehen, daß unsere wirkliche Entwicklung, die sich nur durch die Revolution vollziehen kann, statt euch zu schaden, euch vielmehr helfen wird. Laßt euch nicht mißbrauchen von diesem Dutzend Unternehmern und Investoren. Versucht zu verstehen: je eher wir mit unserer grundlegenden Entwicklung beginnen, die nur durch die Revolution kommen kann, desto mehr Käufer werdet ihr haben und desto näher werden wir alle einer geplanten Weltwirtschaft kommen, die ihren Zweck erfüllt und allen dient.

Begreift das wohl: Lateinamerika wird nicht mehr euer Hinterhof sein. Wir werden in die Welt eintreten. Welche Art von Welt?
Anscheinend eine Welt, die durch die politische Teilung in die Einflußsphären zweier Großmächte gekennzeichnet ist: der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, die in unverrückbaren Positionen einander gegenüberstehen, aber beide beeinträchtigt sind durch das Wissen, daß ein »heißer Krieg« keinen Sieger und keinen Besiegten hervorbringen wird, sondern nur die totale Zerstörung der Menschheit.
Hinter dieser offensichtlichen Gegebenheit steht heute noch eine andere, die es zu erkennen gilt: das Hervortreten der unterentwickelten Länder. Die Sowjetunion tut das bereits, soweit sie kann. Und ihr? Der erste Schritt zur Zusammenarbeit bestünde darin, die revolutionären Entwicklungen in diesen Ländern zu respektieren.
Schließlich gibt es ein drittes Moment, von wahrhaft universaler Reichweite: jenseits der vordergründigen Konflikte in unserer Welt, weit über diesen, entwickelt sich die moderne Wissenschaft und bietet allen Menschen, gleich welcher politischen Ideologie oder religiösen Überzeugung, gleich welchen Geschlechts, welcher Rasse die Möglichkeit, ein wahrhaft menschliches Leben zu führen, frei von Krankheit, Unwissenheit und Hunger, offen für individuelles oder kollektives Schöpfertum. Ich bitte euch, versucht doch, weiter zu blicken, als der intellektuelle Provinzialismus des Kalten Krieges es tut. Versucht zu verstehen, worum es geht, uns, den Menschen der unterentwickelten, hungrigen, revolutionären Welt.

Wir wollen nicht die Vernichtung des amerikanischen Volkes, das wir lieben um dessen willen, was seine großen Männer zum Ausdruck gebracht haben, seine großen Politiker – Lincoln, Franklin Roosevelt – und seine großen Künstler – Poe, Melville, Faulkner, Marian Anderson, O'Neill, Miller. Wir wollen nicht den atomaren Haß, noch den permanenten Kalten Krieg, sondern eine Welt des Friedens, in der wir uns entwickeln können, ohne geschichtlich überlebten Mißbildungen, ohne irrationaler Ausbeutung ausgeliefert zu sein. Wir wollen eine Welt, in der alle zusammenleben, nicht nur in gegenseitiger Toleranz, sondern voll Achtung und Freundschaft.

Wir sind anders als ihr. Unsere Probleme sind nicht die euren. Wir müssen Entscheidungen treffen und Wege finden, die von dem abweichen, was ihr für allgemein gültig haltet. Seid nicht provinziell. Versucht, die Vielfältigkeit der Welt zu verstehen. Versucht doch zu verstehen, daß wir einen wirklichen Fortschritt wollen, und nicht die verlogene Ungerechtigkeit von heute. Wir wollen *existieren*. Wir wollen mit euch leben, als Freunde, nicht als kranke, unterernährte und unwissende Sklaven. Wir wollen eine rationale Organisation der Entwicklung, in der die Wissenschaft endlich ihre Früchte der ganzen Welt austeilen kann. Wir wollen eine friedliche Synthese der Gegensätze erreichen, die nicht ewig sind, ebensowenig wie die zwischen Griechen und Römern, Römern und Barbaren, Guelfen und Ghibellinen, Katholiken und Protestanten, Monarchisten und Republikaner. Wir wollen frei sein von der Sklaverei, und wir wollen euch befreien von einem Los, das schlimmer ist als das des Sklaven: das des Herrn und Meisters.

Lateinamerika kennt jetzt seinen Weg. Niemand, meine amerikanischen Freunde, wird diese 200 Millionen Menschen aufhalten.

Deutsch von Peter Anton von Arnim

Fidel Castro
Rede vor den Vereinten Nationen, 26. September 1960

Das Problem Kubas? Vielleicht wissen einige von Ihnen Bescheid, andere vielleicht nicht – das hängt von den Informationsquellen ab. Doch ohne jeden Zweifel ist das Problem Kubas, das seit zwei Jahren besteht, für die Welt ein neues Problem. Die Welt hatte kaum Gründe zu wissen, daß es Kuba überhaupt gab. Für viele war es gewissermaßen ein Anhängsel der Vereinigten Staaten, und viele amerikanische Bürger hielten Kuba in der Tat für eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Auf der Landkarte, da war es anders; auf der Landkarte hatten wir eine andere Farbe als die Vereinigten Staaten – und in Wirklichkeit auch.

Und wie ist unser Land eine Kolonie der Vereinigten Staaten geworden? Nicht auf Grund seiner Vorgeschichte. Dieselben Leute, die die Vereinigten Staaten kolonialisierten, haben auch Kuba kolonialisiert. Kuba hat ganz andere ethnische und kulturelle Wurzeln, und dieser Grundcharakter hat sich im Laufe der Jahrhunderte immer stärker ausgeprägt. Kuba war das letzte Land Amerikas, das sich vom spanischen Kolonialismus befreite, vom spanischen Kolonialjoch (Seine Exzellenz der Vertreter der spanischen Regierung möge mir verzeihen). Und eben weil es das letzte war, hat es härter kämpfen müssen. Den Spaniern war in Amerika nur noch eine Besitzung geblieben, sie haben sie hartnäckig und entschlossen verteidigt. Unser kleines Volk – kaum mehr als eine Million Einwohner zu jener Zeit – mußte fast dreißig Jahre lang ganz allein einer Armee die Stirn bieten, die als eine der stärksten Europas gelten konnte. Am Ende war die spanische Regierung gezwungen, gegen diese kleine Bevölkerung ebenso viele Truppen aufzubieten wie für alle anderen Kämpfe gegen die Unabhängigkeit Südamerikas. Eine halbe Million spanischer Soldaten führte Krieg gegen den festen Entschluß unseres kleinen Volkes, in Freiheit zu leben. Dreißig Jahre lang haben die Kubaner für ihre Unabhängigkeit gekämpft – dreißig Jahre, die das Fundament unserer Freiheits-

liebe bilden. Doch Kuba war – wie Adams, der Präsident der Vereinigten Staaten, am Anfang des letzten Jahrhunderts sagte – eine Frucht, ein Apfel am spanischen Baum und dazu bestimmt, sobald er reif sei, den Vereinigten Staaten in die Hände zu fallen. Die spanische Macht hat sich an unserem Land erschöpft. Spanien fehlte es an Menschen wie an ökonomischen Mitteln, den Krieg gegen Kuba fortzusetzen. Spanien war geschlagen. Der Apfel schien reif zu sein, und die Regierung der Vereinigten Staaten streckte die Hand aus. Es fiel nicht nur *ein* Apfel; mehrere sind in ihre Hände gefallen. Es fiel Porto-Rico, das heldenmütige Porto-Rico, das seinen Unabhängigkeitskampf zur gleichen Zeit begonnen hatte wie Kuba; die Philippinen und verschiedene andere spanische Besitzungen sind gleichermaßen gefallen.

Doch um unser Land zu beherrschen, konnte man nicht auf dieselbe Art verfahren. Unser Land hatte einen heftigen Kampf geführt, und die Weltmeinung sprach für uns. Die Methoden mußten bei uns andere sein.

Die Kubaner, die für ihre Unabhängigkeit kämpften, die zu jener Zeit ihr Blut und ihr Leben hingaben, vertrauten schließlich einer Resolution des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 20. April 1898, die erklärte, daß Kuba von Rechts wegen frei und unabhängig sei und sein solle. Die amerikanische Bevölkerung sympathisierte mit Kubas Kampf. Jene öffentliche Resolution war ein Gesetz des Kongresses, mit dem die Vereinigten Staaten Spanien den Krieg erklärten. Doch diese Hoffnung sollte bald einer schlimmen Enttäuschung Platz machen. Nach zwei Jahren militärischer Besatzung geschah das Unerwartete. Im selben Augenblick, da das kubanische Volk, vertreten durch eine konstituierende Versammlung, die Verfassung der Republik ausarbeitete, verkündete der Kongreß der Vereinigten Staaten ein neues Gesetz, auf Vorschlag des Senators Platt (traurigen Angedenkens für Kuba), ein Gesetz, wonach die kubanische Verfassung einen Zusatz erhalten müsse, der der Regierung der Vereinigten Staaten das Recht einräume, in die Politik Kubas einzugreifen, und überdies das Recht, bestimmte Territorien zu pachten, um dort Flottenstützpunkte oder Kohlendepots zu errichten. So mußte also, kraft eines Gesetzes, das ein fremdes Land erließ, die Verfassung unseres Landes jene Bestimmung enthalten, und man gab denen, die unsere Verfassung ausarbeiteten, deutlich zu verstehen, daß, falls sie diesen Zusatz nicht aufnähmen, die Besatzungstruppen nicht abgezogen würden. Mit anderen Worten, ein frem-

des Land maßte sich das Recht an, in unsere Verfassung einzugreifen und Flottenstützpunkte in unserem Land zu errichten.
Es ist gut, wenn die jüngst zu dieser Organisation zugelassenen Völker, die Völker, die heute unabhängig zu leben beginnen, die Geschichte unseres Landes vor Augen haben, denn es könnte ihnen auf ihrem Weg Ähnliches begegnen. Wo nicht die Delegierten von heute, so werden vielleicht ihre Kinder oder Kindeskinder eine ähnliche Situation erleben, mag es auch kaum so aussehen, als könnte man heutzutage noch so weit gehen.
Dann begann also die zweite Kolonialisierung unseres Landes: Aufkauf der besten Agrarflächen durch nordamerikanische Gesellschaften, Konzessionen für die natürlichen Hilfsmittel unseres Landes, für Bergwerke, für öffentliche Verkehrsmittel zwecks Ausbeutung dieser Verkehrsmittel, Handelskonzessionen, Konzessionen aller Art, die in Verbindung mit dem verfassungsmäßigen Recht der Intervention – einem uns gewaltsam aufgezwungenen Recht – unser Vaterland bald aus einer spanischen Kolonie in eine Kolonie der Vereinigten Staaten verwandelten.
Kolonien haben kein Mitspracherecht. Die Welt lernt sie erst an dem Tage kennen, an dem sie die Chance nutzen, sich Gehör zu verschaffen. Deshalb wußte die Welt nichts von unserer Kolonie, ebensowenig wie sie von unseren Problemen wußte: in den Geographiebüchern eine weitere Flagge, ein weiteres Wappen, auf den Landkarten eine weitere Farbe. Aber es gab dort unten keine unabhängige Republik. Niemand täusche sich – wer sich in die Irre führen läßt, macht sich zum Gespött – es gab dort unten keine unabhängige Republik. Es gab eine Kolonie, und der dort zu befehlen hatte, war der Gesandte der Vereinigten Staaten. Wir schämen uns nicht, dies öffentlich zu verkünden, denn neben dieser Scham steht heute der Stolz, sagen zu können, daß keine Gesandtschaft mehr unser Land regiert. Unser Land wird vom Volk regiert. (. . .)

Die revolutionäre Regierung begann ihre ersten Schritte zu machen. Ihre erste Maßnahme bestand darin, die Wohnungsmieten um 50 Prozent zu senken. Das war eine sehr gerechte Maßnahme, denn einige Familien mußten bis zu einem Drittel ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Das Volk war das Opfer großer Spekulationen auf dem Wohnungs- und Grundstücksmarkt gewesen; den Nachteil hatte die Volkswirtschaft. Als die revolutionäre Regierung die Mieten um 50 Prozent senkte, gab es Proteste und Unzufriedenheit seitens der Haus- und Grundstücksbesitzer,

gegen die sich diese Mietsenkung richtete. Die Bevölkerung jedoch strömte freudeschreiend auf die Straße, so wie das in jedem andern Land geschähe, selbst hier in New York, wenn die Mieten um 50 Prozent gesenkt würden. Die nordamerikanischen Monopolgesellschaften machten noch keine wesentlichen Schwierigkeiten, denn sie besaßen nur wenige große Mietshäuser.

Dann wurde ein anderes Gesetz erlassen, das alle Konzessionen annullierte, die die diktatorische Regierung Fulgencio Batistas der Telefongesellschaft, einem nordamerikanischen Monopol, eingeräumt hatte. Dank der Wehrlosigkeit der Bevölkerung hatte sich diese Gesellschaft übermäßige Konzessionen sichern können. Die revolutionäre Regierung annullierte diese Konzessionen und brachte die Fernmeldegebühren wieder auf den alten Stand. Hier nun kam es zum ersten Konflikt mit den nordamerikanischen Monopolen.

Die dritte Maßnahme bestand in der Senkung der Elektrizitätstarife, der höchsten in der ganzen Welt. Das führte zum zweiten Konflikt mit den nordamerikanischen Monopolen. In jenem Augenblick begann man uns für Kommunisten zu halten. Man schimpfte uns Rote, wahrscheinlich weil wir auf die Interessen der nordamerikanischen Monopole gestoßen waren.

Dann wurde ein weiteres Gesetz erlassen, ein unverjährbares und unvermeidliches Gesetz, unvermeidlich für unser Vaterland und unvermeidlich auf kurz oder lang für alle Völker der Welt, zumindest für alle diejenigen Völker, die es noch nicht angenommen haben: das Gesetz der Agrarreform. Theoretisch sind sich alle über die Agrarreform einig. Niemand sträubt sich dagegen; niemand, es sei denn ein Ignorant, vermag abzustreiten, daß die Agrarreform in den unterentwickelten Ländern eine wesentliche Bedingung für den ökonomischen Fortschritt ist. Auch in Kuba waren selbst die Gutsbesitzer mit der Agrarreform einverstanden, doch mit einer Reform nach ihrem Geschmack, so wie viele Theoretiker sie sich vorstellen: eine Agrarreform, die auf keinen Fall verwirklicht werden darf, solange sie sich vermeiden läßt.

Die Agrarreform ist eine Sache, die von den Wirtschaftsausschüssen der Vereinten Nationen gutgeheißen wird, eine Sache, über die keinerlei Meinungsverschiedenheiten herrschen. In unserem Land war sie unerläßlich: mehr als 200 000 Bauernfamilien sind verhungert, weil sie kein Stück Erde besaßen, auf dem sie die lebensnotwendigen Nahrungsmittel hätten

ernten können. Ohne Agrarreform hätte unser Land nicht den ersten Schritt zur ökonomischen Entwicklung tun können. War es eine radikale Reform? War sie wirklich radikal? Es war keine wirklich radikale Reform. Wir haben eine Agrarreform durchgeführt, die den Erfordernissen unserer Entwicklung, den Möglichkeiten der landwirtschaftlichen Entwicklung angepaßt war; das heißt eine Reform, die das Problem der landlosen Bauern löste, das Problem der Produktion aller lebenswichtigen Nahrungsmittel löste, das ungeheure Problem der ländlichen Arbeitslosigkeit löste, und die auch dem schrecklichen Elend ein Ende bereitete, das wir auf den Feldern unseres Landes angetroffen haben.

Hier erhob sich die erste wirkliche Schwierigkeit. In der benachbarten Republik Guatemala war es ebenso. Als in Guatemala eine Agrarreform verkündet wurde, begannen die Schwierigkeiten. Und ich sage den Vertretern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens in aller Offenheit: wenn Euer Land beschließen wird, eine gerechte Agrarreform durchzuführen, so könnt Ihr Euch darauf gefaßt machen, in eine ähnliche Situation zu geraten wie wir, besonders wenn die wichtigsten und besten Ländereien den nordamerikanischen Monopolgesellschaften gehören, wie es in Kuba der Fall war. (. . .)

Sofort stellte sich das Problem der Entschädigung. Wir erhielten Noten vom State Department der Vereinigten Staaten. Niemals sprach das State Department von unseren Problemen. Niemals, nicht einmal aus Mitleid oder aufgrund seines hohen Maßes an Verantwortung, hat uns das State Department danach gefragt, wieviele Menschen in unserem Land verhungerten, wie hoch die Sterblichkeitsziffer und die der Arbeitslosen lag. Nein, niemals hat es ein Gefühl der Solidarität hinsichtlich unserer Bedürfnisse bewiesen. Alle Gespräche der Vertreter der amerikanischen Regierung drehten sich um die Telefongesellschaft, die Elektrizitätsgesellschaft und um das Problem der Ländereien, die den amerikanischen Gesellschaften gehörten. Wie würden wir zahlen? Natürlich mußte man sich als erstes fragen: womit würden wir zahlen? Nicht *wie,* sondern *womit.* Können Sie sich vorstellen, daß ein armes, unterentwickeltes Land, das 600 000 Arbeitslose hatte, einen sehr hohen Prozentsatz an Analphabeten und Kranken, dessen Reserven erschöpft waren, das der Wirtschaft eines mächtigen Landes innerhalb von zehn Jahren fast eine Milliarde Dollar zugeführt hatte, daß dieses Land noch etwas besaß, womit es die Ländereien, die im Rahmen des Agrargesetzes verteilt worden waren, hätte

bezahlen können, um die Vereinigten Staaten für ihre verletzten Interessen zu entschädigen? Zumal unter den vom State Department gestellten Bedingungen? Das State Department forderte drei Dinge: sofortige Zahlung, wirksame Zahlung, angemessene Zahlung. Haben Sie diese Wörter gehört? Eine sofortige, wirksame und angemessene Zahlung. Das bedeutete: bezahlt sofort und in Dollar und das, was wir für unsere Besitzungen verlangen.

Wir waren noch keine hundertfünfzigprozentigen Kommunisten. Wir waren erst rosa. Wir konfiszierten nicht einfach die Ländereien. Wir schlugen vor, sie innerhalb von zwanzig Jahren zu bezahlen und in der einzigen uns möglichen Form, nämlich mit Schuldscheinen, zurückzahlbar innerhalb von zwanzig Jahren, mit einem Zins von 4,5 Prozent und jährlicher Tilgung.

Wie hätten wir die Ländereien in Dollar bezahlen können? Wie hätten wir sofort zahlen können? Wie hätten wir den Preis zahlen können, den man von uns forderte? Es war absurd. Alle Welt wird verstehen, vor welch einer Entscheidung wir unter solchen Bedingungen standen: Agrarreform oder keine Agrarreform. Wenn wir sie nicht durchführten, würde die furchtbare wirtschaftliche Lage in unserem Land endlos fortdauern. Wenn wir sie durchführten, dann setzten wir uns dem Haß der Regierung unseres mächtigen Nachbarn im Norden aus.

Wir haben die Agrarreform durchgeführt. Mag sein, daß einem Vertreter zum Beispiel Hollands oder eines anderen europäischen Landes die von uns festgelegte Größe der Besitzungen erstaunlich vorkommt. Sie mag erstaunlich sein. Die Höchstgrenze, die unser Agrargesetz vorsah, lag bei vierhundert Hektar. In Europa sind vierhundert Hektar eine sehr große Besitzung. In Kuba, wo einige amerikanische Monopolgesellschaften bis zu zweihunderttausend Hektar besaßen – ich wiederhole: zweihunderttausend, für den Fall, daß sich jemand verhört zu haben glaubt – war eine Agrarreform, die die Höchstgrenze auf vierhundert Hektar herabsetzte, für diese Monopole unannehmbar. Aber nicht nur die Ländereien, auch die ertragreichsten Bergwerke waren in unserem Land Eigentum der amerikanischen Monopole. Kuba hat zum Beispiel sehr viele Nickelvorkommen. Sie werden alle von amerikanischen Interessengruppen ausgebeutet. Unter dem diktatorischen Regime Batistas hatte eine amerikanische Gesellschaft, die Moa Bay, eine so gewichtige Konzession erhalten, daß sie in nur fünf Jahren eine Investition von 120 Millionen Dollar amortisieren

konnte. 120 Millionen Dollar, amortisierbar innerhalb von fünf Jahren! Wer hatte der Moa Bay durch Vermittlung der amerikanischen Regierung diese Konzession gewährt? Einzig und allein die diktatorische Regierung Fulgencio Batistas, eine Regierung, die in Kuba die Interessen der amerikanischen Monopole verteidigte.
Es ist eine Tatsache, daß es sich um eine steuerfreie Konzession handelte. Was aber hinterließen uns diese amerikanischen Gesellschaften, als sie Kuba räumten? Sie hinterließen den Kubanern nur die Bergwerke, den Boden, verarmtes Land, ohne im geringsten zur ökonomischen Entwicklung beigetragen zu haben.
Die revolutionäre Regierung verkündete ein Bergbaugesetz, das diese Monopole zwang, eine Steuer von 25 Prozent auf den Export von Erzen zu zahlen. Das war schon eine allzu kühne Haltung der revolutionären Regierung; sie geriet in Konflikt mit den Interessen des internationalen Telefontrusts, mit den Interessen des internationalen Erztrusts, mit den Interessen der *United Fruit*, desgleichen mit den mächtigen Interessen der Vereinigten Staaten, die alle, wie Sie wissen, eng miteinander verbunden sind.
Das war mehr, als die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, das heißt die Vertreter der amerikanischen Monopole, dulden konnten. Es begann eine neue Periode der Hetze gegen unsere Revolution. (. . .)

Es begann die Drohung mit dem Zuckerkontingent; es begann die wohlfeile Philosophie des Imperialismus, der Kuba gegenüber soviel Edelmut an den Tag gelegt hätte – den egoistischen Edelmut des Ausbeuters – und so viel Güte; denn dieser Imperialismus hat uns unseren Zucker zu einem Vorzugspreis abgekauft, den er als eine Subvention betrachtete; es handelte sich um die Subvention für einen Zucker, der für die Kubaner nicht eben gezuckert war, denn die besten Zuckerrohrplantagen gehörten nicht den Kubanern, kein Kubaner war im Besitz einer Zuckerfabrik. Zu diesem Zeitpunkt konnte jeder die Wahrheit über den kubanischen Zucker, die Wahrheit über die unserem Land auferlegten Opfer erfahren.
Vorher war von Kontingenten nie die Rede gewesen; man sprach von Zolltarifen. Aufgrund der zwischen dem Hai und der Sardine bestehenden Gesetze oder Pakte, aufgrund dieses angeblich wechselseitigen Übereinkommens hatten sich die Vereinigten Staaten eine Reihe vorteilhafter Konzessionen verschafft, die ihnen gestatteten, auf dem kubanischen

Markt jegliche Konkurrenz der Produkte ihrer englischen und französischen Freunde auszuschalten – wie das unter Freunden so häufig vorkommt. Als Gegengabe wurden uns gewisse Zollkonzessionen für Zucker bewilligt, die jedoch einseitig abgeändert werden konnten, wenn dem Kongreß oder der Regierung der Vereinigten Staaten der Sinn danach stand. So, daß der kubanische Zucker auf dem amerikanischen Markt benachteiligt war.

Als jedoch das Parlament es seinen Interessen dienlich fand, senkte es die Tarife. Es galt damals, an dem Ort, der den Vereinigten Staaten am nächsten lag, eine Versorgungsquelle für Zucker sicherzustellen, und während des ersten Weltkriegs, als der Zucker auf dem Weltmarkt einen außerordentlich hohen Preis erreichte, verkauften wir den unsrigen sehr billig an die Vereinigten Staaten, obgleich wir ihre einzige Versorgungsquelle waren. Bei Kriegsende mußten wir den Zusammenbruch unserer Wirtschaft feststellen und die bei der Verteilung dieses Rohstoffs begangenen Fehler teuer bezahlen.

Die Zolltarife hatten einen ungeheuren Aufschwung genommen; nach dem Krieg war die Zuckerproduktion forciert worden, so sehr, daß die Preise sanken und den Zusammenbruch unserer Wirtschaft herbeiführten. Mit Hilfe dieses Preissturzes konnten sich die amerikanischen Banken und Monopole der Ländereien bemächtigen und über die Zuckergesellschaften herfallen; während die Kubaner immer ärmer wurden, bereicherten sich die amerikanischen Banken an Kuba. Die Situation ist sich bis in die dreißiger Jahre hinein gleich geblieben. Die Regierung der Vereinigten Staaten bemühte sich, eine Formel zu finden, die ihre Bedürfnisse der Zuckerversorgung mit den Interessen ihrer eigenen Produzenten in Übereinstimmung brachte; sie errichtete ein System der Kontingentierung, das den Anteil der verschiedenen Versorgungsquellen am Markt festsetzte. Kuba gehörte damals zu den Hoflieferanten der Vereinigten Staaten, mit mindestens 50 Prozent. Als man jedoch die Kontingentierung einführte, wurde uns diese Gesetze einräumten, wurden durch die nachfolgenden Gesetze allmählich eliminiert.

Natürlich, die Kolonie war vom Mutterland abhängig. Die Kolonie mußte ihm untertan sein, und als sie endlich Maßnahmen ergriff, sich vom Mutterland freizumachen, setzte dieses alles daran, einen solchen Versuch niederzuschlagen. Der Abhängigkeit unserer Wirtschaft von ihrem Markt bewußt, hat die Regierung der Vereinigten Staaten damit begonnen, uns

zu warnen, uns Noten zu schicken, uns anzudrohen, daß die Kontingente jederzeit reduziert werden könnten.
Doch daneben waren noch andere Bestrebungen am Werk, ich meine die konterrevolutionären Bestrebungen. Eines Nachmittags hat ein aus Norden kommendes Flugzeug unsere Zuckerrohrplantagen überflogen und eine Bombe abgeworfen. Das war ein außergewöhnliches Ereignis, und wir wußten, woher dieses Flugzeug kam. An einem anderen Nachmittag hat wiederum ein Flugzeug die Zuckerrohrfelder überflogen und Brandbomben abgeworfen. Diese Flüge wurden zur Regel. (. . .)
Es galt, Kuba zu ruinieren.
Glaubte die Regierung der Vereinigten Staaten wirklich, was sie sagte, als sie versicherte, die Agrarreform werde einen Rückgang der Produktion nach sich ziehen? Vielleicht glaubte sie es. Es ist nur logisch, daß jeder das glaubt, was zu glauben er sich vorgenommen hat. Möglicherweise stellte sie sich vor, daß die Kubaner zur Zuckerproduktion unfähig seien, wenn die Monopole sich dieser nicht mehr annähmen. Vielleicht stand es für sie fest, daß wir unser Land in den Ruin führen würden; doch wenn die Revolution das Land in den Ruin geführt hätte, wären die Vereinigten Staaten nicht mehr genötigt gewesen, uns anzugreifen.
Sie hätten uns allein gelassen, sie hätten als ein edelmütiges und gütiges Land gegolten und wir selbst als Leute, die die Nation ruinieren; man hätte uns als Beispiel dafür angeführt, daß Revolutionen die Länder ruinieren. Doch so war es nicht: das Beispiel Kubas hat im Gegenteil bewiesen, daß Revolutionen die Länder nicht ruinieren. Dieser Beweis wurde von der kubanischen Regierung erbracht, die zwar auch viele andere Dinge gezeigt hat, aber vor allem, ich wiederhole es, daß Revolutionen die Länder nicht ruinieren, während die imperialistischen Regierungen sehr wohl fähig sind, dies anzustreben.
Kuba hat sich nicht ruiniert, es mußte also ruiniert werden. Kuba brauchte für seine Produkte neue Absatzmärkte, und wir können in allen Ehren irgendeine der hier anwesenden Delegationen fragen, ob sie nicht den Wunsch hat, daß ihr Land die Artikel, die es produziert, auch verkaufe; ob sie nicht wünscht, daß die Exporte des Landes, das sie vertritt, gesteigert werden. Wir hatten also den Wunsch, unsere Exporte zu steigern; das möchten alle Länder; es muß also ein allgemeines Gesetz sein, und nur ein egoistisches Interesse kann sich gegen das allgemeine Interesse stemmen, gegen Handelsbeziehungen, eines der ältesten Bedürfnisse der Menschheit.

Wir wollten unsere Produktion absetzen. Wir haben uns auf die Suche nach neuen Märkten begeben. Wir haben ein Handelsabkommen mit der Sowjetunion geschlossen und verkauften ihr eine Million Tonnen Zucker gegen eine bestimmte Menge sowjetischer Produkte. Niemand wird sagen, das sei nicht korrekt. Aber manche werden sagen, das widerspräche gewissen Interessen. Doch wir brauchten das State Department nicht um die Erlaubnis zu fragen, ob wir mit der Sowjetunion ein Handeslabkommen abschließen dürfen, denn wir betrachteten uns als ein wirklich freies Land, als das wir uns auch heute betrachten und immer betrachten werden.
Während also die Zuckerhalden zum größten Nutzen unserer Wirtschaft zu schwinden begannen, hat man uns den Schlag versetzt. Auf Verlangen der Exekutive der Vereinigten Staaten nahm der Kongreß ein Gesetz an, das die Exekutive ermächtigte, die Zuckerimporte aus Kuba in dem Maß einzuschränken, wie es ihr angemessen schien. Man griff unsere Revolution mit der ökonomischen Waffe an. Für die Rechtfertigung dieser Maßnahme hatten die Journalisten schon gesorgt. Die Kampagne war seit langem geführt worden, denn Monopole und Publicity sind hierzulande, wie Sie alle sehr wohl wissen, zwei absolut identische Dinge.
Man griff also zur ökonomischen Waffe. Man reduzierte mit einem Schlag unser Kontingent um fast eine Million Tonnen – Zucker, der schon produziert und für den Markt der Vereinigten Staaten bestimmt war – mit der Absicht, unser Land der für seine Entwicklung notwendigen Mittel zu berauben, mit der Absicht, es auf die Knie zu zwingen, und mit dem Ziel, auf politischer Ebene Resultate zu erhalten.
Diese Maßnahme, die ökonomische Aggression, wird – wie alle Vertreter der lateinamerikanischen Länder wissen – vom internationalen Recht ausdrücklich verurteilt. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dieses Recht verletzt. Sie hat zur ökonomischen Waffe gegriffen. Sie reduzierte unser Zuckerkontingent um fast eine Million Tonnen, weiter nichts. Sie konnte es tun. Und was konnte Kuba tun angesichts dieser Realität? Sich an die Vereinten Nationen wenden, um dort die politische und ökonomische Aggression anzuprangern« um dort die Überfälle von Luftpiraten anzuprangern« um dort das ständige Eingreifen der amerikanischen Regierung in die Politik unseres Landes, die subversive Kampagne gegen die revolutionäre Regierung Kubas anzuprangern. (. . .)
Die Organisation der Vereinten Nationen befaßte sich mit unserem Problem und verlangte von der Organisation Amerikanischer Staaten eine

Untersuchung. Die OAS trat zusammen. Ausgezeichnet. Doch was konnte man von ihr erwarten? (. . .) Die Regierung der Vereinigten Staaten wurde für die 60 Überfälle der Piratenflugzeuge nicht verurteilt; sie wurde weder verurteilt für ihre ökonomische Aggression noch für zahlreiche andere Aggressionen. Nein. Man verurteilte die Sowjetunion. Welch erstaunliches Ergebnis!

Die Schwierigkeiten, die dem kubanischen Volk von der imperialistischen Regierung der Vereinigten Staaten bereitet wurden, sind die gleichen Schwierigkeiten, die Saudi-Arabien, der Iran oder der Irak zu überwinden hätten, falls sie ihr Petroleum verstaatlichten; die gleichen Schwierigkeiten, die Ägypten hatte, als es den Suez-Kanal verstaatlichte – und *gut* verstaatlichte; die Indonesien hatte, als es um seine Unabhängigkeit kämpfte. Überfall auf Ägypten, Überfall auf den Kongo: hat es den Kolonialisten und Imperialisten je an einem Vorwand für eine Invasion gefehlt? Nie. (. . .)
Freiheit, das bedeutet nicht das Recht auf eine Flagge, auf Landesfarben, auf eine Delegation bei den Vereinten Nationen. Wenn wir von Freiheit sprechen, denken wir an ein anderes Recht, ein Recht, das unsere Völker in jüngster Zeit auf vielen Versammlungen proklamiert haben. Wir sprechen von dem Recht aller noch wenig entwickelten Völker, ihre natürlichen Hilfsmittel zu verstaatlichen, ohne die Monopole für ihre Investitionen in diesen Ländern zu entschädigen. Wir kämpfen für die Verstaatlichung der natürlichen Hilfsmittel und der ausländischen Investitionen in den unterentwickelten Ländern. Und wenn die hochindustrialisierten Länder ein Gleiches zu tun wünschen – wir haben nichts dagegen.
Damit ein Land wahrhaft frei sei in seiner Politik, muß es wahrhaft frei sein in seiner Wirtschaft.

Deutsch von Eva Moldenhauer

Joan Robinson
Von China aus gesehen

China ist umgeben von einem Wall donnernder Propaganda. Mitunter schadet ihm die von innen mehr als die von außen. Ein gut Teil der feindlichen Propaganda beruht auf so offensichtlichen Absurditäten, daß sie ohne weiteres abgetan werden kann. Doch Chinas eigene Propaganda hinterläßt bei einem nicht-marxistischen friedliebenden Menschen des Westens einen sehr ungünstigen Eindruck.

Die Methode, mittels Zitaten zu argumentieren, wirkt antiquiert und obskurantistisch und scheint den Vorwurf des Dogmatismus zu rechtfertigen; selbst diejenigen, die den Vorrang Lenins anerkennen, müssen den Russen darin zustimmen, daß sich die Weltlage seit Lenins Tagen so radikal geändert hat, daß seine Worte nicht länger als unfehlbare Richtlinien gelten können. Die Schwarz-Weiß-Malerei – alles schlecht in Jugoslawien, alles vorbildlich in Albanien – ist wirklich nicht überzeugend. Es deutet auf einen ernsthaften Mangel an Logik, wenn man den USA und der UdSSR ein Atombomben-Monopol zuschreibt. Die Erwartung, ein Ausländer könnte sich durch eine solche Sprachregelung beeindrucken lassen, zeugt von großer Unkenntnis dessen, was andere denken und fühlen. Innerhalb des Propagandawalls jedoch – im Sommer 1963 in Peking – konnte ich mit vielen Menschen sprechen, mit denen ich mich ausgezeichnet verstand.

Es lag mir nichts daran, über Ideologie zu diskutieren. Eine Ideologie ist im wesentlichen eine Rationalisierung: man beruft sich auf hohe metaphysische Prinzipien, um eine durch säkulare Notwendigkeiten bestimmte Politik zu rechtfertigen. Das gilt für die marxistische Ideologie wie für jede andere auch. Schon die Tatsache, daß auf dieser Ebene des Gesprächs der Ausdruck *Revisionismus* ein Schimpfwort ist, zeigt, daß man sich in theologischen Gefilden bewegt, wo der Nachweis, daß eine Behauptung ketzerisch ist, vernichtender wirkt als der, daß sie falsch ist. Die Mentalität der Chinesen ist im Grunde nicht theologisch. Ihre empirische Welt-

anschauung steht der englischen näher als der russischen oder indischen. Ich vermute, sie bedienen sich des ideologischen Stils in ihren öffentlichen Erklärungen, weil sie meinen, es gehöre sich so. Im privaten Gespräch (falls man nicht gerade an einen phrasendreschenden Langweiler gerät) werden politische Probleme sehr realistisch und pragmatisch diskutiert.

Ich will damit nicht unterstellen, daß der Eifer der Chinesen für den Marxismus irgendwie unaufrichtig sei. Die politischen Führer handeln zweifellos aus tiefer Überzeugung, in der sie noch befestigt werden durch das offenkundige Wunder ihres Erfolges; das Volk ist im allgemeinen erfüllt von einem Geist, der manches gemein hat mit dem Patriotismus in Kriegszeiten und manches mit dem, was man sich unter einer großen neuen Religion in ihren frühen Tagen, bevor der Glaube vom Zynismus angefressen wird, vorstellt. Marxismus ist für sie das Licht, das sie aus der Ohnmacht und Niederlage, aus dem moralischen und physischen Sumpf, aus dem alten China herausgeführt hat. Deshalb ist es nicht der gedankliche Inhalt des Bekenntnisses, sondern seine manifeste Macht, die sie glauben heißt.

Selbst außerhalb jeder Ideologie ist unser aller Blick auf die Weltereignisse stark beinflußt durch die geographische Lage unseres Landes und seine historischen Erfahrungen. An Ort und Stelle läßt sich leichter verstehen, was die Leute denken und fühlen. Wie erscheint die Welt heute einem chinesischen Beobachter?

USA

Einem chinesischen Beobachter der Weltereignisse scheint es, daß die aufeinanderfolgenden Regierungen der Vereinigten Staaten nur die Interessen derer vertreten, die entschlossen sind, sich einen möglichst großen Wirkungskreis für die kapitalistische Ausbeutung der Arbeitskraft und der natürlichen Hilfsquellen der Welt zu erhalten. Keine Grundsätze der Vernunft, der Gerechtigkeit oder der Menschlichkeit dürfen sich ihnen in den Weg stellen. Bei dieser Kampagne richtet sich ihre Feindseligkeit ganz besonders gegen China. Für diese Haltung gegenüber der Volksrepublik gibt es keinen besonderen Grund; es genügt die Tatsache, daß jene existiert. Das schließt von vornherein jede Möglichkeit eines Kompromis-

ses aus. Sie halten an der läppischen Farce fest, in den Vereinten Nationen Taiwan für China zu nehmen. Sie schützen und ermutigen den geschlagenen Diktator Tschiang Kai-shek. Sie sind zwar nicht so weit gegangen, ihm den Angriff auf das Festland zu gestatten (der ihm den Rest geben würde), aber sie gestatten ihm, Saboteure einzuschleusen und in Südostasien allen möglichen Schaden anzurichten. Sie lieferten ihm sogar U2-Flugzeuge für Spionageflüge über China.

Amerikanische Streitkräfte überschritten den 38. Breitengrad trotz der Warnung der Chinesen, sie würden darin eine Bedrohung ihrer Grenzen sehen, und mußten mit großen Opfern aller Beteiligten zurückgedrängt werden. (Korea lag eher im sowjetischen als im chinesischen Einflußbereich, als die Grenze von Norden her überschritten wurde; und nicht aus eigenem Antrieb gerieten die Chinesen in diesen Konflikt.) Jetzt sind die USA in einen grausamen und hoffnungslosen Unterdrückungskrieg in Südvietnam verwickelt. Im westlichen Asien und in Lateinamerika war es nicht viel anders. Die braven, gutwilligen Leute, die ausgesandt werden, um unterentwickelten Ländern zu helfen, befinden sich in einer mißlichen Lage (wie übrigens viele von ihnen zugeben), weil ihr Unternehmen letztlich nicht darin besteht, den Völkern bei ihrer Entwicklung zu helfen, sondern reaktionäre Regierungen an der Macht zu halten.

Der chinesische Beobachter unterscheidet sorgfältig zwischen den »herrschenden Kreisen« der USA und dem Volk. Das Volk, selbst die weißen Amerikaner, werden am Ende auf der richtigen Seite stehen. Aber er weiß sehr wohl, daß es in den USA zur Zeit keine fortschrittlichen Kräfte gibt, geschweige denn ein revolutionäres Proletariat, von denen man erwarten könnte, daß sie ihre Regierung von welchen Greueltaten auch immer abhielten. Es bleibt nur die Hoffnung auf den Kampf anderer Nationen um ihre Befreiung aus dem festen Griff der amerikanischen Wirtschaftsmacht. Stück für Stück wird der Machtbereich des Kapitalismus in der Welt unterhöhlt werden, bis er schließlich selbst in den Vereinigten Staaten zusammenbricht. Doch das scheint eher ein frommer Wunsch zu sein als eine begründete Hoffnung. Jedenfalls liegt diese Aussicht zu fern, als daß sie irgendeinen Einfluß haben könnte auf die heutige Politik.

Andere mögen von zwei großen Konflikten in der Nachkriegswelt sprechen, einer sozusagen vertikalen Spannung zwischen Kapitalismus und Sozialismus und einer horizontalen zwischen Imperialismus und Nationalismus. Für die Chinesen gibt es diese Unterscheidung nicht. Ihre eigene

Revolution war eine patriotische Bewegung, die von Kommunisten angeführt wurde. Die Kraft, die hinter ihrem Streben nach dem Sozialismus steht, gründet ebenso sehr in dem Entschluß, ihre uralte Nation wieder stark und unabhängig zu machen, wie in der Hinwendung zur marxistischen Ideologie. Das eine ist nicht ohne das andere denkbar. Es scheint ihnen ausgemacht, daß der einzige Weg, der aus Hunger und Elend führen kann, darin besteht, zuerst ihre nationale Unabhängigkeit zu erringen und dann eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen. Sie werden bald einsehen, daß nur der Sozialismus zu diesem Ziele führt. Anti-Imperialismus, Anti-Neokolonialismus und Anti-Kapitalismus sind verschiedene Aspekte ein und derselben Sache.
Für die Chinesen sind der nationale und der ideologische Feind derselbe. Es ist müßig, sich darüber Gedanken zu machen, ob ihre Haltung gemäßigter wäre, wenn die Vereinigten Staaten die für den internationalen Umgang geltenden Anstandsformen der Volksrepublik China gegenüber befolgt hätten. Sie taten es nicht, und das Ergebnis ist ebenso eindeutig wie schmerzlich.
Die bekannte Anklage wurde auf der Warschauer Friedenskonferenz von Liao Cheng-chih wiederholt:

Haben nicht US-Regierungsmänner in ihren jüngsten Reden, während sie so flüssig über »Frieden«, »Freiheit«, »Selbstbestimmung« und »Zusammenarbeit« sprachen, lauthals ihre wahren Ziele enthüllt, nämlich in die Politik der Aggression und des Krieges einzutreten?
Sie haben gejauchzt über die »Aufrechterhaltung der strategischen Abschreckung«, und sie tun was sie nur können, um konterrevolutionäre Kriege anzuheizen, nationale Unabhängigkeitskämpfe zu unterdrücken, das sozialistische Kuba zu erdrosseln, den »Spezialkrieg« in Südvietnam fortzusetzen und zu »gewinnen«, Deutschland nach amerikanischem Stil »wiederzuvereinigen«, alle reaktionären Kräfte aufzubieten, damit sie China »niederhalten«, die sozialistischen Länder Osteuropas zu zerstören, und ihre Position der Stärke auszunützen, um die Sowjetunion zur Aufgabe des Kommunismus zu zwingen.
Sie haben sich auch mit der wachsenden Stoßkraft der US-Waffen gebrüstet. Die Zahl der Kernwaffen, die ihren strategischen Einsatzkommandos zur Verfügung stehen, sei um 100% erhöht worden, die der einsatzfähigen Armee-Divisionen um 45%, die der Luftfrachter um 175% und ihre Spe-

zialtruppen für den Guerillakrieg und den Einsatz gegen Aufständische um 600%.
Wie könnten wir in unserer Wachsamkeit erlahmen angesichts eines so bösartigen Feindes des Weltfriedens? [1]

UdSSR

Ihre Beschwerden gegen Chruschtschow tragen die Chinesen auf drei Ebenen vor. Erstens werfen sie ihm seinen Anspruch vor, die Politik zu diktieren, ohne andere kommunistische Parteien, im besonderen ihre eigene, zu konsultieren. Zweitens stimmen sie nicht mit der Politik überein, die er zu diktieren versucht. Drittens halten sie ihn persönlich für launenhaft und unzuverlässig, ein Opfer seiner Wutausbrüche. Sie sagen: er ist zügellos.
Die Chinesen haben ihre eigene Revolution gemacht, ohne jede militärische Hilfe von Stalin – tatsächlich unter mancherlei Behinderung. Die technische Hilfe, die sie vor 1960 von den Sowjets erhielten, erkennen sie gerne an, aber das Material, das sie erhielten, mußte unter harten Bedingungen bezahlt werden. (Die Chinesen hatten für die Industrieanlagen höhere Preise zu zahlen als andere Länder, und die Qualität war schlechter. In einem Unternehmen, so wurde mir erzählt, mußten die russischen Gutachter eine Forderung über eine Million Rubel Schadenersatz für fehlerhaft gelieferte Maschinen anerkennen.) Sie haben keinen Grund, sich als Satelliten der Sowjets zu sehen, und den Versuch, sie als solche einzustufen, schreiben sie dem russischen Großmacht-Chauvinismus zu. Bei sich selbst versuchen sie durchaus, einen entsprechenden Großmacht-Chauvinismus zu vermeiden, aber sie betrachten Mao Tse-tung als den größten Denker seit Lenin und nehmen die vulgären Schmähungen, die Chruschtschow auf ihn häuft, sehr übel.
Selbst wenn Chruschtschow eine ganz andere Politik gemacht hätte, würden sie sich seinem Anschlag, sie ihnen aufzuzwingen, widersetzt haben. Doch entscheidender ist die Frage nach der Politik, die er ihnen tatsächlich aufzuzwingen versuchte. Er wollte zu einer Übereinkunft mit den USA kommen, ohne die chinesischen Interessen zu berücksichtigen. Anstatt darauf zu bestehen, daß China an den Gesprächen über die Abrüstung beteiligt werde, widerrief Chruschtschow ein Abkommen, sie mit Atom-

Informationen zu versorgen – er wollte Eisenhower versöhnen. Dann verlangte er, sie sollten eine Übereinkunft mit Kennedy auf der Basis »Zwei Chinas« hinnehmen. (In den Dokumenten stand das vermutlich nur zwischen den Zeilen, aber in Peking wurde offen darüber gesprochen.) Überdies haben nicht sie allein zu klagen. Er hat allen nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt die Unterstützung entzogen und den Kampf gegen den Imperialismus abgeblasen.

Mit all dem erreichte er nichts weiter als eine erbärmlich kleine Konzession: den partiellen Test-Stop. Die Chinesen lehnen es ab, darin irgendeine Hoffnung auf einen weiteren Fortschritt zu sehen. Das Abkommen, sagen sie, wird nur die anständigen und friedliebenden Menschen im Westen täuschen und ihre wie immer gearteten Anstrengungen, ihre Regierungen zu einer wirklichen Abrüstung zu bewegen, erschlaffen lassen; und die USA, da sie nun Chruschtschows Schwäche erkannt haben, werden ihn nur noch mehr unter Druck setzen.

Der russische Standpunkt mag so umrissen werden: Die Amerikaner sind gefährlich. Sie sind durchaus fähig, die Welt zu vernichten als Vergeltung für eine geringfügige Attacke gegen den Imperialismus in irgendeinem kleinen Land. Das beste ist, man hält sich jetzt zurück und vermeidet jede Gefahr. Auf die Dauer wird die Stärke des sozialistischen Lagers wachsen, und die nationale Befreiung wird für alle von selbst kommen.

Auf diese Argumente antworten die Chinesen: Erstens ist das Risiko nicht so groß, wie die Russen es darstellen. So wahnsinnig können die Amerikaner gar nicht sein. Sie müssen erkennen, daß es absurd ist, mit Atombomben in einen antikolonialistischen Krieg einzugreifen, und daß ein internationaler Atomkrieg das Ende des Kapitalismus bedeuten würde. Wenn die halbe Menschheit ausgerottet wäre, würden die Überlebenden die Welt nach sozialistischen Plänen wieder aufbauen. Zweitens muß das Risiko, wenn man schon ein Risiko zugibt, eingegangen werden. Sonst wird die atomare Erpressung dazu dienen, den Imperialismus ewig am Leben zu halten und zwei Drittel der Menschheit in Unterdrückung und Armut, ohne jede Hoffnung auf Befreiung. Die Sowjet-Regierung, um ein spezifisches Beispiel zu nennen, nahm davon Abstand, die algerische Regierung anzuerkennen, solange der Krieg noch nicht beendet war, und die kommunistische Partei Frankreichs (die unter sowjetischem Einfluß steht) nahm davon Abstand, diesen Befreiungskampf zu unterstützen. Welchen Vorteil brachte das der UdSSR, welchen der Welt?

Im Gegenzug nimmt Chruschtschow seine Zuflucht dazu, Maos Worte zu verzerren und ihm zu unterstellen, er wünsche einen Weltkrieg herbei; seinen Aufruf zum Anti-Kolonialismus in Asien, Afrika und Lateinamerika verfälscht er in einen rassistischen Slogan. Die Anklage, Kriegshetzer zu sein, ist für die chinesischen Führer umso kränkender, als sie, ihrer Schwäche wohl bewußt, in ihrer Politik empfindlich eingeschränkt waren. Ihrer Meinung nach hatten sie in Korea und an der indischen Grenze keine andere Wahl, als sich zu verteidigen. Jetzt aber, wo es um Südkorea, Südvietnam und die vor ihrer Küste liegenden Inseln, um Macao und Hongkong geht, halten sie sich zurück, um Provokationen zu vermeiden. Sie konzentrieren sich auf den wirtschaftlichen Aufbau ihres Landes und verlassen sich darauf, daß draußen die Zeit für sie arbeiten wird.

Man könnte daher sagen (wie Chruschtschow es fröhlich tat), daß sie in der Praxis gerade die Politik verfolgen, gegen die sie in der Theorie Einspruch erheben. Ihre Antwort ist, daß sie zuviel Verstand besäßen, um sich in ein hoffnungsloses Abenteuer zu stürzen, daß sie hingegen niemals ihre Prinzipien verraten, ihre Verträge gebrochen oder ihre Verbündeten im Stich gelassen hätten.

In der UdSSR, so sagen die Chinesen, hat die Partei den Kontakt mit dem Volk verloren. Eine Klasse von Bossen und Managern ist herangewachsen und zu einer neuen Bourgeoisie geworden. Chruschtschow repräsentiert diese gesellschaftlichen Kräfte. Er bietet seinen Untertanen mehr Butter an, mehr Spitzen für die Wäsche, und vergißt die hungernde Welt. Er verbündet sich mit den Habenden gegen die Habenichtse. Deshalb möchte er zu einer Übereinkunft mit den USA kommen: die beiden Großmächte sollen die Welt regieren und die Habenichtse in ihre Schranken weisen. Die chinesische Propaganda ist in erster Linie darauf zugeschnitten, die kommunistischen Parteien in der ganzen Welt gegen dieses Programm aufzuwiegeln.

Große und kleine Kriege

Beim Austausch von offenen Briefen mit den Sowjets bauen die chinesischen Wortführer auf die Tatsache, daß die Befreiung vom Imperialismus noch keineswegs vollendet ist.

Siege von großer historischer Bedeutung sind von den nationalen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika errungen worden. Das kann niemand leugnen. Aber kann irgendeiner behaupten, die Aufgabe, den Imperialismus und Kolonialismus und deren Agenten zu bekämpfen, sei von den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas schon ganz erfüllt worden?

Unsere Antwort lautet: nein. Diese Aufgabe ist noch weit von ihrer Erfüllung entfernt ...

Nehmen wir zunächst die Situation in Asien und Afrika. Dort hat eine ganze Reihe von Ländern ihre Unabhängigkeit erklärt. Aber viele dieser Länder konnten die imperialistisch-kolonialistische Kontrolle und Knechtschaft noch nicht ganz abschütteln, sie bleiben sowohl das Objekt imperialistischer Plünderung und Aggression als auch ein Kampfplatz, auf dem die Streitigkeiten zwischen alten und neuen Kolonialisten ausgetragen werden. In einigen Ländern haben sich die alten Kolonialisten in Neokolonialisten verwandelt und halten die Kolonialherrschaft durch ihre geschulten Agenten weiter aufrecht. In anderen Ländern ist der Wolf durch die Vordertür hinausgegangen, aber der Tiger durch die Hintertür hereingekommen; der alte Kolonialismus wurde ersetzt durch den neuen, weit stärkeren und gefährlicheren der USA. Die Völker Asiens und Afrikas sind ernsthaft bedroht von den Greifarmen des Neokolonialismus, als der sich der US-Imperialismus entpuppt ... Die Tatsachen liegen auf der Hand. Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Imperialisten den Kolonialismus keineswegs aufgegeben, sie haben ihm nur eine neue Form gegeben, die des Neokolonialismus. Ein wichtiges Merkmal dieses Neokolonialismus ist es, daß die Imperialisten gezwungen wurden, ihren alten Stil der direkten Kolonialherrschaft in einigen Gebieten zu ändern und sich einen neuen Stil der kolonialistischen Ausbeutung zuzulegen: sie stützen sich jetzt auf Agenten, die sie ausgesucht und geschult haben. Die Imperialisten, angeführt von den Vereinigten Staaten, versklaven oder kontrollieren die Kolonialvölker und die Länder, die schon ihre Unabhängigkeit erklärt haben, indem sie Militärabkommen schließen, Stützpunkte errichten, »Föderationen« oder »Communautés« schaffen und Marionetten-Regierungen züchten. Durch Wirtschafts-»Hilfe« und ähnliche Mittel erhalten sie sich diese Länder als Märkte für ihre Waren, als Rohstoffquellen und Abnehmer ihres Kapital-Exports; sie rauben die Reichtümer dieser Länder und saugen das Blut ihrer Völker. Überdies

benutzen sie die Vereinten Nationen als wichtiges Werkzeug, mit dem sie in die inneren Angelegenheiten dieser Länder eingreifen und sie militärischer, wirtschaftlicher und kultureller Aggression unterwerfen. Und wenn es ihnen nicht gelingt, ihre Herrschaft über diese Länder durch »friedliche« Mittel fortzusetzen, so stiften sie die Militärs zu Staatsstreichen an, fabrizieren Umstürze oder helfen sich geradewegs mit bewaffneter Intervention und Aggression.[2]

Die Gefahren eines Kampfes werden von unterschiedlichen Standpunkten aus natürlich sehr unterschiedlich eingeschätzt. Darauf bezieht sich Dr. Joseph Needham in einem Brief an *The New Statesman* (9. August 1963), der in China als eine exakte Darlegung des eigenen Standpunkts begrüßt wurde:

Sehr viele Menschen haben Angst vor »kleinen lokalisierten Kriegen« wegen der damit verbundenen Gefahr der Ausweitung zu einer thermonuklearen Katastrophe. Im Zeitalter atomarer Waffen erscheint es daher logisch, den gegenwärtigen Status des gesellschaftlichen und politischen Lebens auf der ganzen Erde »einfrieren« zu lassen. Niemand dürfte irgendeinen Schritt tun, der unkontrollierbare Kräfte freisetzen könnte.

Aber das ist für einige Völker leichter zu akzeptieren als für andere. Die relativ wohlhabenden (etwa die Westeuropäer und neuerdings, wie es scheint, auch die Russen und Osteuropäer) fühlen sich natürlich zu einer solchen Politik der Sicherheit hingezogen. Der größere Teil der Weltbevölkerung hingegen (zum Beispiel die algerischen und indischen Landbewohner, die Schwarzen in Südafrika, die Bauern Vietnams oder die Bergarbeiter in den Anden) ist alles andere als wohlhabend, und die Aussicht auf eine unbegrenzte Fortsetzung dessen, was diese Menschen als kolonialistische oder andere Unterdrückung und Beraubung empfinden müssen, ist keineswegs verlockend. Daher fühlen sie sich nicht zu einer »feuerfesten« Politik der Sicherheit hingezogen. Wenn die Chinesen sagen, die Atomwaffen könnten den geschichtlichen Prozeß nicht aufhalten, so ist es ihnen damit sehr ernst.

Die chinesische Regierung setzt sich schon seit langem für ein totales Verbot und die Zerstörung aller Atomwaffen ein; zu diesem Zweck hat sie jetzt eine Weltkonferenz gefordert. Ob er erreicht wird oder nicht, die Chinesen bestehen auf dem Recht, die Sache des Volkes in »kleinen lokalisierten Kriegen« zu unterstützen, selbst auf die Gefahr einer Ausweitung

hin, denn sie glauben, daß diese Kriege unvermeidlich ausbrechen werden im Rahmen der allgemeinen Auflehnung der unterentwickelten Länder gegen ihren äußerst niedrigen Lebensstandard, einer Auflehnung, der sich auch in Zukunft mächtige Kräfte widersetzen werden. Das muß nicht notwendig zu direkter militärischer Intervention führen. Noch weniger bedeutet es den Einsatz von Atomwaffen, die China gar nicht besitzt. Überhaupt ist es etwas ganz anderes als der China oft zur Last gelegte Wunsch, eine nukleare Katastrophe auszulösen, aus welcher der chinesische Kommunismus als alleiniger Sieger hervorzugehen gedenke.
Im Gegenteil, man sollte die chinesische Überzeugung, daß die Menschheit die Bombe unter Kontrolle halten und daß die Bombe der Menschheit nicht ein Ende bereiten werde, als Ausdruck jenes tief eingewurzelten Humanismus sehen, der die chinesische Kultur durch die Jahrhunderte hindurch charakterisierte. Diese optimistische Erwartung mag dem Westen, dessen Kultur so viel mehr an Übernatürlichem und Irrationalem birgt, gefährlich und ungerechtfertigt erscheinen, aber ihr starker und rationaler Glaubensgehalt sollte erkannt, wenn nicht bewundert werden.
Im gleichen Sinn, und noch entschiedener, äußerte sich Che Guevara in einem Interview mit Cedric Belfrage, kurz nach der Kuba-Krise im Oktober 1962.[3] Auf die Frage: »Wie steht es mit der Gefahr, daß Revolutionen einen Atomkrieg heraufbeschwören könnten?«, antwortete Che Guevara:
Nun, der muß man ins Auge sehen. Aber wie steht es mit den Menschen, die auf irgendeine Weise sterben in sogenannten Friedenszeiten? Ich bezweifle, daß ihr Europäer und Nordamerikaner jemals verstehen könnt, wie einem lateinamerikanischen campesino *zumute ist. Seine Kinder sterben an Hunger und Krankheit, seine Frau ist geschändet, er selbst wird geschlagen und wie ein Sklave behandelt – und ihr in eurer komfortablen Atmosphäre von Sicherheit, ihr erwartet von ihm, er solle nichts unternehmen, nur weil er sonst einen Krieg auslösen könnte. Aber er ist an eurem Überleben gar nicht interessiert. Was ihn betrifft, er zieht es vor, für etwas zu sterben, das für ihn Wirklichkeit besitzt – doch andererseits möchte er sich das Leben erkämpfen und es ein wenig genießen zur Abwechslung. Jedenfalls ist er der einzige, der nur Ketten zu verlieren hat, und der einzige, der das tun wird; das Proletariat ist keine Stoßkraft in unterentwickelten Ländern. In unserer Revolution sahen wir, daß wir gerade das getan hatten, was bei Mao geschrieben steht, ohne daß wir ihn*

je gelesen hatten – es ist das Selbstverständliche in jedem Land unserer Art.
In Lateinamerika scheint der chinesische Standpunkt der praktischen Erfahrung weit besser zu entsprechen als der russische.

Chruschtschows Zügellosigkeit

Der dritte Punkt der chinesischen Anklage – Chruschtschows launenhafter Charakter – ist unter ideologischem Aspekt belanglos, aber sehr entscheidend im Bereich der Praxis. Das schlagendste Beispiel dafür, wie die Chinesen darunter zu leiden hatten, war der Abzug der russischen Techniker 1960. Fast drei Jahre lang wurde nichts über diese Affaire veröffentlicht, und die Chinesen haben in Gegenwart von Fremden nie etwas davon erwähnt. Jetzt, da dies alles hervorbricht mit der Flut erbitterter Polemik, erscheint es zu phantastisch, um glaubhaft zu sein, aber über die Tatsachen gibt es keine Diskussion.
Plötzlich, gerade zur Zeit der größten wirtschaftlichen Schwierigkeiten Chinas, wurden die Techniker angewiesen, zu packen und abzureisen, zusammen mit den Konstruktionsplänen für die Industrieanlagen, an denen sie gerade arbeiteten; auch die Verträge über die Lieferung von Ersatzteilen wurden schroff gebrochen. Die einzige plausible Erklärung dafür ist, daß Chruschtschow, in einem Anfall von Erbitterung, eine Drohung ausgesprochen hatte, um die chinesische Regierung unter Druck zu setzen, und sich dann verpflichtet fühlte, sie auch wahr zu machen.
Ein paar neue Details brachte ein Leitartikel der *Peking Review* vom Dezember 1963:
Doch der großen Erfolge, die wir seit 1958 errungen haben, konnten wir nicht froh werden. Ein starker Rückgang der Getreide- und Industrieproduktion war das Ergebnis der schweren Naturkatastrophen in den drei folgenden Jahren, 1959 bis 1961, und das brachte uns in sehr große Schwierigkeiten. Während der vorangegangenen Jahre waren verschiedene Mängel und Fehler in unserer praktischen Arbeit vorgekommen, weil es uns an Erfahrungen im Aufbau mangelte, weil umfassende, genau bestimmte politische Ziele fehlten und weil manche Arbeiten nicht im Sinne der Generallinie getan wurden; auch das verzögerte unseren wirtschaftlichen Aufbau. In dieser Periode stießen wir außerdem auf eine ganz unvorher-

gesehene Schwierigkeit. Im Juli 1960 nutzten die sowjetischen Führer tatsächlich die Gelegenheit aus, uns unter Druck zu setzen, und spielten die ideologischen Differenzen zwischen der chinesischen und der russischen kommunistischen Partei zu staatspolitischen Spannungen hoch: sie beschlossen plötzlich und einseitig einen vollständigen Abzug der 1390 Experten, die in China waren, um uns bei unserer Arbeit zu helfen; sie kündigten 343 Verträge für Experten sowie die Zusatzverträge; sie stoppten 257 Objekte wissenschaftlicher und technischer Zusammenarbeit, und seitdem haben sie in großem Ausmaß die Lieferung von kompletten Industrieanlagen und von Schlüsselteilen verschiedener anderer Anlagen reduziert. Das hat unserem Aufbau schwere Verluste zugefügt und damit unseren ursprünglichen Plan für die Entwicklung unserer nationalen Wirtschaft vereitelt.[4]

Es war wirklich nicht besonders intelligent, den Augenblick einer akuten landwirtschaftlichen Krise für diesen Schlag zu wählen. Die Investitionen mußten jedenfalls beschnitten werden. Der Schaden für die chinesische Wirtschaft bestand vor allem darin, daß die industrielle Entwicklung langsamer voranschritt, nachdem die landwirtschaftliche Krise überwunden war. Das war kein zu hoher Preis für die Unabhängigkeit. Tatsächlich sind einige Beobachter geneigt, die ganze Affaire als ein Beispiel dafür zu nehmen, »wie Schlechtes sich zum Guten wendet«, denn seitdem sind die meisten technischen Probleme von chinesischen Experten gelöst worden, und das dabei gewonnene Selbstvertrauen macht sie um so stärker. Einer weniger romantischen Einschätzung zufolge wird der Schaden allerdings noch einige Jahre zu spüren sein.

Wie dem auch sei, es ist keine Entschuldigung für Chruschtschow, der offensichtlich angenommen hatte, er greife die Chinesen in einem Moment an, da sie zu schwach seien, den Schock zu überwinden. Selbst eine amerikanische Regierung, sagen sie, zeigt nicht eine solche Geringschätzung aller Konventionen. Chruschtschow ist zügellos.

Stalin

Eines der den westlichen Ohren am wenigsten sympatischen Elemente der chinesischen Propaganda ist die Verteidigung Stalins. Doch für die Chinesen bedeutet sie etwas ganz anderes als für uns. Sie illustriert noch-

mals die drei Einwände gegen Chruschtschows Politik. Vor allem anderen: die Geheimrede des XX. Parteitages der KPdSU wurde ohne vorherige Ankündigung oder Beratung mit anderen Parteien gehalten, aber alle mußten die neue Linie gutheißen. Die chinesischen Führer würden prinzipiell gegen ein solches Vorgehen protestiert haben, selbst wenn sie über die Substanz der Rede keine eigene Meinung gehabt hätten. Von diesem Tage an wuchs ihr Ressentiment gegen Chruschtschows Versuch, ihnen Vorschriften zu machen.

Überdies: sie hatten Einwände gegen die Substanz der neuen Linie. Sie hatten ihre eigenen Gründe, bitter über Stalin zu klagen, aber damit hatten sie um der Einigkeit willen zurückgehalten. Sie hatten das Volk gelehrt, emporzuschauen zu ihren »älteren sowjetischen Brüdern« und in Stalin einen großen Führer der Bewegung zu sehen, der sie alle angehörten. Ihr Publikum war noch nicht so weit, daß man ihm plötzlich hätte sagen können, er sei ein Verbrecher. Es gab für sie keine Notwendigkeit einer Entstalinisierung, da sie überzeugt waren, niemals die »innerparteiliche Demokratie« aufgegeben oder die »sozialistische Gesetzlichkeit« verletzt zu haben. Die Verehrung des Volkes für Mao ist nicht gleichzusetzen mit dem »Persönlichkeitskult« im russischen Sinn. Sie ist die Reaktion auf einen großen nationalen Führer, die spontan aus dem Volk kommt, nicht von Schmeichlern lanciert ist. Sie hatten nicht das Bedürfnis, Stalins Verbrechen zu verteidigen, aber auch nicht den Wunsch, sie öffentlich auszurufen.

Schließlich: die Art und Weise, in der die Enthüllungen geschahen, die Übertreibungen, die Ungerechtigkeit und der Mangel an historischem Denken, all das war typisch für Chruschtschows Verantwortungslosigkeit.

Ein offener Brief »Zum Fall Stalin« stellt das sehr deutlich dar:

Genosse Chruschtschow sagte auf dem XX. Parteitag der KPdSU ein scharfes Nein zu Stalin. Er versäumte es, die Bruderparteien zu konsultieren im Hinblick auf diese Grundsatzfrage, die die ganze internationale kommunistische Bewegung betrifft, und versuchte später, sie vor vollendete Tatsachen zu stellen. Wer auch immer eine Beurteilung Stalins wagt, die von derjenigen der KPdSU-Spitze abweicht, wird der »Verteidigung des Personenkults« angeklagt, zudem der »Einmischung« in die inneren Angelegenheiten der KPdSU. Aber niemand kann die internationale Bedeutung der geschichtlichen Erfahrung leugnen, die der erste Staat unter der

Diktatur des Proletariats sammelte, oder die historische Tatsache, daß Stalin der Führer der internationalen kommunistischen Bewegung war; folglich kann auch niemand leugnen, daß die Beurteilung Stalins eine wichtige Grundsatzfrage ist und die ganze kommunistische Bewegung angeht. Aus welchem Grund also verbieten die Führer der KPdSU ihren Bruderparteien, eine realistische Analyse und Beurteilung Stalins vorzunehmen? ...

Die kommunistische Partei Chinas hat übereinstimmend darauf bestanden, daß Stalin Fehler beging, die sowohl ideologische wie gesellschaftliche und historische Wurzeln hatten. Es ist notwendig, daß man die Fehler kritisiert, die Stalin tatsächlich beging, aber nicht die ihm grundlos zur Last gelegten, und daß man das von einem korrekten Standpunkt aus und mit korrekten Methoden tut. Wir jedenfalls haben übereinstimmend opponiert gegen unsaubre Kritik an Stalin von einem falschen Standpunkt aus und mit falschen Methoden ...

Indem wir Stalin verteidigen, verteidigen wir nicht seine Irrtümer. Schon vor langer Zeit machten die chinesischen Kommunisten ihre Erfahrungen mit einigen seiner Irrtümer. Von den »linken« und rechten opportunistischen Abweichungen, die zu dieser oder jener Zeit in der kommunistischen Partei auftraten, sind einige unter dem Einfluß gewisser Fehler Stalins entstanden, soweit deren internationale Ursprünge damit zu tun hatten. In den späten zwanziger Jahren, den Dreißigern, den frühen und mittleren Vierzigern haben die chinesischen Marxisten-Leninisten, vertreten durch die Genossen Mao Tse-tung und Liu Shao-chi, dem Einfluß von Stalins Fehlern widerstanden; sie haben allmählich die Abweichungen des »linken« und rechten Opportunismus überwunden und die chinesische Revolution schließlich zum Siege geführt.

Da jedoch einige der von Stalin in Umlauf gesetzten falschen Ideen von gewissen chinesischen Genossen akzeptiert und befolgt wurden, mußten wir Chinesen auch die Verantwortung dafür tragen. Deshalb kritisierte unsere Partei in ihrem Kampf gegen den »linken« und rechten Opportunismus ihre eigenen irrenden Genossen, gab aber niemals Stalin die Schuld. Die Absicht unserer Kritik war es, zwischen richtig und falsch zu unterscheiden, die nützlichen Lektionen zu lernen und den revolutionären Prozeß voranzutreiben. Wir baten unsere irrenden Genossen lediglich, ihre Fehler zu korrigieren. Wenn ihnen das nicht gelang, dann warteten wir, bis sie allmählich durch eigene Erfahrung klug wurden, vorausgesetzt, sie orga-

nisierten keine geheimen Gruppen für illegale und spalterische Tätigkeit. Unsere Methode war die saubere Methode der innerparteilichen Kritik und der Selbstkritik; wir gingen von dem Wunsch nach Einigkeit aus und gelangten durch Kritik und heftiges Ringen zu einer neuen Einigkeit auf neuer Grundlage, und damit wurden gute Ergebnisse erzielt. Wir waren überzeugt, daß es sich hier um Widersprüche innerhalb des Volkes handelte, nicht um solche zwischen dem Feind und uns, und daß wir uns deshalb der erwähnten Methode bedienen mußten.
(Ich versuchte meinen chinesischen Freunden klar zu machen, daß von unserem Standpunkt aus »Irrtümer« eine wirklich zu milde Bezeichnung für die stalinistischen Hinrichtungen sei. Doch ihre ganze Entrüstung war auf Chruschtschow konzentriert.)

Tibet

Die Anklage der Aggression gegen Tibet wird mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß Tibet genauso ein Teil Chinas sei wie Wales ein Teil des United Kingdom. Anfangs, als die Wiedervereinigung angenommen wurde, genoß die tibetanische Regierung vollständige Autonomie im Inneren, um gemäß einer Vereinbarung ein paar elementare Reformen durchführen zu können. Die Reformen schleppten sich hin; Peking blieb geduldig und korrekt, bis der Aufstand von 1959 – etwas Schlechtes wandte sich zum Guten – es erlaubte, die alte Diktatur hinwegzufegen und reinen Tisch zu machen. Mit den Reformen geht es jetzt langsam voran. Das Volk profitiert von »drei Abschaffungen und drei Ermäßigungen«: der Abschaffung von Rebellion, *corvée* und Leibeigenschaft, und der Ermäßigung von Abgaben und Gewinnen. Schulen und Gesundheitsdienst werden eingerichtet. Man respektiert die Religion, und alle während der Kämpfe beschädigten Klöster sind wieder aufgebaut worden. Die Rebellen waren nie vom Volk unterstützt worden, und die befreiten Bauern sind froh, sie los zu sein. Die wenigen ausländischen Besucher Tibets bestätigen die chinesische Beurteilung der Vorgänge in diesem Land.
Welcher praktischen Verbesserungen hat es bedurft, um in so kurzer Zeit so viel zu erreichen? Drei entscheidende Maßnahmen gaben den Anstoß für jeden weiteren Fortschritt. Erstens: das Feudalsystem, das das Land lähmte, und die parasitäre Macht der Kirche, die es beherrschte, wurden

zerschlagen durch die Befreiung der Leibeigenen, die Verteilung des Landes an das Volk und die Entstaatlichung der Klöster, die jetzt nicht mehr von der Steuer der Laien am Leben erhalten werden. Zweitens: die Einführung eines nationalen Erziehungssystems, das entscheidend ist, wenn die Menschen in die Lage versetzt werden sollen, die landwirtschaftlichen und industriellen Errungenschaften, die ihnen jetzt zur Verfügung stehen, zu nutzen. Drittens: ein moderner Gesundheitsdienst, der dem Volk zugute kommen und der Kindersterblichkeit wehren wird in einem Land, in dem zu wenig Menschen leben, als daß sie den potentiellen Reichtum Tibets ausschöpfen könnten.
Die harte Arbeit der Leibeigenen und die primitiven Ackerbaumethoden waren geeignet, einer Minderheit hohen Wohlstand zu sichern, gemessen an der Armut der Mehrheit. Sie hätten niemals der gegenwärtigen Bevölkerung einen bescheidenen Lebensstandard bieten können, geschweige denn einen guten.
Aber durch die Zerschlagung des Feudalsystems und der wirtschaftlichen Macht der Klöster erschloß die neue Regierung Nahrungsquellen, die, obwohl noch spärlich, den Lebensstandard schon auf ein erträgliches Niveau gehoben haben. Die durch die Befreiung der Leibeigenen freigesetzte menschliche Energie und der neue Unternehmungsgeist sind ein unschätzbarer Wert und vielleicht der wichtigste Beitrag zum Anwachsen der Produktion.[5]

Indien

Der chinesischen Version über die Grenzfrage kann man leichter folgen als der indischen. Wenn zwei große, moderne, von der imperialistischen Herrschaft befreite Nationen zum ersten Mal an einer Grenze aufeinandertreffen, entsteht eine neue Situation. Viele von der Geschichte hinterlassene Probleme müssen gelöst werden. Die Chinesen boten Verhandlungen an und schlugen für deren Dauer eine entmilitarisierte Zone zwischen den beiden Armeen vor, um Zusammenstöße zu vermeiden. Die Inder wiederholten nur ständig ihre territorialen Forderungen, die sehr weit hergeholt waren, von ihnen aber beharrlich als unbestreitbar und sakrosankt bezeichnet wurden. (Ein englischer Historiker, der keineswegs für China eingenommen ist, hat die schwache Grundlage der indischen Po-

sition dargelegt.[6] Indem die Inder Vorposten hinter die chinesischen Stellungen brachten, forderten sie zur Vergeltung heraus; im Oktober 1962 starteten sie schließlich eine Offensive, die die Chinesen zwang, zurückzuschlagen.
Ihre Erklärung dafür: es gibt in der indischen Regierung kapitalistische Elemente, denen die Klasse mehr ist als das Land. (Die indische Mentalität ist für die Chinesen verwirrend. Daß ein Mann wie Pandit Nehru seinen ehemaligen Unterdrückern gegenüber freundlich, ja dankbar sein könne, deute auf einen verächtlichen Mangel an Nationalbewußtsein.) Die Inder sind alarmiert durch die Vorstellung, die befreiten Bauern Tibets könnten mit ihren eigenen Leuten in Berührung kommen. Sie suchen gierig nach einem Vorwand, amerikanische Militärhilfe anzufordern. Und sie machen viel chauvinistisches Geschrei, um die Bevölkerung von ihrem Elend abzulenken. Schließlich aber wird das indische Volk »aufstehen«. Unterdessen beobachten die Chinesen es mit Sympathie und Wohlwollen. (Die Chinesen scheinen blind zu sein für den Schaden, den ihr spektakulärer militärischer Erfolg den fortschrittlichen Elementen in Indien zufügte, blind auch für die Sache der anti-imperialistischen Solidarität; zumindest ziehen sie es vor zu glauben, daß sich schließlich alles zum guten wenden werde.)
Einige indische Politiker schmeicheln sich damit, ihre Schwierigkeiten mit China seien ein Grund für den Streit zwischen Chruschtschow und Mao. Die Chinesen sehen es umgekehrt. Chruschtschow ließ sich von Indien die Kastanien aus dem Feuer holen bei seinen Bemühungen, China einzuschüchtern. Die weitere Entwicklung scheint der chinesischen Auffassung eher recht zu geben als der indischen.

Westeuropa

Die chinesischen Behörden sind bereit, sich all denen gegenüber korrekt zu verhalten, die sich auch ihnen gegenüber korrekt verhalten. Wir Engländer sind gut angesehen, weil wir die Volksrepublik China ohne Zögern anerkannt haben (und vielleicht noch mehr, weil wir unser Empire, alles in allem, friedlich auflösen). Die Möglichkeit einer Ausweitung des Handels unter der Bedingung der Gleichheit und des wechselseitigen Vorteils eröffnet sich durch den erzwungenen Rückgang des Austausches mit der

UdSSR (doch Japan scheint auf dem besten Weg zu sein, am meisten davon zu profitieren). Man erstrebt freundschaftliche Beziehungen, aber man darf nicht nachlassen in der wachsamen Haltung gegenüber Nationen, die erklärte Verbündete der USA sind.

Die Bombe

Für einen englischen Gesprächspartner ist es nicht leicht, dem chinesischen Argument zu begegnen, wenn irgendwer eine »unabhängige Abschreckungswaffe« nötig habe, dann seien sie es. Für ein sozialistisches Land, erklären sie, sind atomare Waffen rein defensiver Natur. Einer der Anklagepunkte gegen Chruschtschow ist, daß er zur Zeit der Suez-Krise England zu vernichten drohte.

Wir haben immer behauptet, daß die sozialistischen Länder nukleare Waffen nicht dazu gebrauchen dürfen, den nationalen Befreiungskrieg eines Volkes und revolutionäre Bürgerkriege zu unterstützen, und wir haben kein Bedürfnis, dies zu tun.

Wir haben immer behauptet, daß die sozialistischen Länder nukleare Überlegenheit erreichen und behaupten müssen. Das allein kann die Imperialisten davon abhalten, einen Atomkrieg vom Zaun zu brechen, und dazu beitragen, ein vollständiges Atomwaffenverbot zu erreichen.

Wir haben konsequent daran festgehalten, daß nukleare Waffen in den Händen eines sozialistischen Landes immer Defensiv-Waffen sein müssen, zur Abwehr imperialistischer Atomdrohungen. Ein sozialistischer Staat darf auf keinen Fall der erste sein, der nukleare Waffen einsetzt, und sollte unter keinen Umständen mit ihnen spielen oder sich auf atomare Erpressung und atomares Glücksspiel einlassen.[7]

Nach chinesischer Meinung war es ein törichtes und unverantwortliches Abenteuer, Raketen nach Kuba zu bringen. Doch nachdem sie einmal dort waren, war es falsch, Castro zu demütigen durch das Angebot, einem kontrollierten Abzug zuzustimmen. Das Abkommen über partiellen Test-Stop ist reiner Betrug; es wird nur die wirkliche Abrüstung aufschieben. Die Chinesen brauchen ihre eigene Bombe, um den USA den Mut zu einem Angriff zu nehmen, jetzt, da der russische Schutzschild zurückgezogen worden ist. (Hier gerät die Argumentation durcheinander, denn sie wollen nicht zugeben, daß es der russische Schild war, der ihnen bisher

Sicherheit bot, und haben stets behauptet, die US-Regierung werde keine Atomwaffen einsetzen, denn wenn sie es täte, würde sie sich um ihren guten Ruf bringen und ihren Anspruch auf Weltherrschaft einbüßen.) Es würde allerdings nicht zu ihrer Sicherheit beitragen, wenn sie im Bemühen, eine Atommacht zu werden, ihre Wirtschaft ruinierten. Somit bleibt ihre Argumentation letztlich in der Luft hängen.

Die glücklichen Kinder

Wenn nun, wie sie meinen, die russische Revolution den falschen Weg gegangen ist, wie können sie sicher sein, daß der ihre der richtige sein wird? Die jetzt heranwachsende Generation ist die der glücklichen Kinder, die erben werden, worum ihre Väter gekämpft und gelitten haben. Sie sind geneigt, dies alles als gegeben hinzunehmen. Sie vergegenwärtigen sich nicht, wieviel noch zu tun bleibt, und einige fangen schon an, sich nach Luxus und Entspannung zu sehnen. Die Kinder aus gebildeten Familien bestehen ihre Examina leichter als die gleichermaßen begabten bäuerlicher Herkunft – es besteht also die Gefahr, daß sich wieder eine »Erb-Elite« etabliert. Bei den Bauern muß man auf der Hut sein, daß der innerhalb der Kommunen erlaubte Privathandel nicht zu einer »spontanen Entwicklung des Kapitalismus« führt. In aller höhnischen Kritik am Materialismus und an der Korruption in der UdSSR steckt eine Spur von Angst: »Wir dürfen es bei uns nicht so weit kommen lassen.«

Folgerung

Ob der westliche Beobachter den chinesischen Standpunkt nun sympathisch findet oder beklagenswert, die ihm zu entnehmende Lehre bleibt die gleiche. Wir sind es, die durch die Farce bei den Vereinten Nationen abgewertet werden. Wir sind es, die unter der Handelsbeschränkung leiden. Wir sind es, die für die Zukunft Schwierigkeiten aufhäufen, da wir die Welt unter Ausschluß ihres größten Landes einzurichten trachten.
Beschimpfungen und Angriffe bestärken die Chinesen nur in ihrer Überzeugung, daß sie im Recht sind. Ihr Standpunkt, der Imperialismus sei eine Bedrohung des Friedens und der partielle Test-Stop werde nicht zu

wirklicher Entspannung führen, kann allein dadurch bekämpft werden, daß wir allen Einfluß, den wir haben mögen, dazu verwenden, das Gegenteil zu beweisen.

Anmerkungen

1 *Peking Review* Nr. 49., 6. Dezember 1963
2 *Apologists of Neo-Colonialism. Comment on the Open Letter of the Central Communist Committee of the C. P. S. U.* (IV), Foreign Languages Press, Peking, S. 3 ff.
3 *The Man at the Door with the Gun,* Monthly Review Press, 1962, S. 246
4 *Peking Review* Nr. 49, 6. Dezember 1963, S. 10
5 Stuart and Roma Gelder, »The Truth About Tibet«, *Eastern Horizon,* Oktober 1963, S. 17 f.
6 Alistair Lamb, *The China-Indian Border,* Chatham House Essays
7 *Two Different Lines on the Question of War and Peace,* Foreign Languages Press, Peking, S. 26

Aus dem Englischen von Rüdiger Nenzel

Roland Barthes
Afrikanische Grammatik

Das offizielle Vokabular der afrikanischen Angelegenheiten ist, wie man sich denken kann, rein axiomatisch. Das heißt, es hat keinerlei Kommunikations-, sondern nur einen Einschüchterungswert. Es bildet also eine *Schreibweise*, das heißt eine Sprache, die eine Koinzidenz zwischen den Normen und den Fakten herstellen und einer zynischen Realität die Bürgschaft einer erhabenen Moral verleihen soll. Ganz allgemein ist es eine Sprache, die ihrem Wesen nach wie ein Kode funktioniert, das heißt, die Wörter haben hier gar kein oder ein entgegengesetztes Verhältnis zu ihrem Inhalt. Es ist eine Schreibweise, die man kosmetisch nennen könnte, weil sie die Fakten mit einem Sprachgeräusch oder, wenn man lieber will, mit dem bloßen Zeichen der Sprache, das sich selbst genügt, verdecken soll. Ich möchte hier kurz die Art und Weise angeben, in der sich ein Wortvorrat und eine Grammatik in den Dienst einer Politik stellen lassen.

BANDE (von Gesetzlosen, Rebellen oder Verurteilten des gemeinen Rechts). – Das ist *das* Beispiel einer axiomatischen Sprache. Die Abwertung des Vokabulars dient hier in präziser Weise dazu, den Kriegszustand zu leugnen, wodurch der Begriff des Verhandlungspartners getilgt werden kann. *»Man diskutiert nicht mit Gesetzlosen.«* Die Moralisierung der Sprache ermöglicht also, das Problem des Friedens auf eine willkürliche Änderung des Vokabulars zu verweisen.
Wenn die »Bande« französisch ist, sublimiert man sie unter dem Namen *Gemeinschaft (Communauté)*.

ZERRISSENHEIT (grausame, schmerzliche). – Dieser Ausdruck trägt dazu bei, die Vorstellung von der Unverantwortlichkeit der Geschichte zu akkreditieren. Der Kriegszustand wird hier unter dem würdigen Gewand der Tragödie verborgen, als wenn der Konflikt wesentlich *das* Übel und nicht ein (heilbares) Übel wäre. Die Kolonisation verflüchtigt sich, ver-

schwindet im Bereich eines ohnmächtigen Lamentierens, das das Unglück *anerkennt,* um es desto sicherer etablieren zu können.
Phraseologie: »Die Regierung der Republik ist entschlossen, alles in ihren Kräften liegende zu tun, um der grausamen Zerrissenheit, die Marokko heimsucht, ein Ende zu machen.« (Brief von Coty an Ben Arafa.)
«. . . das marokkanische Volk, in einem schmerzlichen Zwiespalt mit sich selbst . . .« (Erklärung von Ben Arafa.)

ENTEHREN. – Man weiß, daß in der Ethnologie, zumindest nach der sehr aufschlußreichen Hypothese von Claude Lévi-Strauss, das *Mana* eine Art algebraisches Zeichen ist (ungefähr wie unser *Dingsda*), das »einen unbestimmten Bedeutungswert« darstellen soll, der »in sich selbst sinnleer und folglich geeignet ist, einen beliebigen Sinn zu erhalten, dessen einzige Funktion es ist, den Abstand zwischen dem Bezeichnenden und dem Bezeichneten auszufüllen«. Die *Ehre* ist nichts anderes als unser *Mana,* so etwas wie ein leerer Platz, an dem man die vollständige Sammlung der nicht eingestehbaren Sinngehalte deponiert und den man wie ein Tabu heilig spricht. Die Ehre ist dann also das erhabene, das heißt magische Äquivalent zum *Dingsda.*
Phraseologie: »Es hieße die muselmanischen Bevölkerungen entehren, wenn man den Eindruck erweckte, daß jene Männer in Frankreich als ihre Repräsentanten angesehen werden könnten. Das hieße ebenso Frankreich entehren.« (Kommuniqué des Innenministeriums.)

SCHICKSAL. – In eben dem Moment, da die kolonisierten Völker anfangen, die Schicksalhaftigkeit ihrer Lage zu leugnen, wodurch die Geschichte wieder einmal ihre Freiheit bezeugt, macht das bürgerliche Vokabular den eifrigsten Gebrauch von dem Wort Schicksal. Wie Ehre ist auch Schicksal ein *Mana,* in dem man schamhaft die finstersten Determinismen der Kolonisation ansammelt. Das Schicksal ist für die Bourgeoisie das *Dingsda* der Geschichte.
Natürlich existiert das Schicksal nur in *verbundener* Form. Nicht die militärische Eroberung hat Algerien Frankreich unterworfen, sondern eine von der Vorsehung geschaffene Konstellation hat die beiden Schicksale vereint. Die Verbindung wird genau in dem Moment als unlöslich erklärt, da sie sich mit einem Eklat auflöst, der nicht mehr kaschiert werden kann.

Phraseologie: »Was uns angeht, so wollen wir den Völkern, deren Schicksal an das unsre gebunden ist, eine wirkliche Unabhängigkeit in einer freiwilligen Vereinigung geben.« (Pinay in der UNO.)

GOTT. – Sublimierte Form der französischen Regierung.
Phraseologie: ». . . Wenn der Allmächtige uns bestimmt hat, das höchste Amt auszuüben . . .« (Erklärung von Ben Arafa.)
«. . .Mit der Opferbereitschaft und souveränen Würde, von der Ihre Majestät immer ein Beispiel gegeben hat . . . will Sie auf diese Weise dem Willen des Allmächtigen gehorchen . . .« (Brief von Coty an Ben Arafa, der durch die Regierung abgesetzt worden war.)

KRIEG. – Das Ziel ist, die Sache zu leugnen. Dafür verfügt man über zwei Mittel: entweder ihn so wenig wie möglich nennen (das häufigste Verfahren) oder ihm den Sinn seines eigenen Gegenteils geben (ein raffinierteres Verfahren, das die Grundlage aller Mystifizierungen der bürgerlichen Sprache bildet). *Krieg* wird dann im Sinn von *Frieden* und *Befriedung* im Sinn von *Krieg* verwendet.
Phraseologie: »Der Krieg hindert nicht die Befriedungsmaßnahmen.« (General Monsabert.) Lies: Der (offizielle) Frieden hindert glücklicherweise nicht den (tatsächlichen) Krieg.

MISSION. – Das ist das dritte *Mana*-Wort. Hier kann man alles, was man will, deponieren: Schulen, Elektrizität, Coca-Cola, Polizeioperationen, Razzien, Todesurteile, Konzentrationslager, Freiheit, Zivilisation und die französische »Anwesenheit«.
Phraseologie: »Sie wissen jedoch, daß Frankreich in Afrika eine Mission hat, die nur Frankreich erfüllen kann.« (Pinay in der UNO.)

POLITIK. – Der Politik wird ein beschränkter Bereich zugewiesen. Auf der einen Seite gibt es Frankreich und auf der anderen Seite die Politik. Wenn die Angelegenheiten Nordafrikas Frankreich betreffen, dann gehören sie nicht zum Bereich der Politik. Tun wir ruhig so, als verließen wir die Politik der Nation wegen, wenn die Dinge ernst werden! Für die Rechten ist die Politik die Linke: sie dagegen sind Frankreich.
Phraseologie: »Die französische Gemeinschaft und die Werte Frankreichs verteidigen wollen heißt nicht Politik machen.« (General Tricon-Dunois.)

In einem entgegengesetzten und mit dem Wort *Gewissen* (*Politik des Gewissens*) verbundenen Sinn, wird das Wort *Politik* euphemistisch; es bedeutet dann: praktischer Sinn für die geistigen Realitäten, Geschmack an der Nuance, die einem Christen erlaubt, seelenruhig aufzubrechen, um Afrika zu »befrieden«.
Phraseologie: «. . .A priori den Dienst in einer Armee mit afrikanischer Bestimmung verweigern, um sicher zu sein, sich nicht in einer ähnlichen Situation (dem Widerspruch zu einem unmenschlichen Befehl) zu befinden, dieser abstrakte Tolstoismus verträgt sich nicht mit der Politik des Gewissens, weil er in keiner Weise eine Politik ist.« (Dominikanischer Leitartikel aus *La Vie Intellectuelle.)*

BEVÖLKERUNG. – Das ist ein Lieblingswort des bürgerlichen Vokabulars. Es dient als Gegenmittel zu *Klassen*, was zu brutal und im übrigen »ohne Realität« ist. *Bevölkerung* soll die Pluralität der Gruppen und Minoritäten entpolitisieren, indem es die Individuen in eine neutrale, passive Ansammlung wirft, die nur auf der Ebene einer politisch unbewußten Existenz Anrecht auf das bürgerliche Pantheon hat. Der Ausdruck wird im allgemeinen durch seinen Plural veredelt: *die muselmanischen Bevölkerungen*, was nicht verfehlt, einen Reifeunterschied zwischen der Einheit des Mutterlandes und dem Pluralismus der Kolonisierten nahezulegen: Frankreich *subsumiert* unter sich, was von Natur aus verschieden und zahlreich ist.
Wenn es notwendig ist, ein abwertendes Urteil zu fällen, (der Krieg zwingt zuweilen zu solcher Strenge), dann spaltet man die Bevölkerung gern in *Elemente*. Die Elemente sind im allgemeinen fanatisch oder gesteuert. (Denn allein – nicht wahr? – der Fanatismus oder das Fehlen eines Bewußtseins können dazu treiben, aus dem Kolonisiertenstatus herauszuwollen).
Phraseologie: »Die Elemente der Bevölkerung, die sich unter bestimmten Umständen den Rebellen haben anschließen können . . .« (Kommuniqué des Innenministeriums.)

SOZIAL. – *Sozial* ist immer mit *wirtschaftlich* gekoppelt. Dieses Duo funktioniert immer als ein Alibi, das heißt, es kündigt jedesmal Unterdrükkungsoperationen an, oder rechtfertigt sie derart, daß man sagen kann, daß es sie bedeute. Das *Soziale* sind wesentlich die Schulen (zivilisatorische

Mission Frankreichs, Erziehung der überseeischen Völker, die allmählich zur Reife geführt werden); das *Wirtschaftliche* sind die *Interessen*, die immer *evident* und *reziprok* sind und Afrika *unlöslich* ans Mutterland binden. Wenn diese progressistischen Ausdrücke erst einmal in passender Weise ihres Sinns entleert sind, können sie schadlos als hübsche beschwörende Schlußsätze (clausulae) fungieren.
Phraseologie: »Sozialer und wirtschaftlicher Bereich, soziale und wirtschaftliche Einrichtungen.«

Das Vorherrschen der Substantive in dem ganzen Vokabular, von dem wir hier einige Muster geboten haben, rührt offensichtlich von dem großen Verbrauch an Begriffen her, die zur Kaschierung der Realität notwendig sind. Obwohl der Verschleiß dieser Sprache allgemein und bis zum letzten Punkt der Auflösung fortgeschritten ist, greift er doch Verben und Substantive nicht in gleicher Weise an: er zerstört das Verb und bläht das Nomen auf. Die moralische Inflation betrifft hier weder Gegenstände noch Handlungen, sondern immer Ideen, »Begriffe«, deren Zusammenstellung weniger einem Kommunikationsgebrauch als der Notwendigkeit eines festen Kodes gehorcht. Die Kodifizierung der offiziellen Sprache und ihre Substantivierung gehen also Hand in Hand, denn der Mythos ist grundlegend nominal eben in dem Maße, wie die Benennung das erste Verfahren der Ablenkung ist.
Das Verb dagegen unterliegt einem merkwürdigen Taschenspielertrick: als Hauptverb findet man es auf den Status einer bloßen Kopula reduziert, deren Bestimmung es ist, die Existenz oder die Qualität des Mythos lediglich zu setzen. (Pinay in der UNO: *Es käme* zu einer illusorischen Entspannung . . . es *wäre*, undenkbar . . . Was *wäre* eine nominelle Unabhängigkeit? . . . usw.) Das Verb erreicht einen vollen semantischen Status mit Mühe nur auf der Ebene des Futur, des Möglichen oder des Intentionalen in einer Ferne, in der der Mythos weniger Gefahr läuft, dementiert zu werden. (Eine marokkanische Regierung *wird gebildet werden* . . ., *wird aufgefordert werden* über die Reformen *zu verhandeln* . . .; die von Frankreich unternommene Bemühung, *um* eine freie Assoziation *aufzubauen* . . ., usw.)
Zu seiner Einführung bedarf das Substantiv ganz allgemein, was Damourette und Pichon, zwei ausgezeichnete Grammatiker, denen es in ihrer Terminologie weder an Strenge noch an Humor fehlte, das *notorische*

Fundament nannten, was besagt, daß die Substanz des Nomens sich uns immer als bekannt darstellt. Wir befinden uns hier im Kern der Bildung des Mythos selbst: Weil *die Mission* Frankreichs, *die Zerrissenheit* des marokkanischen Volkes oder *das Schicksal* Algeriens grammatisch als Postulate gegeben sind (eine Qualität, die ihnen allgemein durch den Gebrauch des bestimmten Artikels verliehen wird), können wir sie nicht diskursiv bestreiten (die Mission Frankreichs: aber wozu denn noch genauer hinsehen, bestehen Sie nicht darauf, Sie wissen doch genau . . .) Die Offenkundigkeit ist die erste Form der Naturalisierung.

Ich habe schon auf die ganz banale Emphase bestimmter Plurale hingewiesen *(die Bevölkerungen)*. Es muß hinzugefügt werden, daß diese Emphase je nach den Intentionen auf- oder abwertet: *Die Bevölkerungen*, das vermittelt ein euphorisches Gefühl friedlich unterjochter Mengen; aber wenn man von *elementaren Nationalismen* spricht, dann soll der Plural den Begriff des (feindlichen) Nationalismus wenn möglich noch mehr abwerten, indem er ihn auf eine Ansammlung schwacher Einheiten reduziert. Auch das haben unsere beiden Grammatiker, unbewußte Afrikaexperten, vorausgesehen, indem sie den massiven und den numerativen Plural unterschieden: Im ersten Ausdruck streift der Plural die Idee einer Masse, im zweiten deutet er die Idee einer Spaltung an. So beugt die Grammatik den Mythos: sie beauftragt ihre Plurale mit verschiedenen moralischen Aufgaben.

Das Adjektiv (oder das Adverb) dagegen hat oft eine seltsam zweideutige Rolle: Es scheint von einer Unruhe, von dem Gefühl herzurühren, daß die verwendeten Substantive trotz ihres offenkundigen Charakters einen Verschleiß durchmachen, den man nicht gänzlich kaschieren kann; daher die Notwendigkeit, sie zu verstärken: Die Unabhängigkeit wird *wahr*, die Bestrebungen *authentisch*, die Schicksale sind *unlöslich* verbunden. Das Adjektiv soll das Nomen hier von seinen früheren Enttäuschungen reinwaschen, es in einem neuen, unschuldigen, glaubhaften Status darbieten. Wie bei den vollen Verben, verleiht das Adjektiv der Rede einen zukünftigen Wert. Die Vergangenheit und das Präsenz sind die Angelegenheit der Substantive, der großen Begriffe, bei denen die Idee von der Prüfung dispensiert (Mission, Unabhängigkeit, Freundschaft, Kooperation, usw.); die Handlung und das Prädikat dagegen müssen, um unabweisbar zu sein, sich hinter irgendeiner Form des Irrealen verschanzen: Finalität, Versprechen oder Beschwörung.

Leider verbrauchen sich diese Verstärkungsadjektive fast ebenso schnell, wie man sie verwendet, sodaß es schließlich die adjektivische Wiederbelebung des Mythos ist, die seine Inflation am sichersten anzeigt. Es genügt, zu lesen: *wahr, authentisch, unlöslich* oder *einmütig*, um die Hohlheit der Rhetorik zu wittern. Das kommt im Grunde daher, daß diese Adjektive, die man Wesensadjektive nennen könnte, weil sie in modaler Form die Substanz des Nomens, das sie begleiten, entwickeln – daß diese Adjektive nichts verändern können: Die Unabhängigkeit kann nicht anders als unabhängig sein, die Freundschaft nicht anders als freundschaftlich, die Kooperation nicht anders als einmütig. Durch die Ohnmacht ihrer Bemühung bezeugen diese schlechten Adjektive hier die äußerste Gesundheit der Sprache. Die offizielle Rhetorik kann noch so viele Hüllen über die Realität ziehen, es gibt einen Moment, da die Wörter ihr Widerstand leisten und sie zwingen, unter dem Mythos die Alternative der Lüge oder der Wahrheit zu offenbaren: Die Unabhängigkeit ist oder ist nicht, und alle adjektivischen Ausschmückungen, die sich bemühen, dem Nichts die Qualitäten des Seins zu geben, sind nur die Signatur der Schuld.

Aus dem Französischen von Traugott König

Dossier 1
Der Iran und sein Wohltäter

Schweden haben wir bereits eingeholt, und
wir werden bald auch so weit sein wie die Vereinigten Staaten
Schah Mohammed Reza Pahlawi

Trotz des bedeutenden Einkommens aus den Einnahmen der Ölindustrie und den Hilfsgeldern allein, liegt die Lebenserwartung in Iran bei weniger als 30 Jahren, und die Sterblichkeitsquote der Neugeborenen beträgt 50 %. 85 % der Bevölkerung sind Analphabeten. Die Unterdrückung manifestiert sich in der totalen Kontrolle der Presse und des Parlaments.
Bertrand Russel in Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 7. 11. 1964

85 v. H. der iranischen Bevölkerung leben mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 70 US-Dollar.
›Newsweek‹ vom 16. 4. 1962

Wir dürfen nicht vergessen, daß unsere Dörfer an sich viel Anziehendes haben: Wenn ich an ein persisches Dorf denke, sehe ich im Geiste friedliche, von Bäumen gesäumte Gäßchen, einen Bach, der durch seine Mitte fließt, das Spiel von Licht und Schatten, buntfarbige Teppiche und Vorhänge, Geräte aus glänzendem Kupfer und Messing, grüne Obstgärten, Strohhaufen und Stapel getrockneter Früchte, Esel in ihrem reich verzierten Geschirr, alte Männer, die vor ihren Häusern sitzen, schwatzende Frauen und spielende Kinder.
Mohammed Reza Schah, ›Im Dienst meines Landes‹, Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart 1962, S. 207

Ich bin hier Zeuge grauenhafter Szenen menschlichen Elends. Mit eigenen Augen sehe ich, wie Kinder und Jugendliche, Männer und Frauen durch

Mangel an Medikamenten und Nahrung, aus Hunger und Entbehrungen langsam dahinsiechen ... Ich kenne Kinder, zu Skeletten abgemagert, die sich jahrelang nackt wie die Würmer im Dreck wälzen und sich von Unkraut und faulen Fischen nähren ...
Bericht eines Südiraners in der Zeitschrift ›Khandaniha‹, Nov. 1961

Ich sehne den Tag herbei, an dem jedes Dorf meines Landes zumindest über ein gemeinsames Fernsehgerät verfügt.
Schah, a. a. O. Seite 134

Vielleicht ist die Deutung erlaubt, daß der Vater mehr auf die Macht des Landes bedacht war, der Sohn daneben aber auch an die soziale Gerechtigkeit und das Glück der Bevölkerung denkt.
Axel Seeberg im ›Sonntagsblatt‹ Nr. 5 vom 2. Februar 1964

Unsere Weizenproduktion entspricht unseren gegenwärtigen Bedürfnissen, und bei einem Anwachsen der Bevölkerung können wir diese Produktion durch eine entsprechende Preispolitik noch steigern.
Schah, a. a. O. Seite 185

Die Preise für Fleisch, Gemüse, Obst und Eier sind höher als in den Vereinigten Staaten.
Bertrand Russel, in ›konkret‹, Mai 1965.

Auf Grund unserer bedeutenden Erdölproduktion glaubt man meist, das Erdöl spiele im Wirtschaftsleben des Iran die wichtigste Rolle. Das ist jedoch ein Irrtum. Heute noch bringt uns unsere Landwirtschaft im Jahr etwa viermal soviel ein wie unsere gesamte Ölindustrie ... Etwa drei Viertel meiner Untertanen arbeiten auf dem Land.
Schah, a. a. O. Seite 184

Nur ein Zehntel des gesamten fruchtbaren Bodens wird in Iran für die Landwirtschaft genutzt. In ganz Persien arbeiten etwa 8000 Traktoren. Im allgemeinen geht die Bodenbestellung wie vor 2000 Jahren vor sich.
Zeitschrift ›Donia‹ Nr. 2, 3. Jahrgang, Sommer 1962, S. 78

Ich möchte hier das soviel gerühmte Bodenreformprogramm streifen und

an dieser Stelle nur erwähnen, daß auch nicht ein Stückchen Land verschenkt worden ist, und daß 60 v. H. aller Bauern nicht ein Stück Erde ihr Land nennen. Man sagt, der Schah besitze 3,7 Millionen Acres (1,49 Millionen ha), davon gehören 3 Millionen Acres (1,21 Millionen ha) seinen heranwachsenden Erben.
Bertrand Russel in Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 7. 11. 1964

Beide Institute [Razi- und Pasteur-Institut] machen den Iran auf dem biologisch-medizinischen Sektor beinahe unabhängig vom Ausland.
Schah, a. a. O. Seite 136

Nach den Statistiken des iranischen Gesundheitsministeriums werden 6388 verschiedene pharmazeutische Artikel aus dem Ausland in Iran eingeführt.
›Ettelaat‹ Nr. 4470 vom 15. 10. 1964

Die Initiative der Privatindustrie ist sehr groß, und das beste Beispiel hierfür sind vielleicht zwei iranische Unternehmungen, die moderne Büromöbel herstellen. Ich halte moderne Büroausstattungen für so wichtig für den Fortschritt, daß ich glaube, man kann den Grad der Entwicklung eines Landes daran erkennen, ob es die Ausstattung seiner Büros selbst herstellt.
Schah, a. a. O. Seite 136

In Iran lenkt der Staat, ebenso wie in Amerika, die Industrie und den Handel im Sinne des öffentlichen Interesses.
Schah, a. a. O. Seite 165

Die Planorganisation hat von 1955 bis 1961 den Betrag von 290 183 157,– Pfund Sterling von der nationalen Ölgesellschaft erhalten. Nach dem Bericht des Herrn Ghollam Reza Nikpey geht aus der Buchführung der Organisation nicht hervor, wofür dieses Geld verwandt wurde.
Zeitschrift ›Tehran Economist‹ Nr. 470, 2. September 1962

500 Millionen Dollar haben wir für drei Staudämme ... ausgegeben. (a) ... Leider haben wir beim Bau der Staudämme nicht an Turbinen und Bewässerungsanlagen gedacht. (b)
a) Landwirtschaftsminister Arsanjani, zitiert nach der Teheraner Tageszeitung ›Kayhan‹ vom 11. September 1962;
b) Arsanjani, zitiert nach ›Kayhan‹ vom 10. August 1962

Im Jahre 1948 wurde mit dem Bau des Staudamms Golpajegan ... begonnen. 10 Jahre später wurde das Projekt seiner Bestimmung übergeben. Seit einem Jahr ist der Stausee völlig ausgetrocknet ...
›Kayhan‹ vom 26. 10. 1964

12 Milliarden Rial (mehr als 600 Millionen DM) werden jährlich für die Armee bewilligt.
Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 7. 11. 1964

Die iranische Armee besteht aus 200 000 Mann und dient dem Schah Mohammed Reza. Es heißt, die Armee sei dazu bestimmt, den Iran gegen auswärtige Angriffe zu schützen. Durch Manöver der im Persischen Golf stationierten US-Einheiten wird die iranische Armee unterstützt. Daneben existiert eine starke Polizeimacht und eine Geheimpolizei, die über 60 000 Mann zählt.
Bertrand Russel in Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 7. 11. 1964

Im Mai 1961 zitierte *Newsweek* den Senator Hubert Humphrey wie folgt: »Wissen Sie, was der Chef der iranischen Armee einem unserer Leute sagte? Er sagte, die Armee sei dank der US-Hilfe in guter Form, sie sei in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Die Armee hat nicht vor, gegen die Russen zu kämpfen, sie hat vor, gegen das iranische Volk zu kämpfen.«
Bertrand Russel, a. a. O.

Wir haben bereits in der Vergangenheit Gelegenheit gehabt, die zuständigen Gremien der Vereinten Nationen auf die schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte in Iran hinzuweisen. Dokumentarisch vorliegendes Material beweist eindeutig, daß das gegenwärtige Regime unter dem Deckmantel der konstitutionellen Monarchie unter demokratischen Lippenbekenntnissen die schlimmsten diktatorischen Maßnahmen ergriff, um jede Opposition zu unterdrücken.
In unserem Besitz sind Namen vieler Iraner – einige von ihnen sind in der Öffentlichkeit sehr bekannte Persönlichkeiten –, die vor Militärgerichten für Taten verurteilt wurden, die weder Taten der Gewalt waren noch subversiven Charakter hatten. Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß das Kriegsrecht in Iran seit vielen Jahren in Kraft ist, um die Opposition zum

Schweigen zu bringen, daß politische Gefangene gefoltert werden, daß gerichtliche Verfolgungen zur Erreichung politischer Ziele durchgeführt werden, daß vor einem Jahr gar Hunderte, wenn nicht Tausende, die sich zu keiner bewaffneten Rebellion zusammengeschlossen hatten, vom Militär niedergeschossen wurden. ...

Die Liga für Menschenrechte an U Thant unter dem 4. Juni 1964; gez. J. Papanek, Vorsitzender, und R. Baldwin, Ehrenpräsident; zitiert nach Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 3. Juli 1964

Im Mai 1961 konnte man erleben, wie Regierungstruppen 4000 Lehrer angriffen, die in Teheran für höhere Gehälter streikten.

›Saturday Evening Post‹ vom 30. 12. 1961

Nahezu absurd ist jedoch das Verlangen, die Auslandshilfe solle sich nie um den Aufbau der Verteidigung des betreffenden Landes kümmern, sondern nur um die Befriedigung der rein menschlichen Bedürfnisse seiner Bewohner. Dies stellt einen Widerspruch in sich selbst dar.

Schah, a. a. O. Seite 299

Vor allem habe ich gefunden, daß man umstürzlerischen Tendenzen am besten dadurch begegnet, daß man das Hauptgewicht auf eine soziale Gerechtigkeit legt und nicht auf Zwang und Unterdrückungsmaßnahmen.

Schah, a. a. O. Seite 112

Sechs Stammesführer der Provinz Fars sind hingerichtet worden. Das Urteil des Kriegsgerichts von Schiras ist heute morgen vollstreckt worden. Folgende Leute wurden erhängt: Nasser Taheri, Habib Shahbasi, Choda Karam, Sar Ghompur, Djafar Rostam, Fatollah Davoodi, Hossein Gholi Rostam.

Vollständiger Wortlaut einer Nachricht des ›Ettelaat‹ Nr. 11505 vom 4. 10. 1964

Es ist nur zu bekannt, daß heutzutage in jedem freien Land der Welt umstürzlerische Gruppen am Werke sind. Sie sind begünstigt durch die Vorteile, die demokratisch regierte Länder bieten, tarnen sich dabei als Nationalisten und arbeiten in Wirklichkeit an der nationalen Zerstörung. Wir haben nun im Laufe der Zeit gelernt, ihnen zu begegnen. Man sollte

eine feste Kontrolle solcher umstürzlerischer Organisationen mit einem Maximum an Freiheit des Individuums vereinen.
Schah, a. a. O. Seite 110/111

Im Anschluß an unsere Unterredung von 11 Uhr haben Soldaten und Fallschirmjäger die Universität Teheran besetzt. Für die Verletzung der Rechte und Gesetze der Universität bestand weder ein Grund noch eine Entschuldigung. Niemals zuvor habe ich ein solches Ausmaß an Grausamkeit, Sadismus, Scheußlichkeit und Vandalismus, das von Regierungstruppen begangen wurde, gesehen, noch habe ich jemals davon gehört. Einige Mädchen, die sich in den Hörsälen befanden, wurden von den Soldaten in geradezu krimineller Weise angegriffen.
Als wir die Universität besichtigten, hatten wir den Eindruck, als sei eine Armee von Barbaren in feindliches Land eingefallen. ... Nicht einmal das Universitätskrankenhaus war den Soldaten tabu.
Ein Student wurde getötet, 45 Mitglieder des Lehrkörpers und der Angestellten geschlagen und verletzt. 200 Studenten mußten ins Krankenhaus, 240 weitere ambulant behandelt werden. Gut 300 Studenten wurden verhaftet. Im Mai 1962 saßen noch immer 20 von ihnen unter erbarmungswürdigen Verhältnissen im Gefängnis.
Aus dem Rücktrittsgesuch des ehemaligen Rektors der Universität Teheran, Dr. A. Farhad, zitiert nach Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 7. 11. und 2. 6. 1964

... Wir Amerikaner lieben den Schah und zählen ihn zu unseren besonderen Freunden ...
Lyndon Johnson, zitiert nach ›Ettelaat‹ vom 25. 8. 1962

Auf dem Weg über wirtschaftliche Hilfen konnten wir das iranische Öl fest in die Hand bekommen. Auch stellt der iranische Markt nunmehr einen zuverlässigen Stützpunkt für unsere Wirtschaft dar. Durch unseren intensiven wirtschaftlichen Einsatz im Iran ist es uns gelungen, die ganze Außenpolitik dieses Landes zu kontrollieren und insbesondere den Beitritt Irans zum Bagdadpakt durchzusetzen. Gegenwärtig kann der Schah es sich nicht erlauben, ohne unseren Botschafter irgendeine Änderung in seiner Regierung vorzunehmen.
Nelson Rockefeller an Dwight D. Eisenhower, zitiert nach der Zeitschrift ›Donia‹ Nr. 2, 3. Jahrgang, Sommer 1962

Wir gehen mit den amerikanischen Interessen nur insoweit konform, als sie unseren Zielen ebenso dienen wie den ihren. Amerika hat niemals versucht, uns zu beherrschen, und wir würden das auch nicht dulden.
Schah, a. a. O. Seite 113

Er [der Schah] nimmt jährlich 400 Millionen US-Dollar aus den Oil Royalities ein. Dazu erhält er von den USA noch jährlich eine Summe von 80 Millionen US-Dollar.
Bertrand Russel, a. a. O.

Am 28. Mai 1953 bat Premierminister Mossadegh Präsident Eisenhower um dringendst benötigte Mittel, um den völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch seines Landes zu verhindern ... Einen ganzen Monat später antwortete der Präsident dem unnachgiebigen Premier fest, aber höflich, daß eine weitere Unterstützung Irans durch die Vereinigten Staaten nicht möglich sei, solange Iran mit Groß-Britannien nicht zu einer Einigung gelange. Bis dahin würden sich auch viele Bürger der Vereinigten Staaten Ölkäufen aus Iran widersetzen ... Für Mossadeghs Nachfolger konnten die USA nicht genug tun. Premierminister Zahedi, der im späteren August 1953 an die Regierung kam, bat die Vereinigten Staaten sofort um Hilfe. Diesmal ließ die Antwort des Präsidenten nicht einen Monat auf sich warten ... Am 5. September 1953 wurde eine Unterstützung von US-Dollar 45 Millionen gewährt ... Einige Monate später wurden noch einmal 15,5 Millionen Dollar bereit gestellt.
Professor Jerrold L. Walden in ›The International Petroleum Cartel in Iran – Private Power and the Public Interest‹, abgedruckt in ›Journal of Public Law‹, Frühjahr 1962

Heute wird unser Land vom Schahenschah regiert, durch Iraner, nach iranischem Denken, iranischen Plänen und in völliger Unabhängigkeit. Keine Macht kann von außen auch nur den geringsten Einfluß auf die Angelegenheiten unseres Landes ausüben.
Premierminister Mansour vor dem Parlament, zitiert nach ›Ettelaat‹ Nr. 4484 vom 1. 11. 1964

Um die Sache [Sturz Mossadeghs]zu klären, muß ich ein Staatsgeheimnis verraten ... Als ich Hofminister war, kam einer meiner Freunde, dessen Namen ich nicht nennen möchte und der nun in Europa lebt, zu

mir und brachte mir die Botschaft eines ausländischen Diplomaten. Die Regierung dieses Gesandten sei bereit, 5 Millionen Dollar für Organisation und Durchführung von Mossadeghs Sturz zu bezahlen. Diese Regierung sei der Meinung, daß dies durch meinen Bruder, den General Mahmud Amini, den damaligen Chef der Gendarmerie geschehen sollte... Als Dr. Amini Botschafter in Amerika geworden war, traf ich ihn in Rom und erfuhr dabei, daß damals die 5 Millionen Dollar bezahlt worden seien. Er habe dieses Geld in die Staatskasse gelegt, jedoch habe der Ministerpräsident Zahedi... ihm erklärt, diese 5 Millionen Dollar seien nicht für die Staatskasse, sondern für Ausgaben der Regierung bestimmt. Er sei auch gezwungen gewesen, sich an jene Botschaft zu wenden mit der Bitte um weitere zwei Millionen Dollar. Auch dieses Geld habe er dem Premierminister Zahedi ausgehändigt.

Brief Abul Ghassem Aminis vom 15. 6. 1961, abgedruckt in der Zeitung ›Bakhtar Emruz‹ Nr. 7

Man kritisiert manchmal unsere neuen Parteien, indem man sagt, sie seien nicht aus dem Volke heraus entstanden, sondern diesem von oben her aufoktroiert worden. Es gibt sogar Zyniker, die behaupten, die Parteien seien bloße Marionetten der Regierung oder der Krone. Diese Kritiken lassen vollkommen die Gegebenheiten außer acht, denen sich die Schaffung und Förderung moderner Parteien in einem Entwicklungsland wie dem Iran gegenübersieht.

Schah, a. a. O. Seite 157

Ich glaube deshalb als Kaiser die Aufgabe zu haben, Parteien in ihrer Arbeit zu ermutigen. Wäre ich ein Diktator und nicht ein konstitutioneller Monarch, könnte ich versucht sein, eine einzige, das politische Leben beherrschende Partei zu fördern, wie es Hitler getan hat oder wie es heute in den kommunistisch beherrschten Staaten geschieht. Als konstitutioneller Monarch kann ich es mir jedoch leisten, eine im großen Ausmaß betriebene Parteitätigkeit zu fördern, die frei von der Zwangsjacke eines Einparteien-Staates ist. Als das Symbol der Einheit meines Volkes kann ich zwei oder mehr Parteien unterstützen, ohne mich mit ihnen zu assoziieren.

Schah, a. a. O. Seite 157

Ich bin der Diener Seiner Majestät und kümmere mich nicht um die Spiele der Opposition und der Regierungspartei. Solange es Seiner Majestät gefällt, bleibe ich, will er nicht mehr, dann gehe ich!

Damaliger Ministerpräsident Eghbal vor dem Parlament, zitiert nach der Zeitschrift ›Donia‹ Nr. 3, 3. Jahrgang

Vier Monate vor der Ernennung Mansours zum Premier wurde eine neue Partei, Iran Novin, unter der Führung von H. A. Monsour gegründet... In dieser Zeitspanne [anderthalb Stunden] wurde der Präsident vorgestellt, hielt seine Rede, wurden die Prinzipien und Statuten der Partei debattiert, wurde der Parteivorsitzende unter heftigem Beifall gewählt... Ein anderer Teilnehmer, der heutige Arbeitsminister, sprach über die Eigenschaften des Parteiführers: dieser müsse ein Verehrer des Schahs sein, und man habe sich vor dieser Versammlung dahin geeinigt, daß H. A. Mansour diese Eigenschaften besäße. Damit war H. A. Mansour zum Vorsitzenden der Partei gewählt... Heute identifizieren sich denn auch schon zwei Drittel der sogewählten Abgeordneten mit der »Iran Novin«.

Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 1. Mai 1964

Die Verfassung gibt mir auch das Recht, eines oder beide Häuser des Parlaments aufzulösen, wobei ich jedoch den Grund dafür angeben muß (die Verfassung bestimmt, daß ich denselben Grund nicht zweimal angeben darf) und verpflichtet bin, sofortige Neuwahlen auszurufen, so daß das Parlament innerhalb von drei Monaten wieder zusammentreten kann.

Schah, a. a. O. Seite 153

Anmerkung: Beide Häuser des iranischen Parlaments waren von 1961 bis 1963 (fast zwei Jahre) geschlossen.

Ihr Diener hat die Ehre, in seinem und im Namen der Ölgesellschaft Eurer Majestät zum Geburtstag zu gratulieren. An jenem Tag begann das große Glück des persischen Volkes, das in die Geschichte eingegangen ist. In einem Zeitabschnitt von etwas mehr als 40 Jahren hat Persien einen Weg von hunderten von Jahren zurückgelegt. Mit Ihren Jahren steigt auch die Glückssonne unseres Volkes höher und höher. Mit schnellen Schritten gehen wir dem Sieg entgegen ... Es wird nicht mehr lange dauern, und wir werden die fortschrittlichsten Völker der Erde eingeholt haben ...

Ehemaliger Ministerpräsident Dr. Eghbal im ›Kayhan‹ Nr. 4481 vom 28. 10. 1964

Es ist meines Erachtens von vitaler Bedeutung, daß die Bürger meines oder irgendeines anderen Landes sich jedweder Art einer verfassungsmäßigen Freiheit erfreuen – mit Ausnahme der Freiheit, ihr Land zu verraten.
Schah, a. a. O. Seite 112

Während der Schah sich als fortschrittlichen Monarchen darstellen läßt, der landlosen Bauern Land schenkt, ist er zugleich Monopolherr aller Opiumplantagen. Bis 1953 war Heroin in Iran unbekannt, heute jedoch sind 20 v. H. aller Iraner unter 30 süchtig. Der Schah hat Heroin zusätzlich zur Opiumpflanzung eingeführt, da Heroin bessere Ernten ergibt. Der Schah verdient jährlich Millionen Dollar. Seine Schwester, Prinzessin Aschraf, wurde 1960 von der Schweizer Polizei verhaftet, weil sie Koffer voll Heroin mit sich führte.
›The Minority of One‹, Dezember 1962

Wir Perser sind der Meinung, daß für die menschlichen Werte, die eine echte Demokratie in sich birgt, kein Preis zu hoch ist.
Schah, a. a. O. Seite 163

Ich sehe eine sehr wirksame Möglichkeit, den Wettbewerbsgeist bei uns in Iran zu entfalten, der unserem ganzen Erziehungssystem bedeutenden Auftrieb geben könnte. Sie bestünde in der Schaffung einer Universität streng nach amerikanischem Vorbild, deren Lehrkörper sich hauptsächlich aus Amerikanern zusammensetzen müßte.
Schah, a. a. O. Seite 264

Die Höhere Akademie für Lehrerausbildung hat bis jetzt einige Male ihren Namen ändern und ihren Sitz verlegen müssen; sie ist bisher siebenmal aufgelöst und neu eröffnet worden. Oft wurde sie erweitert und dann wieder eingeschränkt. Nun, nach 45-jährigem Bestehen, ist ihr Schicksal noch immer ungewiß ... Uns fehlen etwa 15 000 Lehrer in Persien ... Die Akademie hat in diesem Jahr voreilig Einschreibungen und Aufnahme von 2000 Studenten in den Zeitungen angekündigt ... Daraufhin meldeten sich 25 000 Abiturienten. Wie wir in dieser Woche erfahren haben, hat das Kultusministerium beschlossen, die Akademie auch in diesem Jahr nicht zu eröffnen.
›Kayhan‹ Nr. 375 vom 2. 10. 1964

Wir stehen vor der Notwendigkeit, unsere vorhandenen Lehrerbildungsanstalten zu erweitern und eine große Anzahl neuer zu errichten.
Schah, a. a. O. Seite 224

Von 18 000 Bewerbern, die sich zur Einschreibung an der Universität Teheran gemeldet hatten, bestanden etwas über 1000 die Aufnahmeprüfung. Mit einigen Konzessionen wurden schließlich 2000 Studenten aufgenommen und 16 000 abgewiesen.
Zeitschrift ›Khandaniha‹ Nr. 10, 25. Jahrgang vom 20. 10. 1964

Eure Herzen müssen voll der Liebe zu eurem Schahenschah sein... Ich muß hinzufügen, daß wir in allen Dingen die Wünsche des Schahenschah ausführen und uns ganz dafür opfern, daß ihr den besten Start auf dem Weg zum Wissen bekommt. Die Bereitstellung so hoher Mittel für die Erziehung ist ein großes Opfer, das der Schahenschah euch gewährt.
A. Alam, Rektor der Universität Schiras bei der Immatrikulationsfeier

Das iranische Aufbauministerium hat beschlossen, auf staatseigenem Grund in Maschad (N.-O. Iran) zwei und in Schiras (S.Iran) ein modernes Gefängnis zu bauen. Die Konstruktionspläne für diese Gefängnisse werden sich an Plänen westlicher Gefängnisse orientieren. Jedes der Gefängnisse wird Schulräume enthalten, in denen die Gefangenen unterrichtet werden.
Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 7. 11. 1964

Es ist kein Zufall, daß wir Perser in kultureller Hinsicht die »Aristokraten« des Mittleren Ostens genannt werden. Was die Auslandshilfe betrifft, so haben wir meiner Ansicht nach bewiesen, daß wir sie mit Anstand zu empfangen verstehen, mit Verstand nutzen und uns ihrer dankbar erweisen.
Schah, a. a. O. Seite 305

Sowohl in unseren Buchveröffentlichungen als auch in unserer Tagespresse trifft man häufig auf eine scharfe Kritik unserer Politik. Wir gestatten dies bewußt im Sinne einer demokratischen Selbstkritik.
Schah, a. a. O. Seite 111

In den ersten acht Monaten des Jahres 1963 (wurde) nachweislich 75 Zeitungen und Zeitschriften die Drucklizenz entzogen.
Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 7. November 1964

Zwar ist ein Mensch in meiner Stellung leicht den Versuchungen der Macht ausgesetzt, doch glücklicherweise gehöre ich zu jenen Menschen, die ihren Daseinszweck anderswo sehen.
Schah, a. a. O. Seite 122

Der Ministerrat tritt im Marmorpalast zusammen ... Am Ende der Erörterung eines jeden Problems formuliere ich entweder allgemeine Richtlinien für seine Lösung oder erteile ins einzelne gehende Befehle.
Schah, a. a. O. Seite 329

Er [der Schah] ist – wie gesagt – eher liberal. Er hat keine Neigung zum Diktator. Die Schlüsselfigur bei dem Versuch einer »Revolution von oben« ist und bleibt der Schah. Auf seine persönlichen Qualitäten vor allem kommt es an. Sie dem deutschen Leser deutlich zu machen, war der Zweck dieses Aufsatzes. Sicher ist er nicht ohne persönlichen Ehrgeiz. Aber sein Ehrgeiz geht darauf hin, in den Annalen der Geschichte seines Landes als großer Reformkaiser zu erscheinen.
Axel Seeberg im ›Sonntagsblatt‹ Nr. 5 vom 2. Februar 1964

Um Mitternacht des 19. 12. 1963 begann der Untersuchungsrichter mit seiner Vernehmung. Zunächst fragte er mich und schrieb meine Antworten nieder. Später fragte er dann nach Dingen, die mich entweder nichts angingen oder von denen ich nichts wußte. Ich konnte also nur antworten, daß ich nichts wisse. Der Untersuchungsrichter schlug mich ins Gesicht und mit einem Gummiknüppel zunächst auf die rechte, dann auf die linke Hand. Er verletzte beide Hände. Er schlug mit jeder Frage erneut zu. Schließlich zwang er mich, nackt auf einer heißen Kochplatte zu sitzen. Er hat die Kochplatte auch in die Hand genommen und an meinen Körper gehalten, bis ich bewußtlos wurde. Als ich wieder zu mir kam, stellte er erneut seine Fragen. Er holte eine Flasche mit Säure aus einem anderen Zimmer, schüttete den Inhalt in ein Meßglas und tunkte den Knüppel ins Gefäß ...
Hassan Ohudiat an den Staatsanwalt des Militärgerichts, zitiert nach Deutschsprachige Beilage zu ›Iran Azad‹ vom 2. Juni 1964

Dossier 2
Apartheid als Geschäft

Im Laufe der jüngsten UNO-Debatten haben die Vereinigten Staaten die Rassenpolitik Südafrikas verurteilt, sich jedoch geweigert, für wirtschaftliche Sanktionen zu stimmen, die zur Revision dieser Politik zwingen sollten.

Welchen Glauben darf man jenen Amerikanern schenken, die für solche Sanktionen eintreten, weil sie darin eine Bestätigung der »demokratischen Ideale der amerikanischen Nation« zu sehen behaupten?[1] Was sie vorbringen, bestätigt nur, daß die Rassentrennung heute dem südafrikanischen und internationalen Kapital als wirksamstes Mittel dient, die afrikanische Arbeitskraft auszubeuten. Wir sind indessen überzeugt, daß der Kapitalismus sich der Abschaffung des Apartheid-Regimes anpassen könnte, ohne daß dadurch die Grundlagen, auf denen es beruht, erschüttert würden.[2] Überdies, hätten die Vereinten Nationen einstimmig die feierliche Verpflichtung eingegangen, jeglichen Verkehr mit der südafrikanischen Republik abzubrechen, so wäre die Zustimmung zu einer solchen Entscheidung bei den Vereinigten Staaten, bei England und allen anderen Ländern, die in Südafrika ökonomische und politische Interessen haben, doch nur ein Akt der Heuchelei gewesen. Es wäre in der Tat praktisch unmöglich, einer derartigen Verpflichtung Respekt zu verschaffen. Es wäre obendrein utopisch zu glauben, das Vereinigte Königreich, die Vereinigten Staaten und die Länder der OEEC, auf die 1961 über 90 Prozent der gesamten ausländischen Investitionen in Südafrika fielen, könnten bereit sein, durch Boykott oder Embargo die südafrikanische Wirtschaft zu bedrohen, also dadurch, daß sie freiwillig auf ihre Gewinne verzichten.

Nur ein humanitäres Ideal, gepaart mit absoluter Ahnungslosigkeit hinsichtlich der Logik des kapitalistischen Profits, kann auf eine solche Lösung des südafrikanischen Problems verfallen. Allein das südafrikanische Proletariat, selbst das europäischer Herkunft, sowie die internationale

Arbeiterbewegung sind in der Lage, der kapitalistischen Ausbeutung und der Rassentrennung in Südafrika ein Ende zu bereiten, früher oder später.

Was ist Apartheid? [3]

	Weiße (Europäer)	Schwarze (Afrikaner)
Bevölkerung (in Millionen)	3	11
Jährliches Pro-Kopfeinkommen (1959)	$ 1819	$ 109
Durchschnittlicher Jahreslohn eines Bergarbeiters (1962)	$ 3587	$ 216
Alter der steuerpflichtigen Personen	21–60 J.	18–65 J.
Steuerfreies Einkommen	$ 840	$ 0
Aufwendungen für das Erziehungswesen, pro Schüler (1962)	$ 182	$ 18
Kindersterblichkeit auf 1000 Geburten	27	über 200
Bevölkerung in Prozent (die Differenz entspricht dem Anteil der Asiaten und Mischlinge)	19	68
Aufteilung des Landes in Prozent	87	13
Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter	340 000	0
Aufgrund der Paßgesetze verurteilte Personen	0	384 000

Wie im Dritten Reich die Nazi-Regierung, verkündet die südafrikanische Regierung offen ihren Rassismus: »Wir wollen, daß Südafrika das Land der Weißen ist... Es als das Land der Weißen zu erhalten, kann nur eins bedeuten: die Herrschaft der Weißen; nicht Führung oder Leitung, sondern Kontrolle, Vorherrschaft.« (Erklärung des Premierministers Verwoerd vor dem Parlament, 25. Januar 1963).
Frustration ist für die Schwarzen Südafrikas kein leeres Wort. Während

des letzten Jahrzehnts wurden mehr als 850 000 Gerichtsurteile über sie verhängt. Die Eingeborenen werden bei jedem Schritt, auch in ihren Wohnstätten, an ihren Arbeitsplätzen, strengstens überwacht. Es ist ihnen gesetzlich verboten, sich gewerkschaftlich zu organisieren, Kollektivverträge zu fordern, ein Geschäft zu eröffnen, ohne Genehmigung den Ort oder den Arbeitsplatz zu wechseln, zu wählen. Sie gelten als ein »gewaltiger, fluktuierender Fundus an Arbeitskraft, aus dem der Minister von Zeit zu Zeit ein paar Arbeiter schöpfen kann«. (Erklärung des Führers der United Party, Sir de Villiers Graaff, vor dem Parlament, 18. Februar 1964.)

Eine Politik, die die Apartheid stärkt

Die südafrikanische Wirtschaft erlebt eine Periode der uneingeschränkten Expansion. Das garantiert der weißen Bevölkerung Prosperität und einer Regierung, die die Apartheid praktiziert, breite Unterstützung. Gleichzeitig ermutigt sie die Verfechter einer reaktionären Politik in den Nachbarländern mit weißer Vorherrschaft: Südrhodesien, Mozambique, Angola.

Die Vereinigten Staaten haben weitgehend zu dieser glücklichen Entwicklung der Apartheid beigetragen. Noch vor wenigen Jahren, 1961, befand sich die südafrikanische Wirtschaft in einer prekären Lage. Ihre Goldreserven und Auslandsdevisen waren auf weniger als 280 Millionen Dollar gesunken; der Gefahrenpunkt lag, nach Angaben der Bankiers, bei 216 Millionen Dollar.[4] Für die Kapitalflucht, mit der diese Krise begann, gab es mehrere Gründe. Einmal die Angst davor, daß die von der Regierung in Sharpeville gegen die Schwarzen verfügte Repression (21. März 1960) die schon immer befürchtete blutige Revolution auslösen könnte; bei anderen die Angst davor, daß der von kleinen Nationen verhängte Boykott zum Schneeball werden oder daß der Ausschluß der südafrikanischen Republik aus dem Commonwealth eine Beeinträchtigung der Profite nach sich ziehen könnte.

Die Vereinigten Staaten kamen zu Hilfe; sie deckten 1961 fast das gesamte Defizit, das das monetäre Gleichgewicht der südafrikanischen Wirtschaft bedrohte. Im selben Jahr erhöhten mehrere amerikanische Gesellschaften ihre Investitionen um 23 Millionen Dollar; der Ausgleich der Handelsbilanz mit den Vereinigten Staaten lieferte weitere 50 Millionen

Dollar; schließlich wurde Südafrika ein Darlehen von 150 Millionen Dollar gewährt von Körperschaften, die auf die amerikanische Regierung zurückgehen oder unter ihrer direkten Kontrolle stehen:

Internationaler Währungsfond	$ 38 Millionen
World Bank und angegliederte Institute	$ 28 Millionen
Chase Manhattan Bank	$ 10 Millionen
First National City Bank	$ 5 Millionen
Anonyme	$ 70 Millionen

Im Juni 1963 hatten sich dank der ununterbrochenen amerikanischen Unterstützung die Goldreserven und Auslandsdevisen mehr als verdreifacht und damit den bisher höchsten Stand überschritten: es war der Boom.

Geschäfte mit der Apartheid

Die Anziehungskraft, die Südafrika auf die amerikanischen Geschäftsleute ausübt, ist, wie man sich denken kann, beträchtlich. Das herrschende Apartheid-Regime schafft einmalige wirtschaftliche Bedingungen: einerseits einen Markt von 3 Millionen wohlhabenden weißen Konsumenten, andererseits ein unerschöpfliches Arbeiterpotential, bestehend aus 11 Millionen Schwarzen. 1962 verdiente ein eingeborener Bergarbeiter in Südafrika weniger als einen Dollar pro Tag, während in einem benachbarten Land, in Südrhodesien, der Lohn für die gleiche Arbeit etwa 3 Dollar betrug. Im Laufe desselben Jahres erzielten die in Südafrika operierenden amerikanischen Gesellschaften einen Gesamtgewinn von 72 Millionen Dollar. Das ist, laut Angabe des United State Department of Commerce, gut das Doppelte des Durchschnittsertrags aus amerikanischen Auslandsinvestitionen (11,8%).[5] Ein amerikanischer Geschäftsmann, Marcus D. Banghart, Vizepräsident der Newmont Mining Corporation, nennt die Attraktivität Südafrikas für das amerikanische Kapital eine »unwiderstehliche Versuchung«, und er fügt hinzu: »Wir kennen das Volk und die Regierung, und wir festigen unsere Position mit unserem Namen und unseren Dollars.«[6]
Es dient dem amerikanischen Prestige jedoch wenig, wenn die UNO-Delegierten einiger Länder die »Zurückhaltung« der Vereinigten Staaten

gegenüber dem Problem der Apartheid und die dahinterstehenden wirtschaftlichen Interessen anprangern oder wenn man darauf hinweist, daß dieser oder jener amerikanische Wortführer mit dieser oder jener in Südafrika angesiedelten Gesellschaft liiert ist.

James F. Byrnes zum Beispiel, der zur Zeit der ersten UNO-Sitzung 1946 amerikanischer Außenminister war, demissionierte, um Direktor der Newmont Mining zu werden, des amerikanischen Konzerns mit den meisten Investitionen in Süd- und Südwestafrika (Eigentümer: Mr. Banghart). Mißlich war es, daß im selben Monat, in dem Byrnes seine neue Tätigkeit antrat, die Presse die Schlagzeile brachte: »Die Vereinigten Staaten erneuern ihre Bemühungen um eine entschlossenere Haltung gegen Südafrika« (*New York Times,* 13. Dezember 1947).

John Foster Dulles, der spätere Außenminister, machte sich als UNO-Delegierter zum Anwalt dieser Entschlossenheit gegenüber Südafrika. Und zur gleichen Zeit war er Mitinhaber des Anwaltsbüros Sullivan and Cromwell, das in Südwestafrika die Interessen der American Metal Company vertrat. Sein Teilhaber Arthur Dean, der ebenfalls ein einflußreicher Regierungsberater für Fragen der Außenpolitik werden sollte, war und ist immer noch einer der Direktoren jener Gesellschaft, die sich heute American Metal Climax nennt.

Zu jener Zeit traten diese beiden Gesellschaften, die eine, die Byrnes zu ihrem Direktor machte, und die andere, die durch das Anwaltsbüro von Dulles vertreten war, mit der südafrikanischen Regierung in Verhandlungen wegen des Ankaufs der Tsumeb-Bergwerke, eines Unternehmens in Südwestafrika, wo die südafrikanische Regierung Machtbefugnisse beansprucht, die von der UNO heftig angefochten werden. (Inzwischen wurde dieser Streitfall dem Internationalen Gerichtshof im Haag übergeben.) Sie machten ein gutes Geschäft: die für 2,5 Millionen Dollar erworbenen Tsumeb-Bergwerke wurden kürzlich auf 80 Millionen Dollar geschätzt.

Auch heute noch stehen diese beiden amerikanischen Bergwerk-Gesellschaften in enger Zusammenarbeit miteinander und mit der südafrikanischen Regierung. Sie besitzen 37 % der Anteile an einem internationalen Konsortium, das einen Riesenkomplex errichtet, um die Kupferlager in Transvaal auszubeuten; Wert: 104 Millionen Dollar.[7]

Investitionen und Gewinne

Wieviel Dollar sind in Südafrika investiert worden? Wieviel haben sie eingebracht? Kompensieren diese Gewinne den Prestigeverlust, der den Vereinigten Staaten daraus erwuchs, und die Feindschaft anderer Länder, besonders der mit farbiger Bevölkerung?
Nach Angabe des U. S. Department of Commerce stellten Ende 1962 die südafrikanischen Unternehmen, die von amerikanischen Gesellschaften kontrolliert werden, eine Kapitalinvestition von 353 Millionen Dollar dar.[8] Die englischen Investitionen bezifferten sich auf mehr als das Doppelte (784 Millionen), ungerechnet das Kapital, das der Petroliumindustrie, den Banken und Versicherungen zugeflossen ist.[9] Diese »dirigierten Investitionen« zeigen aber nur einen Bruchteil der wirklichen finanziellen Interessen der beiden Länder. Die folgende Tabelle, die auf Angaben der South African Reserve Bank beruht, verrät schon mehr über die finanzielle Beteiligung der Vereinigten Staaten und anderer Länder:[10]

Ausländische Investitionen in Südafrika, 1960 (in Millionen Dollar):

	U. K. (Sterling-Zone)	USA (Dollar-Zone)	Europa (OEEC)	Andere	Insges.
Bergwerke	736	182	235	66	1219
Fabriken	682	113	109	74	979
Banken und Versicherungen	420	50	129	116	715
Handel	350	78	66	25	519
Diverses	155	63	22	13	253
Öffentliche Unternehmen	175	335	97	15	622
Insgesamt	2519	822	658	309	4307
Prozent	58	19	16	7	100

Das vom Vereinigten Königreich in Südafrika investierte Kapital hatte schon immer das Übergewicht. Nach dem zweiten Weltkrieg aber wuchsen

die Investitionen der Vereinigten Staaten rasch an. Wenn auch der Dollar dem Pfund Sterling den ersten Platz noch nicht streitig gemacht hat, so ist doch, gegenüber dem Kapitalzufluß aus Amerika, ein Abklingen der britischen Investitionen zu verzeichnen. 1962 erhöhten sich die amerikanischen Kapitalanlagen um 44 Millionen Dollar, einen Betrag, der 20 Jahre zuvor ungefähr der Gesamtsumme amerikanischer Investitionen in Südafrika entsprach.
Die Gewinne der amerikanischen Gesellschaften ergeben eine rasch ansteigende Kurve:

1959 $ 43 Millionen
1960 $ 50 Millionen
1961 $ 61 Millionen
1962 $ 72 Millionen

Es nimmt nicht wunder, daß dieselben amerikanischen Firmen, die sich in den Vereinigten Staaten gegen Rassendiskriminierung verwahren, in Südafrika stark vertreten sind. Bis 1960 hatten 85 an der New Yorker Börse notierte Gesellschaften in Südafrika als große oder mittlere Unternehmen Fuß gefaßt; heute sind es mehr als 160. Die Investitionen dieser Gesellschaften machen nahezu eine Milliarde Dollar aus und steigen weiter an. 1963 wurden allein in der Automobilindustrie folgende neue Investitionen verzeichnet:

General Motors: $ 30 Millionen für Maschinen und Zubehör;
Ford: über $ 10 Millionen für Maschinen;
Chrysler: Produktionssteigerung um 80 Prozent;
Firestone: $ 7 Millionen;
Goodyear: Entwicklungsprojekt von $ 3 Millionen.

Die verletzten »demokratischen Ideale«

Es ist unmöglich, in Südafrika ökonomische Aktivität zu entfalten, ohne die amerikanischen Ideale zu verletzen. Überdies sind die Amerikaner weitgehend in die Administration der Apartheid verstrickt, da sie an der Spitze halboffizieller Körperschaften stehen, etwa der Chamber of Mines,

die die Löhne festsetzt und die Lebensbedingungen der von ihr abhängigen afrikanischen Arbeiter bestimmt. Diese Amerikaner können alle Schwarzen, die unter ihrer Aufsicht arbeiten, bei den Behörden anzeigen; sie können also einen Arbeiter, der als »schwierig« gilt, entlassen, seine Verhaftung oder seine Verbannung in ein entferntes Gebiet erwirken.

Um zu veranschaulichen, wie die amerikanischen Geschäftsleute in die Apartheid verwickelt sind, nehmen wir das Beispiel von Herrn Charles Engelhard. Er ist in den USA ansässig, hat aber gleichzeitig einen Wohnsitz in Johannesburg. Die politischen Kampagnen Südafrikas unterstützt er mit erheblichen Summen. Es ist nicht uninteressant, daß dieser Mann einer der offiziellen Vertreter der Vereinigten Staaten bei der Krönung Papst Pauls VI. war und später als persönlicher Gesandter Präsident Johnsons an den Unabhängigkeitsfeiern von Zambia teilnahm (24. Oktober 1964).

1957 stimmte die UNO-Vollversammlung für einen Antrag, der die Apartheid mißbilligte. Bei dieser Abstimmung enthielten sich die Vereinigten Staaten der Stimme. Im selben Jahr erwarb Herr Engelhard die Aktien einer südafrikanischen Finanz- und Bergwerksgruppe, der Rand Mines, die nahezu 100 000 Personen beschäftigt; sie produziert Zement und Röhren, fördert Chrom, Kohle, Uran und fast 17 Prozent des südafrikanischen Goldes.

1958, in dem Jahr, als die Vereinten Nationen für die »Verurteilung« der Apartheid-Politik stimmten, schuf Herr Engelhard die American South African Investment Company, die von den USA circa 30 Millionen bezog, um sie in Südafrika zu investieren.

Die amerikanische Maklerfirma, die bei diesen Finanzoperationen im Namen Engelhards auftrat, ist dieselbe, die gewöhnlich die Investitionen der südafrikanischen Regierung betreibt: die Dillon Read & Co. Ihr Präsident ist zugleich Direktor der South African Investment Advisor Ltd., die ebenfalls Herrn Engelhard gehört. Erinnern wir uns schließlich, daß Douglas Dillon, der frühere Präsident der Dillon Read & Co., seine Tätigkeit 1953 aufgab, um Staatssekretär im Wirtschaftsministerium zu werden, und heute Finanzminister der Vereinigten Staaten ist.

1962 verzeichnet das South African Financial Year Book die Direktorenposten Herrn Engelhards in zwei Firmen, die schwarze Arbeiter für die südafrikanischen Goldgruben anwerben: der Native Recruiting Corporation und der Witwatersrand Native Labour Association. Diese beiden

Agenturen importieren Hunderttausende von Afrikanern aus Mozambique, Njassaland (Malawi), Nordrhodesien (Zambia) und Angola für die Arbeit in den Goldgruben.
Als Direktor der Chamber of Mines, der er überdies ist, führt Herr Engelhard einmal im Monat den Vorsitz in einem Verein, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Aktionen der wichtigsten Finanzgruppen und der Gesellschaften, die die Goldgruben ausbeuten, zu koordinieren, im Einverständnis mit den Rekrutierungsfirmen und der Regierung.
Und wieder ist es Herr Engelhard, den wir an der Spitze einer Finanzgesellschaft finden, die das berühmte südafrikanische Bergwerks- und Diamant-Empire von Harry Oppenheimer kontrolliert, dessen Gewinne, ohne Abzug der Steuern, von der amerikanischen Zeitschrift *Fortune* auf mehr als 300 Millionen Dollar geschätzt werden (Mai 1960).
Wenn Engelhard auch zweifellos der einflußreichste amerikanische Geschäftsmann ist und der, dessen Erfolg in Südafrika am stärksten widerhallt, so ist er doch nur einer unter vielen, die Seite an Seite mit weißen Südafrikanern von der spottbilligen schwarzen Arbeitskraft profitieren.

Aufforderung zum Raub

Der beachtlich hohe Ertrag der amerikanischen Investitionen in Südafrika verdankt sich dem niedrigen, für eine Industriegesellschaft ungewöhnlich niedrigen Lohnniveau, das die Apartheid ermöglicht.
Ein Beispiel: mehr als jeder andere Industriezweig hat der Bergbau das amerikanische Kapital angezogen. Die Hauptdeterminanten für die Rentabilität sind die Qualität der Erze und die Selbstkosten für die Förderung, also die Lohnkosten. Doch selbst wenn das Erz von mittelmäßiger Qualität oder die Förderung schwierig ist, kann die Ausbeute lukrativ sein: die *Chamber of Mines*, die sich ausschließlich aus Weißen zusammensetzt, muß die Löhne für schwarze Bergarbeiter niedrig ansetzen.
So betrug 1962 der durchschnittliche Jahreslohn einer halben Million schwarzer Bergarbeiter in Südafrika nur 216 Dollar, das heißt weniger als 10 Cent (ca. 40 Pfennig) pro Stunde. In Südrhodesien betrug der Jahreslohn zur gleichen Zeit 810 Dollar. Diese Zahlen widerlegen das den Verfechtern der Apartheid so teure Argument, die Löhne der Schwarzen in Südafrika seien höher als in irgendeinem anderen afrikanischen Land.

Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Durchschnittslohn eines Weißen in der südafrikanischen Bergbauindustrie 17 mal so hoch wie der eines Schwarzen:

Löhne in den südafrikanischen Bergwerken (1962)[11]:

	Lohnempfänger (in tausend)	Lohnvolumen (in Millionen Dollar)	Jahreslohn pro Arbeiter (in Dollar)
Weiße	63	226	3587
Schwarze	540	117	216

In Südwestafrika, das unter südafrikanischer Verwaltung steht, sind die Löhne der Schwarzen noch niedriger. In den von Amerikanern geleiteten Tsumeb-Bergwerken betrug 1960 der Anfangslohn des Bergarbeiters 25 Cent pro Tag, mit einer monatlichen Erhöhung von 2 Cent während einer kurzen Zeitspanne. So war es den Tsumeb-Bergwerken möglich, ihren Aktionären im folgenden Jahr fast 10 Millionen Dollar Dividende auszuschütten.

Den Afrikanern sind die Arbeitsbedingungen in den Bergwerken keineswegs unbekannt, auch arbeiten sie nicht freiwillig für so unglaublich niedrige Löhne. Sie werden von den Agenten mit Gewalt angeworben. Im übrigen werden alle weißen Regierungen des südlichen Afrikas direkt oder indirekt für ihre Teilnahme an dieser Anwerbung bezahlt. Die Agenturen »können außerdem darüber entscheiden, ob diese oder jene Person in einem Bergwerk, einer Fabrik oder als Dienstbote eingesetzt wird«.[12]

Diese streng reglementierte Arbeiterumsiedlung, die die Internationale Arbeitsorganisation eine der Geißeln nannte, unter denen Afrika gegenwärtig leidet, trennt während der Vertragsperiode von 18 Monaten die schwarzen Bergarbeiter von ihren Frauen und ihren Familien. Hunderttausende leben wie Gefangene in überwachten, aneinandergepreßten, von hohen Mauern und Stacheldraht eingeschlossenen Baracken. Jede Arbeitsverweigerung wird bestraft. Die Bestimmungen der Paßgesetze regeln alle Schritte außerhalb wie innerhalb des Lagers. Die Arbeitszeit beträgt siebeneinhalb Stunden pro Tag und sechs Tage pro Woche. Die unmenschlichen Arbeitsbedingungen erfüllen den Zweck, »die Abräumkosten so niedrig wie möglich zu halten und beim Abbau keine Energie zu verschwenden«.[13]

Der Handel

Die USA erscheinen in der Handelsbilanz Südafrikas mit etwa einer halben Milliarde Dollar (fast 20 Prozent der Einfuhr und Ausfuhr des Landes). [14]

	Südafrikanische Exporte nach den USA (in Millionen Dollar)	Südafrikanische Importe aus den USA (in Millionen Dollar)
1960	201	277
1961	209	288
1962	251	223

Die südafrikanische Republik kauft auf dem amerikanischen Markt die ihr unentbehrlichen Produkte wie Maschinen, Ersatzteile, Petroleum. Auch hinsichtlich der Verkehrsmittel, z. B. interkontinentaler Transporte, ist sie von den Vereinigten Staaten abhängig. Dafür setzt Südafrika auf dem amerikanischen Markt Uran und Agrarprodukte ab, die sonst den eigenen Markt verstopfen würden.

Die amerikanische Industrie und die amerikanischen Verbraucher könnten ihrerseits die südafrikanischen Waren ohne weiteres entbehren oder zumindest einen anderen Lieferanten finden. Präsident Johnson selbst hat erklärt, das aus Südafrika kommende Uran übersteige den Bedarf der Vereinigten Staaten. Die Summe von 97 Millionen Dollar, welche die Atomkommission 1962 für das südafrikanische Uran zahlte, ist höher als die der Gesamtgewinne aller in Südafrika angesiedelten amerikanischen Gesellschaften. In Wahrheit handelt es sich hier um eine Subvention des amerikanischen Steuerzahlers für die Besitzer der Gold- und Uranminen in Südafrika. Auch heute noch importieren die Vereinigten Staaten Uran, wenn auch in geringerer Menge; die Reserven stauen sich.

Am 6. November 1962 stimmten zwei Drittel der Mitgliedstaaten der UNO für die Annahme der Resolution A/1761, die von den Mitgliedstaaten forderte:

1. die diplomatischen Beziehungen zu Südafrika abzubrechen;
2. ihre Häfen allen Schiffen unter südafrikanischer Flagge zu verschließen;
3. ihren eigenen Schiffen zu verbieten, südafrikanische Häfen anzulaufen;
4. sämtliche südafrikanischen Produkte zu boykottieren und den Export

aller Waren, einschließlich Lebensmittel, Waffen und Munition, zu verhindern;

5. allen südafrikanischen Flugzeugen zu untersagen, auf ihren Territorien zu landen oder sie zu überqueren.

Im November 1963, also ein Jahr später, billigten 84 Mitgliedstaaten der UNO die Resolution A/1899, die unter anderem beantragte, daß alle Mitgliedstaaten sich insbesondere enthalten sollten, »in welcher Art und welcher Form auch immer Südafrika mit Petroleum oder Petroleumderivaten zu beliefern«. Abgesehen von dem Betroffenen selbst, stimmten fünf Länder gegen das Embargo: Großbritannien, die Vereinigten Staaten und Frankreich als die drei größten »Aktionäre«, sowie Spanien und Portugal, die heute noch Kolonien in Afrika besitzen.

Die in diesen Resolutionen geforderten wirtschaftlichen Sanktionen werden nicht in die Tat umgesetzt. Ungeachtet aller UNO-Entschließungen gegen die Apartheid begnügen sich die Vereinigten Staaten mit einem Waffen- und Munitionsembargo, während sie gegenwärtig mit Boykott und Embargo gegen Länder vorgehen, in denen mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt.

Hingegen haben die unabhängig gewordenen Länder, für die der Boykott oder das Embargo gegenüber Südafrika ein erhebliches finanzielles Opfer bedeutet, ihren Handel spürbar gesenkt:

Handel mit Südafrika[15] (in tausend Dollar):

	Ghana	Nigeria	Sierra-Leone	V.A.R.
1960	5242	2237	571	1944
1961	2172	252	298	970
1962	578	minimal	minimal	756

Folgende Länder haben beschlossen, ihre Handelsbeziehungen zu Südafrika abzubrechen: Sudan, Äthiopien, Ghana, Nigeria, Sierra-Leone, Liberia und Guinea (1961); V.A.R., Mali, Algerien, Haute-Volta, Ruanda, Lybien, Kamerun, Senegal, Uganda, Tanganjika, Kenia, Niger, Dahomey und Mauretanien (1963).[16]

Eines der Argumente, mit denen die Vereinigten Staaten ihre Ablehnung wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber Südafrika rechtfertigen, macht gel-

tend, daß derartige Maßnahmen, anstatt den Afrikanern zu helfen, sie im Gegenteil schädigen, ihr Elend verschärfen würden. Die qualifizierten Vertreter der schwarzen Majorität sind jedoch die ersten, die wirtschaftliche Sanktionen fordern: sie seien heute das einzige Mittel, einen blutigen Konflikt zu verhindern. Gerade die Schwarzen Südafrikas sind die energischsten Verfechter des Boykotts gegen ihr eigenes Land. Die Vertreter der Vereinigten Staaten hingegen versichern, die Apartheid-Regierung werde sich eher durch geduldiges Zureden als durch wirtschaftliche Sanktionen überzeugen lassen.
Doch der für die Bantu-Bevölkerung zuständige südafrikanische Minister hat eine solche Diskussion hinfällig gemacht, indem er dem Parlament ein Programm vorlegte, das die *New York Times* von der »radikalsten Maßnahme« sprechen ließ, »die auf dem Gebiet des Rassenproblems in Südafrika je vorgeschlagen wurde«. Der Minister beabsichtigte, »den rechtlichen Status der Afrikaner auf den von Einwanderern zu reduzieren, bei denen jeder Ortswechsel im Ermessen der Regierung liegt« (20. 3. 1964).

Bedrohung des Friedens

Die Vereinigten Staaten geben zwar zu, daß das Regime der Apartheid eine Bedrohung des Friedens darstellt: sie haben den Verkauf von Waffen und Munition nach Südafrika ab Januar 1964 verboten. Aber sie gestatten weiterhin den Export von Petroleum und anderen strategisch wichtigen Produkten, denen in einer modernen Industriegesellschaft die gleiche Bedeutung zukommt wie Waffen.
Diese Bedrohung des Friedens läßt sich beziffern, und die Rüstungsaufwendungen Südafrikas sprechen für sich, wie die folgenden offiziellen Angaben bezeugen:

Fiskaljahr	Waffenproduktion (in Millionen Dollar)	Heeres- und Polizeietat (in Millionen Dollar)
1961	0,5	112
1962	5	154
1963	20	225
1964	33	291

Neben der Produktion von konventionellen Waffen wird in Südafrika an der wissenschaftlichen Entwicklung und Herstellung von Giftgasen gearbeitet, »die eine Vernichtungsstärke besitzen, deren Wirkungsradius dem einer Atombombe vergleichbar ist« (L.-J. Le Roux, Vizepräsident des Nationalrats für wissenschaftliche und industrielle Forschung, in einer Erklärung vor der südafrikanischen Vereinigung für wissenschaftlichen Fortschritt am 6. November 1963). [17]

Außerdem ist Südafrika für die Produktion nuklearer Waffen besonders begünstigt. Seine ungeheuren Uran-Vorkommen haben ihm seitens der Vereinigten Staaten einige hundert Millionen Dollar und eine beachtliche technische Unterstützung eingetragen. Die amerikanische Regierung hat sich am 8. Juli 1957 sogar verpflichtet, Südafrika zu helfen, »ein Mitglied im Atomclub« zu werden [18]; und eine amerikanische Gesellschaft, die Allis Chalmers, baut den ersten Atomreaktor Südafrikas.

Wodurch kann Südafrika gezwungen werden, eine friedliche Lösung seiner Rassenprobleme zu suchen? 1961, als die in Südafrika beschäftigten ausländischen Arbeiter spontan beschlossen, ihre Tätigkeit einzuschränken, erlebte dieses Land einen Augenblick der Panik. Demnach wäre es durch einen umfassenden Propagandafeldzug, an dem die USA teilnähmen, sehr verwundbar.

Entschlössen sich die Vereinigten Staaten gegenüber Südafrika zum Boykott (Weigerung zu kaufen) und zum Embargo (Weigerung zu verkaufen), so erhielte diese Maßnahme, anders als im Falle Kubas, ihren Nachdruck durch die Unterstützung der UNO und des Ostblocks sowie durch die fast einhellige Mitwirkung der Länder Asiens und Afrikas. Und dieses Beispiel der Vereinigten Staaten würde es England, zumal unter einer Labour-Regierung, sehr schwer machen, allein abseits zu stehen.

Das südafrikanische Apartheid-Regime ist jedoch ein integrierender Bestandteil jener Welt, die man die freie nennt, und genießt als solcher strategische, finanzielle und materielle Unterstützung. Wenn eine progressive Politik die Vereinigten Staaten dazu brächte, ihr Bündnis mit der Apartheid zu lösen, so bedeutete das für die Männer des amerikanischen Großkapitals natürlich einen unmittelbaren Verlust. Aber durch die Fortsetzung der gegenwärtigen Politik könnte es dazu kommen, daß der Führungsposition der Vereinigten Staaten die letzte Stunde schlägt. Denn die Schwarzen Südafrikas sind in der Welt zum lebendigen Symbol eines von einer herrschsüchtigen Rasse ausgebeuteten Volkes geworden. Den

Vereinigten Staaten schadet ihr eigener Rassenkonflikt schon genug. Weit mehr noch wird ihnen bald die Schuld an einem Rassenkonflikt in Südafrika schaden – einem bewaffneten Konflikt zwischen Weißen und Schwarzen, der auf andere Teile Afrikas übergreifen und sogar einen Weltkonflikt auslösen könnte.

Hier ein paar touristische Tips: Erleben Sie in Johannesburg die exotischen Tänze der Minenarbeiter... Jeder neue Urlaubstag verspricht Ihnen ein neues, faszinierendes Erlebnis... Ihre Lufthansa – in der ganzen Welt zu Hause. [19]

Südafrika – ein Land wie geschaffen für den Urlaub Ihres Lebens... Großzügigkeit, Wohlstand, Gelassenheit und Gastfreundschaft... Ein Land des Sommers und der Heiterkeit, des Weines und der Blumen... Satour, das südafrikanische Reisebüro, schickt Ihnen gern Broschüren, die Ihnen so gefallen werden, daß Sie der Gedanke an Südafrika nicht mehr losläßt. [20]

Sind Sie an einem neuen, großen und erfolgversprechenden Markt für Ihre Erzeugnisse interessiert, dann fliegen Sie nach Südafrika mit den South African Airways... Ein Land mit einer ungewöhnlich stabilen Wirtschaftslage und hohem Volkseinkommen... durchpulst von Optimismus und Unternehmungsgeist... Hier herrscht eine Atmosphäre des gesunden Wohlstandes. 18 Milliarden Mark hat die Weltwirtschaft im Lande investiert und erzielt einen jährlichen Durchschnittsgewinn von 27 Prozent... Südafrika ist der älteste Vorposten europäischer Zivilisation auf dem afrikanischen Erdteil... Westeuropa hat ein Kapital von 2,8 Milliarden Mark investiert... Fast 200 000 ausländische Besucher lassen sich alljährlich die Schönheiten Südafrikas zeigen. [21]

»Ich weiß die Rassenprobleme hier in guten Händen.« Heinrich Lübke in Johannesburg. [22]

Anmerkungen

1 »Partners in Apartheid: United States Policy on South Africa«, ein vom America Committee on Africa in der Zeitschrift *Africa Today*, März 1964, publiziertes Dokument
2 vgl. G. Fasulo: Au-delà de l'Apartheid; les trust préparent la relève. *Révolution* Nr. 1, September 1963
3 vgl. State of South Africa: Economic, Financial and Statistical Yearbook for the Republic of South Africa, Johannesburg 1962; Report of the Special Committee on the Policies of Apartheid of the Government of the Republic of South Africa, United Nations Assembly, 16. September 1963
4 International Financial Statistics, August 1963; Balance of Payments Yearbook, 1962
5 United States Department of Commerce, Survey of Current Business, August 1963
6 Bericht des South African Information Service, März 1962
7 Jährliche und vierteljährliche Berichte der Newmont Mining und der American Metal Climax; *South African Digest*, 18. Juli 1963
8 U.S. Department of Commerce, Survey of Current Business, August 1963
9 *Board of Trade Journal*, London, 15. November 1963
10 South African Reserve Bank, Beilage des *Quarterly Bulletin of Statistics*, Dezember 1961
11 Commerce and Industry, Pretoria, Juni 1963, S. 612 ff.
12 F. Taylor Ostrander, Beigeordneter des Präsidenten der American Metal Climax Inc., in einem Brief an den Herausgeber von *The Colgate Maroon*, 31. Mai 1961
13 Industrial Profile: Republic of South Africa. Da Gamme Publications, Johannesburg 1962, S. 21 f.
14 U.S. Department of Commerce
15 *West Africa*, 30. November 1963, S. 1357
16 a. a. O.
17 *New York World Telegram and Sun*, 7. November 1963, S. 4
18 State of South Africa: Economic, Financial and Statistical Yearbook for the Republic of South Africa, Johannesburg 1962, S. 155
19 Anzeigenkampagne der Lufthansa, Winter 1964/65
20 Anzeigenkampagne des Reisebüros Satour, Winter 1964/65
21 Anzeigenkampagne der South African Airways, 1963
22 Zitiert nach *Kap ohne Hoffnung*, herausgegeben von Freimut Duve. Reinbek 1965. S. 91

Dossier 3
Entwicklungshilfe oder Ausbeutung? Eine Debatte aus Schweden

Die Massenmedien, die unsere öffentliche Meinung bestimmen, räumen der Entwicklungshilfe, die von den Vereinigten Staaten und von Westeuropa (darunter auch von Schweden) geleistet wird, einen so hervorragenden Platz ein, daß die Öffentlichkeit sich kaum erklären kann, warum der Abstand zwischen den reichen und den armen Ländern fortwährend wächst. Sie muß zu Schlüssen wie den folgenden kommen: daß es mit dem »Menschenmaterial« Afrikas und Südamerikas nicht weit her sei; daß die Eingeborenen mit den enormen Hilfeleistungen, die ihnen zuteil werden, nichts rechtes anzufangen wissen; daß sie es offenbar zufrieden sind, das Gnadenbrot der ganzen Welt zu essen, und dabei noch auf unsere Achtung Anspruch machen. Solche und ähnliche Ansichten kann man täglich hören.

Ab und zu liest man allerdings eine Zeitungsnotiz über die Investitionen westlicher Unternehmungen in den Entwicklungsländern; im allgemeinen werden aber auch solche Beteiligungen als eine Art von Entwicklungshilfe dargestellt. Welche Einkünfte dem Mutterland des Unternehmens dabei aus dem ärmeren Land erwachsen, davon ist selten die Rede. Wer weiß schon, daß den Vereinigten Staaten für jeden Dollar, den sie in Südamerika investieren, zwei Dollar an Kapitalzinsen und Gewinnen zufließen? Wenn sich diese Tatsache herumspräche, so käme wohl mancher zu der Einsicht, daß Cuba es sich einfach nicht mehr leisten konnte, von seinem reichen Nachbarn »Entwicklungshilfe« entgegenzunehmen ...

In einer Untersuchung über die Lage der Entwicklungsländer *(Från Kolonialism till Socialism,* Stockholm 1964) hat der Nationalökonom Bo Gustafsson sich mit drei Gründen auseinandergesetzt, die von den reicheren Nationen immer wieder ins Feld geführt werden, um die Stagnation in der Dritten Welt zu erklären, nämlich 1) der Übervölkerung und dem hohen Geburtenüberschuß; 2) dem Kapitalmangel und 3) dem Mangel an unternehmerischem Talent. Gustafsson zeigt dagegen, daß das haupt-

sächliche Hindernis für eine rasche Entwicklung im Vorgehen der ausländischen Großunternehmungen und in deren Bündnis mit reaktionären einheimischen Klassen und Gruppen liegt. Die politische Selbständigkeit bedeutet wenig, wenn sie sich nicht auf eine unabhängige Wirtschaft stützen kann, und wenn die Mittel des Landes nicht in seinem eigenen Interesse und auf seine eigene Entwicklung verwendet werden können. Nun können die ausländischen Gesellschaften natürlich nicht an der Entwicklung eines Gastlandes schlechthin interessiert sein, und sie denken nicht daran, ihre Gewinne unverzüglich in neue Industriezweige an Ort und Stelle zu stecken, die vielleicht ihrerseits keinen kurzfristigen Gewinn abwürfen. Vielmehr rechnen sie es sich schon als ein Verdienst an, daß sie überhaupt in den armen Ländern investieren, und sie verlangen von den neuen Regierungen dort Garantien dafür, daß sie ihre gesamten Gewinne ins Mutterland transferieren dürfen. Bei den niedrigen Arbeitslöhnen, die in jenen Ländern bezahlt werden, können die investierten Gelder oft innerhalb von ein bis zwei Jahren amortisiert werden. In der ohnmächtigen Hoffnung darauf, daß der Industrialisierungsprozeß nach und nach gleichsam von selbst in Gang kommen werde, und unter dem Druck des ausländischen Kapitals, lassen sich schwache Regierungen zu einer Gesetzgebung bewegen, die auf den Satz hinausläuft: Nehmt was ihr wollt – es kostet nichts. Die Verarmung der unterentwickelten Länder schreitet auf diese Weise immer weiter fort...

Haben die Entwicklungsländer keine andere Wahl, als sich bestehlen zu lassen oder alles beim Alten zu lassen? Ein dritter Weg, der sich anbietet, ist die Sozialisierung der Wirtschaft. Diese Methode ist kein Wundermittel; sie erlaubt es nicht, innerhalb von wenigen Jahren den Lebensstandard auf unser Niveau zu bringen. (Schließlich können die Entwicklungsländer nicht, wie die westlichen Industrienationen, ihre Rohstoffe fast umsonst importieren.) Aber sie kann, innerhalb von zwanzig Jahren harter Arbeit, der Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein sichern. Was immer man gegen die chinesische Republik seit ihren Anfängen vorgebracht hat – es ist nicht zu leugnen, daß dieses Land der ökonomischen Stagnation Herr geworden ist und heute mit einer Intensität fortschreitet, wie sie keines jener Länder kennt, die der Hilfe und der Ausbeutung des Westens preisgegeben sind. China läßt sich heute nicht mehr für einen geschenkten Dollar zwei Dollar aus der Tasche ziehen.

Die Chinesen haben von den Fortschritten und den Fehlern der Sowjets

gelernt, und auf ähnliche Weise lernen heute die Cubaner, die Ghanesen und die Algerier von den Fortschritten und den Fehlern der Chinesen . . .
Was nun Schweden betrifft, so ist unser Land nie eine Kolonialmacht gewesen; wir glauben uns von Rassenvorurteilen frei und erheben unsere Stimme gegen Verwoerds Regime. Doch operieren viele schwedische Gesellschaften in unterentwickelten Ländern, und wir haben allen Grund, uns einige Fragen zu stellen. Welche Herrschaftsformen unterstützen die schwedischen Unternehmer dort? Was für Löhne zahlen sie beispielsweise in Südafrika? Wie hoch liegen ihre Gewinne? Wieweit fließen diese Gewinne nach Schweden zurück, wieweit werden sie in den betreffenden Ländern reinvestiert? Was verdient Schweden an günstigen Handelsabkommen mit den unterentwickelten Ländern? Und schließlich: wie verhalten sich unsere Einnahmen aus den ärmeren Ländern zu unseren Hilfeleistungen? . . .
Es ist höchste Zeit, Auskunft über diese Punkte zu fordern. Auch die Ärmsten lernen heute lesen und rechnen, ob uns das paßt oder nicht. Der Tag ist nicht fern, an dem sie uns eine Rechnung darüber präsentieren können, was unsere Hilfe sie gekostet hat. Wir werden uns nicht darauf hinausreden können, daß wir diesen Preis nicht gekannt haben. Rabatt wird nicht gegeben.
Sara Lidman

Sara Lidman fragt sich und uns, ob die schwedischen Industriebetriebe, die in den Entwicklungsländern arbeiten, diesen Ländern nicht mit Zins und Zinseszinsen wieder abnehmen, was ihnen die schwedischen Steuerzahler an Hilfeleistungen gegeben haben . . .
Ihr Artikel schließt mit einer Reihe von Fragen, aus deren Vokabular und Tonfall zu schließen ist, daß Sara Lidman nicht daran zweifelt, wie die Antwort ausfallen wird. Jedermann weiß, daß ein großer Teil der Öffentlichkeit ihren Verdacht und ihr Mißtrauen teilt. Es mag daher von Nutzen sein, die Frage nach dem Profit von Privatunternehmungen, die sich in Entwicklungsländern engagieren, einmal prinzipiell zu überlegen.
Die Diskussion über einen »angemessenen Preis« für die Leistungen privater Unternehmungen in solchen Ländern zeigt eine verblüffende Ähnlichkeit mit der Auseinandersetzung über »angemessene« Gewinn- und Handelsspannen überhaupt, wie sie hierzulande geführt worden ist. Nach

langem Hin und Her hat man sich seinerzeit wohl darauf geeinigt, daß ein »angemessener Preis« zustande kommt als Kompromiß zwischen den Wünschen eines Verkäufers und eines Abnehmers, die beide keine günstigeren Möglichkeiten finden können. Wo es sich um Investitionen in einem Entwicklungsland handelt, kann man dieses Land als Käufer betrachten; es bietet dem Geldgeber für seine Leistung einen Preis, nämlich ein Investitionsobjekt und gewisse Konzessionsbedingungen. Das ausländische Unternehmen geht auf dieses Angebot dann und nur dann ein, wenn die Bedingungen im Vergleich zu anderen, konventionelleren Anlagemöglichkeiten verlockend genug sind. Den größeren Schwierigkeiten und Risiken, die jedes Engagement in Entwicklungsländern mit sich bringt, muß ein größerer oder rascherer Gewinn entsprechen, sonst wird sich der Anleger für ein anderes Objekt entscheiden. Das Entwicklungsland wird sein Angebot in den wirtschaftlichen Grenzen halten, die im Hinblick auf die direkten und sekundären Wirkungen der Investition gerechtfertigt scheinen; wenn das Geschäft keinen entsprechenden Ertrag verspricht, wird es nach anderen Interessenten Ausschau halten. Übrigens hat auch unser eigenes Land seinerzeit derartige strategische Primärinvestitionen zu Hilfe genommen, als die eigene Kapitalkraft noch nicht ausreichte, um beispielsweise den Bau unserer ersten Eisenbahnen zu finanzieren; auch in diesem Fall sicherlich zu einem Preis, den manche Kritiker »unangemessen« fanden.

Von einem »unangemessenen« Preis wird man also nur dann sprechen können, wenn der Marktmechanismus, beispielsweise durch politische Zwangsmaßnahmen gegen ein Entwicklungsland oder durch grobes Versagen seiner Unterhändler, gestört wird. Solche Störungen kommen natürlich auch heute noch vor. Aber es ist kaum anzunehmen, daß *schwedische* Unternehmen sich politische Druckmittel zunutze machen können; und was die Verhandlungskünste rücksichtsloser Unternehmer angeht, so wird ihnen heute kein Entwicklungsland mehr so leicht zur Beute fallen; man verfügt dort über ausgezeichnete Ratgeber.

Die weltweite Welle der Entwicklungshilfe ist, ungeachtet mancher Schönheitsflecken, ungeachtet egoistischer Nebenmotive, ungeachtet der Unwissenheit gewisser Karrieremacher, ohne Frage ein Zeichen menschlicher Solidarität. Sie kann und wird auf die Entwicklung der Welt wohltuend wirken. Kritik an einem Verhalten, das diese Solidaritätsbekundungen in ein schlechtes Licht rückt, ist berechtigt. Jedoch sollten die Kritiker beden-

ken, daß jeder Einwand gegen die Arbeit in den Entwicklungsländern, ganz gleich ob er zu Recht oder zu Unrecht vorgebracht wird, die Haltung des Hilfsempfängers beeinflußt und damit die Möglichkeiten zu helfen vermindert . . . Schon deshalb wäre es gut, wenn sich die Kritik auf konkrete Fälle bezöge, statt sich allgemein zu äußern; auch sollte sie ihre Klagen in handgreiflicheren Worten vorbringen, also etwa in der Terminologie der Marktwirtschaft, wie sie hier angewendet worden ist . . . Ferner wäre es einer konkreten Diskussion dienlich, wenn die Kritiker ganz offen aussprechen würden, was ihrer Argumentation oft zugrundezuliegen scheint: nämlich die Ansicht, als sollten schwedische Unternehmungen in den Entwicklungsländern sozusagen unter dem Marktpreis operieren und geringere Gewinne in Kauf nehmen als bei anderen Investitionen.

Nun zu einigen Einzelfragen . . . Was die Reinvestition von Gewinnen in unsere Betriebe in den Entwicklungsländern, oder in neue Betriebe in den selben Ländern betrifft, so müssen dafür selbstverständlich dieselben Kriterien gelten wie für die primären Investitionen, aus denen der Gewinn herrührt.

Wieweit sich schwedische Firmen in Entwicklungsländer niederlassen sollen, deren politisches Regime uns unsympathisch ist, diese Frage ist im Zusammenhang mit Boykottaktionen bereits ausführlich diskutiert worden. Ich persönlich bin der Meinung, daß ein Unternehmen, das stark genug ist, um eine Politik zu führen, die in irgendeinem Punkte »besser« ist als die landesübliche, im allgemeinen mehr Nutzen stiften wird als eine Isolierung des betreffenden Entwicklungslandes, schon durch seine Wirkung auf die öffentliche Meinung. Natürlich gibt es einen politischen Tiefstand, unterhalb dessen eine solche Wirkung nicht möglich oder wünschenswert ist. Es ist schwer, dieses Niveau zu bestimmen, aber vielleicht kann als ein brauchbarer Maßstab dienen, daß eine Firma, die sich unter dieses Niveau begibt, normale schwedische Bürger nicht mehr zur Mitarbeit wird bewegen können . . .

Schließlich sei darauf hingewiesen, daß es unbillig ist, nach Art gewisser moralischer Rechenkünstler, die offizielle schwedische Entwicklungshilfe gegen die Gewinne schwedischer Firmen in den unterentwickelten Ländern aufzurechnen. Diesen Gewinnen entspricht ja, wie ich gezeigt habe, ein ebenso großer Gewinn für das jeweilige Gastland, während Geschenke einseitig gegeben werden. Man kann nicht verlangen, daß ein Unternehmen, das übrigens mit seinen Steuerleistungen einen Teil der Kosten für

die staatliche Hilfe bestreitet, außerdem noch auf seinen Profit verzichtet. Das wäre ebenso unvernünftig, als wollte man einem schwedischen Unterstützungsempfänger über die Sozialfürsorge hinaus auch noch einen Rabatt auf gewisse gewerbliche Erzeugnisse – zum Beispiel auf Sara Lidmans Bücher – einräumen.
Sven Åsbrink

Eines Tages fragte ich einen Wucherer – sein Name spielt keine Rolle, es war einer der Millionen von Wohltätern, die gegen einen Zins, der kaum über hundert Prozent liegt, ihren notleidenden Brüdern überall in der unterentwickelten Welt helfen – einen solchen Wucherer also fragte ich, wie sich seine Aufwendungen für Almosen zu seinen Zinsgewinnen verhielten.
Er antwortete:
Aus dem Tonfall Ihrer Frage schließe ich, daß Sie nicht daran zweifeln, wie meine Antwort ausfallen wird. Und ich weiß, daß ein großer Teil der Öffentlichkeit Ihr Mißtrauen teilt, und uns Wucherern gegenüber eine kritische Haltung einnimmt. Es mag daher von Nutzen sein, die Frage nach dem Profit, so wie sie sich für einen Wucherer stellt, einmal prinzipiell zu überlegen.
Was ist eine »angemessene« Verzinsung? Nun, eine solche Verzinsung kommt zustande als ein Kompromiß zwischen den Wünschen eines Geldverleihers und eines Kreditbedürftigen, die beide keine günstigeren Möglichkeiten finden können. Wir Wucherer gehen auf eine solche Investition dann und nur dann ein, wenn die Bedingungen im Vergleich zu anderen, konventionelleren Anlagemöglichkeiten verlockend genug sind. Den größeren Schwierigkeiten und Risiken, die jeder Geldverleih an unseren Kundenkreis mit sich bringt, muß ein größerer oder rascherer Gewinn entsprechen. Unsere Kreditnehmer werden ihr Zinsangebot in den wirtschaftlichen Grenzen halten, die ihnen im Hinblick auf ihre himmelschreienden Geldnöte gerechtfertigt scheinen. Wenn ihnen ein Abschluß mit mir ungünstig vorkommt, so suchen sie einfach einen anderen Wucherer auf oder warten ab, bis sie verhungert sind. Ihre geschäftlichen Beziehungen mit mir werden mit anderen Worten durchaus freiwillig eingegangen.
Ich möchte hinzufügen, daß ich selbst vor kurzem noch recht arm war;

seinerzeit mußte ich ebenfalls einen Zins zahlen, der mir damals durchaus »unangemessen« schien.
Doch wird man von einem »unangemessenen« Zinsfuß nur dann sprechen können, wenn der Marktmechanismus gestört wird, beispielsweise dann, wenn ich mein Geld unter bewaffneten Drohungen verleihen oder mit offensichtlich schwachsinnigen Partnern verhandeln würde. Solche Störungen kommen natürlich vor. Ich für meinen Teil kann mir nicht vorstellen, daß ich mir solche unzulässigen Druckmittel jemals zunutze machen könnte; das ist im übrigen auch gar nicht nötig, da meine Kreditnehmer von sich aus meine Hilfe in Anspruch nehmen. Und was den Schwachsinn angeht, so sind meine Klienten gerissener als Sie denken: sie borgen nicht aus Unverstand, sondern aus Not.
Sie haben übrigens meine Almosen erwähnt. Ohne Frage ist das Verteilen von Almosen, ungeachtet mancher Schönheitsflecken und ungeachtet egoistischer Nebenmotive, ein Zeichen menschlicher Solidarität. Eine solche Bekundung des guten Willens kann und wird auf die Entwicklung der Welt wohltätig wirken, und zwar auch dann, wenn weit größere Beträge in Form von Gewinnen an den Spender zurückfließen. Das sollten auch die Kritiker bedenken. Wenn sie in ihrer unüberlegten Art Einwände gegen die Almosen erheben, die wir Wucherer austeilen, so kann dadurch die Haltung des Empfängers beeinflußt und der Wert der Gaben vermindert werden. Dagegen ist uns jede positive Kritik, die natürlich in der Terminologie der Marktwirtschaft vorgebracht werden müßte, willkommen.
Vor allem aber sähe ich es gerne, wenn Sie einmal ganz offen aussprechen würden, was Ihrer Argumentation zugrundezuliegen scheint, nämlich die Ansicht, als sollten wir Wucherer besonders bedürftigen Kunden gegenüber sozusagen unter dem Marktpreis operieren und dabei geringere Gewinne in Kauf nehmen. Wenn beispielsweise der übliche Zinsfuß für besonders schlecht gestellte Klienten zehnmal so hoch liegt wie der normale Bankzins, so sollten wir uns freiwillig mit dem Satz begnügen, der für zahlungskräftige Kunden gilt. Mit solchen Argumenten zeigen Sie nur, daß Sie von den Gesetzen des freien Marktes nichts verstehen. Daß schlecht gestellte Leute bereit sind, sehr hohe Zinsen zu zahlen, das ist ja gerade der Grund dafür, daß wir ihnen Geld leihen.
Schließlich sei darauf hingewiesen, daß es unbillig ist, nach Art gewisser moralischer Rechenkünstler, die Almosen, die ich spende, gegen meine

Zinsgewinne aufzurechnen. Diesen Gewinnen entspricht ja, wie ich gezeigt habe, ein ebenso großer Gewinn für den, der sich bei mir Geld leiht: er bekommt schließlich das Kapital, das ihm fehlt, oder nicht? Dagegen werden meine Almosen einseitig gegeben. Man kann also nicht verlangen, daß ich, der ich übrigens meine Aufwendungen für Almosen eben aus meinen Einkünften bestreite, außerdem noch auf meinen Profit verzichte. Das wäre ebenso unvernünftig, als wollte man einem schwedischen Unterstützungsempfänger über die Sozialfürsorge hinaus auch noch einen Rabatt auf gewisse gewerbliche Erzeugnisse einräumen – zum Beispiel auf Ihre Bücher.

Wenn ich gewisse Argumente, die Direktor Åsbrink vorgebracht hat, einem Wucherer in den Mund lege, so will ich damit nicht sagen, daß schwedische Firmen in den Entwicklungsländern Wucher treiben. Dagegen will ich zeigen, daß seine Äußerungen auch zur Verteidigung von Geschäften dienen können, die den anderen Partner auf die Dauer ruinieren müssen. Sara Lidmans Fragen lassen sich auf keinen Fall dahin beantworten, daß alle Gewinne, die durch marktkonforme Abmachungen zustandekommen, eo ipso bereits »angemessen« wären. An eine automatische Gerechtigkeit, die in der Natur des Marktmechanismus verborgen läge, glaubt die schwedische Öffentlichkeit schon lange nicht mehr; am allerwenigsten kann von Gerechtigkeit die Rede sein, wo sich sehr schwache und sehr starke Geschäftspartner gegenüberstehen und wo eine Gesetzgebung zum Schutz des schwächeren Teiles fehlt . . .

Sven Åsbrink versucht in seinem Artikel, die moralische Verantwortung für ein gewisses ökonomisches Verhalten vom Management abzuwälzen auf automatisch wirkende wirtschaftliche Prozesse. Das zeigt sich besonders deutlich in seinen Überlegungen, das Engagement der schwedischen Wirtschaft in Ländern betreffend, deren politisches Regime uns »unsympathisch« ist, zum Beispiel in Südafrika. Wie weit ein Unternehmen dabei gehen kann, das macht er davon abhängig, ob es »normale schwedische Bürger« zu einer Mitarbeit an solchen Projekten bewegen kann. Unzweckmäßig scheint Herr Åsbrink die Gründung einer Tochtergesellschaft in einem solchen Land erst dann, wenn kein Schwede mehr bereit ist, gegen hohe Gehälter und andere Vorteile dort zu arbeiten: damit sei ein »brauchbarer Maßstab« gegeben.

Die Verantwortung für die moralische Seite der Sache liegt also ganz und gar bei den Angestellten. Offenbar gibt es kein politisches System, das

»unsympathisch« genug wäre, um eine normale schwedische Unternehmensführung zu veranlassen, von sich aus die Unterstützung aufzukündigen, die es ihm gewährt.
Sven Lindqvist

Es ist im Laufe dieser Diskussion behauptet worden, daß die sogenannten direkten Investitionen kapitalistischer Unternehmungen in kolonialen oder exkolonialen Ländern denen, die sie entgegennehmen, mehr Vorteile als Nachteile böten, daß sie mit Ausbeutung nichts zu tun hätten, und daß hinter ihnen keineswegs nur Gewinnmotive, sondern auch viele andere Überlegungen stünden.
Eine günstige Wirkung auf die Wirtschaft des Empfängerlandes haben solche Investitionen aber nur in äußerst wenigen Fällen, dann nämlich, wenn dieses Land politisch und ökonomisch so stark und selbständig ist, daß beide Teile ihre Gewinne auch wirklich ausschöpfen können. Sobald diese Bedingung erfüllt ist, pflegt das Interesse der kapitalistischen Unternehmer allerdings rasch nachzulassen. Die Sowjetunion hatte seinerzeit mit ihrer Einladung an das ausländische Kapital, im Lande zu investieren, wenig Erfolg. Das einzige Land in Lateinamerika, das in der Lage wäre, ausländische Investitionen auch für sich selbst zu nutzen, nämlich Cuba, wird bezeichnenderweise von der amerikanischen Wirtschaft boykottiert, die es nach wie vor vorzieht, mit den zentralamerikanischen und brasilianischen »Gorilladiktaturen« ins Geschäft zu kommen. Die ghanesische Regierung gab den ausländischen Gesellschaften 1962 zu verstehen, daß sie ihnen eine Reinvestitionsquote von 60% der erzielten Gewinne zur Auflage machen wollte. Die ersten Bombenattentate auf den streitbaren Präsidenten der Republik, auf Nkrumah, ließen nicht lange auf sich warten. Aus guten Gründen suchen sich die privaten Investitoren mit Vorliebe Entwicklungsländer aus, in denen ein reaktionäres Regime herrscht, das die Arbeiter in Schach hält; afrikanische Beispiele hierfür bieten Südafrika, Südrhodesien, Angola und der Kongo. Je ärmer die Bevölkerung, desto geringer die Lohnforderungen. Je stärker die politische Unterdrückung, desto weniger Streiks. Wenn sich das Unternehmen gar ein Monopol verschaffen kann, indem es die Regierung aufkauft, so ist damit auch noch die Konkurrenz ausgeschaltet.
Der größte Teil der Gewinne fließt in jedem Fall in das »Mutterland«

zurück. Allein diese Teilbeträge stehen in gar keinem Verhältnis zu den primären Investitionen. Zwischen 1950 und 1961 belief sich der gesamte Kapitalimport nach Lateinamerika auf 9,6 Milliarden Dollar. In der gleichen Zeit machte der Kapitalrückfluß in Form von Gewinnen, Zinsen usw. 13,4 Milliarden aus. Somit ergab sich für ganz Lateinamerika ein effektiver Kapitalverlust von 3,8 Milliarden, das sind über 300 Millionen Dollar pro Jahr. (Im selben Zeitraum büßten die lateinamerikanischen Länder außerdem 10,3 Milliarden Dollar durch Verschlechterung ihrer *terms of trade*, das heißt durch sinkende Export- und steigende Importpreise ein.) Dieser finanzielle Ausblutungsprozeß tritt noch deutlicher hervor, wenn man berücksichtigt, daß der Betrag von 9,6 Milliarden offensichtlich die militärische und para-militärische »Dollarhilfe« einschließt; daß der Verkauf amerikanischer Lebensmittelüberschüsse *(Food for Peace*-Programm) über den einheimischen Markt finanziert wird; und daß die Gewinne, welche die ausländischen Tochtergesellschaften ihren Zentralen im »Mutterland« überweisen, zum Teil mit einheimischen Kapitalien erwirtschaftet worden sind: so haben die beiden amerikanischen Konzerne SANBRA und Anderson & Clay im Jahre 1961 47% des gesamten Kreditvolumens in Anspruch genommen, das die brasilianische Nationalbank für den kommerziellen Bereich zur Verfügung stellte. (Quelle: *Towards a New Trade Policy*. UN-Publikation. 1964. S. 19.)

Die Fürsprecher der direkten Privatinvestitionen in kolonialen und exkolonialen Ländern lassen sich übrigens auch historisch ohne weiteres widerlegen. Bei dieser Form der Finanzierung kehrt sich das Verhältnis von Geber- und Empfängerländern regelmäßig um, und es ergeben sich Kapitalüberschüsse auf Seiten des investierenden Landes, nicht des Landes, in dem investiert wird. In den Glanzzeiten der britischen Investitionstätigkeit über See, zwischen 1870 und 1914, hat England netto 2,4 Milliarden Pfund an Kapital exportiert. In der selben Zeit flossen 4,1 Milliarden Pfund an Gewinnen und Zinsen aus eben diesem Kapital nach England zurück. (Quelle: A. K. Cairncross: *Home and Foreign Investment 1870-1913*, Cambridge 1953. S. 180.)

Auf Grund von Zahlenangaben aus der *Survey of Current Business*, einer Publikation des amerikanischen Handelsministeriums, kommt man zu folgenden Resultaten: Amerikanische Firmen haben im Zeitraum 1950-1963 zwölf Milliarden Dollar mehr an Kapitalerträgen erzielt und in die Vereinigten Staaten zurückfließen lassen, als sie im selben Zeitraum im

Ausland investierten. Die gesamten Auslandsguthaben der amerikanischen Privatwirtschaft stiegen, wiederum zwischen 1950 und 1963, um 28,8 Milliarden Dollar. Allein die amerikanischen Ölgesellschaften haben 1957-1962 4,2 Milliarden im Ausland investiert; im selben Zeitraum zogen sie 7,6 Milliarden Dollar an Zinsen und Gewinnen aus dem Ausland ab. (Quelle: Ira H. Cram, Aufsichtsratsvorsitzender der Continental Oil Company. *New York Times* vom 19. 11. 1964.)

Nach Angaben des damaligen Präsidenten John F. Kennedy gewährten die Vereinigten Staaten 1960 den Entwicklungsländern insgesamt eine Kapitalhilfe von 200 Millionen Dollar, während sich die Einnahmen der USA aus diesen Ländern im selben Jahr auf 1300 Millionen beliefen. (Quelle: Zitat in *O Estado de São Paolo* vom 12. 4. 1963; vgl. *US News World Report* vom 25. 12. 1961.)

Im übrigen steht am Anfang der Transaktion keineswegs immer ein echter Devisenzuwachs für das Land, in dem das ausländische Kapital investiert. Die Primärinvestition besteht oft nur aus Patenten und Lizenzen, die der fremde Kapitalgeber vorstreckt, während das Betriebskapital im Gastland selber aufgebracht werden muß. In andern Fällen bringt der ausländische Investor eine Konzession als Beteiligung ein, die ihm ein mehr oder weniger korruptes Regime im Gastland bewilligt hat.

In jedem Fall aber muß man die Logik des freien Unternehmertums schon mit Löffeln gegessen haben, um zu behaupten, daß zwischen den Investitionen der reichen in den armen Ländern und den Erträgen, die sie den Investitoren einbringen, eine vernünftige Relation besteht. Das ganze System führt vielmehr zur fortschreitenden finanziellen Ausplünderung der Entwicklungsländer.

Bo Gustafsson

Aus dem Schwedischen von Hans Magnus Enzensberger

Dossier 4
Volkes Stimme
Deutsche Leserbriefe über die dritte Welt

Beim Studium Ihrer Titelgeschichte, die die drohende Überbevölkerung, vor allem aber das beängstigende Überwiegen der mongolischen, asiatischen und schwarzen Rasse gegenüber der europäischen weißen Rasse im Verhältnis zueinander ausführlich behandelt, kommt einem erst recht zum Bewußtsein, wie weit vorausschauend, vernünftig und segensreich sich die Bevölkerungspolitik des nationalsozialistischen Staates bei konsequenter Durchführung für unser Volk und die gesamte Menschheit hätte auswirken können. Die Auslese der Besten, die Verhinderung erbkranken Nachwuchses, die Sterilisierung unheilbar Kranker, Rassenpflege und Reinerhaltung des Blutes und Ausscheidung alles Ungesunden und Minderwertigen waren Maßnahmen, die dem Problem nachhaltiger und wirksamer hätten begegnen können.

Mellendorf (Niedersachsen) *Hermann Pieper*
(12/1962)

Ihr Personalien-Bild über den Neger Tshombé in Heft 41 zeigt einmal so recht, wie weit unsere weiße Rasse sich unter dem aufdringlichen Gedrängsel der kalbsäugigen Schwarzen schon mit ihrem Untergang und mit dem Untergang des Abendlandes abgefunden hat; denn mit diesen Urwaldwesen, die gestern noch zum Frühstück die Verwandten verspeisten, stehen wir kurz vor der Brüderschaft. Vor Leuten, die in erstklassigen deutschen Hotels die fünf Gedecke der Tageskarte bestellen und nacheinander hinunterschlingen, die in ihren Hotel-Appartements die Hühner braten, die sie auf deutschen Straßen überfahren haben, und deren Begleiterinnen bei offiziellen Empfängen die Röcke bis zur Hüfte raffen, um das ungewohnte Mieder zurechtzurücken, vor solchen Leuten müssen deutsche Ehrenkompanien stramm stehen. Nun sagen Sie mal, Sie finden das wohl noch schön?

Hannover *Fritz Arnold*
(43/1961)

Sie schreiben über jeden Quark, nur über die größte Narretei unseres Zeitalters haben Sie sich bisher ungewöhnlich zurückhaltend geäußert: Ich meine natürlich die Entwicklungshilfe. Fünf Milliarden Mark verstreuen wir im Jahr unter Neger und andere Unterentwickelte. Das heißt: Jeder Bundesbürger, vom Baby bis zum Greis, muß jedes Jahr 100 DM für diese Wohltätigkeit ausgeben, die in Wirklichkeit darauf hinausläuft, die natürlichen Feinde unseres absterbenden Kulturkreises zu füttern und zu stärken.
Oder glaubt die Bonner Regierung im Ernst, daß die Empfänger der deutschen Entwicklungshilfe sich dafür irgendwann einmal dankbar erweisen werden? Solange wir ihnen Geld geben, werden sie es von uns nehmen. Wenn wir pleite sind, werden sie zum Osten überlaufen. Warum also die Verschwendung?
Nürnberg *Franz Blochenheim*
(19/1962)

Warum nimmt man bei allen Berichten über Rassenkrawalle immer für den »armen Neger« Partei, und weshalb stellt niemand die Frage, was eigentlich den Weißen der kurzweg als »Mob« abgetan wird, veranlaßt, gegen den Schwarzen vorzugehen, bzw. sich gegen diesen zu wehren?
Das ganze Geschwätz der schwarzen Rasse um Gleichberechtigung (die ihnen laut Gesetz ja sowieso zusteht) den Weißen gegenüber zielt doch nur darauf ab, heute von einem wirtschaftlichen Wohlstand zu profitieren, zu welchem die Schwarzen zum größten Teil in der Vergangenheit und ebenso in der Gegenwart nichts Wesentliches beigetragen haben.
Sucht man heute in den großen und mittleren lateinamerikanischen Städten einen Fahrer, einen Boten oder eine Hausangestellte, sind unter den Bewerbern in den wenigsten Fällen Neger, im Gegensatz zu Angehörigen anderer Rassen und Farben, obwohl Schwarze in den verschiedenen Städten oft bis zu ein Drittel und mehr der Einwohner stellen. Diese aber, mit wenigen Ausnahmen, bevölkern die Slums, leben von dunklen Geschäften, die »Ladies« von der Prostitution oder sitzen mit ausgeliehenen Babies am Straßenrand und betteln, vermeiden es aber geschickt, daß man sie in einen geregelten Arbeitsprozeß einschaltet.
Curitiba (Brasilien) *Herbert W. Meyer*
(24/1963)

Als ehemaligem Kolonialoffizier sei mir hierzu (d. i. zu einem Nachruf auf Paul von Lettow-Vorbeck) folgende Feststellung gestattet. Kolonialismus ist ein Schlagwort unserer Zeit geworden. Kolonialbesitz wird leider nicht bloß von der Presse hinter dem Eisernen Vorhang gleichgesetzt mit Ausbeutung, Versklavung und Ausrottung ganzer Völker. Die heutige Generation, welche die deutsche Kolonialzeit nur noch vom Hörensagen kennt, läßt sich allzu leicht von unseren Massenmedien irreführen. Zumal diese oft aus ihrer Feindschaft gegen die frühere Kolonialpolitik und aus allgemeinen Ressentiments heraus Gefallen daran finden, das »eigene Nest zu beschmutzen«. Der obenerwähnte Seitenhieb gegen die Schutztruppe – gleichgültig, ob bewußt oder unbewußt geführt – geht in diese Richtung.

München *Artur Schmitt, Generalleutnant a. D.*

(15/1964)

»Aufbauhilfe« oder »Sicherheitshilfe« nennt man es also, wenn man den Menschenfressern zu Nigeria das Töten von Menschen auf zivilisierte Art beibringt. Gibt es wirklich nichts, wo man das Geld dort besser anlegen könnte?

Kiel *Rolf Raabe*

(50/1964)

Der Spuk muß aufhören, daß die afrikanischen Potentaten in Berlin über die Mauer sehen, »Oooo« sagen und dann . . . zig Millionen kassieren.

Bremen *Otto Carstens*

(1–2/1965)

Vielleicht machen die Bonner Herren, die unsere Millionen so bereitwillig unter die schwarzen Heidenkinder verstreuen, diesen Couleurbrüdern der »Simbas«, denen die so lauthals ihre Solidarität bekunden, mal klar, daß wir gegen Kannibalismus so allergisch sind wie sie gegen Kolonialismus. Man sollte die Kuh, deren Milch man haben möchte, nicht abstechen.

Weißbach (Bayern) *Dr. Alfred Martin*

(1–2/1965)

Wie lange werden unsere Steuergelder noch als »Überbrückungshilfe von der Steinzeit zum Atomzeitalter« hinausgeschleudert? Mir deucht, bis zu

dem Tage, an dem die »Nehmenden die Gebenden« (so das Bonner Entwicklungsministerium) vor »Dankbarkeit« aufgefressen haben.
Immenstadt (Allgäu) *Peter Tausend*
(1–2/1965)

Angesichts der Greuel im Kongo und in Kairo und anderswo frage ich mich, warum begeht die »weiße Rasse« Harakiri und läßt sich das noch soviel kosten?
Essen *Erich Steinmetz*
(1–2/1965)

Hans Magnus Enzensberger
Europäische Peripherie

X., ein deutscher Sozialdemokrat, dem Vernehmen nach »links von der Partei stehend« – aber was will das schon heißen! –, etwa Mitte der Fünfzig, lebt in geordneten Verhältnissen, d. h. hat genügend Geld, steht auf dem Boden des Grundgesetzes, ist verheiratet, mit den Nazis hat er nie kollaboriert, seine politische Vergangenheit ist ohne Tadel, – X. sagt eines Nachmittags, einen kleinen Kuchen essend, das Gespräch hat sich dem Kongo zugewandt, China, den südostasiatischen Kriegen:
»Ich mache mir keine Sorgen; Kinder habe ich nicht; in ungefähr fünfzehn Jahren bin ich tot; solange aber werden wir *die* sicher noch unter dem Daumen halten.«
Das ist ganz obenhin und privat gesprochen, ohne Nachdruck, über den Kaffeetisch weg; der Sprecher hat es auf Provokation nicht abgesehen, er erwartet keinen Widerspruch, findet auch keinen; er setzt Einverständnis voraus, und hält seine Ansicht (zu Recht) für repräsentativ. Er kann mithin anonym bleiben. Ähnliche Sätze, ebenso banal, ebenso offenherzig, ebenso ungenau, kann man Mitte der sechziger Jahre in der ganzen »zivilisierten Welt« hören, in Berlin und in Stockholm, in Johannesburg, in New York und nicht zuletzt in Moskau. Dafür bürge ich, das weiß ich aus Erfahrung. So, oder so ähnlich, sprechen, wenigstens in ihren vier Wänden, christliche Politiker und liberale Intellektuelle, Arbeiter und Unternehmer, amerikanische Offiziere und kommunistische Parteifunktionäre. Was sich derart äußert, gehört zum Kodex jener nicht-öffentlichen Meinung, die aller Diskussion entzogen bleibt, und die sich gegen Aufklärung immunisiert, indem sie jeder öffentlichen Konfrontation ausweicht. Solche Meinungen setzen sich als stillschweigende Übereinkünfte durch; sie verzichten darauf, sich zu definieren; sie verstehen sich gewissermaßen von selbst. Tatsächlich versteht jeder, der zuhört, auf Anhieb, was gemeint ist: nur beim Namen nennt es keiner. Für diesen verschwiegenen Namen treten zwei Pronomina ein: »Wir« und »Die«.

Diese beiden Fürwörter teilen die Welt in zwei Hälften auf. An dem Verhältnis, das zwischen »uns« und »denen« herrscht, wird kein Zweifel gelassen; die Metapher, die X. gewählt hat, spricht es aus. Sie redet einer Politik das Wort, die in »unserm« Namen geführt, aber selten so aufrichtig formuliert wird – jedenfalls nicht offiziell. »Wir« sind offenbar mächtiger als »die«, und machen von unserer Überlegenheit Gebrauch: der Daumen drückt aus, auf welche Weise, nämlich durch Unterdrückung. Das kann sich ändern. Darüber gibt X. sich keinen Illusionen hin. Offensichtlich rechnet er damit, daß die Machtverhältnisse zwischen »uns« und »denen« sich über kurz oder lang umkehren werden. Die Zeit arbeitet gegen »uns«. X. gibt sogar eine Schätzung der Frist, die »uns« bleibt. Ihrem Ablauf sieht er gelassen entgegen. Daß ihn seine eigene Prognose nicht beunruhigt, mutet sonderbar an. Statt eine Erklärung dafür zu geben, beschreibt X. seine private Situation. Zukunft schlechthin fällt für ihn mit persönlicher Lebenserwartung zusammen. Kinder hat er nicht, auf andrer Leute Kinder kann er keine Rücksicht nehmen. Interessen und Überlegungen, die über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren hinausreichen, vermag er sich nicht vorzustellen. Mit ihm geht die Welt unter. Bei alledem schlägt durch sein gefaßtes Parlando ein zitternder Unterton. Daß er sich keine Sorgen mache, betont er um eine Spur zu eifrig, und so sicher, wie er sich gibt, ist er seiner Galgenfrist nicht. Mit einem Wort: der Mann hat Angst. Er sieht eine Katastrophe auf sich zukommen. Sie zu verhindern trifft er keine Anstalten. Sie soll lediglich aufgeschoben werden, bis er tot ist. Dazu ist es nötig, die andern »unter dem Daumen zu halten«: noch. Dieses Noch verweist sowohl auf eine Vergangenheit, in der das Verfahren sich bewährt, wie auf eine Zukunft, in der es ausgespielt hat. Zwischen der Politik des Daumens und der drohenden Katastrophe sucht X. keinen kausalen Zusammenhang. Die Frage, ob diese Politik nicht eben das herbeiführe, was sie hinausschieben soll, wird nicht gestellt, viel weniger beantwortet.

Ebensowenig versucht X., die beiden Hälften, in die er die Welt geteilt sieht, gegeneinander abzugrenzen. Die Grenze wird nicht gezogen, sie wird vorausgesetzt. Der nicht weiter sieht als bis an sein privates Ende, unterstellt zugleich Solidarität: eine Solidarität, die nicht auf gemeinsamen Überzeugungen, sondern auf gemeinsamen Interessen ruht. Es sind dies die Interessen eines Rentiers im Angesicht der Apokalypse. Mit ihrer Wahrnehmung sind beauftragt: »Wir«.

Man kennt diese Denkungsart und das Verhalten, das ihr entspricht. Man hat Beispiele dafür. So wie heute der deutsche Sozialdemokrat X. haben vor ein paar Jahrzehnten die britischen Militärs in Indien, die holländischen Unternehmer in Indonesien gesprochen; um kein Haar anders haben in Kenya die britischen Pflanzer, in Algerien die *pieds noirs*, in Indochina die französischen Kaufleute reagiert – mit einem bedeutenden Unterschied: die *colons* aller Spielarten, aller Zeiten und Nationalitäten wußten, was sie taten. X. hingegen wiederholt ihre Argumente, akzeptiert ihre Logik und nimmt ihr Verhalten an, ohne es zu ahnen. Vermutlich hat er nie in seinem Leben eine Kolonie betreten, doch zeigt er in klinischer Reinheit das kolonialistische Syndrom. Er wäre überrascht und empört, wenn ihn jemand darauf hinwiese. Daß seine Solidarität Figuren wie Verwoerd und Salazar, Stroessner und Pahlevi gilt, davon will er nichts wissen, und infolgedessen weiß er nichts davon. Die Teilung der Welt in »uns« und »die« spricht er aus und verschleiert sie zugleich, nicht zuletzt vor sich selber. Die eigene Seite bleibt, wie die feindliche, unspezifiziert. Das Denken in Pronomina erspart es, die Demarkationslinie festzulegen und erlaubt es, unwillkommene Allianzen stillschweigend zu übersehen. Wer unter dem Daumen zu halten ist, wird von Fall zu Fall bestimmt, je nach der eigenen Lage.

So werden einem, der sich nach der Abgrenzung zwischen »uns« und »denen« genauer erkundigt, je nach Breitengrad und Jahreszahl verschiedene Antworten zuteil. Am offensten liegt die Trennungslinie in Südafrika zutage; ihr burischer Name ist ein Programm, und die ganze Welt kennt es; die Juristen der südafrikanischen Regierung definieren es von Tag zu Tag genauer. In Alabama treten an die Stelle der Bantus die amerikanischen Neger. Außerhalb der Grenzen der USA werden unter »denen« die Anhänger Castros in Lateinamerika und in Südost-Asien die Vietcong verstanden. In Moskau meint man, wenn man »die« sagt, ganz allgemein die Chinesen. Auch X. erklärt auf Befragen, er habe vor allem an China gedacht; er rechnet damit, daß dessen Bewohner in fünfzehn Jahren »an der Elbe stehen«.

Auf die »gelbe Gefahr«, auf die »blauen Ameisen« kann sich X. mit allen, die auf der Welt dieselbe Sprache sprechen wie er, am leichtesten einigen. Im August 1964 konnten die deutschen Zeitungen melden: »Das chinesische Thema beherrschte alle Gespräche Adschubejs in Bonn ... Adschubej sprach von der ›mongolischen Gefahr‹ ... Er erinnerte sogar an die Schlacht

bei Liegnitz von 1241 und die damalige ›Rettung des Abendlandes‹.« (Zitiert nach *Der Spiegel*, Nr. 32/1964.)

So viel Solidarität stellt sich nicht von selber ein. Das muß ein handfestes, ein überwältigendes Interesse sein, auf welches Chruschtschow sich mit dem amerikanischen Big Business, der Kardinal Spellman mit dem Marschall Tito, der deutsche Sozialdemokrat X. mit dem spanischen Falangisten Y. einigen kann. Es kristallisiert sich China gegenüber am reinsten aus, weil dieses Land unter all denen, die es unter dem Daumen zu halten gilt, das stärkste ist, und mithin das einzige, dem gegenüber die herkömmlichen ökonomischen und militärischen Mittel der Repression zu versagen drohen.

Die weltpolitische Gruppierung, die sich dabei abzeichnet, und die »uns« von »denen« scheidet, setzt sich offenbar gegen alle ideologischen Differenzen durch: Kommunismus und Antikommunismus, Faschismus und Antifaschismus halten ihr ebensowenig stand wie die alten sozialen Wasserscheiden zwischen Kapitalisten und Arbeitern, der Bourgeoisie und dem Proletariat. Die amerikanische Politik in Vietnam zum Beispiel wird von der englischen Labour-Regierung ebenso endossiert wie von dem feudalen Regime eines Chiang Kai-shek, und alle verbalen Proteste der Sowjets täuschen nicht darüber weg, daß sie sich faktisch an das Stillhalteabkommen gebunden fühlen, das seit der karibischen Krise zwischen den atomaren Großmächten besteht.

Natürlich kann keinem der Partner daran gelegen sein, daß diese Gemeinsamkeit allzu offen verkündet wird. Doch bleibt die Demarkationslinie zwischen »uns« und »denen« nicht allein aus taktischen Gründen, zum Zweck der Verschleierung, undefiniert. Sie ist schwer zu bestimmen. Selten tritt sie so klar hervor wie am Modellfall Südafrika. An vielen Stellen ist sie durchlässig oder verworren, kompliziert durch Enklaven und Exklaven, durch »graue Zonen«, Puffergebiete, Waffenstillstände und Neutralitätsabmachungen. »Wir« dürfen den Schah von Persien zu den Unsern zählen, seine Untertanen nicht; die Ölfelder des Nahen Ostens und die Gruben von Katanga sind exterritoriale Außenposten der reichen Welt, ebenso wie ihre militärischen Basen und Stützpunkte. Die beiden Welthälften sind keine »Blöcke«, keine von ihnen ist in sich homogen. Diese Lage läßt diplomatischen Doppelspielen, partikularen Interessen, taktischen Manövern Platz; gewiegte Politiker wie Charles de Gaulle und Chou En-lai wissen diesen Spielraum zu nutzen. Von der Eindeutigkeit

des Eisernen Vorhangs ist die neue Scheidelinie der Weltpolitik weit entfernt. Keineswegs überall deckt sie sich mit den Staatsgrenzen: sie kann zwischen zwei Häuserblocks in Chicago ebensowohl verlaufen wie zwischen zwei Weltreichen.
Erst in der offenen Konfrontation definiert sich der bestimmende weltpolitische Gegensatz der sechziger Jahre unzweideutig und für jeden erkennbar. Dann taucht er in den Schlagzeilen der Weltpresse als eine Serie von Krisen auf, die von beiden Seiten als exemplarische Vorgänge verstanden werden: es geht dann, jedesmal von neuem, auf begrenzten Schlachtfeldern um das Ganze. Jean Lacouture hat unlängst, im *Nouvel Observateur*, einen hochgestellten amerikanischen Diplomaten zitiert, der ebenso wie X., aber mit der Autorität eines Generalstäblers, in der ersten Person Plural spricht:
»Vietnam interessiert uns nicht als strategisches Ziel, und nicht einmal als politischer Stützpunkt; es interessiert uns als Probe aufs Exempel . . . Dieser Konflikt ist typisch. Wie kann eine Großmacht wie die unsere ihn siegreich bestehen? Wie kann ein Land, das über ein enormes militärisches und ein minderes politisches Potential verfügt, an einem beliebigen Ort über einen Gegner siegen, der militärisch unterlegen, aber politisch stark ist? Das ist die Frage, vor die wir uns gestellt sehen. Es ist für uns keine Frage auf Leben und Tod, wenigstens nicht hier und jetzt. Aber hier und jetzt müssen wir Methoden erlernen, mit denen wir dasselbe Problem in beliebigen Teilen Asiens, Afrikas und vor allem Lateinamerikas lösen können, wenn es eines Tages wirklich um Tod oder Leben geht.«
In der eindeutigen Sprache der militärischen Intervention verschwinden Vielfalt und Komplexität des Gegensatzes zwischen »uns« und »denen«. Sein gemeinsamer Nenner aber bleibt außerhalb des Begriffs. Die politische Sprache versteckt ihn unter Decknamen, Mystifikationen und Metaphern. Er kommt nicht zu Wort, sondern bloß zu Wörtern.

Auf der niedrigsten Stufe der Reflexion stellt er sich als Rassenkonflikt dar. Da fühlen sich »weiße Kulturvölker« von »asiatischen Horden« bedroht; da haben es, zwanzig Jahre nach Auschwitz, immer noch irgendwelche »Arier« auf die »Reinerhaltung des Blutes« abgesehen; da empört man sich genießerisch über »Kaffern« und »Menschenfresser« und greift auf liebgewordene ideologische Bestände zurück, als da sind: der »Untergang des Abendlandes«, die abendländische Zivilisation, der Ansturm

der Mongolen, und dergleichen mehr. Daß die Bevölkerung Lateinamerikas überwiegend aus Weißen besteht, daß die größte »arische« Nation der Welt Indien heißt, verschlägt gegen diese stumpfsinnigen Redensarten nichts. Ihre Diskussion erübrigt sich. Gegen rationale Widerlegung sind sie, wie der ähnlich strukturierte Antisemitismus, immun. Ich habe mich oft gefragt, woher es kommt, daß von der »gelben« oder »schwarzen« Gefahr bzw. Schmach so oft, und von der »weißen« so selten die Rede ist. Hochmut, Vorurteil und Xenophobie sind zweifellos universelle Erscheinungen. Dagegen scheint der Rassismus als ideologisches System ein spezifisches Produkt der europäischen Zivilisation zu sein.

Seine Virulenz ist schwer abzuschätzen; nur in wenigen Staaten wird er offen proklamiert; überall sonst wartet er im Unterholz der nichtöffentlichen Meinung auf seine Stunde. Auf der Ebene der Diskussion haben seine primitiven Formeln nichts zu suchen. Dort dominieren andere, nämlich politische und ökonomische Vokabeln, die den Gegensatz zwischen »denen« und »uns« teils fassen, teils verhüllen. Die geläufigste unter ihnen spricht von »unterentwickelten Ländern« und Gebieten. Diese Bezeichnung verdient eine Analyse.

Ihr Ursprung ist im englischen Sprachgebrauch zu suchen. *Development* heißt nicht nur Entwicklung, sondern auch Erschließung oder Nutzbarmachung. Das Wort hat also eine spezifisch wirtschaftliche Nebenbedeutung. Das zugrunde liegende Verb kann im Englischen sowohl transitiv als auch intransitiv gebraucht werden. (In den meisten andern europäischen Sprachen tritt für die intransitive Bedeutung das Reflexivum ein.) Dem Partizip ist aber nicht anzusehen, von welcher der beiden Bedeutungen es sich herleitet; es gibt nur das Resultat einer Handlung an, deren Subjekt unklar bleibt. Es bleibt also offen, woher es kommt, daß die unterentwickelten Länder unterentwickelt sind: entweder liegt es an ihnen selber (daß sie sich nicht genügend entwickelt *haben*), oder äußere Einwirkungen sind dafür verantwortlich (daß sie nicht genügend entwickelt *worden sind*). Die politischen Vorteile, die eine solche Benennung bietet, liegen auf der Hand: sie deutet auf einen Sachverhalt, der sozusagen keinen Urheber hat, und der insofern einem Naturzustand ähnelt. Dieser Auffassung kommt der biologische Nebensinn des Wortes zu Hilfe.

An der Bezeichnung fällt ferner auf, daß sie das Bezeichnete durch eine Negation darstellt. Was die unterentwickelten Länder miteinander teilen, und was sie von andern unterscheidet, ist ein Mangel, sonst nichts. Dieser

Mangel kann ausgeglichen werden, mit der Zeit. Die zeitliche Dimension gehört zum Begriff der Entwicklung. Die »unterentwickelten Länder« sind gleichsam die Nachzügler der Geschichte. Als Maßstab des Möglichen, als »Soll«, hinter dem sie zurückgeblieben sind, setzt die Bezeichnung die »hochentwickelten Länder« fest; andere, abweichende oder neuartige Zielsetzungen scheint sie auszuschließen.

Heute wird sie meist, und gewiß nicht nur aus Bequemlichkeit, zu dem Kompositum »Entwicklungsländer« zusammengezogen. Eine psychologische Rechtfertigung für diesen Neologismus ist leicht zur Hand: er nehme Rücksicht auf die Empfindlichkeiten derer, auf die er gemünzt sei und vermeide den deklassierenden Nebenton der älteren Vokabel. Zudem verweise er nicht auf einen Zustand, sondern auf einen Prozeß. Dies alles freilich um den Preis völliger Unverbindlichkeit und Leere: denn Länder, die sich nicht entwickeln, gibt es nicht; was zur Frage steht, ist vielmehr, wohin ihre Entwicklung führt, in welchem Tempo sie geschieht, und wer sie bestimmt. Was den letzten Punkt angeht, so bewahrt die Neuprägung die unbestimmte Aktionsart: nach wie vor läßt sie Entwicklung als einen quasi selbsttätigen Prozeß erscheinen, der aller Urheberschaft entraten kann. Der vage Optimismus, den das Wort mitbringt, wirkt in gewissen Fällen wie Hohn. Westdeutschland und Japan, die kein Mensch Entwicklungsländer nennt, zeigen seit vielen Jahren eine kräftige ökonomische Expansion; dagegen stagniert die Wirtschaft zahlreicher Länder, die mit diesem Namen bedacht werden. Das Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten Gebiete sinkt sogar, in manchen Fällen seit Jahrzehnten. Welche statistische Basis man auch wählt: unbestritten ist, daß der Abstand zwischen den armen und den reichen Ländern von Jahr zu Jahr wächst. Daran lassen die Berichte der Vereinten Nationen nicht den geringsten Zweifel. Der Terminus »Entwicklungsländer« erweist sich also als ein Euphemismus, der den wahren Sachverhalt verbirgt: als ein Stück Ideologie.

Auf einer Augentäuschung anderer Art und anderer Herkunft beruht der Ausdruck »blockfreie Staaten«. Er stammt aus der Zeit des Kalten Krieges und hat heute nur noch historische Bedeutung. Seitdem »Ost« und »West« als monolithische Blöcke nicht mehr existieren, hat der Gegensatz zwischen kapitalistisch und sozialistisch organisierten Staaten aufgehört, die Achse der Weltpolitik abzugeben. Länder wie Polen oder Ungarn gehören seitdem zu »uns«, Länder wie China, Algerien und Cuba zu »denen«.

Ähnlichen Ursprungs ist die Bezeichnung »Dritte Welt«. Auch sie ist an der Existenz zweier von einander abgeschlossener, diametral entgegengesetzter Blöcke orientiert, von denen eine dritte Staatengruppe sich distanzieren konnte. Immerhin betont die Vokabel die Eigenständigkeit und die Gemeinsamkeit der Interessen jener Welt, die sich diesen Namen gab. Heute bereits wäre es vielleicht richtiger, sie die Zweite zu nennen, seitdem sich, ihr gegenüber, alle andern zu einem einzigen Wir formiert haben.

Die einfachste semantische Überprüfung zeigt, daß unsere Begriffe von den »unterentwickelten« oder »blockfreien Ländern« unzulänglich sind. Sie sind mit Wunschvorstellungen oder Erinnerungen beladen und haben mit der Realität wenig gemein. Übrig bleibt, als die triftigste und schärfste, eine alte politisch-ökonomische Kategorie: die des Kolonialismus. Sie ist die einzige, die auf den historischen Ursprung des großen Gegensatzes verweist, die einzige, die seine Gründe beim Namen nennt. Das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu seinen lateinamerikanischen Nachbarn ist auch heute noch ein koloniales Verhältnis. Die Beziehungen zwischen Frankreich und seinen einstigen Besitzungen in Afrika zeigen nach wie vor spezifisch koloniale Züge. Kolonien sind faktisch Nordborneo und der Kongo, die Öl-Scheichtümer des Nahen Ostens und die Philippinen. Auch innerhalb der Staatsgrenzen gibt der alte Terminus am ehesten an, worum es sich handelt: der italienische Süden ist in mancher Hinsicht eine Kolonie des industriellen Nordens geblieben, und die Konflikte zwischen der weißen und der schwarzen Bevölkerung der USA schreiben sich aus kolonialen Verhältnissen her. Die Vorsilbe Neo-, mit der sich heute der Kolonialismus schmückt, bezeichnet Veränderungen in der Methode, nicht in der Substanz.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß unter allen vorgegebenen Begriffen der scheinbar antiquierteste immer noch am meisten leistet. Umso erbitterter verwerfen ihn die Kolonialisten aller Spielarten. Sie führen dabei mit Vorliebe die Unabhängigkeit der neuen Staatsgebilde in Asien und Afrika ins Feld. Aber man braucht nur die Handels- und die Zahlungsbilanzen dieser neuen Länder zu studieren, um zu sehen, wie es damit bestellt ist: ähnlich wie mit der Souveränität der meisten lateinamerikanischen Staaten, die zwar hundertfünfzig Jahre alt ist, aber wie eine Seifenblase vergeht, sobald der amerikanische Botschafter in Aktion tritt. Selbst Länder, die sich in revolutionären Kriegen von der kolonialen Herrschaft befreit

haben, und deren Unabhängigkeit keineswegs eine Frage des Protokolls ist, sind immer noch dem massiven politischen Druck ihrer reicheren Partner ausgeliefert: Algerien dem der Franzosen, Cuba dem der Sowjets. Auch hier ist China die Ausnahme. Es führt, nachdem es hundert Jahre lang de facto eine Kolonie der reichen Großmächte war, heute eine völlig unabhängige und selbständige Politik.

Jenseits der Demarkationslinie also Kolonien, Ex-Kolonien, koloniale Überreste und Enklaven; diesseits die Metropolen. (Daß die Zentren der kolonialen Ausbeutung immer noch »Mutterländer« heißen, daß es kein wahres Wort für sie gibt, sagt über das Elend unserer politischen Sprache allerhand aus.) Diesseits der Linie die reichen, »hochentwickelten« Industriegesellschaften von Pittsburgh bis Tokio und von Prag bis Irkutsk. Was aber zwischen »uns« und »denen« im Gange ist, dafür kann ich nur einen einzigen Namen finden. Er stammt aus der marxistischen Tradition. An die Stelle des Kalten Krieges, so heißt es, sei der »internationale Klassenkampf« getreten.

Das Wort legt neue Einsichten und neue Irrtümer nahe. Denn als bloße Fortsetzung oder Ausweitung der Klassenkämpfe des neunzehnten Jahrhunderts ist die Auseinandersetzung zwischen »uns« und »denen« nicht zu begreifen. Sie wird nicht zwischen zwei Klassen von Individuen, sondern zwischen zwei Klassen von Gesellschaften ausgetragen. Seine Parole vereinigt nicht die Proletarier aller Länder, sondern alle proletarischen Länder zum Kampf, und diese Änderung im Text hat gravierende Konsequenzen. Die Linie des neuen Klassenkampfes trennt arme von reichen Kommunisten, arme Neutrale von reichen Neutralen, arme von reichen Gliedern der »freien Welt«.

Das Wort vom internationalen Klassenkampf ist also eine Metapher. Es beruht auf einer Analogie. Das *tertium comparationis* ist in der revolutionären Natur beider Auseinandersetzungen zu suchen, nicht in soziologischen und strukturellen Übereinstimmungen. In beiden Kämpfen geht es darum, die Herrschaft von Ausbeutern abzuschütteln, und zwar mit allen Mitteln. Aber wer sind diese Ausbeuter? So leicht wie im Jahre 1848 lassen sie sich nicht mehr identifizieren. Das Beispiel des algerischen Krieges, ein Beispiel unter vielen, zeigt, daß sich beim Kampf zwischen »uns« und »denen« keineswegs Klassen im herkömmlichen Sinn gegenüberstehen. Hier Hochfinanz, Bankkapital und Industrie – dort Proletarier und Bauern: darum ging es zwischen 1954 und 1962 nicht. Sondern »Wir«,

das war (nahezu) ganz Frankreich; »die«, das war Algerien. Keine einzige französische Partei hat sich für die Aufständischen erklärt, auch die Kommunistische nicht. Ebenso irrt die Pekinger *Volkszeitung*, wenn sie hinter der Vietnam- und Südamerika-Politik der USA einzig und allein Wall Street vermutet. Die überwiegende Mehrzahl aller amerikanischen Bürger ist mit ihr einverstanden und betrachtet die Interessen, die da vertreten werden, als ihre eigenen. Die Haltung der reichen Nationen zeigt in diesen Kämpfen keine wesentliche Klassendifferenzierung. Im Gegenteil: Gegenüber jedweder »gelben«, »schwarzen« oder andersfarbigen »Gefahr« tut eine Solidarität sich kund, die von den Großbanken bis zum letzten Gewerkschaftsfunktionär reicht. Der interne Klassenkampf kommt zum Erliegen, je mehr der internationale sich verschärft.

Keinen ihrer Namen und keine ihrer Losungen hat die Arme Welt selbst hervorgebracht. Sie hat zwar ein eigenes Bewußtsein, aber keine eigene Sprache entwickelt. Stumm ist sie nicht, doch in einem prägnanten Sinn sprachlos. Ihre Stimme ist laut, bisweilen schrill, aber das Vokabular ist geliehen. Nicht nur, daß Madegassen und Algerier auf französisch, Malaien und Nigerier auf englisch miteinander verhandeln müssen. Auch unter sich reden die armen Völker gleichsam mit fremden Zungen. Noch der Kampf um die eigene Selbständigkeit wird mit fremden Begriffen, mit denen des Feindes geführt. Jede Parole ist eine Übersetzung. Sie kann auf zweierlei Weise angeeignet werden: als Kredit oder als Beutegut. So wie Indien seiner Misere Herr zu werden versucht, durch Anleihen, so borgt es sich die politische Sprache einer westlichen Demokratie; so wie die Partisanen den Guerillakrieg führen, mit Waffen, die vom Gegner erbeutet sind, wenden die Chinesen die Begriffe des Marxismus gegen ihren reichen Nachbarn. Was die Wortführer der Armen Welt sagen, klingt für unsere Ohren kahl, fadenscheinig und verbraucht, aus zweiter Hand, wie eine Rückübersetzung. Der Tonfall, in dem sie von der Brüderlichkeit reden, erinnert uns an Rousseau; ihre nationalen Beschwörungen muten uns an wie ein letzter Aufguß der Reden des Generals de Gaulle; von Handlangern und Agenten reden sie wie Joseph Stalin; ihre ganze Rhetorik dünkt uns antiquiert und unglaubhaft wie der Auftritt eines Schmierenschauspielers. Das sind gefährliche Täuschungen. Zweifellos ist das anti-koloniale vom kolonialen Bewußtsein angesteckt; zweifellos hat sich die Sprache der Befreiung an der der Unterdrückung infiziert.

Das ist ein Vorgang, der sich noch bei jeder Revolution der bisherigen Geschichte gezeigt hat. Die koloniale Herrschaft hat die armen Völker deformiert. Ihr Gesicht und ihr Denken ist davon entstellt. Jeder Tag bringt ihnen neue Wunden bei. Die Narben werden bleiben. Nur ein Narr kann sich darüber wundern.

Sicherlich drücken sich unsere eigenen Entwicklungshelfer, Asienkenner, Afrikaspezialisten, unsere Soziologen und Leitartikler gelassener aus. Wir ziehen ihre Terminologie und ihre Perspektive vor. Unsere Zeitungen wimmeln von wohlmeinenden Kommentaren über die Entwicklungshilfe. Was die Arme Welt selber sagt, wird dagegen kaum zur Notiz genommen. Ihre Wortführer und Theoretiker werden kaum übersetzt, noch weniger gelesen. Kwama Nkrumah gilt als ein öder Schreihals, Fidel Castro als bärtiger Schwätzer. Frantz Fanon, dessen Schriften auf die afrikanische und asiatische Intelligenz einen enormen Einfluß üben, ist bei uns ein Unbekannter.

Mehr oder minder sind alle diese Autoren auf die Namen und die Begriffe, die Denkweisen und Theorien ihrer Gegner angewiesen. Ihr Dilemma wird besonders dann akut, wenn sie sich auf Polemiken gegen die »Werte« und die Zielvorstellungen der reichen Welt einlassen. Im Schlußwort seines Hauptwerkes, der *Verdammten dieser Erde,* schreibt Frantz Fanon:

»Das europäische Spiel ist endgültig ausgespielt. Meine Kampfgenossen, wir müssen etwas anderes finden. Wir können heute unternehmen, was wir wollen, nur eines nicht: Wir dürfen nicht Europa nachäffen, wir dürfen nicht von der Idee besessen sein, Europa einzuholen ... Wenn wir nichts anderes im Sinn hätten, als Afrika und (Latein-)Amerika in ein zweites Europa zu verwandeln, täten wir besser daran, die Geschicke unserer Länder in die Hände der Europäer zurückzulegen. Sie verstünden sich darauf besser als irgendeiner unter uns. Wenn wir dagegen die Menschheit voran, sie auf eine höhere Stufe bringen wollen als die der Europäer, dann müssen wir auf neue Erfindungen, neue Entdeckungen ausziehen. Wenn wir die Erwartungen unserer Völker nicht enttäuschen wollen, müssen wir anderswo auf die Suche gehen als in Europa ...

Meine Kampfgenossen, wir müssen ein neues Leben anfangen, ein neues Denken entwickeln, wir müssen versuchen, einen neuen Menschen ins Leben zu rufen.«

Den meisten von »uns«, die diesen Text lesen, wird er nicht mehr wert sein als ein Achselzucken. Wer genauer hinsieht, wird wenigstens die

Zwickmühle erraten, in der sich sein Verfasser befindet. Er verkündet, das europäische Spiel sei ausgespielt, aber er verkündet es auf französisch. Den europäischen Werten, die er verwirft, setzt er entgegen: den neuen Menschen, eine Vorstellung von ehrwürdigem Alter, die vom Christentum bis zum Stalinismus allen europäischen Ideologien ausgeholfen, doch an Prägnanz und Aussagekraft dabei nicht eben gewonnen hat. Vermutlich weiß Fanon sehr wohl, worum es ihm geht; aber er ist unfähig es auszudrücken. Recht verstehen können ihn nur seine Kampfgenossen, die ohnehin schon wissen, wovon er spricht. Für alle andern sind Fanons Worte leere Deklamation. Das liegt nicht am Unvermögen des Schriftstellers, sondern daran, daß er mit einer geborgten oder erbeuteten Sprache operieren muß. Er ist in ein Dilemma verstrickt, aus dem er sich mit eigener Kraft nicht befreien kann. Er teilt es mit allen andern Wortführern der Armen Welt. Niemand, zuallerletzt aber »wir« können ihm dabei zu Hilfe kommen.

So undeutlich und blaß für jeden, der ihr nicht angehört, die Utopien und Zielvorstellungen der Armen Welt bleiben, so eindeutig und klar äußern sich ihre hervorragendsten Sprecher über den Weg, den sie einzuschlagen entschlossen sind. In diesem Punkt stimmen Mao Tse-tung und Patrice Lumumba, Frantz Fanon und Sékou Touré, Ho Chi-Minh und Kwame Nkrumah vollkommen überein: sie alle sind davon überzeugt, daß sie ihre Ziele nur mit Gewalt erreichen können. Die Gewalt ist geradezu das zentrale Thema, um welches ihr Denken kreist. Jedes Gespräch mit einem amerikanischen Negerführer, einem persischen Studenten, einem chinesischen Kommunisten wird früher oder später auf diesen Punkt zielen. Es ist unmöglich, dieser Frage auszuweichen. Vermittelnde Redensarten richten hier nichts aus.
Die chinesischen Thesen über die Unvermeidbarkeit des Krieges; die Lehre vom Partisanenkampf; die Theorie der »nationalen Befreiungskriege«; die Aufforderungen zum bewaffneten Aufstand – sie laufen allesamt auf den Satz hinaus, daß gegen Gewalt nur Gewalt helfe. Er ist nichts weiter als die Antwort auf die Politik des Daumens. Ein Zustand, der zwei Drittel aller Menschen zur Abhängigkeit, zur Ausbeutung und zur Armut verurteilt, sagen die Wortführer der Armen Welt, kann nur mit Gewalt aufrechterhalten werden. Deshalb ist ihm nur mit Gewalt abzuhelfen.

Diese These führt zur Negation dessen, was uns als Politik der friedlichen Koexistenz bekannt und vertraut geworden ist. In den Augen der Armen läuft diese Politik auf eine Absprache zwischen den Großmächten der reichen Welt hinaus. Sie sehen, wie sich die Umrisse eines atomaren Kartells abzeichnen, dessen Formierung auf die Erhaltung des Status quo hinauslaufen muß. Die beteiligten Nationen sind übereingekommen, ihre »Einflußsphären« gegenseitig zu respektieren und Kraftproben wie die kubanische Krise in Zukunft zu vermeiden. So interpretieren wenigstens die revolutionären Köpfe der Armen Welt die Absprachen, die Kennedy und Chruschtschow getroffen haben, und die nach wie vor gelten: als Stabilisierung eines Zustandes, der für die reichen Länder günstig und für die armen unerträglich ist.

Dabei hätten Afrikaner, Asiaten und Lateinamerikaner gegen die Liquidation des Kalten Krieges nichts einzuwenden, soweit er nichts anderes war als eine Konfrontation zwischen Ost und West. Ich habe oft genug die Erfahrung gemacht, daß ein Problem wie das der deutschen Teilung Beobachtern aus dem Iran oder aus Mittelamerika recht gleichgültig ist. Sie betrachten jeden Streit, den die reichen Länder unter sich austragen, als einen Luxus, der ihnen unverständlich bleibt. Insofern war der Kalte Krieg in ihren Augen weiter nichts als sinnlose Verschwendung. Er hat den armen Ländern zwar einen marginalen Spielraum für taktische Manöver verschafft (und die Politik der beiden deutschen Staaten hält ihnen diese Möglichkeit auch weiterhin offen), doch waren sie immer nur dann direkt an seinem Verlauf interessiert, wenn er auf die kolonialen und exkolonialen Gebiete übergriff.

Eine solche Einschätzung der Lage ist insofern realistisch, als sich die Probleme der hochindustrialisierten Länder durch Kriege keinesfalls mehr lösen lassen. Die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion und Europa sind untereinander zum Frieden verurteilt. Aber dieser Frieden ist mit dem Weltfrieden nicht identisch. Die armen Länder sind sich darüber einig, daß er auf ihre Kosten geht, ja daß er kein Frieden ist, sondern eine permanente, gegen sie gerichtete Aggression. In diesem Punkt sind sie einer Meinung mit dem deutschen Sozialdemokraten X.: sie wissen, daß »wir« sie unter dem Daumen halten.

Dazu kommt, daß für sie der moderne Krieg ein anderes Gesicht hat als für uns. Der pakistanische Professor Abdus Salam, ein Wissenschaftler, dem revolutionäre Neigungen fremd sind, hat vor 1963 vor der *Pugwash*

Conference on Science and World Affairs erklärt: »Die Möglichkeit der endgültigen atomaren Vernichtung erscheint von Moskau oder New York aus bedrückend nahe. Aber in Khartum oder in Karachi ist der sichtbare Tod des täglichen Hungers noch viel näher. Fünfzig Prozent der Bevölkerung in meinem Lande verdienen und leben von etwa fünfunddreißig Pfennigen am Tag. Fünfundsiebzig Prozent verfügen über weniger als sechzig Pfennig täglich: sechzig Pfennig für zwei Mahlzeiten, für Kleidung, Wohnung und Erziehung (soweit davon überhaupt die Rede sein kann). Uns erscheinen die ungelösten Konflikte zwischen Ost und West als weit entfernte Streitereien, die aus Überdruß geführt werden, und als ein Luxus, wie ihn nur reiche Leute sich leisten können.« Dagegen hat die Arme Welt, mit einem Wort, das in unseren Ländern halb vergessen ist, nichts zu verlieren als ihre Ketten. Der Satz verweist, wie die Erfahrung, die ihm zugrundeliegt, auf alte Klassenkämpfe. Mit ihnen hat der neue, der »internationale Klassenkampf« die Dialektik der Gewalt gemein. Die Geschichte der europäischen Revolutionen von 1789 bis 1917 zeigt, im Maßstab der Innenpolitik, die Grenzen jeder friedlichen Koexistenz zwischen Herrschern und Beherrschten, Ausbeutern und Ausgebeuteten.
Im November 1848 erließ der k. u. k. Gouverneur der Hauptstadt Wien einen Aufruf »An die rechtlichen und verständigen Bewohner Wiens«. Darin heißt es: »Alle Folgen einer fürchterlichen Anarchie sind in der schrecklichsten Gestalt an Euch vorüber gezogen, und haben Zerstörung bis in das Familienglück eines Jeden verbreitet. – Ein solcher Zustand muß schnell enden, – das gute Prinzip, das Recht, wieder seine Stelle behaupten, sonst sind wir Alle verloren ... Was die Bösen wollen, ist klar – es ist Zerstörung, und unser aller Untergang. Darum biethe ich Euch die Hand zum großen Werke. – Beginnen wir es schnell, ehe eine gährende Zeit die Zerstörung mehrt. – Stoßt sie nicht zurück diese Hand! ...Vertrauen weckt Vertrauen! So komme ich Euch entgegen. – Ihr müßt mich verstehen. – Ihr werdet die Stimme der Vernunft und des Gemüthes erkennen, und mich nicht zwingen, im Donner der Geschütze die Ordnung zu verkünden.« Ein paar Retuschen, und Präsident Johnson könnte den Text des k. u. k. Feldmarschall-Lieutenants Franz von Welden als Botschaft an die rechtlichen und verständigen Einwohner von Brasilien, Guatemala und Vietnam verwenden. Zweifellos hat die Siebente Flotte keine andere Aufgabe, als »Ruhe und Ordnung« zu bewahren, zweifellos sind es die »Terroristen«, die da in ihrem eigenen Land eine Gewaltherrschaft

errichten wollen. So las man es in Europa ein Jahrhundert lang. Und so wie sich »Ruhe und Ordnung« auf unserm Kontinent die Frage haben gefallen lassen müssen – 1789, 1830, 1848, 1871, 1905 – wem sie dienstbar waren, so muß der Frieden heute – in Saigon und Santo Domingo, in Teheran und Johannesburg – darüber befragt werden, von wessen Gnaden er ist und wem er nützt: »uns« oder »denen«.

Was ist, nach alledem, von X. und seiner These zu halten? Das bequemste Verfahren bestünde darin, ihn mit einer moralischen Ohrfeige abzufertigen. Ich bezweifle, daß es damit getan ist. Daß er sich keine Sorgen mache, mag eine Lüge sein. Davon abgesehen, macht X. weder sich noch den andern etwas vor. Er hat gewissermaßen den Mut zur eigenen Gemeinheit. Er vereinfacht das Problem bis zur plumpen Banalität, aber er weicht ihm nicht aus. Die wenigsten, die sich über ihn entrüsten, können das von sich behaupten. Wer zwischen »uns« und sich selbst einen Unterschied machen, wer gegen X. moralisch im Recht bleiben will, wird es nicht leicht haben. Das lehrt ein Blick auf die Argumente, mit denen die Gerechten unter uns X. verurteilen. Ich habe gefunden, daß es drei Spielarten dieser »anständigen Reichen« gibt: die Idealisten, die Liberalen und die Doktrinäre. Ich fürchte, sie befinden sich allesamt der Wirklichkeit gegenüber in einer fatalen Lage.

Die Idealisten haben es darauf abgesehen, nicht ihre Haut, sondern ihre Seele zu retten. Sie ziehen aus einem weltpolitischen Problem eine individuelle Konsequenz. (Von den Schwätzern rede ich nicht.) Ihr Vorbild heißt Doktor Schweitzer. Als Einzelgänger gründen sie Krankenhäuser und Schulen; organisiert und institutionell verdichtet hat sich ihre Haltung in den Missionen, neuerdings in deren säkularisiertem Ableger, dem Friedenskorps. Die meisten von ihnen, nicht alle, bringen große Opfer. Es gibt tüchtige Leute unter ihnen und hilflose Dilettanten. Ihre humanitären Motive werden von beiden Seiten der Linie aus, und oft zu Unrecht, in Zweifel gezogen. Man verdächtigt sie und lacht sie aus. Mitunter dienen sie einer repressiven Politik als Alibi. Sie selber wollen mit Politik nichts zu tun haben. Die Caritas ist ihre Rechtfertigung und ihre Grenze. Sie wollen die Leiden der armen Welt kurieren, aber sie behandeln nicht die Krankheit, nur die Symptome. Sie sind eine winzige, ohnmächtige Minderheit.

Das kann man von den Liberalen nicht sagen. Liberale gibt es viele; denn

liberal zu sein, ist leicht. Liberal sind die tonangebenden Zeitungen der reichen Welt, die Sonntagsreden ihrer Minister und die Neujahrsbotschaften des Vatikans. Sie wenden sich »im Prinzip« gegen die Ausbeutung der armen Länder, gegen den »übertriebenen« Kolonialismus, gegen »unnötige« militärische Interventionen. Sie protestieren aber auch gegen die »maßlosen Ansprüche« der Kolonisierten, gegen die »Überfälle« der Partisanen und gegen den »Terror« der Rebellen. Sie sind fortschrittlich, aber sie wissen dabei Maß zu halten. Sie treten für die Rechte der Bantus ein, aber sie haben auch Verständnis für die Interessen der südafrikanischen Konzerne. Jeder Extremismus ist ihnen verhaßt: der der Folterer ebenso wie der der Gefolterten. Ordnung muß sein, aber Gas und Napalm sind zu mißbilligen. Für die Revolutionen in Cuba, in Algerien und in Vietnam können sie ein gewisses, gouvernantenhaftes Wohlwollen aufbringen, aber nur solange die Revolutionäre den Rechtsstaat, die parlamentarische Demokratie, die Pressefreiheit, die soziale Marktwirtschaft und das Privateigentum nicht gefährden. Man kennt dieses Verhalten aus den Klassenkämpfen des neunzehnten Jahrhunderts und weiß, worauf es, wenn nicht »im Prinzip«, so doch in der Realität, hinausläuft: auf die Begünstigung der bestehenden Machtverhältnisse.

Dünner als die Liberalen sind in den reichen Ländern der Erde ihre Antipoden gesät, die Doktrinäre. In Westdeutschland spielen sie keine Rolle. Man trifft sie auf dem »chinesischen« Flügel der Kommunistischen Parteien Ost- und Westeuropas und, besonders in Italien und Frankreich, unter den Intellektuellen an. Diese Leute zeichnen sich auf dreifache Weise aus: sie verfügen über ausgezeichnete Kenntnisse und wissen mehr als alle andern über die Arme Welt; sie verfolgen den internationalen Klassenkampf mit gespannter Aufmerksamkeit und besitzen ein kohärentes System zur Beurteilung seines Verlaufes; sie beziehen in jedem Fall eine eindeutige Stellung und ergreifen eindeutig Partei. Und zwar ergreifen sie Partei gegen die Welt, zu der sie gehören und in der sie leben. Im Gegensatz zu den Idealisten ziehen sie daraus eine politische, aber keine individuelle Konsequenz. Sie bleiben zuhause; in die armen Länder unternehmen sie nur Studienreisen. Ihre Aktivität bleibt verbal, sie erschöpft sich in der Agitation. Zwischen ihrer politischen und ihrer privaten Existenz klafft ein Widerspruch, den sie nicht auflösen können.

Alle diese Haltungen stellen gescheiterte Versuche zur Schau, sich mit dem

Los der armen Welt zu solidarisieren. Am wenigsten ernstzunehmen ist die Attitüde der Liberalen. Sie reduziert das Problem auf eine Frage der Manieren: es handelt sich nicht darum, Armut und Ausbeutung zu beseitigen, sondern darum, den Schein zu wahren. Diese Solidarität taugt nicht, sie ist durchaus scheinhaft, und da die Liberalen dies zwar nicht eingestehen, doch sehr wohl wissen, heuchlerisch. Im entscheidenden politischen Augenblick wird sie immer und überall revoziert. Aber auch die anderen Versuche, sich mit »denen« zu solidarisieren, sind zum Scheitern verurteilt. Keine Tat und keine Vorstellungskraft genügt, um sich in die Lage eines schwarzen Grubenarbeiters, eines asiatischen Reisbauern oder eines peruanischen Indio zu versetzen. Alle Vorsätze von idealistischen Helfern, die Lebensbedingungen jener »Anderen« zu teilen, bleiben letzten Endes fiktiv, und es haftet ihnen eine Spur von privater Seelen-Hygiene an. Dies gilt erst recht von den Solidaritätsbekundungen der Doktrinäre, die sich zuweilen beinahe frivol ausnehmen.

Darin ist der internationale den alten Klassenkämpfen ähnlich, daß er alles Sentiment zur Seite schiebt und für moralische Überlegenheits-Komplexe keinen Platz und keine Verwendung hat. Vor ein paar Monaten war ich Zeuge eines Gesprächs zwischen einem italienischen Kommunisten und einem sowjetischen Schriftsteller. Der Italiener griff die Koexistenzpolitik der sowjetischen Regierung an; er warf den Russen vor, sie hätten Cuba, den Kongo und Vietnam »im Stich gelassen«. Der sowjetische Schriftsteller erwiderte diese Vorwürfe nicht. Er blickte uns beide an und sagte langsam: »Unser Volk hat vierzig Jahre lang gekämpft und gelitten. Es ist müde. Es will in Frieden leben.« Der Doktrinär wußte darauf nichts zu antworten.

Die Antwort des Russen sprach einen elementaren Sachverhalt aus, den keine revolutionäre Rhetorik auf die Dauer wird verbergen können: Ein gemeinsames »Klassenbewußtsein« zwischen armen und reichen Völkern ist nicht möglich. Ein deutscher Montagearbeiter, ein russischer Matrose, ein amerikanischer Elektronik-Spezialist, die auf den Straßen von Bombay Tausende von Namenlosen vegetieren und sterben sehen, können denkbar verschieden auf diese Wirklichkeit reagieren: gleichgültig oder empört, ratlos oder verärgert, mit Ekel, Mitleid oder Schrecken. Nur eine Reaktion ist ausgeschlossen: die Vorstellung, als hätte ihr eigenes Los mit dem jener Schatten irgendetwas gemein. Nicht mit den hungernden Indern, sondern mit ihren Auftraggebern sitzen sie in einem

Boot, und ihr »internationales Klassenbewußtsein« weist ihnen den Weg in ihre eigene Welt, ins Hotel, ins Stadtbüro der Pan American, der Lufthansa oder in den sowjetischen Klub zurück.
Die Wortführer der armen Welt, von Mao Tse-tung bis Frantz Fanon, erliegen einer furchtbaren Illusion, wenn sie auf die Solidarität der europäischen, nordamerikanischen oder sowjetischen Arbeiterschaft hoffen. Seitdem die reichen Länder ihre internen Klassenkämpfe in den sozialistischen Staaten entschieden und in den kapitalistischen sistiert haben, fühlt sich das Proletariat mit seinen Regierungen wenigstens insoweit verbunden, als diese den Wohlstand und die Sicherheit ihrer Welthälfte zu garantieren scheinen. Gegen dieses gemeinsame Interesse kann keine dieser Regierungen auf die Dauer Politik treiben, und schon ganz und gar nicht aus ideologischen Gründen. Das macht Wilson und Breschnew in den Augen der Doktrinäre zu Verrätern. Aber schon der erste Theoretiker des Imperialismus, der englische »Reformist« John Atkinson Hobson, hat diesen Sachverhalt vor mehr als sechzig Jahren klar erkannt, und der Satz, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein bestimmt, sollte gerade den Doktrinären nicht ganz neu sein. Noch nie haben die Reichen dieser Welt ihre Reichtümer freiwillig geteilt oder abgetreten, und die privilegierten Positionen werden im internationalen sowenig wie in früheren Klassenkämpfen aus purer Nächstenliebe geräumt.
Jedermann weiß: nicht Europa wird der Schauplatz des großen Kampfes zwischen den armen und den reichen Völkern sein. Das Epizentrum der Weltpolitik liegt heute schon in Südostasien, in Afrika und im lateinischen Amerika. Wenn die Deutschen keinen Bürgerkrieg vom Zaum brechen, ist die Gefahr militärischer Auseinandersetzungen auf unserem Kontinent gebannt. Wir sind nicht mehr die Protagonisten, wir sind Zuschauer: interessierte Zuschauer, keineswegs unbeteiligt – unsere Beteiligungen gehen in die Milliarden, unsere Zahlungsbilanz mit der Armen Welt weist Überschüsse aus, und die *terms of trade* spielen zu unsern Gunsten. Wir sitzen an der Peripherie. Wir haben gut reden. Die sich über diese Lage überhaupt Gedanken machen, und das sind die wenigsten, streiten darüber, welches der »richtige Standpunkt« sei. Zwischen Chruschtschow-Anhängern und »Chinesen«, zwischen Liberalen und Idealisten findet ein moralisches Schattenboxen um die Frage statt, wer da im Recht und wer im Unrecht ist. Jeder möchte sich salvieren, mit dem schlechten Gewissen des Nutznießers fertigwerden, die koloniale Vergangenheit samt ihrer

Gegenwart und Zukunft »bewältigen«. Als ob es darum ginge! Als gäbe die arme Welt einen Pfifferling für unsere »richtigen Positionen«! Ich bezweifle, daß es in der Auseinandersetzung zwischen »uns« und »denen« für einen Bürger des reichen Europa irgendeine moralisch und politisch unangreifbare Haltung geben kann. Dagegen gibt es deutlich erkennbare Grade der Dummheit und der Ignoranz. Wir haben wenig Grund, dem deutschen Sozialdemokraten X. seine Gemeinheit vorzuwerfen; denn in gewisser Hinsicht sind wir alle seine Komplizen. Aber die Politik des Daumens, auf die er sich verläßt, ist nicht nur gemein. Sie ist dumm. Sie beruht auf Unwissenheit. Sie ist kurzsichtig und verblendet. Deshalb, und nicht weil sie unser Seelenheil gefährdet, muß sie verworfen werden. Sie ist ersetzbar, nicht durch Philanthropie, sondern durch eine Politik, die auf Kenntnissen beruht und die zwischen den kurzfristigen und den langfristigen Interessen der reichen Länder unterscheiden kann. Jene sind mit diesen nicht vereinbar. Wer sie nicht fahren läßt, setzt sich, wie die Franzosen in Indochina und Algerien, wie die Amerikaner in China und in Vietnam, eine Galgenfrist und verspielt seine Zukunft.

Lösungen weiß ich nicht. Meine Kenntnisse reichen nicht einmal aus, um präzise Vorschläge auf sie zu gründen. Allenfalls genügen sie, um ein paar Fragen zu stellen:

1. Daß die koloniale Ausbeutung der armen Länder durch die reichen keineswegs aufgehört hat, zeigt jede internationale Statistik. Die klassische Imperialismus-Theorie hat behauptet, daß sie systemnotwendig sei. Dieser Satz ist für die Gegenwart unbewiesen. Die Frage ist von entscheidendem Gewicht, weil die politischen Möglichkeiten der reichen Welt von der Antwort abhängen, die sie findet: Ist unser Reichtum auf die Armut der anderen angewiesen oder nicht?

2. Wem kommt zugute, was wir »Entwicklungshilfe« nennen: »uns« oder »denen«? Dient sie moralisch unserer Entlastung, faktisch der Erpressung, der Sicherung unserer Machtpositionen, der Verschleierung unserer Ausbeutung, der Subventionierung unserer eigenen Exportindustrien?

3. Lernfähig sind politische und ökonomische Systeme, die in der Lage sind, zugunsten ihrer Lebensinteressen auf augenblickliche Vorteile zu verzichten. Die Ausplünderung der armen Welt bietet solche Vorteile; gleichzeitig gefährdet sie tödlich die Zukunft der reichen Völker. Sind wir unfähig, diesen Zusammenhang zu begreifen?

Einige Antworten auf diese Fragen, partielle und vorläufige Antworten,

versucht dieses Heft zu finden. Weitere Nachforschungen werden folgen. Wenn das letzte Wort zu unsern Ungunsten spricht, dann wird X. wenigstens in einem Punkte Recht behalten: wann der Dritte Weltkrieg ausbricht, ist dann nur noch eine Frage der Zeit. Bis dahin »werden wir die sicher noch unter dem Daumen halten« und ein ruhiges Leben führen – an der europäischen Peripherie.

Anmerkungen der Redaktion

Frantz Fanon gehört zu den einflußreichsten Theoretikern der Dritten Welt. Der Essay *Von der Gewalt* ist ein Kapitel aus seinem Hauptwerk, *Les damnés de la terre*, das 1961, mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre, in Paris erschienen ist und seitdem, besonders unter der afrikanischen und westindischen Intelligenz, weite Verbreitung gefunden hat.
Fanon ist ein Bauernsohn, geboren 1924 in Martinique. Er hat in Frankreich Philosophie und Medizin studiert. Während des Krieges war er Partisan. 1953 ging er nach Algerien und wurde zum Chefarzt der psychiatrischen Klinik in Blida-Joinville ernannt. Drei Jahre später richtete er an den französischen Generalgouverneur in Algier einen Brief, der berühmt geworden ist. Er begründete darin seine Demission. Von nun an arbeitete Fanon für die Nationale Befreiungsfront (FLN). Nach dem Sieg der algerischen Revolution wurde er Botschafter in Accra. 1962 ist er in New York an Leukämie gestorben.
Seine übrigen Bücher heißen: *Peau noire, masques blancs.* Paris 1952. *L'an V de la révolution algérienne.* Paris 1959. *Pour la révolution africaine.* Paris 1964.

Carlos Fuentes, geboren 1929, ist ein bekannter mexikanischer Erzähler. Ein Roman von ihm, *La región más transparente*, ist auch in deutscher Übersetzung erschienen (*Nichts als das Leben.* Stuttgart 1964).
Im Frühjahr 1962 lud ihn eine große amerikanische Fernsehgesellschaft zu einer öffentlichen Debatte mit Richard Goodwin, dem damaligen Unterstaatssekretär für Lateinamerikanische Angelegenheiten ein. Die amerikanische Botschaft in México verweigerte jedoch Carlos Fuentes das Einreisevisum, sodaß die geplante Sendung nicht zustande kam. Keine amerikanische Publikumszeitschrift hat den Text der Fernsehansprache gedruckt. Wir veröffentlichen ihn mit freundlicher Erlaubnis des Autors und des Verlages Monthly Review Press in New York.

Joan Violet Robinson, geboren 1903, hat seit 1949 eine Professur für Nationalökonomie in Cambridge inne. Veröffentlichungen: *Economics of Imperfect Competition.* London 1933. *Introduction to the Theory of Employment.* London 1937. *Essay on Marxian Economics.* London 1942. *The Rate of Interest and Other Essays.* Cambridge 1952. *The Accumulation of Capital.* Cambridge 1956. *Essays in the Theory of Growth.* London 1963. *Economic Philosophy.* London 1963 (deutsch unter dem Titel *Doktrinen der Wirtschaftswissenschaft*, München 1965).

Afrikanische Grammatik ist ein Kapitel aus Roland Barthes *Mythologies* (Paris 1957). Eine deutsche Auswahl aus diesem Buch ist, unter dem Titel *Mythen des Alltags*, als Band 92 der *edition suhrkamp* erschienen (Frankfurt 1964).

Das Dossier über den Iran und seinen Wohltäter hat ein Perser zusammengestellt, der in Europa lebt. Im Hinblick auf die notorische Aktivität der SAVAK (der Geheimpolizei des Schahs) in der Bundesrepublik bleibt der Verfasser ungenannt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf zwei Pressemitteilungen der Conföderation der Iranischen Studenten, Postfach 871. Kiel-Wik, vom 6. und 7. Mai 1965, und auf die Erklärung des Verbandes Deutscher Studentenschaften vom gleichen Datum.

Das Dossier *Apartheid als Geschäft* beruht auf einer Arbeit des Centro di Documentazione Frantz Fanon in Mailand, bei dem wir uns für die Erlaubnis zum Abdruck bedanken. Das *Deutsche Postskriptum* geht auf die Kappe der Redaktion.

Sara Lidman, 1923 geboren, ist eine bekannte schwedische Erzählerin. Sie hat mehrere Jahre in Südafrika zugebracht. – Sven H. Åsbrink ist ein Industrieller und war in leitender Stellung an einem großen schwedisch-amerikanischen Grubenprojekt in Liberia beteiligt. – Sven Lindqvist, ein jüngerer Publizist, hat in schwedischen Zeitungen über Politik und über Kunst geschrieben. – Bo Gustafsson, geboren 1931, ist Nationalökonom und arbeitet am wirtschaftsgeschichtlichen Institut der Universität Uppsala. Seine Schrift *Från kolonialism till socialism* ist 1964 in Stockholm erschienen. Allen Genannten, sowie der Redaktion der Tageszeitung *Dagens Nyheter*, haben wir zu danken.

Die *Deutschen Leserbriefe* stammen sämtlich aus dem *Spiegel*. Die Auswahl ist nicht repräsentativ, sondern tendenziös. Sie soll eine Kehrseite zeigen.

Wir suchen einen Lektor für neue Literatur

Einige unserer Autoren (Heinrich Böll, Heinz Küpper, Margarete Jehn) stellten wir Ihnen in unserer Anzeige in Kursbuch 1 vor. Weitere Informationen stehen zur Verfügung. Bitte schreiben Sie uns, damit wir ein Gespräch vereinbaren können.

Middelhauve

Friedrich Middelhauve
Verlag
5 Köln-Mülheim 1
Postfach 265
Hochhaus Wiener Platz 2

Freimut Duve Kap ohne Hoffnung oder Die Politik der Apartheid

rororo aktuell Band 780/DM 2,20

Hessischer Rundfunk, Frankfurt: «Dieses Taschenbuch ist eine gründliche Informationsquelle, die nicht nur die Tatbestände, sondern auch die Stimmungslage in Südafrika greifbar macht. Eine ebenso erschütternde wie informative rororo-aktuell-Publikation.»
Peter Grubbe/Die Zeit, Hamburg: «Freimut Duve nimmt Stellung gegen die Politik der Südafrikanischen Regierung, und zwar sehr deutlich und sehr aggressiv. Der Herausgeber hat sich zum Ziel gesetzt, nicht zu polemisieren, sondern zu informieren. Dieses Ziel erreicht das Buch in hohem Maße.»

Rowohlt Taschenbuch Verlag

Wolfgang Hildesheimer
Tynset

10. Tausend. 269 Seiten. Leinen DM 17.80

»Wolfgang Hildesheimer ist mein Freund. Ich habe seinen neuen Roman mehrmals mit soviel Krittelsucht und morosem Ingrimm gelesen, als ich irgendwie mobilisieren konnte, und muß am Ende doch bekennen, daß ihm jetzt ein großes Buch gelang. Ein Buch, das man gern selbst geschrieben hätte, dessen Erkenntnisreichtum, Glanz, Perfektion und Ernst den Skeptischen überzeugt hat. Obwohl er sich nicht vorstellt und dem Leser seinen Namen verschweigt, ist dieser schlaflos-überwache Assoziierer eine der plastischsten und ergreifendsten Figuren, die Romanciers nach dem Krieg geschaffen haben.« *Walter Jens in der ›Zeit‹*

Hans Erich Nossack
Das Testament des Lucius Eurinus

edition suhrkamp · Band 117 · 3 Mark

»Hans Erich Nossacks 1963 geschriebenes ›Testament des Lucius Eurinus‹ ist ein gleichermaßen bestechendes wie gedankentiefes Werk und die von der Formung des Stoffes her wohl gelungenste Dichtung des Büchner- und Raabe-Preisträgers. Eurinus, der freie, humanitär gesinnte Römer, sieht in dem heraufziehenden Christentum die Autonomie der Person, die mit dem Gehorsam gegenüber den Göttern verbunden ist, durch das nivellierende Element in der christlichen Lehre in Gefahr und scheidet freiwillig aus dem Leben, als seine Frau Christin wurde, die Liebe zu ihrem Mann in eine allgemeine christliche Nächstenliebe aufgehen läßt und seiner nicht mehr bedarf . . . Ein bemerkenswertes Stück zeitgenössischer Dichtung.« *General-Anzeiger für Bonn*

»Das Werk scheint die künstlerisch gelungenste Dichtung zu sein, die Hans Erich Nossack bis heute schrieb.« *Die Welt der Literatur*

Suhrkamp Verlag

Bibliothek Suhrkamp

DM 4.80, 5.80, 6.80

Herbert Marcuse
Triebstruktur und Gesellschaft

Auf Freuds Lehre, daß die freie Befriedigung der Triebansprüche unvereinbar mit einer kultivierten Gesellschaft sei, sich gründend, untersucht Herbert Marcuse das Verhältnis zwischen individueller Freiheit und kulturellem Fortschritt. Er läßt entschlossen die Praxis der Psychoanalyse beiseite und konzentriert sich auf deren Philosophie, der er durch Verbindung mit politischer Wissenschaft und Soziologie weiterhilft.

Sigmund Freud
Der Mann Moses

»Freud hat das Seine zu Moses, Judentum, Religion mit der ganzen ihm eigenen Würde und Unumwundenheit des Wissenschaftlers, des modernen Menschen, eines beteiligten Angehörigen des jüdischen Volks gesagt; wie kann es anders sein, als daß die Aussage ihn selbst mehr spiegelt als den großen Propheten der grauen Geschichtstiefe?« *Joachim Günther*

Theodor W. Adorno
Noten zur Literatur III

Literaturkritik, deren Absicht und Gelingen über den Tag hinausginge, ist selten in Deutschland; daß es sie aber gibt, beweist Adorno in jedem Bande seiner »Noten«, die so anspruchsvoll sind wie ihr Titel anspruchslos. Da wird nicht genossen, da wird über Literatur nachgedacht, leichthändig bisweilen, öfter jedoch mit dem anheimelndsten Aufgebot an Vernunft und Geist in der Form des großen Essays.

Karl Kraus
Sprüche und Widersprüche

»Es war eine gute Idee, diese frühen Aphorismen in die populäre Reihe aufzunehmen: Der damals fünfunddreißigjährige Wortkünstler Karl Kraus bewies sich und seinen Lesern gerade durch jene ›Sprüche und Widersprüche‹ die technisch kaum noch zu überbietende lapidare Sprachbrillanz, die er nunmehr erreicht hatte.« *Die Presse, Wien*

Gershom Scholem
Judaica

»Wie die messianische Idee, wie das Symbol des Davidschildes, wie der Chassidismus, wie die Legende von den 36 verborgenen Gerechten zu verstehen sind, das lernt man erst hier. Die Abhandlungen über die Theologie des Sabbatianismus, über die Wissenschaft vom Judentum einst und jetzt, über Martin Bubers Deutung des Chassidismus und zur Neuauflage des »Stern der Erlösung«, führen in eine Gedankenwelt, die einen Nichtjuden vor größte geistige Aufgaben stellen.« *Die Andere Zeitung*

edition suhrkamp

je Band 3 Mark

Roland Barthes
Mythen des Alltags

»Die in den Mythen des Alltags angewandte Methode kritischer Befragung gesellschaftlicher Verhältnisse hat Schule gemacht, in Frankreich und anderswo. Barthes untersucht Gewohnheiten und Leitbilder menschlichen Zusammenlebens, das Funktionieren sozialer Symbole. Indem er analysiert, was sich scheinbar von selbst versteht, benennt er den ideologischen Mißbrauch, der im nur Selbstverständlichen sich verbirgt.« *Frankfurter Rundschau am 28. 11. 1964*

Wolfgang Abendroth
Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung

»Faszinierend gescheit ist Wolfgang Abendroths ›Sozialgeschichte der Arbeiterbewegung‹. Der Text ist von einer fast formelhaften sprachlichen Dichte . . . Was sich hier schlicht als kurzer Grundriß ausgibt, ist eine Summe der wissenschaftlichen Tatsachenforschung und Theorienbildung aus 150 Jahren Arbeiterbewegung.« *Ulrike Marie Meinhof*

Alexander Mitscherlich
Die Unwirtlichkeit unserer Städte
Anstiftung zum Unfrieden

Dieses Buch gehört zu der in Vergessenheit geratenen Gattung der Pamphlete. Es möchte keinen einzelnen Missetäter anprangern, sondern den Trübsinn der Zeit in einer Sache, die sich ändern ließe – mit etwas Mut zur Einsicht. Aber dieser Mut ist nicht gefragt; der Motivation dieser Mutlosigkeit gilt der Hauptstoß, den das Pamphlet versetzen will . . . Der Blick auf die wachsenden Gebilde, die einstmals Städte waren, zeigt uns, daß sie einem Menschen gleichen, der verzerrt wird durch krebsige Tochtergeschwülste. Vielleicht gibt es keinen Todestrieb; aber Umstände, die tödlich wirken. Davon ist hier die Rede . . . *(Aus der Vorbemerkung)*

David Riesman
Freud und die Psychoanalyse

»So vorurteilsfrei Freud bei der Untersuchung der individuellen Psyche war, so unkritisch war er bisweilen gegenüber deren Abhängigkeit von außerpsychologischen Momenten. Dieses bis zu einem gewissen Grade vielleicht notwendig unkritische Verhältnis ist auch in Freuds eigenen Arbeitsbereich, die Psychoanalyse, eingegangen. In Ländern mit einem höheren allgemeinen psychologischen Bewußtseinsstand hat man sich darüber schon seit langem Gedanken gemacht. Riesmans vier Studien ›Freud und die Psychoanalyse‹ konfrontiert nun endlich auch den deutschen Leser mit solchen Überlegungen.« *Westdeutscher Rundfunk*

›Neuer Kurs?‹
›Kursbuch ohne Kurs‹
›Eine Fahrt ins Blaue?‹
›Wohin gehen die Aufklärer?‹
›Enzensbergers erster Fahrplan‹

»So weit man bis jetzt übersehen kann, hat das erste Heft von Enzensberger Zeitschrift ›Kursbuch‹ bestenfalls süßsaure, oft sauertöpfische, mitunter tief verdrossene Aufnahme gefunden. Das spricht eher gegen die Kritiker als gegen die bei Suhrkamp erscheinende Zeitschrift.« *Frankfurter Neue Presse*

»Die erste Nummer dieser Zeitschrift ziert jedoch nicht mehr als der Reiz des Überflüssigen.« *Uwe Schultz, Handelsblatt*

»Dieser erste Band ist wohl gelungen. Man kann zurückblättern, Argumente von Seite vier gegen Aussagen von der 123. Seite finden, kann wirklich Kurse entdecken, wirklich zwei wichtige Hauptgleise gegenwärtiger Literatur ... Das ›Kursbuch‹ ist eine gute Erfindung von Suhrkamp: von Enzensberger sind bislang immer notwendige Auskünfte gekommen.« *Westdeutsche Rundschau*

»So gibt ein ›Kursbuch‹ nicht nur Verbindungen an, sondern auch Aufenthalte zwischen den Zügen. Die Texte aus dem ersten Heft des ›Kursbuch‹ beschreiben fast ausschließlich einen solchen Aufenthalt.« *Günther Rühle, FAZ*

»Wo es mehr denn je möglich erscheint, dem großen trägen Strom des Fortschritts solche Ideen von Links zuzuleiten, entsteht hier ein neuer Teich abseits.« *Jürgen Manthey, Weltwoche*

»Mal in Enzensbergers ›Kursbuch‹ blicken ..., das bringt einen anderswohin.« *Alexander Mitscherlich, Hessischer Rundfunk*

»Material genug also, um ›Verbindungen‹ zu konstatieren, verwandte Zustände des Bewußtseins, die die Aktualität von 1965 aufdrängt.« *Die Welt der Literatur*

»Das Heft 1 scheint ein Sonderheft für die Selbstinterpretation von Dichtern und Intellektuellen zu sein.« *Paul Noack, Münchner Merkur*

»Der Schwerpunkt der Zeitschrift, womit sie wirklich ein Manko auf dem Markt der niveauvollen Kulturzeitschriften hierzulande ausgleichen dürfte, liegt bei dem Vorsatz der gründlichen Revision der faktischen Lage überall auf der Welt ... Gerade in einer Zeit, in der die Meinungsmache industriell betrieben wird, bedarf es Zeitschriften wie dieser, die das Risiko der kompromißlosen Wahrheitsfindung einzugehen gewillt sind.« *Deutsche Welle*

»Eine Zeitschrift der linken Avantgarde von geistigem Rang und literarischem Renommee, unabhängig und unerschrocken, die sich zugleich von ausgestelltem Elitebewußtsein und vorwurfsvollem Moralisieren freihält, wäre tatsächlich eine Novität in der Bundesrepublik und als solche zu begrüßen. Ob die Kursbücher diesen Fahr-Plan einhalten werden, wird man nach einem Jahr beurteilen können.« *Erasmus Schöfer, Darmstädter Echo*

Kursbuch 3

Aus dem Inhalt

Carlo Emilio Gadda, Wie ich arbeite
Edoardo Sanguineti, Purgatorio del'Inferno
Ein Gedicht mit Fußnoten von Enrico Filippini
Paavo Haavikko, Münchhausen. Zwei Akte
Lars Gustafsson, Die Ballonfahrer. Gedichte
August Strindberg, Lotungen im Luftmeer. Aus den Blaubüchern
Lorenz Oken, Kombinatorisches System der Pflanzenwelt
Ror Wolf, Begegnung mit Rach, einem alten Bekannten. Prosa
Jochen Lobe, Hamburg: gehen: gegangen: usw. Gedicht
Willem Frederik Hermans, Manuskript, gefunden in einer Klinik

Dossier 1: Politische Wahnsysteme
Dokumente und Kommentar von Heinz Häfner

Dossier 2: Michel Foucault, Materialien zur Geschichte des Wahnsinns

Christian Enzensberger, Die Verminderung des Menschen
Über die Sprache der Geisteskranken und die moderne Prosa